SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Relevanz der Millennium Development Goals (MDGs) für die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas sowie für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit dieser Region

Loewe, Markus

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Loewe, M. (2005). *Relevanz der Millennium Development Goals (MDGs) für die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas sowie für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit dieser Region.* (DIE Studies, 9). Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gGmbH. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-116998

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

d·i·e

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik

German Development Institute

Studies

Relevanz der Millennium Development Goals (MDGs) für die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas sowie für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit dieser Region

Markus Loewe

Relevanz der *Millennium Development Goals* (MDGs) für die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas sowie für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit dieser Region

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

Das DIE ist ein multidisziplinäres Forschungs-, Beratungs- und Ausbildungsinstitut für die deutsche und die multilaterale Entwicklungspolitik. Es berät auf der Grundlage unabhängiger Forschung öffentliche Institutionen in Deutschland und weltweit zu aktuellen Fragen der Kooperation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Das DIE bildet deutsche und europäische Hochschulabsolventen für die berufliche Praxis in der Entwicklungspolitik aus.

Dr. Markus Loewe ist seit 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter im DIE. Er studierte Volkswirtschaftslehre in Tübingen, Erlangen und Damaskus und promovierte in Heidelberg. Seine thematischen Schwerpunkte sind Sozialpolitik, Armutsbekämpfung sowie die soziale Entwicklung in Entwicklungsländern.

Studies
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik 9

Relevanz der *Millennium Development Goals* (MDGs) für die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas sowie für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit dieser Region

Markus Loewe

Studies / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
ISSN 1860-0468

Loewe, Markus: Relevanz der Millennium Development Goals (MDGs) für die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas sowie für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit dieser Region / Markus Loewe. – Bonn : Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 2005. – (Studies / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik ; 9)
ISBN 3-88985-294-7

© Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gGmbH
Tulpenfeld 4, 53113 Bonn
☏ +49 (0)228 94927-0
🖷 +49 (0)228 94927-130
E-Mail: die@die-gdi.de
http://www.die-gdi.de

Vorwort

Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit der Frage, wie es bis dato um die Umsetzung der *Millennium Development Goals* (MDGs) im Nahen Osten und in Nordafrika (der *Middle East and North Africa region* / MENA-Region) steht, inwieweit Deutschland derzeit einen Beitrag hierzu leistet und welche Konsequenzen sich hieraus für die zukünftige deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit der Region ableiten lassen. Zu dieser Region werden im Rahmen dieser Studie gezählt: alle arabischen Länder (inklusive Mauretaniens, des Sudans und der Palästinensischen Gebiete) sowie Iran.[1]

Die Initiative für diese Studie ging vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) selbst aus, wurde aber schon in einer sehr frühen Phase von dem für den westlichen Teil der MENA-Region zuständigen Referat 324 (Mittelmeer / Maghreb) des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit großem Interesse begrüßt.

Ziel der Studie ist, einen Beitrag zur kritischen Analyse der deutschen Politik gegenüber den MENA-Ländern im Lichte der MDGs zu leisten. Das BMZ kommt nicht umhin, sich Gedanken darüber machen, welche Konsequenzen die MDG-Agenda für die deutsche EZ hat: welcher Stellenwert ihr im Zielsystem der deutschen EZ zukommt, inwieweit die deutsche EZ diesem Anspruch derzeit gerecht wird und wie in Zukunft mit der Thematik umgegangen werden soll. Hierfür liefert die vorliegende Studie Informationen und Anregungen.

Konkreter Anlass für die Anfertigung der Studie war, dass vom 14. bis 16. September 2005, fünf Jahre nach Verabschiedung der *Millennium Declaration*, im Rahmen der 60. Generalversammlung der Vereinten Nationen über den Stand der Umsetzung dieser Erklärung sowie der MDGs diskutiert wird und Empfehlungen für das weitere Vorgehen der internationalen Gemeinschaft formuliert werden sollen. Dabei wird mit Sicherheit auch über die Rolle der Geber – und somit auch Deutschlands – diskutiert.

---

[1] Diese Definition schließt alle Länder – mit Ausnahme der Türkei – ein, auf die sich auch das noch geltende Regionalkonzept Naher Osten / südlicher und östlicher Mittelmeerraum des BMZ (1993) bezieht: Ägypten, Algerien, Bahrain, der Irak, Iran, der Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, der Libanon, Libyen, Marokko, Mauretanien, Oman, die Palästinensischen (Autonomie-)Gebiete, Saudi-Arabien, der Sudan, Syrien, Tunesien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE).

Darüber hinaus diente ein erster Entwurf der Studie als Hintergrundpapier für einen Workshop, den das BMZ im März 2005 im DIE veranstaltete. Ziel des Workshops war es, den Beitrag der deutschen EZ zur Erreichung der MDGs in den Ländern des Maghreb (Algerien, Marokko, Mauretanien und Tunesien) zu überprüfen und potenzielle Anpassungsbedarfe zu identifizieren. Teilgenommen haben Vertreter des BMZ, des DIE, der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und der KfW-Entwicklungsbank.

Die Studie beruht zum einen auf bereits vorliegenden Dokumenten. Hierzu gehören u.a. die statistischen Datensammlungen der internationalen Organisationen (Weltbank, UNDP, WHO, UNICEF, UNSD, UNAIDS), die nationalen MDG-Berichte der Entwicklungsländer, der regionale MDG-Bericht von UNDP sowie die Strategiepapiere des BMZ. Zum anderen hat der Autor zahlreiche Gespräche mit Vertretern des BMZ, der KfW und der GTZ geführt. Darüber hinaus machten zahlreiche Teilnehmer(innen) des bereits erwähnten BMZ-Workshops vor, während und nach der Veranstaltung noch Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge, die in der nunmehr vorliegenden, überarbeiteten Version der Studie berücksichtigt wurden.

Entgegen ursprünglicher Planungen wurde darauf verzichtet, die Studie durch ein zusätzliches Kapitel zu möglichen Ursachen der derzeitigen Defizite bei der Umsetzung der MDGs in den MENA-Ländern anzureichern. Dies hätte ein fristgerechtes Erscheinen der Studie vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 2005 in Frage gestellt.

Jedoch sind weitere Studien des DIE zu den MDGs geplant. In ihnen soll die hier behandelte Fragestellung für einzelne Sektoren bzw. Ziele oder aber für einzelne Länder in der MENA-Region vertieft und auch auf die Ursachen der bisherigen Defizite eingegangen werden.

Der Autor ist allen Gesprächspartnern aus dem BMZ, der GTZ und der KfW zu großem Dank für ihre hilfreichen Hinweise und Kommentare verpflichtet sowie für die Tatsache, dass sie Zeit für Gespräche mit dem Autor und für die aufmerksame Lektüre der Entwurfsfassung dieser Studie erübrigt haben. Ein ganz herzlicher Dank gilt aber auch den Kolleg(inn)en im DIE, insbesondere Frau Susanne Neubert, Herrn Guido Ashoff und Herrn Oliver Schlumberger, die zu dieser Studie mit zahlreichen Anmerkungen und Anregungen beigetragen haben.

Bonn, im Juni 2005 Markus Loewe

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

Zusammenfassung **1**

1 Einleitung **23**

2 *Millennium Declaration* und *Millennium Development Goals* **26**

2.1 Vorgeschichte und Genese der *Millennium Declaration* 26

2.2 Bedeutung der *Millennium Declaration* 32

2.3 Bewertung der *Millennium Development Goals* (MDGs) 34

2.4 Der Millenniumsprozess 39

2.5 Konsequenzen für die deutsche Entwicklungs-zusammenarbeit 41

3 Stand des Millenniumsprozesses in den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas **42**

3.1 Bekämpfung von Einkommensarmut und Hunger (MDG1) 46

3.2 Grundbildung für alle (MDG2) 51

3.3 Gleichstellung der Geschlechter (MDG3) 58

3.4 Verringerung der Kindersterblichkeit (MDG4) 70

3.5 Verbesserung der Gesundheit von Müttern (MDG5) 72

3.6 Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten (MDG6) 75

3.7 Ökologische Nachhaltigkeit (MDG7) 80

3.8 Globale Entwicklungspartnerschaft (MDG8) 89

4	**Akzeptanz der MDGs im Nahen Osten und in Nordafrika**	**104**
4.1	Bekanntheitsgrad und Akzeptanz der MDG-Agenda	106
4.2	Engagement der Regierungen für die MDGs	111
4.3	Einfluss der MDG-Agenda auf die nationale Politik	112
5	**Ausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit**	**121**
5.1	Länderkonzentration	122
5.2	Schwerpunktbildung	128
5.3	Maßnahmen der bilateralen deutschen EZ	139
5.4	Politikdialog	147
5.5	Umsetzung von MDG8	148
6	**Empfehlungen für die zukünftige deutsche Entwicklungszusammenarbeit**	**152**
6.1	Regionale Ausrichtung der bilateralen deutschen EZ	155
6.2	Sektorale Ausrichtung der bilateralen deutschen EZ	156
6.3	Ausrichtung der bilateralen deutschen EZ innerhalb ihrer Schwerpunktbereiche	159
6.4	Politikdialog	161
6.5	Dokumentation und Analyse des deutschen Beitrags zur Umsetzung der MDGs	163
6.6	Beitrag zur multilateralen EZ	164
6.7	Maßnahmen Deutschlands zur Umsetzung von MDG8	165

Literaturverzeichnis **167**

Liste der Gesprächspartner **188**

Anhang **191**

Kästen im Text

Kasten 1: Diskriminierung von Frauen im Familienrecht arabischer Staaten 65

Übersichten im Text

Übersicht 1: Die MDGs mit ihren Unterzielen und Indikatoren 17

Übersicht 2: Das Jahrzehnt der Weltkonferenzen 28

Übersicht 3: Stand der MDG-Umsetzung im Nahen Osten und in Nordafrika im Vergleich mit anderen Weltregionen 43

Übersicht 4: Strategiepapiere ausgewählter Länder, die möglicherweise unter dem Einfluss der MDGs bzw. der Weltkonferenzen der 1990er Jahre entstanden sind 115

Übersicht 5: Vergleich der MDG-Agenda mit offiziellen Entwicklungszielen des Jemen 119

Übersicht 6: Schema zum Vergleich von Problemlösungsdringlichkeit, -bereitschaft und -fähigkeit in den Partnerländern der EZ 124

Übersicht 7: MDG-Orientierung der deutschen EZ mit den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas 132

Übersicht 8: Laufende Maßnahmen der deutschen EZ in den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas im Jahre 2004 134

Übersicht 9: Fragen zum MDG-Bezug der Strategiepapiere der deutschen EZ 143

Schaubilder im Text

Schaubild 1: Trends bei der Umsetzung von MDG1 / Unterziel 1 (Halbierung des Anteils der Einkommensarmen an der Bevölkerung) 48

Schaubild 2: Trends bei der Umsetzung von MDG1 / Unterziel 2 (Halbierung des Anteils Hunger leidender Einwohner) 50

Schaubild 3: Trends bei der Umsetzung von MDG2 (Grundbildung für alle) 52

Schaubild 4: Zeitreihenvergleich zur Entwicklung der Schulbeteiligungsquoten in unterschiedlichen Ländern 53

Schaubild 5: Trends bei der Umsetzung von MDG3 (Gleichstellung der Geschlechter bei ihren Bildungsmöglichkeiten) 59

Schaubild 6: Trends bei der Umsetzung von MDG3 (Gleichstellung der Geschlechter bei ihren Beschäftigungsmöglichkeiten) 61

Schaubild 7: Verdienstmöglichkeiten von Frauen 62

Schaubild 8: Trends bei der Umsetzung von MDG4 (Verringerung der Kindersterblichkeitsraten) 71

Schaubild 9: Trends bei der Umsetzung von MDG4 (Verringerung der Säuglingssterblichkeitsraten) 72

Schaubild 10: Zeitreihenvergleich zur Entwicklung der Kindersterblichkeitsziffern von 176 Ländern zwischen 1980 und 2000 73

Schaubild 11: Trends bei der Umsetzung von MDG5 (Verringerung der Müttersterblichkeitsraten) 74

Schaubild 12: Stand der Umsetzung von MDG6 / Unterziel 7 im Jahre 2004 (HIV-Prävalenz) 76

Schaubild 13: Trends bei der Umsetzung von MDG7 / Unterziel 9 (Begrenzung der CO_2-Emissionen) 82

Schaubild 14: Trends bei der Umsetzung von MDG7 / Unterziel 9 (Begrenzung der FCKW-Emissionen) 83

Schaubild 15: Trends bei der Umsetzung von MDG7 / Unterziel 9 (Steigerung der Energie-Effizienz) 83

Schaubild 16: Trends bei der Umsetzung von MDG7 / Unterziel 10 (Ausbau der Trinkwasserversorgung) 86

Schaubild 17: Trends bei der Umsetzung von MDG7 / Unterziel 11 (Zugang zu Sanitäranlagen) 88

Schaubild 18: Stand der Umsetzung von MDG8 / Unterziel 12 (Regulierung der Handels- und Finanzsysteme nach dem *governance*-Index der Weltbank) 92

Schaubild 19: Trends bei der Umsetzung von MDG8 / Unterziel 12 (Offenheit der Finanzsysteme) 94

Schaubild 20: Stand der Umsetzung von MDG8 / Unterziel 12 (*Commitment* für gute Regierungsführung nach dem *governance*-Index der Weltbank) 95

Schaubild 21: Trends bei der Umsetzung von MDG8 / Unterziel 12 (*Commitment* für gute Regierungsführung nach dem *Freedom House Index*) 97

Schaubild 22: Trends bei der Umsetzung von MDG8 / Unterziele 13 und 15 (Lösung der Schuldenproblematik) 98

Schaubild 23: Trends bei der Umsetzung von MDG8 / Unterziele 13 und 15 (großzügigere Entwicklungshilfe) 99

Schaubild 24: Trends bei der Umsetzung von MDG8 / Unterziel 18 (Zugang zu erschwinglichen Medikamenten) 102

Schaubild 25: Trends bei der Umsetzung von MDG8 / Unterziel 18 (Zugang zu modernen Technologien) 105

Schaubild 26: Anteil der ODA der OECD/DAC-Mitglieder für soziale Grunddienste 151

Schaubild 27: Anteil der ODA wichtiger Geber, die 1999-2003 auf das ärmste Viertel aller Entwicklungsländer entfiel 152

Schaubild 28: ODA wichtiger Geber pro Einwohner in Entwicklungsländern mit schlechten Rahmenbedingungen im Verhältnis zur ODA derselben pro Einwohner in Entwicklungsländern mit guten Rahmenbedingungen (1999–2003) 153

Schaubild 29: Bewusstsein für MDGs in ausgewählten Geberländern 154

Tabellen im Anhang

Tabelle A1: Aussichten auf Umsetzung von MDG1–7 bis 2015 nach der Beurteilung durch unterschiedliche Institutionen 193

Tabelle A2: Stand der Umsetzung von MDG1 / Target 1 (Halbierung des Anteils der Einkommensarmen) 195

Tabelle A3: Stand der Umsetzung von MDG1 / Target 2 (Halbierung des Anteils der Hungernden) 197

Tabelle A4: Stand der Umsetzung von MDG2 (Grundbildung für alle) 199

Tabelle A5: Stand der Umsetzung von MDG3 (Gleichstellung der Geschlechter) 201

Tabelle A6: Stellung der Frauen in den nationalen Personenstandsgesetzen (ausgewählte Kriterien und Länder) 204

Tabelle A7: Stand der Umsetzung von MDG4 und MDG5 (Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeitsziffern) 205

Tabelle A8: Stand der Umsetzung von MDG6 (Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten) 208

Tabelle A9: Stand der Umsetzung von MDG7 / Target 9 (Nachhaltige Entwicklung) 209

Tabelle A10: Stand der Umsetzung von MDG7 / Target 10 und Target 11 (Trinkwasserversorgung und Sanitäranlagen) 211

Tabelle A11: Stand der Umsetzung von MDG8 (Globale Entwicklungspartnerschaft) nach ausgewählten Indikatoren 213

Tabelle A12: Qualität der Regierungsführung nach den Indikatoren von *Freedom House* und der Weltbank 215

Tabelle A13: Monitoring-Kapazitäten bei der Umsetzung der MDGs 217

Tabelle A14: Bewertung des „*supportive environment*“ beim Umsetzen der MDGs 219

Tabelle A15: Engagement der Regierungen für die Umsetzung der MDGs 220

Tabelle A16: Umfang und Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit 221

Tabelle A17: Bezugnahme der Planungs- und Strategiepapiere der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf die MDGs 222

Tabelle A18: Stand der Umsetzung von MDG8 durch Deutschland und andere Mitgliedsländer im OECD/DAC 225

Abkürzungsverzeichnis

AFESD	Arab Fund for Economic and Social Development, Kairo
AHDR	Arab Human Development Report
ALO	Arab Labour Organisation / Arab Labour Office, Kairo
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn
CAS	Country Assistance Strategy
DAC	Development Assistance Committee der OECD, Paris
DALE	disability adjusted life expectancy (rechnerische Größe, die den Erwartungswert der (Rest-)Lebensdauer bei voller Gesundheit angibt, d.h. dass von der vollen durchschnittlichen (Rest-)Lebenserwartung der durchschnittliche Anteil gesundheitlicher Einschränkungen in Jahren abgezogen wird)
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn
EFA	Education for All Initiative
ESCWA	United Nations Economic and Social Commission for Western Asia, Beirut, New York
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organisation, Rom
FCKW	Fluorchlorkohlenwasserstoffe
FCND	Food Consumption and Nutrition Division des International Food Policy Research Institute (IFPRI) , Washington, DC
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Berlin
FTI	Fast Track Initiative
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
GDI	gender development index (rechnerisches Maß, von UNDP entworfen, das ähnlich wie der HDI berechnet wird und Unterschiede bei der Humanentwicklung der Geschlechter misst; nimmt Werte zwischen 0 uns 1 an)
GNI	gross national income
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Eschborn
HDI	Human Development Index

HDR	Human Development Report
HIC	high-income countries (Länder mit einem Prokopfeinkommen von mehr als 9076 US $ in Kaufkraftparitäten im Jahre 2002)
HIPC	heavily indebted poor countries
IEA	International Energy Agency, Paris
IFPRI	International Food Policy Research Institute, Washington, DC
ILO	International Labour Organisation / International Labour Office (Internationale Arbeitsorganisation / Internationales Arbeitsamt), Genf
IMF	International Monetary Fund, Washington, DC
IPU	Inter-Parliamentary Union, Genf
ITU	International Telecommunication Union, Genf
IUCN	The World Conservation Union (ursprünglich International Union for Conservation of Nature and Natural Resources), Gland (Schweiz)
k.A.	keine Angaben verfügbar
KfW	KfW-Entwicklungsbank (die Abkürzung stand ursprünglich für „Kreditanstalt für Wiederaufbau“)
KKP	Kaufkraftparitäten (purchasing power parities: Konzept der Umrechnung von Wechselkursen in sog. internationale oder KKP-US $; berücksichtigt dabei die Unterschiedlichkeit des Realwerts monetärer Größen in verschiedenen Ländern – z.B. die Kaufkraft von Einkommen – die aus der Heterogenität der Preise nicht handelbarer Güter resultiert)
KKP-US $	in internationalen US $ (Umrechnung nationaler Währungen in US $ nach Kaufkraftparitäten)
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
LIC	low-income countries (Länder mit einem Prokopfeinkommen von weniger als 735 US $ in Kaufkraftparitäten im Jahre 2002)
LDCs	least developed countries
LLDCs	land-locked developing countries
MDGs	Millennium Development Goals
MDGR	Millennium Development Goals (Progress) Report
MENA	Middle East and North Africa region
MFI	Mikrofinanzinstitution (micro-finance institution)

MIC	middle-income countries (Länder mit einem Prokopfeinkommen zwischen 735 und 9076 US $ in Kaufkraftparitäten im Jahre 2002)
NRO	Nichtregierungsorganisation
o.A.	ohne Autor (Publikation, auf der kein Autorenname vermerkt ist)
ODA	official development assistance
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development, Paris
PA	Palestinian (National) Authority (Palästinensische Autonomie-behörde), Ramallah, Gaza
PARC	Public Administration Research & Consultation Center, Kairo
PG	Palästinensische Gebiete (die von Israel 1967 besetzten Teile des ehemaligen britischen Mandatsgebiets Palästina, also der Gaza-streifen und die sog. Westbank unter Einschluss von Ostjerusalem)
PKE	Prokopfeinkommen (BIP pro Einwohner)
PRB	Population Reference Bureau, Washington, DC
PRSP	Poverty Reduction Strategy Paper
PSG	Palästinensische Selbstverwaltungsgebiete
SAP	Strukturanpassungsprogramm / Structural Adjustment Programme
SF	Sozialfonds / Social Fund
SSP	Schwerpunktstrategiepapier
TBC	Tuberkulose
TZ	Technische Zusammenarbeit
UNAIDS	The Joint United Nations Programme on HIV/AIDS, Genf
UN	United Nations (Vereinte Nationen), New York / Genf
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development, Genf, New York
UNDG	United Nations Development Group
UNDP	United Nations Development Programme, New York
UNEP	United Nations Environmental Programme, Nairobi
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation, Paris
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change, Bonn
UN-HABITAT	United Nations Human Settlements Programme, Nairobi
UNICEF	United Nations Children's Fund, New York
UNO	United Nations Organisation, New York, Genf

UNRISD	United Nations Research Institute for Social Development, Genf
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, Gaza, Wien
UNSCO	Office of the United Nations Special Coordinator for the Israeli Occupied Territories, Jerusalem
UNSD	United Nations Statistics Division, New York
USA	United States of America
USAID	United States Agency for International Development, Washington, DC
US $	US-Dollar (korrekt: USD)
VAE	Vereinigte Arabische Emirate
WHO	World Health Organisation, Genf
VN	Vereinte Nationen
WiRAM	Wirtschaftsreform und Aufbau der Marktwirtschaft (Länderschwerpunkt)
WTO	World Trade Organisation, Genf
ZEF	Zentrum für Entwicklungsforschung, Universität Bonn

Erläuterungen für die Tabellen

k.A.	keinerlei Angaben verfügbar
...	Posten positiv, jedoch sind keine genaueren Angaben verfügbar
—	Posten ist null oder macht keinen Sinn
0	Posten ist annäherungsweise null (gerundet null)

Zusammenfassung

Im September 2000 fand der sog. Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen (VN) statt, bei dem diese einstimmig die *Millennium Declaration* annahmen. Sie enthält u.a. acht *Millennium Development Goals* (MDGs), die im Jahr 2001 durch 18 Unterziele (*targets*) und 48 Indikatoren spezifiziert wurden (vgl. Übersicht 1 am Ende der Zusammenfassung) und in jedem einzelnen Land bis 2015 erreicht werden sollen. Im Einzelnen sehen sie vor, (i) Einkommensarmut und Hunger weltweit zu bekämpfen, (ii) allen Kindern die Möglichkeit einer vollen Grundschulbildung zu bieten, (iii) in allen Ländern für die Gleichstellung der Geschlechter zu sorgen, (iv) und (v) die Kinder- und Müttersterblichkeitsraten überall auf der Welt zu senken, (vi) die Ausbreitung von HIV/Aids, Malaria und anderen Infektionskrankheiten einzudämmen, (vii) den globalen Umwelt- und Ressourcenschutz zu verbessern sowie (viii) eine globale Entwicklungspartnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern aufzubauen.

Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit der Relevanz der MDGs für die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas sowie für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit dieser sog. "*Middle East and North Africa region*" (MENA-Region). Zum einen wird in der Studie untersucht, welche Fortschritte die MENA-Länder bislang bei der Umsetzung der MDGs gemacht haben und worin für sie hierbei die größten Probleme bestehen. Zum anderen wird diskutiert, welchen Beitrag Deutschland derzeit zur Umsetzung der MDGs in der MENA-Region leistet, inwieweit dieser Beitrag konzeptionell durchdacht und dokumentiert ist und welche Konsequenzen sich hieraus für die zukünftige deutsche EZ ergeben.

Dabei stellt sich heraus, dass in den MENA-Ländern große Defizite bei der Bekämpfung von Einkommensarmut und Hunger (MDG1), dem Ausbau und v.a. der Qualität der Grundschulsysteme (MDG2), der Gleichstellung der Geschlechter (MDG3), dem Umwelt- und Ressourcenschutz (MDG7), der Verbesserung von *governance* (MDG8), der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit (ebenfalls MDG8) sowie dem Ausbau der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur (ebenfalls MDG8) bestehen und dass hierfür nicht zuletzt das ungenügende Engagement und Desinteresse der Regierungen in der Region verantwortlich sind.

Die deutsche EZ ist derzeit so ausgerichtet, dass sie ihre Partnerländer in der MENA-Region in relevanten Bereichen beim Verfolgen der MDGs unterstützen kann. Inwieweit dies tatsächlich der Fall ist, lässt sich allerdings nicht mit Sicherheit sagen, da bislang (i) kein einziges Länderkonzept und nur wenige Schwerpunktstrategiepapiere des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) darlegen, worin der deutsche Beitrag zur Umsetzung der MDGs besteht und mit welchen Maßnahmen er geleistet wird und (ii) noch nirgendwo die Wirkungen der EZ auf die Umsetzung der MDGs analysiert wurden.

Millennium Declaration und *Millennium Development Goals*

Die *Millennium Declaration* ist das Ergebnis eines Paradigmenwechsels in der internationalen Entwicklungsdebatte. Sie fasst Beschlüsse und Absichtserklärungen einer ganzen Serie von Weltkonferenzen zusammen, die während der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts stattfanden und eine zumindest partielle Abkehr vom *Washington Consensus* der 1980er Jahre einläuteten. An die Stelle der einseitigen Wachstumsfokussierung trat das Leitbild einer *nachhaltigen menschlichen Entwicklung*, das sich v.a. durch folgende Inhalte auszeichnet:

— Armut ist ein inakzeptables globales Problem. Sie zu bekämpfen ist das zentrale Ziel der gesamten Entwicklungspolitik. Andere Ziele wie z.B. Wachstum oder Preisstabilität, die die Entwicklungspolitik der 1980er Jahre beherrschten, sind ebenfalls wichtig, jedoch sollten auch sie in letzter Konsequenz zur Armutsbekämpfung beitragen.

— Armut ist ein multidimensionales Phänomen. Sie manifestiert sich nicht nur in einem Mangel an Einkommen und Vermögen, sondern auch an Bildung, Gesundheit, politischen Rechten, gesellschaftlicher Integration und sozialer Sicherheit.

— Zwischen den verschiedenen Aspekten von Armut bestehen vielfältige, wechselseitige Zusammenhänge. Zur Armutsbekämpfung gehören daher stets auch die Förderung von Demokratie und *good governance*, der Auf- und Ausbau von Systemen der sozialen Sicherung, der Umwelt- und Ressourcenschutz sowie die Gleichstellung der Geschlechter.

— Wirtschaftswachstum kann den Abbau von Armut begünstigen. Jedoch besteht hierbei kein Automatismus, insbesondere was die nicht ökonomischen Dimensionen der Armut anbelangt (Bildung, Gesundheit,

politische Partizipation, soziale Integration etc.).

— Grundvoraussetzung einer dauerhaften Reduktion von Armut ist die Nachhaltigkeit der Entwicklung mit all ihren ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten.

— Eine liberale, an Wettbewerb und Chancengleichheit orientierte Wirtschaftsordnung ist essenziell. In vielen Fällen kann sie aber nur durch gezielte Interventionen des Staates aufrechterhalten werden (*institutions matter*).

Auf diesem ganzheitlichen Entwicklungsansatz beruht auch die *Millennium Declaration*. Die MDGs hingegen basieren nur auf zwei der insgesamt vier zentralen Kapitel der Erklärung (den Kapiteln „Entwicklung und Armutsbekämpfung“ sowie „Schutz der gemeinsamen Umwelt“). Die Ziele in den Kapiteln „Frieden, Sicherheit und Abrüstung“ sowie „Menschenrechte, Demokratie und *good governance*“ wurden in die Liste der MDGs nicht mit aufgenommen.

Dies ist insofern problematisch, als die MDG-Agenda dem gerade erst etablierten *umfassenderen Verständnis von Armut nicht ganz gerecht* wird. Keiner ihrer Indikatoren misst den Mangel an Menschen- und Bürgerrechten, Partizipationsmöglichkeiten und Rechtssicherheit, an gesellschaftlicher Integration und Akzeptanz oder an sozialer Sicherheit. Selbst *Umweltprobleme stehen im Hintergrund*, da sie nur von einem der 18 *targets* aufgegriffen werden.

Zudem erfassen die MDGs v.a. *quantitative, nicht aber qualitative Größen*. Bspw. misst MDG2 den Schulbesuch von Kindern, nicht aber die Qualität der vermittelten Bildung.

Auf die *Nachhaltigkeit von Entwicklung* können sich die MDGs sogar nachteilig auswirken. So besteht die Gefahr, dass alle entwicklungspolitischen Bemühungen nur noch auf die termingerechte Umsetzung der MDGs gerichtet, deren langfristige Folgen aber übersehen werden. Bspw. könnten großzügige Sozialhilfesysteme aufgebaut werden, damit der Anteil der Einkommensarmen an der Bevölkerung im entscheidenden Jahr 2015 nur noch halb so groß ist wie 1990. Selbst wenn dies gelingt, ist der Erfolg nicht nachhaltig, weil er nicht auf strukturellen Veränderungen beruht. Mitsamt der hierfür aufgewendeten Ressourcen wird er zunichte, sobald die Sozialhilfesysteme nicht mehr finanziert werden können.

Ein weiteres Risiko besteht darin, dass die MDG-Agenda *unrealistische Erwartungen* weckt. Derzeit erscheint es unwahrscheinlich, dass alle Entwicklungsländer die MDGs erreichen. Dennoch sind sie sinnvoll, um alle relevanten Akteure zu einem größeren Engagement anzuspornen und zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren, so dass man den angestrebten Zielen zumindest etwas näher kommt. Wenn allerdings in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, dass die MDGs für alle Länder der Welt realistisch sind, kann dies einen erheblichen Glaubwürdigkeitsverlust der EZ zur Folge haben, wenn sich 2015 herausstellt, dass zahlreiche Entwicklungsländer die MDGs verfehlt haben. Ebenso können selbst ausgesprochen entwicklungsorientierte Regierungen in Entwicklungsländern delegitimiert werden, wenn sie die übermäßig großen Hoffnungen, die bei der Bevölkerung geweckt wurden, enttäuschen.

Dennoch bietet die MDG-Agenda in erster Linie Chancen, da mit ihr erstmals ein *gemeinsames Zielsystem* für alle Akteure der Entwicklungspolitik besteht, dem die Entwicklungsländer, die Geberländer und die internationalen Organisationen gleichermaßen zugestimmt haben:

— Dieses Zielsystem ist zugleich der *Referenzrahmen*, an dem sich alle Akteure bei ihren entwicklungspolitischen Anstrengungen orientieren sollten, um diese zu bündeln (Synergieeffekte) und aufeinander abzustimmen (Harmonisierung). Darüber sollten sie aber auch die politischen und sonstigen Ziele der Millenniumserklärung nicht vergessen.

— Das gemeinsame Zielsystem kann zu einer stärkeren *Ergebnisorientierung* in der Entwicklungspolitik und EZ beitragen. Vor dem Hintergrund der MDGs ist es sekundär, welche *inputs* einzelne Akteure leisten. Entscheidend ist, welche Wirkungen sie (einzeln bzw. gemeinsam) erzielen. Hieran müssen sie sich messen lassen. Allerdings sollten sie sich dabei nicht zu sehr auf die exakten Vorgaben der MDG-Agenda versteifen, sondern diese v.a. als Orientierungsrahmen interpretieren, damit keine unrealistischen Erwartungen geweckt werden und die Nachhaltigkeit von Entwicklung nicht in Gefahr gerät.

— Die MDG-Agenda kann bewirken, dass alle Akteure – die Regierungen der Entwicklungsländer, der Privatsektor, die Zivilgesellschaft und die Geber – *zusätzliche Ressourcen* mobilisieren und *größere Anstrengungen* unternehmen, damit die MDGs so weit wie möglich (und sinnvoll) bis 2015 umgesetzt werden. Parallel müssen sämtliche Akteure allerdings auch die Effizienz ihres Mitteleinsatzes optimieren.

Für die deutsche EZ ergeben sich folgende Konsequenzen aus der MDG-Agenda:

— Sie muss sicherstellen, dass sie einen *signifikanten Beitrag zur Umsetzung der MDGs* leistet. Keineswegs muss sich die gesamte EZ den MDGs unterordnen und sie braucht auch nicht zu jedem MDG einen Beitrag zu leisten. Jedoch sollte sie jedes ihrer Partnerländer in irgendeiner Weise dabei unterstützen, die MDGs zu erreichen. Zudem muss Deutschland seinen Beitrag zu MDG8 leisten, für das in erster Linie die Geberländer verantwortlich sind – i.e. sich u.a. für die Handelsliberalisierung, Schuldenerlasse und die Steigerung seiner *official development assistance* (ODA) einsetzen.

— Ebenso muss die deutsche EZ stärker auf ihre *Wirksamkeit und Effizienz* achten. Dies beginnt in der Planungsphase und endet damit, dass Instrumente entwickelt werden, mit denen die tatsächlichen Effekte der EZ auf die Umsetzung der MDGs analysiert werden.

— Schließlich muss sich die deutsche EZ v.a. an den *Prioritäten der Partner* und an den *eigenen Stärken* ausrichten. Sie sollte v.a. Maßnahmen unterstützen, die die Entwicklungsländer selbst als vorrangig ansehen, aus eigener Kraft aber nicht durchführen können. Zudem sollte die EZ so mit den anderen Gebern koordiniert werden, dass jeder Geber die Aufgaben übernimmt, bei denen er über komparative Stärken verfügt.

Stand des Millenniumsprozesses in den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas

Die MENA-Länder haben bislang nur bei wenigen MDGs ausreichende Fortschritte gemacht. Ähnlich wie die Länder anderer Weltregionen haben sie Schwierigkeiten mit der Umsetzung von MDG1 und MDG7. Die gravierendsten Defizite jedoch bestehen – anders als bspw. in Lateinamerika – bei der Qualität der Grundschulbildung (MDG2), bei der gesellschaftlichen, ökonomischen und rechtlichen Gleichstellung der Geschlechter (MDG3) sowie bei der Verbesserung der ökonomischen und politischen Regierungsführung (Teilaspekt von MDG8).

Vergleichsweise erfolgreich war bislang v.a. Tunesien, das wahrscheinlich fünf bis sieben der acht MDGs erreichen wird. Schwierigkeiten hat es mit der

Umsetzung von MDG5 und MDG7, v.a. aber mit der Forderung nach *good governance* in MDG8. Daneben dürften auch Ägypten, Libyen, Katar und Kuwait mindestens vier bis fünf MDGs erreichen, wobei auch in diesen Ländern die größten Defizite im *governance*-Bereich bestehen. Größere Probleme haben hingegen Algerien, Jordanien, Marokko, Bahrain und die Palästinensischen Gebiete – v.a. aber Iran, der Libanon, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Saudi-Arabien und der Oman. Besonders schlecht sieht es für die drei *low-income countries* Jemen, Sudan und Mauretanien sowie den Irak aus. Der Irak und der Jemen werden u.U. alle acht Ziele verfehlen, Mauretanien und der Sudan wahrscheinlich sechs.

Bekämpfung von Einkommensarmut und Hunger (MDG1)

Die Mehrzahl der Länder im Nahen Osten und in Nordafrika werden MDG1 nicht erreichen, wenn sie ihre Anstrengungen nicht noch ganz erheblich steigern. Zwar liegt der Anteil der Einwohner, die in der MENA-Region unter Hunger leiden bzw. über weniger als 1 US $ pro Tag verfügen, niedriger als in anderen Weltregionen. Jedoch ist dieser Anteil seit 1990 nicht zurückgegangen, sondern gestiegen. Lediglich Tunesien, Ägypten, Jordanien und Mauretanien machten in den vergangenen 15 Jahren Fortschritte beim Abbau der Einkommensarmut. Demgegenüber stieg der Anteil der Einkommensarmen in Algerien, im Irak, in Marokko, in den Palästinensischen Autonomiegebieten und v.a. im Jemen drastisch an. Der Anteil der unterernährten Einwohner sank in Tunesien, Ägypten und Mauretanien, während er im Irak, in Jordanien, in Algerien, im Libanon und in Marokko anstieg.

Grundbildung für alle (MDG2)

Auch in der Bildungspolitik machte die MENA-Region seit 1990 keine ausreichenden Fortschritte, demzufolge sie MDG2 als Ganzes wahrscheinlich nicht erreichen wird. Noch immer besuchen zahlreiche Kinder in den MENA-Ländern nie eine Grundschule. Geringere Fortschritte machten bislang bei MDG2 nur Südasien und Subsahara-Afrika. Insbesondere Iran und die VAE, deren Grundschulbeteiligungsquoten sogar gesunken sind, werden MDG2 verfehlen, daneben aber wahrscheinlich auch der Sudan, der Oman, Saudi-Arabien, der Jemen und Kuwait. Die Palästinensischen Gebiete, Tunesien, Algerien, Katar, Jordanien und Ägypten werden das Ziel hingegen erreichen,

wenn sich der bisherige Trend in diesen Ländern fortsetzt. Denkbar ist dies auch für Marokko, Bahrain und Syrien.

Darüber hinaus weist die in der Region vermittelte Schulbildung eine schlechte Qualität auf und ist für das spätere Erwerbsleben der Schüler nur von begrenztem Nutzen.

Gleichstellung der Geschlechter (MDG3)

Größere Fortschritte machten die MENA-Länder bei der Angleichung der Bildungsmöglichkeiten der Geschlechter. Fast alle konnten die Schulbeteiligungsraten von Mädchen auf allen Stufen des Schulsystems beträchtlich steigern und dem Niveau der Schulbeteiligung von Jungen annähern. Somit wird die MENA-Region als Ganzes MDG3 mit hoher Wahrscheinlichkeit erreichen. Lediglich dem Jemen und dem Irak wird dies wahrscheinlich nicht gelingen.

Von einer umfassenden Gleichstellung der Geschlechter werden die MENA-Länder aber auch im Jahre 2015 noch weit entfernt sein. Zwar schlagen sich die verbesserten Bildungschancen von Mädchen auch in sinkenden Analphabetenquoten unter Frauen nieder. Deren Beschäftigungs- und Erwerbschancen haben sich aber eher verschlechtert. So ging der Anteil der Frauen an allen Erwerbstätigen außerhalb der Landwirtschaft in den meisten Ländern der Region zurück; lediglich in Algerien, dem Oman und Bahrain ist er gestiegen. Zudem liegt das durchschnittliche Einkommen der erwerbstätigen Frauen in den MENA-Ländern mit Ausnahme der Palästinensischen Gebiete noch immer nur bei einem Bruchteil des Verdienstes von Männern.

Auch in Bezug auf ihre politischen und rechtlichen Möglichkeiten sind Frauen gegenüber Männern nach wie vor benachteiligt. In den Golfstaaten (außer Bahrain) haben sie bis heute kein Wahlrecht und in den Ministerien und im Parlament sind sie auch in allen anderen MENA-Ländern deutlich unterrepräsentiert. Selbst das Zivilrecht (v.a. das Personenstands-, Fürsorge-, Erb- und Staatsbürgerschaftsrecht) gesteht ihnen fast überall weniger Rechte zu als Männern. Schließlich sind Frauen auch bei der Rechtsanwendung im Nachteil, da ihnen informelle (v.a. gesellschaftliche) Barrieren den Zugang zu Justiz und Verwaltung erschweren.

Verringerung der Kinder- und Müttersterblichkeit (MDG4 und MDG5)

In der Gesundheitspolitik können die meisten MENA-Länder sehr große Erfolge vorweisen. Ihnen gelang es, die Säuglings-, Kinder- und Müttersterblichkeitsziffern deutlich zu senken, so dass sie MDG4 und MDG5 wahrscheinlich erreichen. Möglich erscheint dies auch für Jordanien, Algerien, Syrien und den Libanon, sofern sie ihre Bemühungen in den nächsten Jahren nochmals verstärken. Demgegenüber werden die drei *low-income countries* Mauretanien, Sudan und Jemen sowie der Irak MDG4 und MDG5 mit hoher Wahrscheinlichkeit verfehlen.

Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten (MDG6)

Zur Umsetzung von MDG6 in den MENA-Ländern lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nichts Genaues sagen, da über die Verbreitung von HIV/Aids und Malaria kaum verlässliche Informationen vorliegen. Dies liegt mit daran, dass HIV/Aids in der MENA-Region noch immer tabuisiert wird. Vermutlich liegt sowohl der Anteil der HIV-Infizierten als auch die Zahl der Aids-Fälle deutlich niedriger als in anderen Weltregionen. Eine Ausnahme bildet hierin der Sudan, wo mehr als 2 % aller Erwachsenen infiziert sind. Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass die Zahl der Neuinfektionen in allen Ländern der MENA-Region während der letzten fünf Jahre drastisch angestiegen ist. Dies gilt v.a. für den Südsudan, Südalgerien, Mauretanien und die Küstenebene des Jemen. Malaria ist in acht MENA-Ländern endemisch, stellt aber in keinem von ihnen ein größeres Risiko dar.

Verbesserung der ökologischen Nachhaltigkeit der Politik (MDG7)

MDG7 hat drei Unterziele, die nur bedingt miteinander zusammenhängen und zwischen denen es sogar zu Konflikten kommen kann. Hierbei handelt es sich um ökologische Nachhaltigkeit (Unterziel 9), die Versorgung eines größeren Teils der Bevölkerung mit Trinkwasser (Unterziel 10) sowie den Ausbau der Abwasserentsorgung (Unterziel 11).

Für die Messung der Umsetzung von Unterziel 9 sind sechs Indikatoren vorgesehen. Der erste (der Anteil der von Wald bedeckten Landfläche) ist für die MENA-Region nicht sehr aussagekräftig, da in ihr – außer im Sudan, in Marokko und im Libanon – schon seit langem keine nennenswerten Waldflächen mehr existieren. Alle anderen Indikatoren machen aber deutlich, dass die

MENA-Länder noch erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um Unterziel 9 zu erreichen. So werden Boden, Luft und Wasser in der MENA-Region zunehmend durch Schadstoffe belastet. Bspw. nahmen die CO_2-Emissionen seit 1990 im regionalen Durchschnitt um 50 % zu und selbst beim Abbau der FCKW-Emissionen wurden in den MENA-Ländern deutlich kleinere Fortschritte gemacht als in anderen Teilen der Welt. Zudem haben viele MENA-Länder wichtige internationale Umweltabkommen wie bspw. das Kyoto-Protokoll noch nicht ratifiziert. Auch der Energieverbrauch pro Einwohner ist fast überall in der MENA-Region erheblich gestiegen, jedoch konnte die Energieeffizienz (volkswirtschaftliche Wertschöpfung pro Einheit Energieverbrauch) z.T. verbessert werden.

Größere Fortschritte machte die MENA-Region bei der Umsetzung von Unterziel 10; dennoch wird sie es möglicherweise nicht erreichen. Mauretanien, Libyen, der Oman und der Jemen werden Unterziel 10 wahrscheinlich verfehlen. Tunesien und Marokko müssen sich sehr anstrengen, damit es ihnen nicht ebenso ergeht. In Ägypten, Bahrain, dem Libanon, Syrien und den Palästinensischen Gebieten wurde Unterziel 10 den offiziellen Statistiken zufolge bereits erreicht. Diese erfassen jedoch nur, wie viele Haushalte an das öffentliche Wassersystem angeschlossen sind, nicht aber, ob sie auch regelmäßig mit Wasser versorgt werden und welche Qualität dieses hat. Zudem verschleiern sie, dass das größte Probleme der MENA-Region die Übernutzung der knappen Wasservorkommen durch die intensive Bewässerungslandwirtschaft darstellt, auf die 60–80% des gesamten Wasserverbrauchs entfallen.

Einige MENA-Länder konnten seit 1990 auch die Abwasserentsorgung deutlich ausbauen. So haben Ägypten und Jordanien Unterziel 11 bereits erreicht, und Tunesien, Syrien und der Oman werden es wahrscheinlich ebenfalls vor 2015 erreichen. Derweil machten der Sudan, der Jemen und Libyen bis dato kaum Fortschritte beim Ausbau der sanitären Infrastruktur.

Globale Entwicklungspartnerschaft (MDG8)

MDG8 besteht aus einer Vielzahl von Unterzielen, von denen die meisten in den vorrangigen Verantwortungsbereich der Industrieländer fallen. Für einige sind allerdings – ebenso wie für MDG1–7 – in erster Linie die Entwicklungsländer zuständig. Dies gilt v.a. für (i) die Verbesserung der ökonomischen

und politischen *governance* auf nationaler Ebene, (ii) die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, (iii) die Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten sowie (iv) deren Zugang zu modernen Kommunikations- und Informationstechnologien.

Die *ökonomische governance* der MENA-Länder ist noch immer schlecht. Ihre Güter- und Finanzmärkte sind durch zahlreiche gesetzliche Vorschriften und informelle Barrieren gegen potenzielle Markteinsteiger aus dem Ausland, aber auch Konkurrenten der etablierten Anbieter im Inland abgeschottet. Wer investieren oder eine Produktion aufnehmen will, muss langwierige, teure und intransparente Genehmigungsprozesse in Kauf nehmen, deren Ergebnis bis zum Schluss nicht vorhersehbar ist. Ebenso ist kaum absehbar, wie die Gerichte im Falle von Rechtsstreitigkeiten entscheiden. Geistiges Eigentum wird unzureichend geschützt und die Wettbewerbsgesetze sind (soweit solche überhaupt existieren) schlecht oder werden ignoriert.

Noch schlechter ist es um die *politische governance* in der MENA-Region bestellt. Nirgendwo sonst (außer vielleicht in Zentralasien) bestehen vergleichbar große Defizite bei den politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bevölkerung, der Rechenschaftspflicht der Regierungen, Menschen- und Bürgerrechten sowie sonstigen liberalen Freiheiten. Nur unwesentlich besser schneidet die MENA-Region in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und die Transparenz von Verwaltung und Justiz ab. Vor allem aber hat sich hieran – anders als in allen anderen Teilen der Welt – im Nahen Osten und in Nordafrika seit 1990 nichts verändert.

Auch bei der *Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit* haben die MENA-Länder seit 1990 keine Erfolge errungen. In Ägypten und Bahrain ist sie sogar ganz extrem gewachsen. Zu allen anderen Ländern liegen keine Daten vor, jedoch hat Arbeitslosigkeit in ihnen ganz generell zugenommen und die tatsächlichen Quoten liegen deutlich über den amtlichen, so dass man davon ausgehen kann, dass auch die Jugendarbeitslosenquoten gestiegen sind. Dies gilt v.a. für die Palästinensischen Gebiete, den Jemen, Algerien, Libyen, Marokko und den Libanon.

Besser ist in den MENA-Ländern die *Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten*. So haben in Algerien, Jordanien, Libyen und den Golfstaaten alle Einwohner Zugang zu den wichtigsten Medikamenten. Hingegen wird in Mauretanien, Marokko und dem Jemen nur die Hälfte und im Sudan ein noch

kleinerer Anteil der Bevölkerung mit Medikamenten versorgt.

Vollkommen unterentwickelt ist in der MENA-Region allerdings auch die *Kommunikations- und Informationsinfrastruktur*. So gibt es nur in Südasien und Subsahara-Afrika weniger Telefonanschlüsse pro 1000 Einwohner inkl. Mobilnetz. Ganz besonders niedrig liegt nicht nur der entsprechende Wert der drei *low-income countries* der MENA-Region, sondern auch von Algerien, Libyen und Syrien. Ähnliches gilt für die Zahl der Personalcomputer und Internetzugänge, nach der die MENA-Region ebenfalls weit hinter Lateinamerika sowie Osteuropa und Zentralasien rangiert. Vergleichsweise gute Werte weisen hierbei die Golfstaaten, der Libanon, Jordanien und Iran auf, besonders schlechte hingegen nicht nur der Jemen, der Sudan und Mauretanien, sondern auch Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko und Syrien.

Akzeptanz der MDGs im Nahen Osten und in Nordafrika

Nun stellt sich die Frage, inwieweit die MDG-Agenda in den MENA-Ländern überhaupt akzeptiert wird bzw. inwieweit die politischen Entscheidungsträger bereit sind, sich hierfür einzusetzen. Beides ist nicht selbstverständlich. In Ländern, die bereits große Erfolge in MDG-relevanten Bereichen erzielt haben, mag die MDG-Agenda den Machthabern gelegen kommen, da diese ihre bisherigen Erfolge nicht nur gegenüber der eigenen Bevölkerung, sondern auch der internationalen Staatengemeinschaft als zusätzliches Argument für die Legitimität ihrer Herrschaft anführen können. Anders verhält es sich mit Ländern, denen es sehr schwer fällt, die MDGs umzusetzen. Ihre Regierungen können versuchen, die Ziele dennoch zu erreichen, wofür sie aber beträchtliche Beträge im Staatsbudget reservieren müssten. Die entsprechenden Finanzmittel könnten ihnen dann anderswo fehlen, wo sie aus machtstrategischen Gründen u.U. viel dringender benötigt werden. Stattdessen können die Politiker die MDGs aber auch ignorieren und alles daran setzen, dass die Bevölkerung möglichst wenig darüber erfährt und diskutiert. Die Herausforderung einer solchen Strategie besteht darin, die Geber davon zu überzeugen, dass die Regierung dennoch alles tut, um die MDGs zu erreichen.

Einiges deutet darauf hin, dass das Gros der Machthaber in der MENA-Region kein großes *commitment* für die MDGs hat. Dies lässt sich allerdings nicht abschließend klären, weil es an den hierfür erforderlichen soliden Belegen mangelt.

Formal haben sämtliche MENA-Länder die MDGs akzeptiert. Alle waren beim Millenniumsgipfel vertreten (die meisten sogar durch ihren Staats- oder Regierungschef). Sie stimmten der Millenniumserklärung zu und begrüßten sie überdies ausdrücklich durch die Abgabe individueller Kommentare. Auch bei anderer Gelegenheit beziehen sich die Regierungen immer wieder auf die *Millennium Declaration* bzw. die MDGs. Jedoch geben offizielle Dokumente und Verlautbarungen dieser Art nur selten die tatsächlichen Absichten der Politiker wieder.

Aufschlussreicher ist, inwieweit die Regierenden die Gesellschaft über die MDGs informieren und an der Zusammenstellung der nationalen MDG-Berichte beteiligen. In den meisten MENA-Ländern geschieht dies fast gar nicht, und auch im öffentlichen Diskurs spielt die MDG-Agenda selbst unter Intellektuellen keine Rolle. Zwar werden einzelne Themen der MDG-Agenda angesprochen, explizit werden die MDGs dabei aber nicht erwähnt. Zudem handelt es sich ausschließlich um Themen, die für die Machthaber ungefährlich sind (Schulbeteiligung, Kindersterblichkeit etc.). Selbst Wissenschaftler, NROs und Ministerialbeamte, die sich mit MDG-relevanten Fragen beschäftigen, haben z.T. noch nie von den Zielen gehört. Lediglich Ägypten und Marokko könnten sich hierin evtl. ein wenig vom Rest der Region unterscheiden, jedoch liegen auch dazu sehr widersprüchliche Informationen vor.

Weitere Hinweise bieten die nationalen MDG-Berichte, die die MENA-Länder in Bezug auf ihr *supportive environment* überwiegend negativ bewerten (i.e. Motivation und Engagement der relevanten Akteure als wenig förderlich für die Umsetzung der MDGs kritisieren). Allerdings ergeben sie kein einheitliches und auch kein intuitiv einleuchtendes Bild, zumal ausgerechnet das *supportive environment* in Syrien und Saudi-Arabien sehr positiv beurteilt wird.

Die Regierungen der MENA-Länder haben durchaus verstanden, dass auch sie die MDG-Agenda nicht mehr vollständig ignorieren können. Hieraus ziehen sie aber sehr unterschiedliche Konsequenzen. Länder wie z.B. Syrien, Tunesien, Ägypten oder Jordanien betonen, dass sie die MDG-Agenda voll

und ganz begrüßen, hierin aber keinen Anlass für einen grundsätzlichen Kurswechsel sehen, da die MDGs im Grunde schon immer zentrale Ziele der Regierung gewesen seien. Z.T. haben sie hiermit nicht ganz unrecht. So erzielte Tunesien schon vor dem Millenniumsgipfel beachtliche Erfolge in mehreren MDG-relevanten Bereichen (Bekämpfung der Einkommensarmut, Gleichstellung der Geschlechter etc.), während es in anderen, darunter v.a. *good governance*, auch danach keinerlei Fortschritte machte. Für die Selbstzufriedenheit manch anderer Regierungen besteht demgegenüber überhaupt kein Grund.

Dennoch erstellen diese Länder seit einigen Jahren eine wachsende Zahl von Entwicklungsplänen und Sektorstrategiepapieren, die zwar die MDG-Agenda nicht explizit erwähnen, deren Ziele sich aber mit einzelnen MDGs weitgehend decken (besonders oft handelt es sich um MDG 4, 5 oder 7). Inwieweit diese Dokumente ernst genommen und auch umgesetzt werden (i.e. zu Veränderungen in der politischen Praxis führen), muss sich allerdings erst noch erweisen. Denkbar ist auch, dass sie in erster Linie Wohlwollen bei den Gebern hervorrufen sollen.

Anders verhält es sich mit Ländern wie Mauretanien, dem Jemen oder Algerien. Sie räumen offen ein, dass es in der Vergangenheit in MDG-relevanten Bereichen zu Versäumnissen gekommen ist und daher substanzielle Kurskorrekturen erforderlich sind. Sämtliche MDGs werden in ihren Planungsdokumenten ganz explizit erwähnt und als nationale Entwicklungsziele benannt. Jedoch bleibt das Handeln dieser Länder noch stärker hinter den eigenen Zielvorgaben zurück, als dies bei der zuerst genannten Gruppe von Ländern der Fall ist.

Ausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Die deutsche EZ ist geographisch und sektoral so ausgerichtet, dass sie wichtige Beiträge zur Umsetzung der MDGs in der MENA-Region leisten kann. Diese Beiträge werden aber weder von den Partnerländern noch von der deutschen EZ angemessen analysiert und dokumentiert.

Besonders intensiv engagiert sich die deutsche EZ in ihren sog. Schwerpunktpartnerländern. In der MENA-Region sind dies Ägypten, der Jemen,

Marokko und die Palästinensischen Gebiete. Daneben kooperiert Deutschland aber auch mit Algerien, Jordanien, Mauretanien, Syrien und Tunesien. Im Wesentlichen erscheint diese Ausrichtung auch aus Perspektive der MDG-Agenda sinnvoll. Dass keinerlei EZ mit Iran, dem Sudan und dem Irak stattfindet, hat vertretbare politische Gründe. Libyen und die Golfstaaten hingegen verfügen über ausreichend große finanzielle Ressourcen und können ihre Probleme daher auch ohne EZ lösen. Auffällig ist lediglich, dass das *low-income country* Mauretanien, das ganz erhebliche Probleme bei der Umsetzung sämtlicher MDGs hat und diese aufgrund seiner Armut auch nicht alleine lösen kann, ein „einfaches" Partnerland ist – wohingegen die *middle-income countries* Ägypten und Marokko Schwerpunktpartnerländer sind, obwohl sie bessere Fortschritte bei der Umsetzung der MDGs machen, über größere finanzielle und organisatorische Kapazitäten verfügen und sich keineswegs durch eine höhere Problemlösungsbereitschaft auszeichnen.

Dass Deutschland mit den MENA-Ländern v.a. im Bereich „Wirtschaftsreform und Aufbau der Marktwirtschaft" (WiRAM) sowie im Wassersektor kooperiert, lässt sich ebenfalls – auch vor dem Hintergrund der MDG-Agenda – gut vertreten. Im WiRAM-Bereich kann zur Umsetzung von MDG1, im Wassersektor von MDG7 beigetragen werden. Eine große Zahl von MENA-Ländern hat große Probleme bei der Umsetzung dieser beiden Ziele. Allerdings machen sie in anderen MDG-relevanten Bereichen, in denen sich die staatliche deutsche EZ weniger stark engagiert, ebenfalls keine ausreichenden Fortschritte. Hierzu gehören v.a. die Förderung von Demokratie und guter Regierungsführung, die Gleichstellung der Geschlechter und die Verbesserung der Qualität der in den Grundschulen vermittelten Bildung – Gebiete also, auf denen nach Aussage der *Arab Human Development Reports* die zentralen Engpässe der gesamten Entwicklung in der MENA-Region bestehen.

Im Dialog mit den Regierungen der Partnerländer in der MENA-Region spricht das BMZ die MDGs mittlerweile regelmäßig an. Bedenklich ist, dass das Thema bislang noch von fast keinem der arabischen Partnerländer explizit angeschnitten wurde.

Die gravierendsten Schwächen der deutschen EZ mit den MENA-Ländern bestehen allerdings in deren konzeptioneller Fundierung und Dokumentation. So gehen die Länderkonzepte und Schwerpunktstrategiepapiere des BMZ auf die MDGs und den deutschen Beitrag zu ihrer Umsetzung so gut wie gar

nicht ein. Zwar stimmen viele der in ihnen genannten Ziele mit der Stoßrichtung der MDG-Agenda überein, dies wird aber nicht deutlich. Zudem wird in vielen Papieren nur unzureichend aufgezeigt, inwiefern die geförderten Maßnahmen den übergeordneten Zielen dienen. Auch *ex post* wird hiernach nicht gefragt; bislang wurde die deutsche EZ noch in keinem Partnerland einer MDG-spezifischen Wirkungsanalyse unterzogen.

Kritisch ist aber auch der deutsche Beitrag zu MDG8 zu bewerten (was allerdings nicht speziell das deutsche Engagement in der MENA-Region betrifft, sondern die gesamte deutsche EZ bzw. alle außenwirksamen Politiken Deutschlands). Zwar engagiert sich die Bundesregierung auf vielen Gebieten (Handel, Internationale Finanzmärkte, Entschuldung etc.) sehr stark für die Entwicklungsländer. Die deutsche ODA liegt aber noch weit unter der Marke von 0,7 % des Bruttosozialprodukts, die seit Anfang der 1970er Jahre angestrebt wird. Ebenso entfallen deutlich kleinere Anteile der deutschen ODA auf (i) *least-developed countries* (LDCs) und (ii) soziale Grunddienste (Grundbildung, primäre Gesundheitsversorgung, Nahrung, Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung), als dies bei anderen Gebern der Fall ist.

Empfehlungen für die zukünftige deutsche Entwicklungszusammenarbeit

Die Bundesregierung (2004: 1) erklärt: „*Die MDGs und die Millenniumserklärung bilden den verbindlichen Orientierungsrahmen für die deutsche Entwicklungspolitik.*“ Für das deutsche Engagement in der MENA-Region lassen sich hieraus folgende Empfehlungen ableiten:

— In den Strategiepapieren des BMZ muss besser dokumentiert werden, inwiefern die deutsche EZ zur Umsetzung der MDGs in den Partnerländern beiträgt / beitragen soll.

— Zudem sollte regelmäßig durch MDG-spezifische Wirkungsanalysen geprüft werden, ob tatsächlich der erwartete Beitrag zur Umsetzung der MDGs geleistet wurde. Dies gilt v.a. für den WiRAM-Bereich, wo die Armutswirkung der deutschen EZ kritischer hinterfragt und detaillierter belegt werden sollte.

— Im Dialog mit den Partnerländern muss stärker als bisher die Umsetzung der MDGs eingefordert werden. Dabei sollten v.a. (i) eine stärkere Ar-

mutsorientierung in der Wirtschaftspolitik, (ii) Reformen im *governance*-Bereich sowie (iii) ein größeres Engagement bei der Gleichstellung der Geschlechter angemahnt werden.

— Zudem sollte sich die deutsche EZ noch stärker auf Länder und Sektoren konzentrieren, in denen die Problemlösungsdringlichkeit besonders groß, die Problemlösungsfähigkeit der Partner begrenzt und eine ausreichend hohe Problemlösungsbereitschaft gegeben ist. Dies könnte u.U. dazu führen, dass bspw. ein stärkeres Engagement in Mauretanien sowie (auch in anderen Ländern) in den Bereichen (i) Demokratisierung / *good governance*, (ii) *gender* und (iii) Qualität von Bildung in Betracht gezogen wird.

— Schließlich darf MDG8 nicht in Vergessenheit geraten. Insbesondere muss die deutsche ODA-Quote deutlich steigen. Zudem sollte ein höherer Anteil der bereitgestellten Mittel auf die ärmsten Entwicklungsländer sowie auf soziale Grunddienstleistungen entfallen. Andernfalls würde sich Deutschland auch kaum für den angestrebten Sitz im VN-Sicherheitsrat empfehlen.

Übersicht 1: Die MDGs mit ihren Unterzielen und Indikatoren		
Ziele und Unterziele		**Indikatoren** (*mit den internationalen Organisationen, die für die Datenerhebung zuständig ist*)
Goal 1:	**Eradicate extreme poverty and hunger**	
Target 1:	Halve, between 1990 and 2015, the proportion of people whose income is less than one dollar a day	**1.** Proportion of population below $1 (PPP) per day (*World Bank*) *(For monitoring country poverty trends, indicators based on national poverty lines should be used, where available)* **2.** Poverty gap (*World Bank*) *(Mean distance of the poor below the poverty line as % of the poverty line. This mean is taken over the entire population, counting the non-poor as having zero poverty gap.)* **3.** Share of poorest quintile in national consumption (*World Bank*)
Target 2:	Halve, between 1990 and 2015, the proportion of people who suffer from hunger	**4.** Prevalence of underweight children under five years of age (*UNICEF / WHO*) **5.** Proportion of population below minimum level of dietary energy consumption (*FAO*)
Goal 2:	**Achieve universal primary education**	
Target 3:	Ensure that, by 2015, children everywhere, boys and girls alike, will be able to complete a full course of primary schooling	**6.** Net enrolment ratio in primary education (*UNESCO*) **7.** Proportion of pupils starting grade 1 who reach grade 5 (*UNESCO*) *(An alternative indicator under development is "primary completion rate".)* **8.** Literacy rate of 15–24 year-olds (*UNESCO*)
Goal 3:	**Promote gender equality and empower women**	
Target 4:	Eliminate gender disparity in primary and secondary education, preferably by 2005, and in all levels of education no later than 2015	**9.** Ratio of girls to boys in primary, secondary and tertiary education (*UNESCO*) **10.** Ratio of literate women to men, 15–24 years old (*UNESCO*) **11.** Share of women in wage employment in the non-agricultural sector (*ILO*) **12.** Proportion of seats held by women in national parliament (*IPU*)

(Forts. Übersicht 1: Die MDGs mit ihren Unterzielen und Indikatoren)		
Ziele und Unterziele		**Indikatoren** (*mit den internationalen Organisationen, die für die Datenerhebung zuständig ist*)
Goal 4:	**Reduce child mortality**	
Target 5:	Reduce by two thirds, between 1990 and 2015, the under-five mortality rate	**13.** Under-five mortality rate (*UNICEF / WHO*) **14.** Infant mortality rate (*UNICEF / WHO*) **15.** Proportion of 1 year-old children immunized against measles (*UNICEF / WHO*)
Goal 5:	**Improve maternal health**	
Target 6:	Reduce by three quarters, between 1990 and 2015, the maternal mortality ratio	**16.** Maternal mortality ratio (*UNICEF / WHO*) **17.** Proportion of births attended by skilled health personnel (*UNICEF / WHO*)
Goal 6:	**Combat HIV/AIDS, malaria and other diseases**	
Target 7:	Have halted by 2015 and begun to reverse the spread of HIV/AIDS	**18.** HIV prevalence among pregnant women aged 15–24 years (*UNAIDS / WHO / UNICEF*) **19.** Condom use rate of the contraceptive prevalence rate (*UNAIDS / UNICEF / UN Population Division / WHO*) **19a.** Condom use at last high-risk sex (*UNICEF / WHO*) **19b.** Percentage of population aged 15–24 years with comprehensive correct knowledge of HIV/AIDS (*UNICEF / WHO*) **19c.** Contraceptive prevalence rate (*UNICEF / WHO*) **20.** Ratio of school attendance of orphans to school attendance of non-orphans aged 10–14 years (*UNAIDS / WHO / UNICEF*)

(Forts. Übersicht 1: Die MDGs mit ihren Unterzielen und Indikatoren)		
Ziele und Unterziele		**Indikatoren** (*mit den internationalen Organisationen, die für die Datenerhebung zuständig ist*)
Target 8:	Have halted by 2015 and begun to reverse the incidence of malaria and other major diseases	**21.** Prevalence and death rates associated with malaria (*WHO*) **22.** Proportion of population in malaria-risk areas using effective malaria prevention and treatment measures (*UNICEF / WHO*) **22a.** Percentage of children under 5 sleeping under insecticide-treated bed-nets (*UNICEF / WHO*) **23.** Prevalence and death rates associated with tuberculosis (*WHO*) **24.** Proportion of tuberculosis cases detected and cured under the internationally recommended TB control strategy DOTS (Directly Observed Treatment Short Course) (*WHO*)
Goal 7:	**Ensure environmental sustainability**	
Target 9:	Integrate the principles of sustainable development into country policies and programmes and reverse the loss of environmental resources	**25.** Proportion of land area covered by forests (*FAO*) **26.** Ratio of area protected to maintain biological diversity to surface area (*UNEP / IUCN*) **27.** Use of kg oil equivalent per $1 GDP (PPP) (*IEA / World Bank*) (A *measure* for the efficiency of energy use.) **28.** Carbon dioxide emissions per capita (*UNFCCC / UNSD*) **28a.** Consumption of ozone-depleting CFCs (ODP tons) (*UNEP*) *(2002 auf dem World Summit on Sustainable Development in Johannesburg aufgenommen.)* **29.** Proportion of population using solid fuels (*WHO*) *(2002 auf dem World Summit on Sustainable Development in Johannesburg aufgenommen.)*

(Forts. Übersicht 1: Die MDGs mit ihren Unterzielen und Indikatoren)	
Ziele und Unterziele	**Indikatoren** (*mit den internationalen Organisationen, die für die Datenerhebung zuständig ist*)
Target 10: Halve, by 2015, the proportion of people without sustainable access to safe drinking water and sanitation	**30.** Proportion of population with sustainable access to an improved water source: urban and rural (*UNICEF / WHO*) **31.** Proportion of population with access to improved sanitation, urban and rural (*UNICEF / WHO*) *(2002 auf dem World Summit on Sustainable Development in Johannesburg aufgenommen.)*
Target 11: By 2020, to have achieved a significant improvement in the lives of at least 100 million slum dwellers	**32.** Proportion of households with access to secure tenure (*UN-HABITAT*)
Goal 8:	**Develop a global partnership for development**
Target 12: Develop further an open, rule-based, predictable, non-discriminatory trading and financial system. *(Includes a commitment to good governance, development and poverty reduction – both nationally and internationally)* **Target 13** Address the special needs of the least developed countries. *(Includes: tariff and quota-free access for least developed coun-*	Some of the indicators listed below are monitored separately for the least developed countries (LDCs), Africa, landlocked developing countries (LLDCs) **Official development assistance (ODA):** **33.** Net ODA, total and to LDCs, as percentage of OECD / Development Assistance Committee (DAC) donors' gross national income (GNI) (*OECD*) **34.** Proportion of total bilateral, sector-allocable ODA of OECD/DAC donors to basic social services (basic education, primary health care, nutrition, safe water and sanitation) (*OECD*) **35.** Proportion of bilateral ODA of OECD/DAC donors that is untied (*OECD*) **36.** ODA received in landlocked developing countries as a proportion of their GNIs (*OECD*) **37.** ODA received in small island developing States as proportion of their GNIs (*OECD*)

(Forts. Übersicht 1: Die MDGs mit ihren Unterzielen und Indikatoren)	
tries' exports; enhanced programme of debt relief for heavily indebted poor countries (HIPC) and cancellation of official bilateral debt; and more generous ODA for countries committed to poverty reduction)	**Market access:** **38.** Proportion of total developed country imports (by value and excluding arms) from developing countries and from LDCs, admitted free of duty (*UNCTAD / WTO / World Bank*) **39.** Average tariffs imposed by developed countries on agricultural products and textiles and clothing from developing countries (*UNCTAD / WTO / World Bank*) **40.** Agricultural support estimate for OECD countries as percentage of their GDP (*OECD*) **41.** Proportion of ODA provided to help build trade capacity (*OECD / WTO*)
Target 14: Address the special needs of landlocked developing countries and small island developing States *(through the Programme of Action for the Sustainable Development of Small Island Developing States and the outcome of the twenty-second special session of the General Assembly)*	**Debt sustainability** **42.** Total number of countries that have reached their Heavily Indebted Poor Countries Initiative (HIPC) decision points and number that have reached their HIPC completion points (cumulative) (*IMF / World Bank*) **43.** Debt relief committed under HIPC initiative (*IMF / World Bank*) **44.** Debt service as a percentage of exports of goods and services (*IMF / World Bank*)
Target 15: Deal comprehensively with the debt problems of developing countries through national and international measures in order to make debt sustainable in the long term	

(Forts. Übersicht 1: Die MDGs mit ihren Unterzielen und Indikatoren)	
Ziele und Unterziele	**Indikatoren** (*mit den internationalen Organisationen, die für die Datenerhebung zuständig ist*)
Target 16: In cooperation with developing countries, develop and implement strategies for decent and productive work for youth	**45.** Unemployment rate of young people aged 15–24 years, each sex and total (*ILO*) *(An improved measure of the target for future years is under development by the International Labour Organisation).*
Target 17: In cooperation with pharmaceutical companies, provide access to affordable essential drugs in developing countries	**46.** Proportion of population with access to affordable essential drugs on a sustainable basis (*WHO*)
Target 18: In cooperation with the private sector, make available the benefits of new technologies, especially information and communications	**47.** Telephone lines and cellular subscribers per 100 population (*ITU*) **48.** Personal computers in use per 100 population and Internet users per 100 population (*ITU*)

Quelle**:**

Website der *United Nations Statistics Division*:
http://millenniumindicators.un.org/unsd/mi/mi_goals.asp (17.05.2004)

Anmerkungen:

a The poverty gap is the money needed to completely erase poverty, if it were perfectly targeted and each poor person were given exactly the value of his or her income shortfall below the poverty line.

1 Einleitung

Im September 2000 wurde die *Millennium Declaration* im Rahmen der 55. Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN) in New York verabschiedet. Fast alle Mitgliedsländer der VN waren bei diesem sog. Millenniumsgipfel durch ihren Staats- oder Regierungschef vertreten. Niemals zuvor war eine ähnlich große Zahl von höchsten Repräsentanten unabhängiger Staaten zusammengetroffen (BMZ 2004n). Dies und die Tatsache, dass alle Teilnehmer eine Stellungnahme zur *Millennium Declaration* abgaben, unterstreicht, welch große Bedeutung der Erklärung schon im Vorfeld beigemessen wurde.

Der Millenniumsgipfel ist der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, die nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes begann und einen Paradigmenwechsel in der internationalen Entwicklungsdebatte mit sich brachte. So fasst die *Millennium Declaration* zahlreiche Beschlüsse und Absichtserklärungen zusammen, die im Laufe der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts bei unterschiedlichen Gelegenheiten von der internationalen Staatengemeinschaft abgegeben worden waren und zahlreiche neue Themen und Ziele auf die Tagesordnung gebracht hatten.

Im Anschluss an den Millenniumsgipfel bildete sich eine Arbeitsgruppe der VN, der Weltbank, der *Organisation for Economic Co-operation and Development* (OECD) und anderer internationaler Organisationen, die messbare Zielvorgaben aus der *Millennium Declaration* extrahierte. Das Ergebnis war eine Liste von acht *Millennium Development Goals* (MDGs), die durch 18 Unterziele (*targets*) und 48 Indikatoren spezifiziert sind. Für die meisten von ihnen ist eine Umsetzung bis 2015 vorgesehen. Hierbei handelt es sich um

1. die Bekämpfung von Einkommensarmut und Hunger,
2. die Möglichkeit einer vollständigen Primarschulbildung für alle Kinder,
3. den Abbau von Ungleichgewichten zwischen den Geschlechtern,
4. die Senkung der Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren,
5. die Verbesserung der Gesundheit von Schwangeren und Müttern,
6. die Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten,
7. die Verbesserung der ökologischen Nachhaltigkeit der Politik sowie

8. den Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft.

Im Jahre 2001 wurden die MDGs von der 56. Generalversammlung der VN gebilligt. Somit verfügt die Weltgemeinschaft über ein gemeinsames Zielsystem, dem alle relevanten Akteure (die Nationalstaaten ebenso wie die internationalen Organisationen) zugestimmt haben und dessen Umsetzung messbar und mit einem festen Termin verknüpft ist. Alle MDGs sollen von der Weltgemeinschaft als Ganzes, aber auch in jedem einzelnen Land erreicht werden.

In der vorliegenden Studie wird der Frage nachgegangen, inwieweit die MDGs auch für die Länder im Nahen Osten und in Nordafrika (der sog. *Middle East and North Africa region* bzw. MENA-Region) relevant sind, bei denen es sich ganz überwiegend um *middle-income* und z.T. sogar um *high-income countries* handelt. Dabei wird im Einzelnen untersucht, inwieweit sich die Verabschiedung der MDGs bereits in einer Veränderung der nationalen Politiken niedergeschlagen hat, welche Erfolge im Hinblick auf die einzelnen MDGs bis dato erzielt wurden und worin die Hauptprobleme bei der Umsetzung bestehen.

Darüber hinaus wird diskutiert, welche Relevanz die MDGs für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) haben: welchen Beitrag Deutschland als bilateraler Geber zur Umsetzung der MDGs in seinen Partnerländern tatsächlich leistet, inwieweit dieser Beitrag auf konzeptionell-analytischen Vorüberlegungen beruht, wie gut er dokumentiert wird und welche Konsequenzen sich hieraus für die zukünftige deutsche EZ ergeben.

Das Ergebnis der Untersuchung ist, dass die MDGs für die MENA-Region hochgradig relevant sind. Alle Länder haben den MDGs im September 2000 zugestimmt, machten aber seitdem nur sehr unzureichende Fortschritte bei ihrer Umsetzung. Dies gilt v.a. für MDG1 (Bekämpfung von Einkommensarmut und Hunger), MDG7 (ökologische Nachhaltigkeit der Politik) sowie mehreren Unterzielen von MDG8 (gute Regierungsführung, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Verbreitung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien). Darüber hinaus bestehen aber auch erhebliche Defizite bei der Qualität von Bildung sowie bei der gesellschaftlichen, ökonomischen, rechtlichen und politischen Gleichstellung von Frauen. Insbesondere in den wenigen *low-income countries* der Region sind hierfür sowohl finanzielle Engpässe als auch Management-Schwächen mit verantwortlich. Jedoch mangelt es in vielen Ländern auch am erforderlichen *commitment* der politischen Entscheidungsträger für die MDG-Agenda.

Die deutsche EZ ist grundsätzlich relativ gut darauf ausgerichtet, ihre Partnerländer in der MENA-Region bei der Verfolgung der MDGs zu unterstützen. In ihren Hauptschwerpunktbereichen „Wirtschaftsreform und Aufbau der Marktwirtschaft", „Wassermanagement" und „Umweltpolitik" kann sie wichtige Beiträge zur Umsetzung der in der Region besonders schwer zu erreichenden MDGs leisten. Allerdings werden diese Beiträge weder von der Partner- noch von der Geberseite angemessen analysiert und dokumentiert: Die meisten Länderkonzepte und Schwerpunktstrategiepapiere des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geben keinen Hinweis darauf, worin der deutsche Beitrag zu den MDGs bestehen soll und wie bzw. mit welchen Maßnahmen er geleistet wird.

Die vorliegende Studie ist wie folgt aufgebaut:

— Kapitel 2 geht nochmals ausführlich auf die *Millennium Declaration* und die MDGs sowie deren historischen Hintergrund ein, diskutiert die Stärken und Schwächen dieses internationalen Zielsystems und stellt seine Bedeutung für die deutsche EZ dar.

— Kapitel 3 ist dem Millenniumsprozess in den MENA-Ländern gewidmet. In ihm wird auf die Frage eingegangen, welche Aussagekraft die für die MDGs vorgesehenen Indikatoren in dieser Weltregion überhaupt haben und welche Fortschritte die einzelnen Länder beim Verfolgen der MDGs bislang gemacht haben.

— Kapitel 4 analysiert aus einer allgemeineren Perspektive, inwieweit die MDGs die nationalen Entwicklungspolitiken und den öffentlichen Diskurs im Nahen Osten und in Nordafrika haben beeinflussen können.

— Kapitel 5 untersucht die Ausrichtung der deutschen EZ. In ihm wird die Frage aufgeworfen, welchen Beitrag Deutschland zur Umsetzung der MDGs in seinen Partnerländern in der MENA-Region leistet, inwieweit dieser Beitrag auf konzeptionell-analytischen Vorüberlegungen beruht und wie gut er dokumentiert und belegt ist.

— Kapitel 6 schließt mit Empfehlungen an die Regierungen im Nahen Osten und in Nordafrika sowie an die Adresse der deutschen EZ.

2 *Millennium Declaration* und *Millennium Development Goals*

2.1 Vorgeschichte und Genese der *Millennium Declaration*

Der *Millennium Summit* ist das Ergebnis einer Entwicklung, die eine zumindest partielle Abkehr vom sog. *Washington Consensus* mit sich brachte (Gsänger 1996a; Eberlei 2000). Hierbei handelt es sich um ein Entwicklungsparadigma, das die internationale Debatte während der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts beherrschte und auf dem Gedankengut der neoliberalen Wirtschaftslehre basiert. Seinen Ausdruck fand der *Washington Consensus* v.a. in den Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogrammen (SAPs) des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, die eine Konsolidierung der Leistungs- und Haushaltsbilanz in den verschuldeten Entwicklungsländern, eine kontinuierliche und nicht interventionistische Geld- und Fiskalpolitik sowie eine strukturelle Reform der Märkte (Öffnung, Deregulierung und Privatisierung) vorsahen. Armutsbekämpfung wurde in hohem Maße mit einer Steigerung des Wirtschaftswachstums gleichgesetzt, da man davon ausging, dass dieses früher oder später über einen *trickle down*-Effekt auch den Armen zugute kommen würde (Decker 2003, 488).

Zu Beginn der 1990er Jahre zeichnete sich allerdings ab, dass diese Annahme in solcher Weise nicht zu halten war. In vielen Entwicklungsländern – v.a. in Subsahara-Afrika, aber auch Lateinamerika – hatte die Armut während der SAPs sogar zugenommen (Decker 2003, 488; Betz 2003, 456). Bereits Mitte der 80er Jahre kritisierte UNICEF, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, die hohen sozialen Kosten der SAPs und mahnte „Anpassungsprogramme mit menschlichem Antlitz“ an. Diese Forderung wurde 1990 vom *United Nations Development Programme* (UNDP) programmatisch untermauert, indem es dem *World Development Report* der Weltbank erstmals einen *Human Development Report* (HDR) gegenüberstellte (El Masry 2003, 472). Dieser legte dar, dass wirtschaftliches Wachstum keinesfalls automatisch auch mit Fortschritten bei der sozialen Entwicklung (bspw. bei Bildungs- und Gesundheitsindikatoren) verbunden ist (UNDP 2000). Zudem kritisierte der Bericht, dass die Entwicklungsdebatte großenteils von einem eindimensionalen, rein ökonomischen Armutsverständnis geprägt war. Auf der Basis des maßgeblich von Amartya Sen (Sen 1981; Sen 1999) geprägten *capabilities approach*

wurde Armut in ihm als Mangel an Wahlfreiheiten definiert, i.e. an Möglichkeiten (*capabilities*), unterschiedliche Aktivitäten durchzuführen (Lipton / Ravallion 1995). Dabei kann nach dem *capabilities approach* unterschieden werden zwischen

— *economic capabilities* (auf der Basis von Einkommen und Vermögen),

— *human capabilities* (auf der Basis von Gesundheit, Bildung und Zugang zu Nahrung, Wasser und Wohnraum),

— *political capabilities* (Freiheit, Stimme, Einfluss, Macht),

— *socio-cultural capabilities* (Status, Würde, Zugehörigkeit, kulturelle Identität) und

— *protective capabilities* (Sicherheit vor Risiken und Gefährdungen jeglicher Art).

Einige dieser Möglichkeiten versuchen die seit 1990 jährlich herausgegebenen HDRs durch den *Human Development Index* (HDI) zu messen. Hierbei handelt es sich um einen zusammengesetzten Wohlstandsindikator, in den das Pro-Kopf-Einkommen (als Maßzahl für die *economic capabilities*) und Daten über das Bildungs- und Gesundheitsniveau (als Gradmesser für die *human capabilities*) der Bewohner eines Landes eingehen (El Masry 2003, 472).

Die enttäuschende Entwicklungsbilanz der 80er Jahre führte außerdem dazu, dass für die erste Hälfte der 90er Jahre eine Reihe von internationalen Konferenzen im Rahmen des VN-Systems angesetzt wurden, die sich mit unterschiedlichen Aspekten der sozialen und ökologischen Entwicklung beschäftigten (vgl. Übersicht 2). Den Auftakt machte 1990 der *World Summit on Education for All* in Jomtien (Thailand), auf dem sich die Weltgemeinschaft eine Reihe von bildungspolitischen Zielen setzte, darunter v.a., dass bis zum Jahre 2000 alle Kinder – Mädchen und Jungen – die Möglichkeit bekommen sollten, eine vollständige Grundbildung zu absolvieren. Der von der UNESCO organisierten Konferenz folgten der Weltkindergipfel 1990 in New York und 1992 der sog. Erdgipfel in Rio de Janeiro, auf dem gleich vier wegweisende Deklarationen verabschiedet wurden. Besonders wichtig für die weitere Entwicklung war der Weltgipfel für Soziale Entwicklung 1995 in Kopenhagen, dessen 10-Punkte-Erklärung zur sozialen Entwicklung die Grundlage für die MDGs bildet.

Übersicht 2: Das Jahrzehnt der Weltkonferenzen		
Jahr	**Ereignis**	**wichtigste Ergebnisse**
1990	The World Summit on Education for All (Jomtien)	– Agenda Education for All (EFA)
1990	World Summit for Children (New York)	
1992	UN Conference on Environment and Development / "Earth Summit" (Rio de Janeiro)	– Rio Declaration – Agenda 21 – UN Framework Convention on Climate Change – Statement of Forest Principles – UN Convention on Biological Diversity
1993	2nd World Conference on Human Rights (Wien)	– Vienna Declaration and Programme of Action
1994	World Conference on Natural Disaster Reduction (Yokohama)	
1994	3rd International Conference on Population and Development (Kairo)	– ICPD Programme of Action
1994	Conference on Small Island Developing States (Barbados)	
1995	World Summit for Social Development (Kopenhagen)	– Copenhagen Declaration on Social Development – Programme of Action – 20 / 20-Initiative des OECD/DAC – OECD/DAC-Resolution "Shaping the 21st Century" (1996): 7 International Development Goals (IDGs)
1995	4th World Conference on Women (Peking)	
1996	2nd UN Conference on Human Settlements/ "Habitat" (Istanbul)	
1996	World Food Summit (Rom)	– Programme of Action
2000	UN General Assembly Millennium Summit (New York)	– Millennium Declaration
2001	World Conference against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance (Durban)	– Durban Declaration and Programme of Action

(Forts. Übersicht 2: Das Jahrzehnt der Weltkonferenzen)		
2001	UN General Assembly (New York)	– Secretary-General's Report "Road Map Towards the Implementation of the Millennium Declaration" (enthält die MDGs)
2002	International Conference on Financing for Development (Monterrey)	– Monterrey Consensus: Bestätigung der MDGs, PRSP-Prozess; Erweiterung der HIPC-Initiative vom Kölner G8-Gipfel 1999; ODA-Erhöhung
2002	World Summit on Sustainable Development (Johannesburg)	– Erweiterung der MDGs um zwei Unterziele zur nachhaltigen Entwicklung
Quelle: eigener Entwurf Anmerkung: Die rechte Spalte enthält nur Ergebnisse, deren Bedeutung über den auf der jeweiligen Konferenz besprochenen Themenkreis hinausgeht.		

Diese Weltkonferenzen stellten als solche kein Novum dar. Auch in früheren Jahrzehnten hatten herausragende Ereignisse auf internationaler Ebene stattgefunden, bei denen ebenfalls Absichtserklärungen und Selbstverpflichtungen zu unterschiedlichen Themen verkündet worden waren. Neu waren allerdings (i) die große Zahl und dichte Abfolge der Weltgipfel, (ii) die Detailliertheit und Verbindlichkeit ihrer Beschlüsse und (iii) der politische Rang, der den Veranstaltungen beigemessen wurde. Dies lässt sich einerseits mit dem Ende des bipolaren internationalen Systems erklären, hat andererseits aber auch mit der Verbreitung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien, der fortschreitenden Globalisierung und dem hiermit verbundenen Sinn für vernetztes Denken zu tun: In vielen Ländern war ein Bewusstsein dafür gereift, dass sich zahlreiche sozioökonomische, ökologische und menschenrechtliche Probleme nicht auf nationaler Ebene lösen lassen, sondern einer internationalen Regelung bedürfen, und dass zwischen diesen Problemen vielfältige Interdependenzen bestehen. Dies schlägt sich auch darin nieder, dass die auf den Weltgipfeln verabschiedeten Deklarationen und Vereinbarungen die globalen Probleme ganzheitlich beleuchten und die kausalen Zusammenhänge zwischen ihnen betonen (Gsänger 1996b, 2; Martens 2005; Satterthwaite 2004, 8).

Am Ende des Jahrzehnts bestand ein hohes Maß an Übereinstimmung bei zahlreichen entwicklungspolitischen Fragen, die die Verabschiedung der *Millennium Declaration* erst ermöglichte. Insbesondere konnte durch die

Konferenzen ein breiter Konsens über ein gemeinsames Zielsystem und über strategische Ansatzpunkte für seine Umsetzung etabliert werden.

Dabei gilt es zu bedenken, dass das Zielsystem nichts vollkommen Neues ist, sondern weitestgehend die Ziele reflektiert, die 1945 zur Gründung der VN geführt hatten und in der VN-Charta genannt sind. Jedoch kontrastiert das multidimensionale Zielsystem des neuen Entwicklungsparadigmas in vielerlei Hinsicht mit der einseitigen Fokussierung der Entwicklungspolitik der 80er Jahre auf ökonomische Zielgrößen (Wachstum, Einkommen, Inflationsbekämpfung etc.). Schon bald wurde der neue Konsens von einer breiten Allianz von Akteuren getragen: dem VN-System, der OECD und schließlich auch dem IWF und der Weltbank.

1996 verabschiedete das *Development Assistance Committee* der OECD (OECD/DAC) die Resolution "*Shaping the 21st Century: The Contribution of Development Co-operation*" (Clemens / Kenny / Moss 2004, 5). Hierin griff der Ausschuss die zentralen Ziele der vorangegangenen Weltkonferenzen auf und schlug eine globale Entwicklungspartnerschaft vor, durch die die „*ambitious but realisable goals*" (OECD/DAC 1996, 2) bis 2015 erreicht werden könnten. Diese sog. *International Development Goals* sollten von jedem einzelnen Land verfolgt und erreicht werden.[1] Grundlegend seien hierbei

> "*qualitative factors in the evolution of more stable, safe, participatory and just societies. These include capacity development for effective, democratic and accountable governance, the protection of human rights and respect for the rule of law. We will also continue to address these less easily quantified factors of development*." (OECD/DAC 1996, 2).

1 Die *International Development Goals sind:"*(i) *a reduction by one-half in the proportion of people living in extreme poverty by 2015;* (ii) *universal primary education in all countries by 2015;* (iii) *demonstrated progress toward gender equality and the empowerment of women by eliminating gender disparity in primary and secondary education by 2005;* (iv) *a reduction by two-thirds in the mortality rates for infants and children under age 5;* (vi) *a reduction by three-fourths in maternal mortality, all by 2015;* (v) *access through the primary health-care system to reproductive health services for all individuals of appropriate ages as soon as possible and no later than the year 2015;* (vii) *the current implementation of national strategies for sustainable development in all countries by 2005, so as to ensure that current trends in the loss of environmental resources are effectively reversed at both global and national levels by 2015."*

Im Gegenzug sollten die industrialisierten Länder den Entwicklungsländern breite und effektive Unterstützung bei der Verfolgung der Ziele in Aussicht stellen: einerseits durch eine Erhöhung ihrer Entwicklungshilfeaufwendungen, andererseits aber auch durch eine verbesserte Koordination ihrer Entwicklungszusammenarbeit untereinander sowie mit der entwicklungspolitischen Ausrichtung und Planung der Entwicklungsländer:

> "*Effective international support can make a real difference in achieving these goals. This is far from saying that they can be achieved by aid alone. The most important contributions for development, as in the past, will be made by the people and governments of the developing countries themselves. But where this effort is forthcoming it needs and deserves strong support from the industrialised countries. We commit ourselves to do the utmost to help*." (OECD/DAC 1996, 2).

Im September 2000 fand dann der Millenniumsgipfel statt, bei dem die *Millennium Declaration* verabschiedet wurde. Sie besteht aus acht Kapiteln: Das erste hat den Charakter einer Präambel, alle anderen sind programmatischer Natur. Vier Kapitel widmen sich den Bereichen „*Frieden, Sicherheit und Abrüstung*" (Kapitel 2), „*Entwicklung und Armutsbekämpfung*" (Kapitel 3), „*Schutz der gemeinsamen Umwelt*" (Kapitel 4) sowie „*Menschenrechte, Demokratie und good governance*" (Kapitel 5). Kapitel 6 beschäftigt sich mit sozialen Gruppen, die besonders großen Risiken ausgesetzt sind („*the vulnerable*"), Kapitel 7 mit den speziellen Problemen Afrikas und Kapitel 8 mit der Reform der Vereinten Nationen selbst (UN 2000a).

In den Kapiteln 3 und 4 greift die *Millennium Declaration* die *International Development Goals* der OECD/DAC-Resolution von 1996 fast wörtlich auf. Lediglich das Ziel, den Zugang aller Menschen zu reproduktiven Gesundheitsdienstleistungen zu verbessern, wurde in der *Millennium Declaration* wegen des massiven Widerstands der USA nicht übernommen. Stattdessen kam als Ziel hinzu, einer weiteren Ausbreitung von HIV/Aids, Malaria und anderen gravierenden Krankheiten Einhalt zu gebieten (UN 2000a).

Die MDGs wiederum sind fast ausschließlich eben diesen beiden Kapiteln 3 (*Entwicklung und Armutsbekämpfung*) und 4 (*Schutz der gemeinsamen Umwelt*) entnommen. Dies liegt natürlich v.a. daran, dass sich die meisten der in den Kapiteln 5 (*Frieden, Sicherheit und Abrüstung*) und 6 (*Menschenrechte, Demokratie und good governance*) aufgeführten Ziele nur schwer operationalisieren lassen. Hierbei handelt es sich bspw. um die Forderung, dass die globalen Drogenprobleme bekämpft werden, alle Länder der Welt Anstrengun-

gen zur Verbesserung der Pressefreiheit unternehmen und der Handel mit Kleinwaffen eingeschränkt wird.

2002 wurden die MDGs sowohl auf der *International Conference on Financing for Development* in Monterrey (Mexiko), als auch auf dem *World Summit on Sustainable Development* in Johannesburg bestätigt. Zudem wurde MDG7 um zwei Unterziele und mehrere Indikatoren erweitert (Bundesregierung 2004, 20; BMZ 2004n; Radke 2002).

2.2 Bedeutung der *Millennium Declaration*

Der Millenniumsgipfel und die vorangegangenen Weltkonferenzen der 90er Jahre haben die internationale Entwicklungsdebatte nachhaltig geprägt. Sie führten zu einem Paradigmenwechsel, der sich mit fünf Stichworten umreißen lässt:

Herstellung eines neuen Entwicklungskonsenses: Im Laufe der 1990er Jahre näherten sich die *Bretton-Woods*-Institutionen (IWF und Weltbank) und das System der VN in ihren grundlegenden Positionen einander wieder an. Dadurch konnten ein neuer Entwicklungskonsens (der „*post-Washington-consensus*“) etabliert werden. *Millennium Declaration* und MDGs beschreiben die Bekämpfung von Armut in all ihren Dimensionen als Ziel des neuen Konsenses, die als „inakzeptables, globales Problem“ bezeichnet wird.

Nachhaltige menschliche Entwicklung an Stelle von Wachstumsfokussierung: Kennzeichnend für den neuen Entwicklungskonsens ist ein umfassenderer Armutsbegriff, der den Mangel an Humankapital (Bildung, Gesundheit), an politischen Rechten (Partizipationsmöglichkeiten, Bürgerrechte, Transparenz von Verwaltung und Justiz etc.) sowie an Möglichkeiten des Risiko-Managements (soziale Sicherung) einbezieht. Zudem wird der Nachhaltigkeit von Entwicklung in ihrer ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimension größere Bedeutung beigemessen als in der Vergangenheit. Dementsprechend setzen nationale und internationale Entwicklungsstrategien seit Mitte der 1990er Jahre vermehrt bei der Förderung von Demokratie und *good governance*, dem Auf- und Ausbau von Systemen der sozialen Sicherung und der Verbesserung des Umwelt- und Ressourcenschutzes an und achten auf Partizipation und *gender mainstreaming*. Nach wie vor gilt eine liberale, an Wettbewerb und Chancengleichheit orientierte Wirtschaftsordnung als zentrale Voraussetzung für Entwicklung und Armutsbekämpfung, zugleich

wird aber auch betont, dass Wettbewerb und Chancengleichheit oftmals nur durch gezielte Interventionen des Staates aufrechterhalten werden können.

Ergebnisorientierung: Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit sollen sich am gemeinsamen Ziel der Armutsbekämpfung ausrichten und messen lassen – ebenso aber auch alle anderen außenwirksamen Politiken der Industrieländer. Es kommt nicht in erster Linie darauf an, welche Leistungen (*inputs*) einzelne Akteure erbringen, sondern vielmehr, welche Wirkungen (*impacts*) sie gemeinsam erreichen. Als Indikatoren dienen dabei die MDGs (Radele 2004).

Kohärenzgebot: In Anbetracht ihrer knappen verfügbaren Ressourcen muss EZ, um möglichst große Wirkungen erzielen zu können, v.a. kohärent sein, i.e. alle relevanten Akteure sollten an einem Strang ziehen und sich dem gemeinsamen Zielsystem unterordnen. Dies hat drei Dimensionen: *Erstens* muss die EZ der Geber kohärent mit ihren anderen außenwirksamen Politiken sein. Bspw. sollte sie nicht durch einen für die Entwicklungsländer schädlichen Kurs in der Handels- oder Agrarpolitik konterkariert werden. *Zweitens* muss EZ unterstützend zur Politik der Partnerländer angelegt sein, jedoch nur dort stattfinden, wo diese die von ihnen selbst formulierten Ziele nicht auch aus eigener Kraft erreichen können (Subsidiaritätsgebot). *Drittens* sollten die Geber untereinander nicht im Wettbewerb um prestigeträchtige Projekte stehen, sondern ihre EZ in den Partnerländern so weit wie möglich koordinieren und harmonisieren (Ashoff 2002; Ashoff 2004; Fues 2005).

Leitbild einer globalen Entwicklungspartnerschaft: Für das Erreichen der MDGs tragen die Industrie- und die Entwicklungsländer eine gemeinsame Verantwortung. Auf nationaler Ebene steht die Eigenverantwortung des jeweiligen Entwicklungslandes im Vordergrund. Dieses muss dafür sorgen, dass MDG 1–7 erreicht werden. Die EZ sollte hierbei nur unterstützend wirken. Daher ist vorgesehen, dass die Entwicklungsländer ihre Entwicklungsprioritäten und -ansätze in einem partizipativen Prozess selber bestimmen und in PRSPs bzw. nationalen Entwicklungsplänen formulieren. Die Geber sollen sich dann darauf konzentrieren, die Umsetzung dieser Pläne zu unterstützen. Das Ziel besteht darin, dass die Entwicklungsländer aus der Abhängigkeit von EZ befreit und ihre politischen Entscheidungsträger stärker in die Verantwortung genommen werden. Umgekehrt sind für MDG8 – die Gestaltung entwicklungsfördernder globaler Rahmenbedingungen – zuvorderst die ökonomisch dominierenden Industrieländer verantwortlich (Baulch 2004; Bundesregierung 2004; Radke 2002; Wolff 2004).

2.3 Bewertung der *Millennium Development Goals* (MDGs)

Die MDGs bieten große Chancen, bergen aber auch Risiken. Um diese Risiken zu vermeiden, gilt es, die MDGs eher als Orientierungsrahmen denn als starres Korsett zu behandeln und vor Augen zu behalten, dass die Ziele keineswegs alle Dimensionen von Entwicklung abbilden. Insbesondere bestehen folgende Risiken:

Verengter Entwicklungsbegriff: Die *Millennium Declaration* entspringt einem sehr umfassenden Verständnis von Entwicklung und basiert auf einem Armutsbegriff, der auch immaterielle Aspekte beinhaltet. Diese werden jedoch von den MDGs nur unzureichend abgebildet. Keiner der MDG-Indikatoren misst *political deprivation* (Mangel an Menschen und Bürgerrechten, Partizipationsmöglichkeiten, Rechtsstaatlichkeit oder Transparenz in der Verwaltung), *social deprivation* (Ausgrenzung sozialer Gruppen, unzureichende Kohäsion und Integrationskraft der Gesellschaft) oder *vulnerability* (Mangel an sozialer Sicherheit). Somit ist es wichtig, dass die MDGs stets vor dem breiteren Hintergrund der *Millennium Declaration* betrachtet werden. Sonst könnten wichtige Ziele wie z.B. Demokratisierung und gute Regierungsführung oder die Stärkung der *protective capabilities* von ärmeren Bevölkerungsgruppen in den Hintergrund geraten (Hermle 2005; Martens 2005; Maxwell 2005; Satterthwaite 2003; UN 2005).

Masse statt Klasse: Was für leicht messbare Indikatoren generell gilt, trifft auch auf die MDGs zu. Sie können quantitative, nicht aber qualitative Aspekte von Entwicklung erfassen. Dies kann z.B. dazu führen, dass es im Bildungsbereich gelingt, die Einschulungsquoten zu steigern, die Qualität der vermittelten Bildung aber vernachlässigt wird. Insbesondere bei MDG2, MDG3 und MDG7 ist daher darauf zu achten, dass auch potenzielle nicht quantifizierbare Defizite erfasst werden (Martens 2005; Satterthwaite 2004, 9).

Input- statt Effizienz-Optimierung: Obwohl die MDGs ein geeignetes Instrument darstellen, um eine stärkere Ergebnisorientierung in der Entwicklungspolitik zu etablieren, fokussiert die internationale Entwicklungsdebatte derzeit – gerade wegen der MDGs – in hohem Maße auf *Inputs*. Zahlreiche Forschungsarbeiten beschäftigen sich mit der Frage, wie stark die *official development assistance* (ODA) der Geber steigen muss, wenn die MDGs bis

2015 erreicht werden sollen. Bspw. wird untersucht, wie viele Schulen gebaut und wie viele Lehrer eingestellt werden müssen, damit allen Jungen und Mädchen eine volle Grundschulbildung absolvieren können. Dabei wird außer Acht gelassen, dass die Umsetzung der MDGs nicht nur von zusätzlicher ODA abhängt, sondern auch von deren effizienter Verwendung, der Absorptionsfähigkeit des jeweiligen Entwicklungslandes, dem sozialpolitischen *commitment* seiner Regierungen, den administrativen und organisatorischen Kapazitäten seiner Institutionen und nicht zuletzt einer größeren Effizienz und Transparenz im EZ-System selbst. Eine Steigerung der ODA ist von allen diesen Faktoren möglicherweise noch nicht einmal der wichtigste (Baulch 2004; Clemens / Kenny / Moss 2004, 4; Fues 2005. Satterthwaite 2004, 12; Wolff 2004).

Vernachlässigung der Prozess-Dimension: Zudem wird derzeit viel darüber diskutiert, welche Länder die MDGs wahrscheinlich erreichen und welche nicht. Viel wichtiger wäre es allerdings danach zu fragen, warum bestimmte Länder einzelne MDGs nicht erreichen werden und welche Maßnahmen dagegen ergriffen werden können (Maxwell 2005; Radele 2004).

Kurzfristige Planung: Hiermit hängt ein weiteres Problem eng zusammen. Wenn einzelne Länder ihre Bemühungen ganz darauf ausrichten, die MDGs unter allen Umständen bis 2015 zu erreichen, so besteht die Gefahr, dass dieser Erfolg nicht nachhaltig ist. Bspw. kann die Fixierung auf das Jahr 2015 dazu führen, dass ein Land mehr Lehrer einstellt und deren Gehälter aus ODA-Mitteln bezahlt, um dadurch die Schulbeteiligungsraten zu steigern. Selbst wenn der entsprechende Erfolg eintritt, ist er nicht nachhaltig, da er nicht auf strukturelle Veränderungen zurückgeht. Schließlich stellt sich die Frage, wer die neu eingestellten Lehrer finanziert, wenn das Jahr 2015 vorüber ist. Wichtiger als eine fristgerechte Erreichung der MDGs ist daher, dass die Entwicklungsländer überhaupt Fortschritte in Richtung auf die MDGs machen, deren Nachhaltigkeit aber von vornherein gewährleistet ist.

Unzureichende Verankerung des Nachhaltigkeitsgedankens: Generell ist zu kritisieren, dass der Nachhaltigkeitsgedanke, der während der 90er Jahre in einem mühevollen Prozess auf der Tagesordnung der internationalen Debatte etabliert werden konnte und auch in der *Millennium Declaration* zum Ausdruck kommt, auf der MDG-Agenda wieder in den Hintergrund gerückt ist. Zwar stehen auf der MDG-Agenda auch umweltpolitische Ziele. Diese rangieren aber unter MDG7 eher am Ende der Liste und werden auch nach der

reinen Zahl der Vorgaben von den wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen an den Rand gedrückt (Martens 2005).

Hinzu kommt, dass der Umwelt- und Ressourcenschutz nur eine Komponente von nachhaltiger Entwicklung ist. Mindestens genauso sehr kommt es darauf an, dass die Nachhaltigkeitsidee mit allen ihren ökologischen und ökonomischen Aspekten als handlungsleitendes Prinzip (Querschnittsthema) in allen Bereichen der Entwicklungspolitik verankert wird. Dies bedeutet – vereinfacht ausgedrückt – dass bei der Planung sämtlicher Maßnahmen stets auch die längerfristigen (positiven und negativen) Effekte ins Kalkül einbezogen werden (Hermle 2005).

Vernachlässigung von Multikausalitäten: Weiterhin besteht die Gefahr, dass die MDGs isoliert betrachtet und Maßnahmen zu ihrer Umsetzung jeweils nur in bestimmten Sektoren gesucht werden. Ein großer Verdienst der Weltkonferenzen der 90er Jahre bestand ja gerade darin, die Interdependenzen zwischen Einkommensarmut, Bildung, Gesundheit, Umweltschutz etc. aufzuzeigen und *cross cutting issues* hervorzuheben. Die Konzentration auf einzelne MDGs kann bspw. dazu führen, dass die Umsetzung von MDG4 (Senkung der Müttersterblichkeitsraten) mit der Notwendigkeit von Maßnahmen im Gesundheitssektor gleichgesetzt wird (Wolff 2004). Dabei zeigen empirische Untersuchungen, dass gerade gesundheitspolitische Indikatoren weniger von angebotsseitigen Faktoren als von nachfrageseitigen abhängen. Sehr oft ließen sich mit dem Bau von Gesundheitsstationen oder der Einstellung von medizinischem Personal nicht die erhofften Ergebnisse erzielen. Die zusätzlichen Angebote wurden nicht genutzt, weil es der Zielgruppe am erforderlichen Bewusstsein für die Notwendigkeit von Gesundheitsvorsorge (insbesondere bei der Geburt und bei Neugeborenen) mangelte (Clemens / Kenny / Moss 2004, 12f.). Dieses Bewusstsein allerdings kann mit gesundheitspolitischen Instrumenten nicht gesteuert werden. Viel stärker korreliert es mit dem ökonomischen Wohlstand der Haushalte und dem Bildungsniveau der Mütter. Die Umsetzung von MDG4–6 hängt somit in hohem Maße von Fortschritten bei MDG 1, 2, 3 und 7 ab.

Unrealistische Erwartungen: Die derzeitige Diskussion über die Frage, unter welchen Umständen die MDGs erreicht werden können und welche zusätzlichen Finanzmittel hierfür mobilisiert werden müssen, birgt das Risiko, dass unrealistische Erwartungen mit dem Millenniumsprozess verbunden werden. Zahlreiche Entwicklungsländer – insbesondere in Subsahara-Afrika – werden nicht alle MDGs erreichen, selbst wenn die ODA-Zuflüsse noch so sehr an-

steigen. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass Entwicklung gerade im sozialen Bereich ein langfristiger und komplexer Prozess ist, bei dem es mehr auf strukturelle Veränderungen als auf die zur Verfügung stehenden Finanzmittel ankommt. Konkrete Ziele zu setzen ist gut, weil dadurch die Motivation und das Engagement der relevanten Akteure steigen. Wenn aber der Eindruck entsteht, dass diese Ziele auch tatsächlich überall erreicht werden können, kann dies gravierende Konsequenzen haben. Wenn sich nämlich 2015 herausstellt, dass die Ziele doch nicht erreicht wurden, so wird die EZ in den Geberländern einen erneuten Glaubwürdigkeitsverlust erleiden und Frustration wird sich breit machen. Die Bürger werden dann noch weniger Verständnis dafür aufbringen, dass ihre Regierungen Steuermittel für entwicklungspolitische Zwecke ausgeben (Clemens / Kenny / Moss 2004, 1f.).

Undifferenzierte Bewertung: Zudem kann ein Nichterreichen der MDGs auch in den Entwicklungsländern unerwünschte Folgen haben. Dies liegt v.a. daran, dass die MDGs allen Ländern die gleichen prozentualen Vorgaben machen. Für Länder, in denen mehr als die Hälfte der Bevölkerung unter absoluter Armut leidet, ist es aber in jedem Fall ungleich schwerer, diesen Anteil zu halbieren, als für Länder, in denen „nur" jeder Zehnte über weniger als einen US-Dollar pro Tag verfügt. Dies stellt insofern ein Problem dar, als entwicklungsorientierte Regierungen, die Erfolge vorweisen können, die MDGs aber dennoch nicht erreichen, delegitimiert werden (Clemens / Kenny / Moss 2004, 31; Satterthwaite 2003).

Planung und Evaluierung auf der Basis unvollständiger oder irrelevanter Daten: Schließlich besteht die Gefahr, dass das Erreichen der MDGs ausschließlich an den hierfür vorgesehenen Indikatoren festgemacht wird. Dies wäre in mehrfacher Hinsicht problematisch:

— Einige Indikatoren sind nicht in allen Ländern gleichermaßen aussagekräftig. Bspw. gibt es in der MENA-Region schon seit Jahrhunderten keine großen Waldflächen mehr. Indikator 25 der MDG-Agenda ist somit für diese Weltregion weitgehend irrelevant.

— Auch messen die MDG-Indikatoren Ergebnisse auf ganz unterschiedlichen Ebenen. Für MDG4–6 sind *impact*-Indikatoren vorgesehen (u.a. die Kinder- und Müttersterblichkeitsrate), die tatsächlich sehr viel über den Gesundheitszustand der Bevölkerung aussagen. Andere Indikatoren hingegen – wie z.B. Schulbeteiligungs- und Schulabschlussquoten – messen *outputs*. Mit ihrer Hilfe lassen sich keine Aussagen über *outcomes* treffen, da sie die Qualität der vermittelten Bildung nicht erfassen.

Erst recht lassen sie offen, welche *impacts* die Bildung erzielt, die u.a. darin bestehen können, dass die Beschäftigungs- und Verdienstchancen von Schulabsolventen höher liegen, dass diese ihre Rechte leichter wahrnehmen und dadurch ein selbstbestimmtes Leben führen können oder dass Bildung als solche ein wie auch immer geartetes Glück im Leben ermöglicht. Einige der umweltpolitischen Indikatoren schließlich sind reine *input*-Faktoren wie z.B. der Anteil der als Naturschutzgebiet ausgewiesenen Landfläche.

— Zudem ist die Datenlage bei zahlreichen Indikatoren ausgesprochen lückenhaft. Insbesondere für das Basisjahr 1990, auf das sich die meisten Ziele beziehen, liegen für die Indikatoren von MDG 1, 5, 6 und 7 zahlreiche Werte nicht vor.

Alle diese Risiken lassen sich beherrschen. Dies setzt allerdings voraus, dass man sich ihrer bewusst ist und entsprechend mit der MDG-Agenda umgeht. Ob von dieser ausschließlich positive oder aber auch negative Effekte auf die globale Entwicklung ausgehen, hängt in erster Linie davon ab, wie sie in den nächsten Jahren von der Weltgemeinschaft interpretiert wird:

> *"The MDGs might be better viewed not as realistic targets but as reminders of the stark contrast between the world we want and the world we have, and a call to redouble our search for interventions to close the gap*." (Clemens / Kenny / Moss 2004, 1).

Auf keinen Fall sollten die großen Chancen verspielt werden, die dadurch entstehen, dass mit den MDGs erstmals ein von allen relevanten Akteuren anerkanntes Zielsystem existiert:

Einheitlicher Referenzrahmen: Mit den MDGs besteht erstmals ein gemeinsames Zielsystem für alle Akteure in der Entwicklungspolitik, dem Entwicklungsländer, Geberländer und internationale Organisationen gleichermaßen zugestimmt haben und das sich somit als Grundlage einer globalen Entwicklungspartnerschaft eignet. Diesem Zielsystem können alle Akteure ihre Leistungen unterordnen und dadurch besser aufeinander abstimmen. Dadurch eröffnet sich nicht nur die Möglichkeit einer Bündelung von Kräften, sondern auch einer größeren Kontinuität in der internationalen Entwicklungspolitik – zumindest bis 2015 (BMZ 2004n).

Ergebnisorientierung: Zudem besteht die Chance, dass eine stärkere *outcome*-Orientierung in der EZ einkehrt. Vor dem Hintergrund der MDGs ist es sekundär, welche Beiträge (*inputs*) einzelne Geber leisten. Entscheidend ist,

welche Wirkungen (*impacts*) alle beteiligten Akteure gemeinsam erzielen (Maxwell 2005; Radele 2004; UNDP 2004b).

Mobilisierung von Energien und Ressourcen: Schließlich kann die Selbstverpflichtung der Staatengemeinschaft beim Millenniumsgipfel alle relevanten Akteure – die Regierungen der Entwicklungsländer, den Privatsektor, die Zivilgesellschaft und die Geber – mobilisieren und dazu motivieren, zusätzliche Ressourcen aufzuwenden und größere Anstrengungen zu unternehmen, um Fortschritte auf dem Weg zu den gemeinsamen Zielen zu erreichen (Vandemoortele 2004b). Zwischen 2000 und 2003 ist die gesamte ODA weltweit bereits von 52 auf 69 Mrd. US $ in konstanten Preisen, i.e. um real 10 % pro Jahr, gestiegen (Herfkens 2005).

2.4 Der Millenniumsprozess

Dass der *Millennium Declaration* eine andere Qualität beigemessen wird als früheren Erklärungen und Selbstverpflichtungen, zeigt sich auch am hohen Grad der Institutionalisierung des *follow up*. So hat das VN-System ein vergleichsweise breit gefächertes Instrumentarium entwickelt, um den Millenniumsprozess auf globaler und nationaler Ebene voranzutreiben: das Bewusstsein der politischen Entscheidungsträger und der Öffentlichkeit für die MDGs zu schärfen, einen Diskussionsprozess über die Umsetzung der MDGs in Gang zu bringen, den Stand der Zielerreichung zu messen und mögliche Hindernisse zu identifizieren.

Auf internationaler Ebene wird der Millenniumsprozess v.a. von vier Instrumenten getragen:

— dem jährlichen Bericht des VN-Generalsekretärs über den Stand der MDG-Umsetzung,

— der *Millennium Campaign*, einer Organisationseinheit unter der Leitung von Eveline Herfkens, die Bewusstseinsbildung für die MDGs betreibt,

— dem *Millennium Project*, einer Arbeitsgruppe von Wissenschaftlern und Fachleuten unter der Leitung von Jeffrey Sachs, die dem VN-Generalsekretär unmittelbar unterstellt ist und Erkenntnisse über *best practices* zur Umsetzung der einzelnen MDGs sowie über die Erfahrungen ausgewählter Länder aufbereitet, und schließlich

— dem sog. *major event bzw. Millenium+5-Gipfel*, der im Rahmen der 60. Generalversammlung der VN vom 14. bis 16. September 2005, also genau fünf Jahre nach dem Millenniumsgipfel stattfindet und in dessen Rahmen eine umfassende Bestandsaufnahme über den Millenniumsprozess vorgenommen sowie das weitere Vorgehen bei der Umsetzung der MDGs besprochen werden soll (Fues 2005; Martens 2005).

Auf der Ebene der Nationalstaaten sind die nationalen MDG-Berichte (*MDG country reports*) das zentrale Instrument, um die MDGs bekannt zu machen, Bewusstsein für sie zu schaffen, die Politik zu ihrer Umsetzung zu bewegen, den Stand der Zielerreichung zu verfolgen, Defizite zu identifizieren und Lösungen zu deren Überwindung zu finden: Ähnlich wie PRSPs sollen die nationalen MDG-Berichte in regelmäßigen Abständen (im Idealfall jährlich) von den Regierungen der VN-Mitgliedsstaaten in einem partizipativen Prozess mit der Zivilgesellschaft und dem privaten Sektor entwickelt werden, wobei allen relevanten Akteuren Aufgaben zugewiesen werden und ihr bisheriges Engagement kritisch beleuchtet wird.

Die nationalen MDG-Berichte sind dazu geeignet, im nationalstaatlichen Kontext

— Bewusstsein für die MDGs zu bilden,

— einen *Konsens* zu etablieren über (i) angemessene Indikatoren zur Messung des Fortschritts bei der Umsetzung der MDGs sowie über (ii) handlungsleitende Grundsätze bei der Ausrichtung nationaler Politiken und Projekte auf die MDG-Agenda,

— *ownership* für die MDGs sicherzustellen, das von den einzelnen Regierungen, aber auch von der Zivilgesellschaft und dem privaten Sektor mitgetragen wird,

— intern und extern *zusätzliche Ressourcen* zu mobilisieren, um die MDGs zu erreichen,

— *Querverbindungen* zu anderen konzeptionellen Strategiepapieren wie z.B. PRSPs oder nationalen Entwicklungsplänen herzustellen und

— v.a. das *Monitoring* des Millenniumsprozesses zu unterstützen (Vandemoortele 2004b).

2.5 Konsequenzen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit

Mit dem Aktionsprogramm 2015 hat Deutschland bereits im Jahr 2001 als eines der ersten Geberländer seine Selbstverpflichtung vom Millenniumsgipfel mit einem nationalen Strategiepapier bestätigt (BMZ 2001a). Es wurde nicht nur vom BMZ, sondern von der gesamten Bundesregierung verabschiedet und hat somit verbindliche Gültigkeit für die gesamte außenwirksame Politik Deutschlands (Bundesregierung 2004: 1).

Die größte Herausforderung der nächsten Jahre wird daher darin bestehen, den Geist der *Millennium Declaration* und des Aktionsprogramms 2015 auf allen Ebenen der deutschen Politik zu verankern und dabei eine größere *Kohärenz zwischen der Entwicklungspolitik und anderen außenwirksamen Politiken* wie z.B. der Außen-, der Sicherheits-, der Handels-, der Umwelt- und der Agrarpolitik herzustellen. Auch in diesen Bereichen muss zur Bekämpfung der globalen Armut und zur Umsetzung der MDGs beigetragen werden (Ashoff 2002; Gsänger 2002; BMZ 2004i; BMZ 2005a; Bundesregierung 2004).

Darüber hinaus ergeben sich v.a. drei zentrale Konsequenzen aus der MDG-Agenda:

Armutsfokussierung der EZ: Die Schwerpunkte, Ansätze und Instrumente der deutschen EZ sind hinsichtlich ihrer MDG-Relevanz zu prüfen. Die Geberländer müssen nicht ihre gesamte EZ auf die MDGs ausrichten. Auch müssen sie nicht zu jedem MDG einen Beitrag leisten. Jedoch sollte die deutsche EZ nachweisen können, dass sie den Millenniums-Prozess in jedem ihrer Partnerländer in der einen oder anderen Weise unterstützt und damit zum globalen Ziel der Armutsbekämpfung im weiteren Sinne beiträgt. Spätestens beim *Millennium+5*-Gipfel im September 2005 wird sie von der Weltgemeinschaft danach gefragt werden.

Wirksamkeit der EZ: Die MDGs zwingen die Geber dazu, stärker auf die Effizienz und Effektivität ihrer EZ zu achten. Erstens müssen sie schon in der Planungsphase den Mitteleinsatz optimieren. Zweitens werden sie nicht umhin kommen, geeignete Evaluierungssysteme zu entwickeln, mit denen sie die Auswirkungen ihrer EZ auf die Umsetzung der MDGs prüfen können. Drittens müssen sie ihren Beitrag zu MDG8, für das sie die Hauptverantwor-

tung tragen, optimieren – u.a. durch eine Steigerung ihrer ODA, Maßnahmen der Handelsliberalisierung und Entschuldungen.

Alignment und Geber-Koordination der EZ: Schließlich führt die Notwendigkeit eines effizienteren Mitteleinsatzes auch dazu, dass sich die Geber stärker an den Prioritäten ihrer Partner sowie an ihren eigenen komparativen Stärken ausrichten müssen. Grundlage ihrer Planungen sollten die Entwicklungsprioritäten der Partnerländer sein: Sie sollten die Entwicklungsländer in den Bereichen unterstützen, die diese selber als vorrangig betrachten, jedoch nicht aus eigener Kraft entwickeln können (Subsidiaritätsprinzip). Zudem müssen sich die Geber stärker als bisher darum bemühen, ihre jeweiligen EZ-Maßnahmen besser zu harmonisieren und in der Weise zu koordinieren, dass jeder Geber die Aufgaben übernimmt, bei deren Ausführung er über komparative Stärken verfügt (Ashoff 2004; BMZ 2004n; BMZ 2005a; Bundesregierung 2004; Fues 2005; Gsänger 2002; Radke 2002; Wolff 2004).

3 Stand des Millenniumsprozesses in den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas

Im Vergleich mit anderen Weltregionen haben die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas im Durchschnitt bislang nur bei wenigen MDGs ausreichend große Fortschritte gemacht – zumindest, wenn man bedenkt, dass es sich (ebenso wie in Lateinamerika und der Karibik sowie Osteuropa und Zentralasien) ganz überwiegend um *middle-* und *high-income countries* handelt, während in Südasien sowie Subsahara-Afrika *low-income countries* dominieren.

Insbesondere mit der Umsetzung von MDG1 und MDG7 haben die MENA-Länder Probleme. Hierin unterscheidet sich die Region nicht substanziell von anderen Teilen der Welt. Außer in Ostasien und dem pazifischen Raum (sowie u.U. Südasien) werden diese beiden Ziele möglicherweise in keiner Weltregion erreicht (vgl. Übersicht 3).

Jedoch machten die MENA-Länder bislang auch bei MDG2 und einigen Unterzielen von MDG8 (gute ökonomische und politische Regierungsführung, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Verbesserung des Zugangs der Bevölkerung zu modernen Informations- und Kommunikationstechnologien) kaum Fortschritte. In anderen Weltregionen wurden in den vergangenen 15 Jahren im Hinblick auf diese beiden Ziele größere Erfolge erzielt.

Übersicht 3: Stand der MDG-Umsetzung im Nahen Osten und in Nordafrika im Vergleich mit anderen Weltregionen

Region	MDG1		MDG2	MDG3		MDG4	MDG7		MDG8
	Ein-kommens-armut	Hunger	Schul-beteiligung	Bildungs-möglich-keiten von Mädchen	ökonomische Möglich-keiten von Frauen	Kinders-terblichkeit	Trink-wasser-versorgung	sanitäre Anlagen	gute Regierungs-führung
MENA	–	–	–	+	–	+	0	+	–
LAK	–	0	+	+	+	+	0	0	+
OAP	+	+	0	+	+	+	0	0	+
OEZA	–	k.A.	+	+	0	–	+	k.A.	+
SA	+	–	–	0	–	0	+	0	0
SSA	–	–	–	k.A.	0	–	–	–	+

Erläuterungen:
MENA: Naher Osten und Nordafrika
OAP: Ostasien und Pazifik
OEZA: Osteuropa und Zentralasien
LAK: Lateinamerika und Karibik
SA: Südasien
SSA: Subsahara-Afrika.
\+ Region wird MDG erreichen, wenn der Trend der Jahre 1990–2001 fortgesetzt werden kann.
Bei MDG8: Durchschnittswert des *Freedom House Index* für die Länder Region hat sich verbessert.
0 Region kann MDG erreichen, wenn die bisherigen Bemühungen intensiviert werden.
Bei MDG8: Durchschnittswert des *Freedom House Index* hat stagniert.
– Region wird MDG wahrscheinlich nicht erreichen, da es sehr schwer ist, den Trend von 1990–2001 im erforderlichen Umfang zu verbessern.
Bei MDG8: Durchschnittswert des *Freedom House Index* hat sich verschlechtert.

Quelle:
Für MDG1-7: BMZ (2004m); ESCWA (2005); UNDP (2003a); Weltbank (2004e). Vgl. auch Tabelle A1 im Anhang.
Für MDG8: vgl. Schaubild 21.

Anmerkung:
Für MDG5, MDG6, MDG7 /*Unterziel* 9 und die meisten *Unterziele* von MDG8 liegen nur unzureichende Daten vor.

Nur wenigen Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas gelang es, den Anteil der Einkommensarmen und Hungernden an der Bevölkerung seit 1990 in nennenswertem Umfang zu reduzieren. In einigen hat sich Armut sogar weiter ausgebreitet. Ebenso wurden keine ausreichenden Fortschritte bei der Steigerung der Schulbeteiligungs- und Alphabetisierungsraten erzielt. Moderne Technologien sind in vielen Ländern der Region kaum verbreitet und vom Ziel einer ökologisch nachhaltigen Politik (MDG7) sind sämtliche Staaten noch ebenso weit entfernt wie von guter ökonomischer und politischer Regierungsführung (MDG8).

Demgegenüber wurden bei der Umsetzung von MDG3 deutliche Fortschritte gemacht. Ähnlich wie in anderen Weltregionen – mit der Ausnahme Subsahara-Afrikas – gelang es auch in der MENA-Region fast allen Ländern, die Schulbeteiligungsquote von Mädchen zu steigern und dadurch Unterschiede zwischen den Bildungschancen von Mädchen und Jungen zu verringern. Dies hat sich allerdings bislang noch nicht in einer Verbesserung der beruflichen, politischen und rechtlichen Möglichkeiten von Frauen in dieser Region niedergeschlagen.

Auch in der Gesundheitspolitik konnten Erfolge erzielt werden. Zahlreichen Ländern in der Region gelang es, die Säuglings-, Kinder- und Müttersterblichkeitsziffern deutlich zu reduzieren, so dass sie MDG4 und MDG5 zumindest dann erreichen, wenn sie ihre Bemühungen in den nächsten Jahren nochmals verstärken. Lediglich für die drei *low-income countries* Mauretanien, Sudan und Jemen ist zu befürchten, dass sie beide Ziele verfehlen werden. Auch hierin unterscheiden sich die *middle-* und die *low-income countries* der MENA-Region nicht von entsprechenden Ländern in anderen Teilen der Welt.

Zu MDG6 lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht viel sagen, da bislang kaum verlässliche Daten über die Zahl der Infizierten und Erkrankten vorliegen. Dies liegt u.a. daran, dass die Immunschwächekrankheit HIV/Aids in vielen MENA-Ländern noch immer tabuisiert wird. Alles in allem dürfte die Prävalenz niedriger liegen als in anderen Weltregionen, jedoch scheint die Zahl der Neuinfektionen während der letzten Jahre stärker zu steigen.

Besonders erfolgreich war bislang Tunesien, das mindestens sechs der acht Ziele erreichen wird. Schwierigkeiten hat es bei der Umsetzung von MDG5 und MDG7 – v.a. aber mit der Vorgabe einer guten Regierungsführung in MDG8. Im Hinblick auf Menschenrechte, Pressefreiheit und die Partizipati-

onsmöglichkeiten der Bevölkerung hat sich die Lage in Tunesien seit 1990 sogar noch einmal drastisch verschlechtert. Ähnliches gilt für Ägypten, Libyen, Katar und Kuwait, die jeweils mit hoher Wahrscheinlichkeit vier, möglicherweise sogar bis zu sieben MDGs umsetzen können. In allen vier Ländern bestehen die größten Defizite im Hinblick auf gute Regierungsführung (MDG8).

Größere Probleme mit der Umsetzung der MDGs haben Algerien, Jordanien und Marokko (neben MDG8 v.a. bei MDG1), Bahrain (MDG2) sowie die Palästinensischen Gebiete (MDG1 und MDG7). Noch schwerer fällt es dem Iran, dem Libanon und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) sowie Saudi-Arabien und dem Oman, möglichst alle MDGs bis 2015 zu erreichen (vgl. Tabelle A1 im Anhang).

Am schlechtesten sieht es hingegen für die drei *low-income countries* Jemen, Sudan und Mauretanien sowie für den Irak aus. So wie es momentan aussieht, werden der Irak und der Jemen alle acht Ziele verfehlen, und auch Mauretanien und der Sudan werden wahrscheinlich nur ein oder zwei der acht MDGs erreichen (Mauretanien wahrscheinlich MDG3 und unter Umständen MDG8, der Sudan möglicherweise MDG1 und MDG3).

Diese Ergebnisse werden im Folgenden ausführlicher dargestellt, indem nacheinander auf alle acht MDGs eingegangen wird. Dabei werden fast ausschließlich statistische Daten angeführt, die von internationalen Organisationen (UNDP, Weltbank, WHO, UNESCO) veröffentlicht wurden. Nur in ganz wenigen Fällen wird auch auf die Angaben in den nationalen MDG-Berichten zurückgegriffen, die großenteils ganz erheblich von den Zahlen der internationalen Organisationen divergieren. Zwar stimmen auch die Angaben der Weltbank, des UNDP und der UNESCO bei weitem nicht immer überein (dies gilt v.a. für die Indikatoren von MDG2, MDG5 und MDG7) und auch sie beruhen z.T. auf Erhebungen der nationalen Statistikämter. Jedoch bemühen sich die internationalen Organisationen darum, nach Möglichkeit nur solche Daten wiederzugeben, die auf ähnlichen Standards (Definitionen, Abgrenzungskriterien und Erhebungsmethoden) beruhen. Ihre Zahlen zu unterschiedlichen Ländern können also eher miteinander verglichen werden. Außerdem fällt auf, dass die nationalen MDG-Berichte fast ausschließlich zum Positiven von den Statistiken der internationalen Organisationen abweichen. Dies legt den Verdacht nahe, dass viele Regierungen im Nahen Osten und in Nordafrika der Versuchung erlegen sind, die Lage ihres Landes in den MDG-Berichten zu schönen.

3.1 Bekämpfung von Einkommensarmut und Hunger (MDG1)

Die meisten Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas werden MDG1 nicht erreichen, wenn sie nicht in den nächsten Jahren noch ganz erhebliche Anstrengungen unternehmen. Zwar liegt der Anteil der Einwohner, die unter Hunger leiden bzw. weniger als 1 US $ pro Tag zur Verfügung haben, niedriger als in anderen Weltregionen. Jedoch sind die entsprechenden regionalen Durchschnittswerte seit 1990 nicht gesunken, sondern sogar gestiegen.

Einkommensarmut

Im Jahre 1990 verfügten lediglich 2,1 % aller Menschen in der MENA-Region über ein Einkommen von weniger als 1 US $ pro Tag nach Kaufkraftparitäten (KKP). Dieser Anteil lag niedriger als in allen anderen Teilen der Welt mit Ausnahme der OECD-Mitgliedsländer. Hieraus folgert UNDP im HDR 2003, dass die MENA-Region das Unterziel 1 (Halbierung der Einkommensarmut) bereits erreicht habe (UNDP 2003a, 33).

Jedoch kommt es bei der Umsetzung der MDGs auch auf den Trend an, der beim Anteil der Einkommensarmen an den Bewohnern des Nahen Ostens und Nordafrikas nicht nach unten ging. Vielmehr stieg dieser Anteil zwischen 1990 und 2001 sogar leicht auf 2,2 % an. In Ägypten lag er im selben Jahr bei rund 3 %, im Libanon bei 7 %, in Marokko bei 2 %, in Mauretanien bei 46 % und in Jordanien bei ungefähr 4 %. Zu allen anderen Ländern liegen keine bzw. keine neueren Werte vor (vgl. Tabelle A2 im Anhang).

Zudem eignet sich der 1-Dollar-Indikator für die MENA-Region nur bedingt (ESCWA 2005). *Erstens* handelt es sich v.a. um *middle*- und *high-income countries*, in denen die Löhne und Preise so hoch liegen, dass man mit 1 US $ pro Tag auch kurzfristig kaum überleben kann (Martens 2005). Dem trägt auch die Umrechnung von Geldbeträgen nach KKP nur unzureichend Rechnung. Sie beruht auf einem Warenkorb, der die Zusammensetzung des Bruttosozialprodukts widerspiegelt. Ein solcher Warenkorb mag dem Konsum des Durchschnittsbürgers entsprechen. Der Warenkorb ärmerer Haushalte hat aber eine ganz andere Zusammensetzung. Sie konsumieren v.a. Grundnahrungsmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs (Bhalla 2004; Pogge / Reddy 2003a; Pogge / Reddy 2003b; Satterthwaite 2003). *Zweitens* verfügen mehrere MENA-Länder über Erdöl- und Erdgasvorkommen und können da-

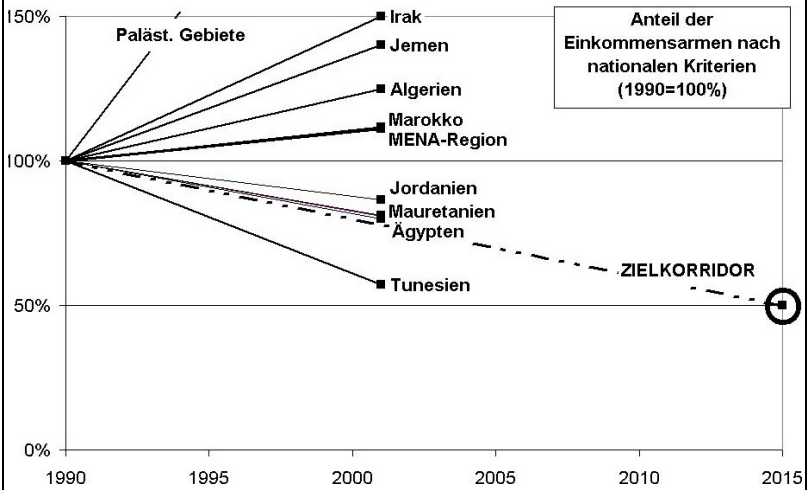
her Benzin, Heizöl und andere Erdölderivate zu sehr niedrigen Preisen anbieten. Diese gehen in beträchtlichem Umfang in die jeweiligen KKP mit ein, was dazu führt, dass sich bei der Umrechnung von 1 US $ in die nationalen Währungen sehr niedrige Werte ergeben, nach denen nur sehr wenige Einwohner absolut arm sind. Das Problem hierbei besteht darin, dass sehr arme Haushalte weder Benzin benötigen (da sie keine Autos besitzen), noch Heizöl oder Brenngas nachfragen (weil sie sich auch keine Öl- oder Gasheizung leisten können).

Jede Armutsgrenze ist in gewisser Weise willkürlich. Dies wird auch daran deutlich, dass das Einkommen vieler Menschen im Nahen Osten und in Nordafrika nur leicht über bzw. leicht unter der ‚Grenze' von 1 bzw. 2 US $ pro Tag liegt bzw. in einem Jahr darüber und im nächsten darunter. Die 1-Dollar-Grenze für einzelne Länder durch die 2-Dollar-Grenze zu ersetzen, wäre daher methodisch nicht überzeugend. Sinnvoller erscheint es, bei intraregionalen Vergleichen – trotz aller Nachteile – grundsätzlich bei der 1-Dollar-Grenze zu bleiben, bei der Identifikation von Armutstrends aber auf nationale Armutsgrenzen zurückzugreifen. Ihrer Festlegung gehen in aller Regel empirische Studien voraus, die Auskunft darüber geben, über welches Einkommen ein Bewohner des betreffenden Landes tatsächlich benötigt, um sein Überleben kurz- bzw. langfristig sicherzustellen (OECD / DAC 1998).

Der Nachteil von nationalen Armutsgrenzen besteht darin, dass sich auf ihrer Basis keine regionalen Mittelwerte errechnen lassen. Zudem liegen zwar zu deutlich mehr Ländern der Region Daten über die Zahl der Einkommensarmen nach nationalen Kriterien vor als über die entsprechende Zahl nach dem 1-Dollar-Kriterium, aber leider ebenfalls nicht zu allen.

Dennoch kann man auf der Basis der vorliegenden Daten die Aussage treffen, dass das Problem der Einkommensarmut in der Region eher an Bedeutung gewonnen hat. Dies gilt insbesondere für den Jemen, wo 1990 rund 30 % der Bevölkerung nach nationalen Kriterien absolut arm waren, im Jahre 2000 hingegen bereits 42%, aber auch für Algerien (1987: 12 %; 2000: 15 %), den Irak (1987: 30 %; 2000: 45 %), Marokko (1990: 17 %, 2000: 19 %) und die Palästinensischen Autonomiegebiete (1995: 19 %; 2000: 46 %). Merklich gesunken ist der Anteil der Einkommensarmen nach den vorliegenden Daten nur in Ägypten (1990: 25 %, 2000: 20 %), in Iran (1990: 26 %; 2000: 21 %), in Mauretanien (1995: 50 %; 2000: 46 %) und in Tunesien (1990: 7 %; 2000: 4 %). Über alle anderen Länder liegen keine bzw. keine gesicherten Informationen vor hat (vgl. Tabelle A2 im Anhang).

Schaubild 1: Trends bei der Umsetzung von MDG1 / Unterziel 1 (Halbierung des Anteils der Einkommensarmen an der Bevölkerung) [2]



Quelle: eigener Entwurf auf Basis der Daten in Tabelle A2 im Anhang.
Anmerkung: Länder, zu denen stark widersprüchliche bzw. keine vertrauenswürdigen Daten vorliegen, sind nicht dargestellt.

Schaubild 1 verdeutlicht, dass von allen Ländern, zu denen zuverlässige Daten vorliegen, nur Tunesien auf gutem Wege ist, das 1. Unterziel von MDG1 umzusetzen. Es konnte den Anteil der Einkommensarmen bereits zwischen 1990 und 2000 nahezu halbieren. Daneben ist es auch für Ägypten und Jordanien „möglich“, MDG1 zu erreichen.

2 In diesem und den folgenden Schaubildern werden – aus Gründen der Übersichtlichkeit (Normierung des Ausgangsniveaus auf 0) – nur relative Veränderungen dargestellt. Dies ist insofern problematisch, als die Graphiken nicht zu erkennen geben, welche absoluten Veränderungen stattgefunden haben und welch große Unterschiede zwischen den absoluten Ausgangswerten der einzelnen Länder bestehen. Dennoch lässt sich diese Form der Darstellung rechtfertigen, da auch die MDG-Agenda ausschließlich Vorgaben über relative Veränderungen macht.

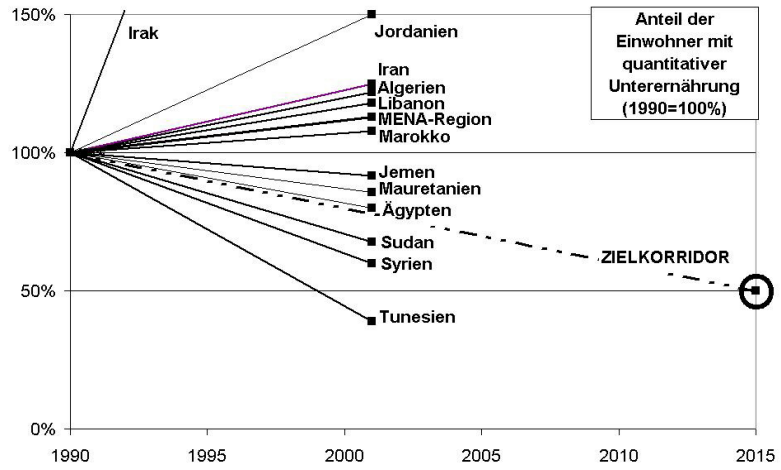
Die meisten MENA-Länder werden das Ziel aber verfehlen, wenn es ihnen nicht gelingt, die bisherigen Trends umzukehren (ESCWA 2005). Dies gilt u.a. für Algerien, den Jemen, den Irak, den Oman und Mauretanien, die von UNDP im Hinblick auf MDG1 als ‚*high priority countries*' eingestuft wurden – Algerien, der Jemen, der Irak und der Oman, weil sie bislang keinerlei Fortschritte bei der Senkung der Einkommensarmut gemacht haben, und Mauretanien, weil Einkommensarmut in diesem Land so verbreitet ist, dass sich die bisherigen Erfolge bei ihrer Bekämpfung kaum steigern lassen (UNDP 2003a: 43 und 53).

Kritisch ist die Situation aber auch in den Palästinensischen Autonomiegebieten, wo sich der Anteil der Einkommensarmen durch die israelische Abriegelungs- und Besetzungspolitik zwischen 1995 und heute mehr als verdoppelt hat. Eine Umkehr dieses Trends ist möglich, setzt aber voraus, dass sich Israel aus den Palästinensischen Gebieten zurückzieht, die Außengrenzen der Palästinensergebiete für den Güter- und Kapitalverkehr freigibt und möglichst vielen Palästinensern – zumindest während einer Übergangszeit – eine Arbeitsgenehmigung für Israel erteilt.

Hunger

Fast noch schlechter steht es in den MENA-Ländern um die Umsetzung des 2. Unterziels von MDG1: Insgesamt hat der Anteil der quantitativ unterernährten Einwohner in der Region sogar von 6,8 auf 8,5 % zugenommen (vgl. Schaubild 2). Eine Ausnahme bildet Tunesien, das den entsprechenden Anteil bereits halbieren konnte. Auch Ägypten und Syrien könnte es gelingen, das 2. Unterziel von MDG1 bis 2015 zu erreichen (vgl. Tabelle A1 im Anhang). Zugleich aber werden mindestens sieben Länder der Region dieses Ziel mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht erreichen. Zwei von ihnen – der Jemen und der Irak – wurden von UNDP sogar als „*top priority countries*" eingestuft, weil in ihnen der Anteil der Hungernden besonders hoch liegt *und zugleich* seit 1990 kaum Fortschritte (im Irak sogar erhebliche Rückschritte) bei der Bekämpfung des Hungers gemacht wurden (UNDP 2003a: 43). So sank der Anteil der unterernährten Einwohner in Ägypten zwischen 1990 und 2001 von 5 auf 4 %, im Jemen hingegen nur von 36 auf 33 % (vgl. Tabelle A3 im Anhang). Zugleich stieg dieser Anteil im Irak (von 7 auf 27 %), in Jordanien (von 4 auf 6 %), in Iran (von 4 auf 5 %), in Algerien (von 5 auf 6 %), im Libanon (von 2,5 auf 3,0 %) und in Marokko (von 6,5 auf 7,0 %). Mauretanien und dem Sudan gelang es ebenfalls, den Anteil der unterernährten Einwohner

Schaubild 2: Trends bei der Umsetzung von MDG1 / Unterziel 2 (Halbierung des Anteils Hunger leidender Einwohner)



Quelle: eigener Entwurf auf Basis der Daten in Tabelle A3 im Anhang.

Anmerkung: Länder, zu denen stark widersprüchliche bzw. keine vertrauenswürdigen Daten vorliegen, sind nicht dargestellt.

von 14 auf 12 % bzw. von 31 auf 21 % zu senken. In Anbetracht der noch immer sehr hohen Zahl von Personen, die unter Hunger leiden, dürfte es aber auch für diese beiden Länder sehr schwierig sein, den gegenwärtigen Trend fortzusetzen und das 2. Unterziel von MDG1 bis 2015 zu erreichen.

Nur unwesentlich besser entwickelte sich die Region nach dem anderen Indikator für das 2. Unterziel von MDG1: dem Anteil der Kinder unter 5 Jahren mit Untergewicht (vgl. ebenfalls Tabelle A3 im Anhang). Zwischen 1990 und 2001 sank dieser Anteil in Ägypten (von 10 auf 4 %), in Tunesien (ebenfalls von 10 auf 4 %) und in Algerien (von 10 auf 6 %), aber auch in Mauretanien (von 48 auf 32 %) und im Sudan (von 34 auf 11 %). In anderen Ländern hingegen stieg er deutlich an – bspw. im Irak von 12 auf 16 % und im Jemen von 30 auf 46 %, so dass er im regionalen Durchschnitt ebenfalls eher gewachsen sein dürfte (UNDP 2003b).

3.2 Grundbildung für alle (MDG2)

Auch in der Bildungspolitik machte die MENA-Region als Ganze seit 1990 keine ausreichenden Fortschritte. So besuchen noch immer zahlreiche Kinder nie (bzw. nicht bis zum Abschluss) eine Grundschule, so dass die Region als Ganzes MDG2 bei gleichbleibenden Trends nicht erreichen wird. Zudem weist die in den Schulen der Region vermittelte Bildung eine schlechte Qualität auf und ist für das spätere Erwerbsleben der Schüler nur von begrenztem Nutzen. Geringere Fortschritte als die MENA-Länder im Hinblick auf MDG2 machten zwischen 1990 und 2001 nur Südasien und Subsahara-Afrika.

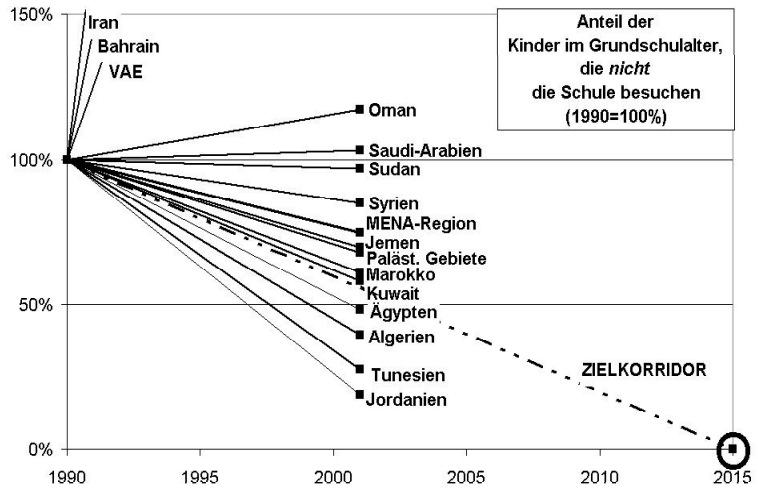
Schulbesuch und Alphabetismus

Für sechs Länder bestehen gute Chancen, dass sie MDG2 bis 2015 erreichen. Ihre Grundschulbeteiligungsquoten stiegen zwischen 1990 und 2001 erheblich und liegen mittlerweile allesamt über 90 %: in den Palästinensischen Gebieten bei 99 %, in Tunesien bei 98 %, in Algerien bei 97 %, in Katar bei 95 %, in Jordanien bei 94 % und in Ägypten bei 92 %. Auch in Syrien besuchen 96 % aller Kinder im Grundschulalter die Grundschule, jedoch wurden in Bezug auf diesen Indikator seit 1990 kaum Fortschritte gemacht (vgl. Schaubild 3).

Große Fortschritte bei ihren Grundschulbeteiligungsquoten machten auch Marokko (von 58 auf 75 %), Kuwait (von 45 auf 66 %) und der Jemen (von 53 auf 67 %). In Anbetracht der noch immer niedrigen Levels in diesen Ländern ist allerdings zu befürchten, dass sie ihr bisheriges Tempo nicht bis 2015 durchhalten – geschweige denn noch steigern – können.

Generell ist hierbei zu bedenken, dass die Verbesserung der Schulbeteiligungsquote möglicherweise nur in sehr begrenztem Umfang durch politische Interventionen beschleunigt werden kann. Zeitreihenvergleiche von Clemens, Kenny und Moss (2004, 15f.) deuten darauf hin, dass sich die Schulbeteiligungsquoten überall auf der Welt ab einem bestimmten Zeitpunkt innerhalb eines relativ engen, scheinbar von der Natur vorgegeben Korridors bewegen (vgl. Schaubild 4). Unabhängig davon, in welchem Jahr die Entwicklung be-

Schaubild 3: Trends bei der Umsetzung von MDG2 (Grundbildung für alle)

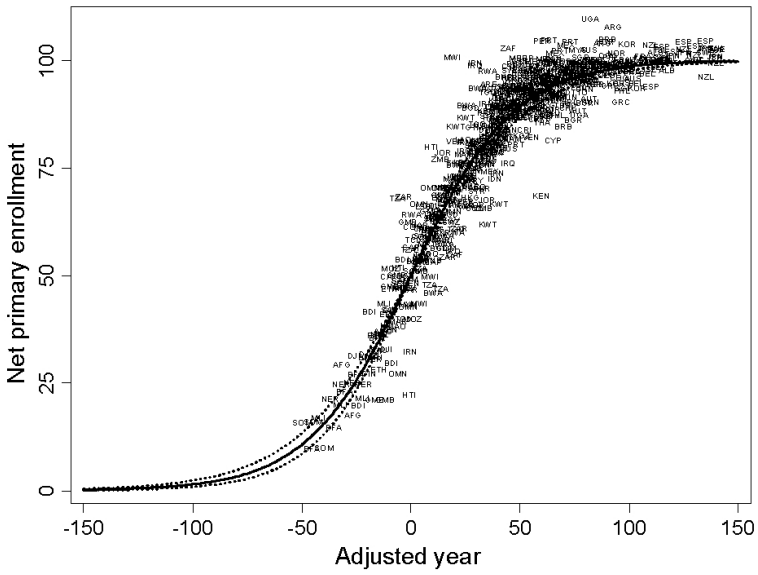


Quelle: eigener Entwurf auf Basis der Daten in Tabelle A4 im Anhang.

Anmerkung: Länder, zu denen stark widersprüchliche bzw. keine vertrauenswürdigen Daten vorliegen, sind nicht dargestellt.

ginnt, steigen die Schulbeteiligungsquoten anfangs, nachdem die ersten staatlichen Schulen eröffnet werden, zunächst nur sehr langsam und erst im Laufe der Zeit immer schneller. Die Entwicklung verlangsamt sich erst nach rund 100 bis 150 Jahren wieder, wenn mehr als die Hälfte aller Kinder regelmäßig die Schule besuchen, und flaut endgültig ab, wenn das Ziel einer Schulbeteiligungsquote von 100 % fast erreicht ist. Die letzten 5 bzw. 10 % der noch nicht eingeschulten Kinder lassen sich am schwersten in das Schulsystem integrieren. Zwischen dem Tag, an dem die Schulbeteiligungsquote eine Schwelle von 90 oder 95 % überschritten hat bis zur vollständigen Erreichung von MDG2 können daher mitunter viele Jahre oder gar Jahrzehnte vergehen. In vielen Ländern ist somit bereits viel erreicht, wenn im Jahre 2015 zumindest 95 % aller Kinder im Grundschulalter regelmäßig die Schule besuchen.

Schaubild 4: Zeitreihenvergleich zur Entwicklung der Schulbeteiligungsquoten in unterschiedlichen Ländern



Erläuterung:

Das jeweilige Jahr, in dem die einzelnen Länder eine Schulbeteiligungsquote von 50 % erreicht hatten, wurde in der Darstellung auf 0 normiert.

Quelle: Clemens / Kenny / Moss (2004, 16, Figure 1).

Insgesamt werden sieben MENA-Länder MDG2 mit hoher Wahrscheinlichkeit verfehlen. Dies gilt v.a. für den Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), wo die Grundschulbeteiligungsquoten zwischen 1990 und 2015 von 97 auf 75 % bzw. von 94 auf 78 % gesunken sind, sowie für den Sudan, den Oman und Saudi-Arabien, deren Grundschulbeteiligungsquoten auf einem relativ niedrigen Niveau bei rund 45 % bzw. 65 % bzw. 58 % stagnierten. Daneben werden auch der Jemen und Kuwait, über die bereits berichtet wurde, MDG2 wahrscheinlich nicht erreichen. Für Marokko, Bahrain und Syrien ist dies hingegen möglich, wobei diese Länder aber ganz erhebliche zusätzliche Anstrengungen unternehmen müssten (vgl. Tabellen A1 und A4 im Anhang).

Ähnlich verhält es sich mit den Vor- und Sekundarschulbeteiligungsquoten. Nur in wenigen MENA-Ländern stiegen sie im erforderlichen Umfang an. Dies ist v.a. für Ägypten, Jordanien und die VAE der Fall. Demgegenüber sanken die Sekundarschulbeteiligungsquoten in Syrien und Bahrain sowie die Vorschulbeteiligungsquoten in Iran, Marokko und Saudi-Arabien (vgl. Tabelle A4 im Anhang). Allerdings liegen zu vielen MENA-Ländern keine Daten vor.

Ein Indikator für die Effizienz eines Schulsystems ist die Primarschulabschlussquote. Sie beziffert den Anteil derjenigen Schüler, die in der 1. Klasse beginnen und die Grundschule mit einem formellen Abschluss wieder verlassen. Relativ hoch (bei über 95 %) liegt dieser Anteil in Ägypten, Algerien, Bahrain, Jordanien, dem Oman, Tunesien und den VAE – ein Hinweis darauf, dass die Grundschulen dieser Länder in der Lage sind, ihren Schülern die vorgesehenen Lehrinhalte zu vermitteln. Deutlich niedriger liegen die Primarschulabschlussquoten Marokkos und des Jemen, jedoch konnten sie seit 1990 bereits deutlich von 75 auf 84 % bzw. von 65 auf 86 % gesteigert werden. Hält dieser Trend an, werden diese beiden Quoten 2015 ebenfalls über 95 % liegen. Anders verhält es sich mit Syrien, Mauretanien und dem Sudan, deren Primarschulabschlussquoten zwischen 1990 und 2005 z.T. deutlich sanken (in Syrien lediglich von 94 auf 92 %, in Mauretanien jedoch von 75 auf 61 % und im Sudan von 94 auf 84 %, vgl. Tabelle A4 im Anhang).

Trotz allem ging die Analphabetenquote in allen MENA-Ländern zurück. In Jordanien liegt sie mittlerweile unter 10 % und in Bahrain, Iran, Katar, Kuwait, dem Libanon, Libyen, Saudi-Arabien, Syrien und den VAE unter 25 %. Andererseits kann im Irak, dem Jemen und Mauretanien noch immer mehr als die Hälfte der Bevölkerung nicht lesen oder schreiben (vgl. Tabelle A4 im Anhang) und die Analphabetenquote der MENA-Region liegt deutlich über dem Durchschnitt aller Entwicklungsländer (UNDP / AFESD 2002, 52).

Aufschlussreicher ist jedoch die Frage, wie sich die Analphabetenrate bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen verändert, die erst vor wenigen Jahren im Grundschulalter waren. Halten die gegenwärtigen Trends an, so werden die 15- bis 24-Jährigen in mindestens 14 Ländern der Region nahezu vollständig alphabetisiert (i.e. zu mindestens 95 %) sein. Möglich ist dies auch für Ägypten, unwahrscheinlich hingegen für den Irak, für Marokko, für den Jemen, für Mauretanien und für den Sudan (vgl. Tabelle A4 im Anhang).

Qualität der Schulbildung

Noch gravierender als die Defizite bei den bislang diskutierten, rein quantitativen Bildungsindikatoren sind allerdings die qualitativen Mängel der formellen Bildung im Nahen Osten und in Nordafrika. Naturgemäß lassen sie sich viel schwerer erfassen. Dennoch gibt es genügend Hinweise darauf, dass die Bildung, die in den staatlichen Schulen der Region vermittelt wird, durchweg selbst im Vergleich mit anderen Entwicklungsländern keine hohe Qualität aufweist. Hierauf weisen auch die drei bislang erschienenen *Arab Human Development Reports* hin (UNDP / AFESD 2002; UNDP / AFESD 2003; UNDP / AFESD 2004). In den MENA-Ländern genießt der Ausbau der Bildungssysteme eindeutige politische Priorität vor der Steigerung ihrer Qualität (Lloyd et al. 2003; Weiss 2004b, 6).

Kuwait nahm 1995 als einziges arabisches Land an der *Third International Mathematics and Science Study* teil, die Schüler am Ende der Primarstufe (Klasse 8) auf ihre mathematischen und naturwissenschaftlichen Kenntnisse hin testete. Obwohl das Bildungssystem von Kuwait im regionalen Vergleich relativ gut ist, belegte es den 39. von 41 Rängen. Von 1000 möglichen Punkten erreichten die kuwaitischen Schüler 392 in Mathematik und 430 in den Naturwissenschaften. Der internationale Durchschnitt lag bei 513 bzw. 516 Punkten, die Schüler in Singapur (das Rang 1 belegte) kamen auf 643 bzw. 607 Punkte (UNDP / AFESD 2003, 55).

An der Folgestudie *Third International Mathematics and Science Study* (TRIMSS), die 1996 durchgeführt wurde, beteiligten sich drei andere arabische Länder: Jordanien, Tunesien und Marokko. In Mathematik kamen Tunesien auf Platz 29 (448 Punkte), Jordanien auf Platz 32 (428 Punkte) und Marokko auf Platz 37 (337 Punkte). Den Spitzenplatz belegte Singapur mit 604 Punkten; Südafrika bildete mit 275 Punkten das Schlusslicht. Eine ähnliche Rangfolge ergab sich bei den Naturwissenschaften, nur dass Taiwan auf Position 1 gelangte (ibid.).

Entsprechend schlecht dürften in vergleichbaren Studien auch arabische Sekundarschüler und Universitätsstudenten abschneiden. Hierauf deutet eine Untersuchung von rund 2000 Diplomabschlussarbeiten hin, die an unterschiedlichen libanesischen Universitäten eingereicht wurden. Die Universitäten des Libanon haben im regionalen Vergleich ein relativ hohes Niveau. Dennoch genügten nur 16% der eingereichten Arbeiten internationalen Standards. Die meisten hatten keine eigenständigen Fragestellungen und brachten

keine neuen Erkenntnisse, sondern repetierten etablierte Lehrmeinungen (Gardner 2003; Weiss 2004a, 87).

Ein weiterer Indikator für die Qualität des Bildungswesens ist das Verhältnis von Schülern zu Lehrern. In acht MENA-Ländern (Algerien, Irak, Jemen, Marokko, Mauretanien, Oman, Palästinensische Gebiete und Sudan) kommen mehr als 25 Grundschüler auf einen Lehrer, in Mauretanien sind es sogar 45. Gut schneiden diesbezüglich nur die Golfstaaten und Libyen ab. So braucht sich ein Grundschullehrer in Libyen nur um 8 Schüler zu kümmern. In den OECD-Ländern liegt das entsprechende Verhältnis zwischen 10 und 15. Ähnliches gilt für die anderen Schulstufen (vgl. Tabelle A4 im Anhang).

Die unzureichende Qualität von Bildung im Nahen Osten und in Nordafrika schlägt sich nicht zuletzt darin nieder, dass die Schüler mit dem Erlernten wenig anfangen können (Gardner 2003). Schulbildung fördert die Beschäftigungs-Chancen der Berufsanfänger nur unzureichend, was eine sehr große Zahl von arbeitslosen Akademikern zur Folge hat (mehr dazu weiter unten bei MDG8). In der Region gibt es zu viele Geistes- und Kulturwissenschaftler, zugleich aber ein gravierendes Defizit bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern. Ebenso mangelt es an praxisnah ausgebildeten Facharbeitern (UNDP / AFESD 2002, 54). Anders als in anderen Weltregionen trägt Bildung kaum zur Verbesserung der sozioökonomischen Situation von benachteiligten Bevölkerungsgruppen (i.e. zur sozialen Mobilität) bei:

> "*Problems of quality and relevance have led to a significant mismatch between the labour market and development needs on the one hand and the output of education systems on the other. This situation leads to poor productivity, a distorted wage structure and a meagre economic and social return on education. The prevalence of unemployment among the educated and the deterioration in real wages for the majority of them exemplify this problem. Poor quality has become the Achilles heel of education in the Arab world, a flaw that undermines its quantitative achievements*." (UNDP / AFESD 2002, 54).

Hinzu kommt, dass das vermittelte Wissen und die Methoden der Wissensvermittlung nicht dazu eignet sind, die Selbständigkeit und Kreativität der Schüler zu fördern. Die Lehrinhalte werden frontal vorgetragen und müssen von den Schülern mechanisch auswendig gelernt werden. Kritisches Denken und Diskussionen sind nicht erwünscht. Der Unterricht ist geprägt von autoritären und patriarchalischen Verhaltensmustern, die neugierige Rückfragen oder gar Widerspruch nicht zulassen. Worauf es wirklich ankommt – Lernen

zu lernen, sich selbständig Wissen anzueignen sowie Kreativität und problemlösungsorientiertes, innovatives Denken zu entwickeln – wird den Schülern nicht vermittelt und sie werden hierzu auch nicht motiviert (Gardner 2003; Salehi-Isfahani 2000; Weiss 2004b, 6f.).

Folgt man dem *Arab Human Development Report* von 2003, so beginnt das Problem bereits in der Phase der vorschulischen, nicht formellen Bildung innerhalb der Familie:

> *"The most widespread style of child rearing in Arab families is the authoritarian mode accompanied by the over-protective. This reduces children's independence, self-confidence and social efficiency, and fosters passive attitudes and hesitant decision-making skills. Most of all, it affects how the child thinks by suppressing questioning, exploration and initiative."* (UNDP / AFESD 2003, 3).

Den MENA-Ländern mangelt es den *Arab Human Development Reports* zufolge an einer Kultur des lebenslangen Lernens, in der es auf intellektuelle Neugierde, innovatives Denken und kritisches, problemorientiertes Denken und nicht auf das Memorieren von Daten und übernommenen Lehrmeinungen ankommt. Gefragt sei ein „aufgeklärtes Wissensmodell", das auf Unabhängigkeit im Denken, Kreativität, Interpretations- und Urteilsvermögen und nicht zuletzt Methoden- und Meinungsvielfalt beruht (Salehi-Isfahani 2000; Weiss 2004a, 80f.).

Ein solches Modell würde allerdings nicht nur den traditionellen patriarchalischen Sozialstrukturen der MENA-Länder, sondern auch den Interessen der herrschenden Eliten zuwider laufen. Für die gegenwärtigen Zustände ist nach dem *Arab Human Development Report* von 2003 eine implizite Allianz zwischen herrschenden autoritären Regierungen und konservativen Islamisten mit verantwortlich, die keinerlei Interesse an kritisch denkenden, neugierigen und innovativen Bürgern haben:

> "*An alliance between some oppressive regimes and certain types of conservative religious scholars led to interpretations of Islam, which serve the governments, but are inimical to human development, particularly with respect to freedom of thought, the interpretation of judgements, the accountability of regimes to the people and women's participation in public life*." (UNDP / AFESD 2003, 6).

Dies zeigt sich auch daran, dass Forschung und Entwicklung in den MENA-Ländern keinen hohen Stellenwert zu haben scheinen. Im regionalen Mittel

geben die Regierungen hierfür gerade einmal 0,2 % des BIP aus (UNDP / AFESD 2003, 6). In den Ländern Ostasiens und des Pazifiks sind es 1,5 % (UNDP 2003). Auf eine Million Einwohner kommen im Nahen Osten und in Nordafrika nur 317 Wissenschaftler und Ingenieure, die in Forschung oder Entwicklung arbeiten (UNDP / AFESD 2003, 6), in den Ländern Ostasiens und des Pazifiks hingegen 619 und in Osteuropa und Zentralasien 2554 (Weltbank 2004e). Nur 0,8 % aller Bücher weltweit erscheinen in den arabischen Ländern, die 5 % der Weltbevölkerung beheimaten. Alleine in der Türkei werden mehr Bücher produziert, obwohl die Türkei nur ein Viertel so viele Einwohner hat. Ebenso erscheint in den arabischen Ländern weniger als eine Übersetzung von Büchern aus anderen Sprachen pro eine Million Einwohner und Jahr – in Ungarn sind es 519 und in Spanien 920. Außerdem sind 17% aller Bücher in der arabischen Welt religiöse Schriften – deutlich mehr als irgendwo sonst auf der Welt (UNDP / AFESD 2003, 6).

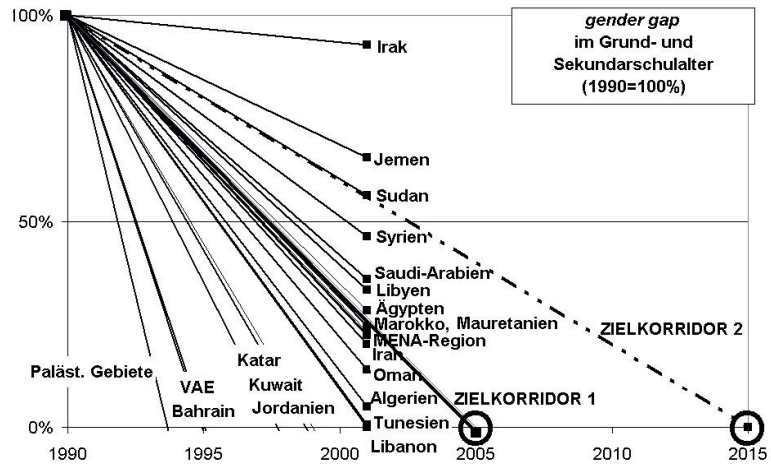
3.3 Gleichstellung der Geschlechter (MDG3)

Große Fortschritte machten die MENA-Länder bei der Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten von Mädchen. Fast allen gelang es, die Schulbeteiligung von Mädchen seit 1990 auf allen Stufen des Schulsystems beträchtlich zu steigern. Insofern wird die Region als Ganzes MDG3 mit hoher Wahrscheinlichkeit erreichen (Weltbank 2004f.). Gleichwohl wird sie auch im Jahre 2015 von einer tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter noch weit entfernt sein, wenn bis dahin nicht noch ganz erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um auch die ökonomischen, politischen und rechtlichen Möglichkeiten von Frauen zu verbessern.

Bildung

Eine ganze Reihe von MENA-Ländern hat MDG3 bereits weitgehend erreicht. In einigen sind Mädchen in den Primar- und Sekundarschulen sogar in der Überzahl. Dies gilt für Bahrain, Jordanien, Katar, Kuwait, den Libanon, Libyen, die Palästinensischen Gebiete, Tunesien und die VAE. Algerien und der Oman (u.U. auch Iran, Marokko und Mauretanien) werden bis 2005 folgen, also bis zu dem Zeitpunkt, bis zu dem MDG3 „vorzugsweise“ erreicht werden soll. Die einzigen Länder, die MDG3 wahrscheinlich auch bis 2015 nicht umsetzen können, sind der Jemen, der Irak und der Sudan (vgl. Schaubild 5 und Tabelle A1 im Anhang).

Schaubild 5: Trends bei der Umsetzung von MDG3 (Gleichstellung der Geschlechter bei ihren Bildungsmöglichkeiten)



Quelle: eigener Entwurf auf Basis der Daten in Tabelle A5 im Anhang.

Besonders beeindruckend sind die Fortschritte, die Ägypten, Algerien, Tunesien, Marokko und Mauretanien zwischen 1990 und 2001 machten. Gemessen wird dies am Verhältnis der Schulbeteiligungsquoten von Mädchen und Jungen. 100 % bedeutet, dass gleich große Anteile von Mädchen und Jungen im jeweiligen Alter die Schule besuchen – unabhängig davon allerdings, wie hoch diese Anteile jeweils sind. In Ägypten stieg das Verhältnis der kombinierten Beteiligungsquoten von Mädchen und Jungen an Grund- *und* Sekundarschulen zwischen 1990 und 2001 von 78 auf 94 %, in Algerien von 80 auf 99 %, in Marokko und Mauretanien von 82 auf 92 bzw. 93 % und in Tunesien von 82 auf 100 % (vgl. Tabelle A5 im Anhang).

Demgegenüber machten Bahrain, der Irak, Jordanien, Syrien und die VAE im Grundschulbereich kaum Fortschritte. Das Verhältnis ihrer Grundschulbeteiligungsquoten von Mädchen und Jungen verharrte nach Angaben von UNDP (2003a) nahezu unverändert auf einem Niveau von ca. 95 % (Jordanien und Bahrain), 92 % (VAE), 88 % (Syrien) und 80 % (Irak). Ähnliches gilt nach Angaben der UNESCO für den Sekundarschulbereich im Iran.

Die Fortschritte bei der Steigerung der Schulbeteiligung von Mädchen schlugen sich auch in sinkenden Analphabetenquoten unter Frauen nieder. Lag die Alphabetisierungsquote von jungen Frauen zwischen 15 und 25 Jahren im Durchschnitt aller MENA-Länder 1990 noch bei 75 % der entsprechenden Quote unter jungen Männern, so war das entsprechende Verhältnis bis 2002 bereits auf 87 % angestiegen. In Bahrain, Jordanien, Katar, Kuwait und den VAE liegt es mittlerweile sogar bei mehr als 100 %; i.e. der Anteil der Analphabeten unter Frauen zwischen 15 und 25 Jahren ist kleiner als der Anteil der Analphabeten unter Männern in der entsprechenden Alterskohorte. In Katar und den VAE gilt dies sogar für die Gesamtbevölkerung (vgl. Tabelle A5 im Anhang). Besonders große Fortschritte bei der Steigerung des Verhältnisses der Alphabetisierungsquoten unter jungen Frauen und jungen Männern zwischen 15 und 25 Jahren machten der Jemen (von 34 auf 60 %), der Oman (von 79 auf 98 %) und der Sudan (von 72 auf 89 %). Unzureichend sind demgegenüber die Fortschritte des Irak (von 44 auf 50 %) und Mauretaniens (von 65 auf 73 %).

Gesundheit und Lebenserwartung

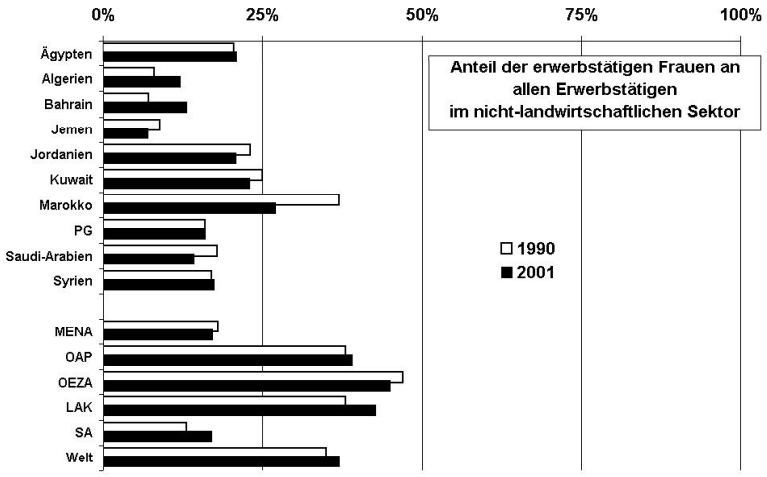
Die MENA-Länder erzielten aber auch große Erfolge bei der Verbesserung der Gesundheit von Frauen und Mädchen. Zwischen 1980 und 1990 stieg die Lebenserwartung von Frauen um fünf Jahre und zwischen 1990 und 2001 um weitere fünf (vgl. Tabelle A7 im Anhang). Ebenso gingen die Müttersterblichkeitsziffern deutlich zurück (siehe unten) und die Fertilitätsraten sanken im regionalen Mittel von 6,2 auf 3,3 Kinder pro Frau (Weltbank 2004f.).

Erwerbsbeteiligung und Verdienst

Das Hauptproblem der Region besteht darin, dass sich die Verbesserungen, die bei der Bildung und Gesundheit von Frauen erzielt werden konnten, bislang noch nicht in entsprechenden Verbesserungen bei ihren Erwerbs-, Verdienst- und Partizipationsmöglichkeiten niedergeschlagen haben (UNDP / AFESD 2002, 28; Weiss 2004b, 8f.; Weltbank 2004f.).

So liegt die Erwerbsbeteiligung von Frauen in den MENA-Ländern niedriger als in allen anderen Weltregionen und somit deutlich unter dem Niveau, das auf der Basis der Alphabetisierungsquoten unter Frauen, ihrer Lebenserwartung und der Fertilitätsraten in der Region zu erwarten wäre. Schaubild 6 macht dies deutlich. Demnach liegt die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Subsahara-Afrika zwar ähnlich niedrig wie in der MENA-Region. Das

Schaubild 6: Trends bei der Umsetzung von MDG3 (Gleichstellung der Geschlechter bei ihren Beschäftigungsmöglichkeiten)



Erläuterung der Abkürzungen:

MENA: Naher Osten und Nordafrika. OAP: Ostasien und Pazifik. OEZA: Osteuropa und Zentralasien.

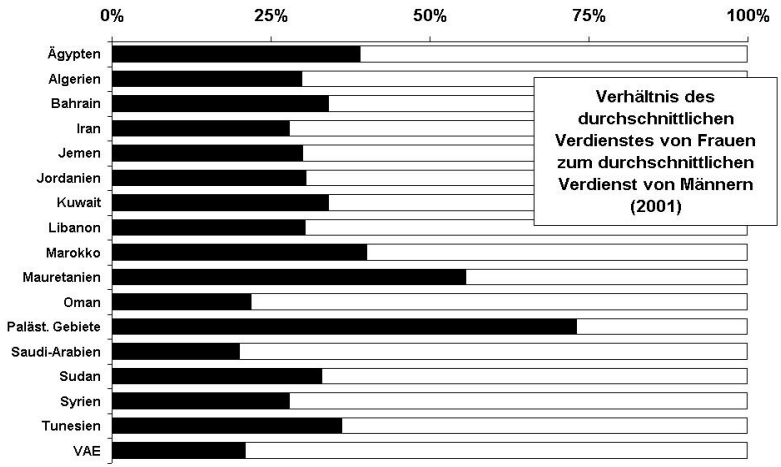
LAK: Lateinamerika und Karibik. SA: Südasien. SSA: Subsahara-Afrika.

Quelle: eigene Entwürfe auf Basis der Daten in Tabelle A5 im Anhang.

Schaubild stellt aber nur den Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen außerhalb der Landwirtschaft dar. In Subsahara-Afrika arbeitet ein Großteil der Frauen (und ebenso der Männer) im Agrarsektor. Insgesamt liegt die Erwerbsbeteiligung der Frauen in der MENA-Region bei ca. 30 %, in Lateinamerika hingegen bei 45 %, in Subsahara-Afrika sowie Osteuropa und Zentralasien bei 60 % und in Ostasien und dem pazifischen Raum bei 75 % (ESCWA 2005; Weltbank 2004f.).

Schaubild 6 zeigt darüber hinaus, dass sich die Beschäftigungschancen von Frauen in den meisten MENA-Ländern seit 1990 sogar noch verschlechtert haben. Lediglich in Algerien, dem Oman und Bahrain ist der Anteil der Frauen an allen Erwerbstätigen außerhalb der Landwirtschaft gestiegen. Gesunken ist dieser Anteil hingegen im Jemen (von 9 auf 7 %), in Jordanien (von 23 auf 21 %), in Saudi-Arabien (von 18 auf 14 %) und v.a. in Marokko (von 37 auf 27 %) – wahrscheinlich aber auch in Kuwait und Mauretanien, wo die Er-

Schaubild 7: Verdienstmöglichkeiten von Frauen



Quelle: eigene Entwürfe auf Basis der Daten in Tabelle A5 im Anhang.

werbsbeteiligung von Frauen seit 1990 deutlich zurückgegangen ist (vgl. Tabelle A5 im Anhang).

Hinzu kommt, dass die Frauen, die in der MENA-Region einer Erwerbstätigkeit nachgehen, im Durchschnitt geringere Einkommen beziehen als Männer (Salehi-Isfahani 2000; Weltbank 2004f.). Relativ gut geht es in dieser Hinsicht noch den Palästinenserinnen, deren Verdienst im Schnitt bei 73 % des mittleren Einkommens der erwerbstätigen Palästinenser liegt. Besonders schlecht ist die Lage hingegen in Saudi-Arabien und dem Oman, wo die Löhne und Gehälter von Frauen noch nicht einmal bei einem Viertel des Durchschnittseinkommens von Männern liegen (vgl. Schaubild 7 und Tabelle A5 im Anhang). Dies hat u.a. damit zu tun, dass überdurchschnittlich viele Frauen in den MENA-Ländern Berufe ausüben, die generell schlecht entlohnt werden und in Wirtschaftssektoren tätig sind, wo Arbeitsplätze abgebaut werden und die Löhne im Vergleich zum Durchschnittseinkommen sinken: Vorzugsweise arbeiten sie im öffentlichen Sektor bzw. innerhalb des industriellen Sektors v.a. in der Textilbranche.

Politische Partizipation

Auch bei den Möglichkeiten der politischen Partizipation sind Frauen gegenüber Männern nach wie vor auch formal benachteiligt (Weiss 2004b, 8f.). Das *World Economic Forum* (2005) hat den Versuch unternommen, die ungleichen Möglichkeiten von Frauen und Männern in 58 Ländern der Erde quantitativ zu erfassen. Dabei wurden von den arabischen Ländern nur Ägypten und Jordanien erfasst, in denen sich die Lage der Frauen im regionalen Vergleich noch überdurchschnittlich gut darstellt und die dennoch auf dem letzten und viertletzten Platz unter allen berücksichtigten Staaten landeten. Relativ gut schnitten die beiden Länder noch bei den Bildungsmöglichkeiten, der Lebenserwartung und den grundsätzlichen Erwerbsmöglichkeiten von Frauen ab. Extrem schlecht wurden demgegenüber die tatsächliche Erwerbsbeteiligung der Frauen und ihre politischen Partizipationsmöglichkeiten beurteilt.

In den meisten Ländern der Region wurde Frauen das Wahlrecht – wenn überhaupt – erst sehr spät zugestanden. In den Golfstaaten außer Bahrain haben sie es bis heute nicht. Der Anteil der weiblichen Parlamentsabgeordneten blieb aber auch in den Ländern klein, in denen Frauen schon relativ früh wählen durften. Bspw. erhielten Frauen in Ägypten bereits 1956 sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht und 1957 saßen erstmals Frauen im Parlament. Deren Anteil an allen Abgeordneten ist aber im Verlauf der Jahrzehnte nicht gewachsen, sondern zwischen 1990 und 2002 sogar von 4 auf 2 % weiter zurückgegangen. Ähnliches gilt für den Jemen, wo der Anteil der Parlamentarierinnen zwischen 1990 und 2002 von 4 auf 1 % sank. Auch in Algerien, Iran, dem Libanon und Mauretanien liegt er unter 5 %. In Tunesien stieg er von 4 auf 12 % an und in Jordanien von 1 auf 6 %, doch selbst dies ist nicht der Durchsetzung weiblicher Interessen durch das Wahlvolk, sondern der Besetzung einer größeren Zahl von Listenplätzen und Wahlkreisen durch Kandidatinnen, also einer Entscheidung von oben zu verdanken (vgl. Tabelle A5 im Anhang).

Ebenso unterrepräsentiert sind Frauen in der Exekutive (ESCWA 2005). Im Jahre 2000 gab es in Algerien, in Jordanien, in Katar und in Kuwait keine einzige Frau mit Ministerrang. Lediglich in Libyen, in Mauretanien, in Syrien und in Tunesien lag der Anteil der weiblichen Regierungsmitglieder über 10 % (vgl. Tabelle A5 im Anhang).

Rechtliche Stellung

Schließlich sind Frauen in den MENA-Ländern gegenüber Männern auch in ihren rechtlichen Möglichkeiten benachteiligt. Zum einen werden sie in den meisten Ländern ganz explizit durch gesetzliche Regelungen diskriminiert. Zum anderen sind sie bei der Rechtsanwendung auch informellen Benachteiligungen ausgesetzt, da sie nur über begrenzte Möglichkeiten des Zugangs zu Verwaltung und Justiz verfügen (Würth 2004, 1f.).

In fast allen Verfassungen der Region gibt es ein Verbot der Diskriminierung zwischen den Geschlechtern. Zugleich aber berufen sich alle Verfassungen (außer der des Libanon) auf die *šarīʿa* als Hauptquelle der Gesetzgebung. Hieraus ergibt sich ein beständiges Spannungsverhältnis für Gesetzgebung und Gesetzesauslegung, da die *šarīʿa* zwar „gleichwertige", nicht aber „gleichartige" Rechte für Männer und Frauen vorsieht. In der Praxis haben Frauen nach der *šarīʿa* v.a. im Familien- und Erbrecht mindere Rechte. Gerade diese Bereiche des islamischen Rechts übernahmen aber fast alle MENA-Länder in die entsprechenden nationalen Gesetze, während u.a. das Handels- und Schuldrecht, das Staatsrecht und das Sozialrecht auf europäisches Recht zurückgehen (Abou-Habib 2003, 67; Elsadda 2004).

So kommt es, dass Frauen auch von der Gesetzgebung der heutigen Nationalstaaten in vielerlei Hinsicht ganz explizit diskriminiert werden. Hiervon sind v.a. ihre Rechte beim Eingehen der Ehe, während der Ehe, bei der Scheidung, bei der Erziehung der Kinder, im Erbfall und bei der Weitergabe ihrer Staatsbürgerschaft an die Kinder betroffen (vgl. Kasten 1). Besonders gravierend ist diese Diskriminierung im Jemen, in Saudi-Arabien und in den anderen Golfstaaten sowie in Iran. Demgegenüber haben v.a. Tunesien und Marokko sowie zu einem geringen Grad auch Ägypten und Algerien ihr Familienrecht wesentlich stärker liberalisiert als die anderen Länder der Region (vgl. hierzu einige Beispiele in Tabelle A6 im Anhang).

Frauen werden aber auch in anderen Bereichen des Rechts diskriminiert. Als Beispiele hierfür sei genannt, dass Frauen in Saudi-Arabien keine Autos fahren dürfen, dass sie in einigen Ländern nicht als Unternehmerinnen auftreten können und ohne Erlaubnis ihres Vaters oder Mannes bei Banken keine Kredite aufnehmen dürfen, dass Frauen z.T. nicht ohne männlichen Begleiter reisen dürfen und dass iranische Frauen am Arbeitsplatz, in Bussen und in Klassenräumen nicht neben Männern sitzen dürfen (Salehi-Isfahani 2000).

Kasten 1: Diskriminierung von Frauen im Familienrecht arabischer Staaten

Rechte beim Eingehen der Ehe

Frauen können lediglich nach der hanafitischen Rechtsschule ihre Ehe selbständig schließen. Dieser Lehre hat sich nur der marokkanische Gesetzgeber weitgehend angeschlossen. Ansonsten brauchen Frauen beim Eheschluss einen männlichen Vormund. In der Regel ist dies der Vater oder ein Bruder, ansonsten der nächste männliche Verwandte in patrilinearer Reihe. Frauen, die bereits verheiratet waren und inzwischen wieder geschieden sind, können ihre Ehe z.T. ohne Vormund eingehen. In vielen Ländern ist die Zustimmung des Vormunds zu einer Formalität geworden, die sich auch umgehen lässt, z.B. indem von Gerichts wegen ein „formaler Vormund" benannt wird. Die Folgen, die die Vormundschaftsregelung über soziale Zwänge auf die tatsächlichen Wahlfreiheiten von Frauen beim Eheschluss haben, sollten dennoch nicht unterschätzt werden. Lediglich im Jemen wird die Ehe nicht von der Frau, sondern in ihrem Namen vom Vormund auch geschlossen.

Allerdings können Frauen in einigen Staaten, solange sie noch minderjährig sind, von ihrem Vormund auch gegen ihren Willen und z.T. auch ohne ihre Kenntnis verheiratet werden. Dies liegt daran, dass das Ehefähigkeitsalter von Frauen größtenteils unter dem von Männern liegt, so z.B. in Tunesien bei 17 und in Syrien bei 16 Jahren (für Männer jeweils bei 20 Jahren). Das zivilrechtliche Alter der Volljährigkeit und der vollen Strafmündigkeit liegt aber in allen Staaten bei 18 Jahren. Im Jemen gibt es überhaupt kein Mindestalter für die Verheiratung von Frauen, sondern nur für den Vollzug der Ehe (15 Jahre).

Polygamie ist nur in Tunesien gesetzlich verboten und in Marokko an die explizite Zustimmung eines Richters sowie der ersten Frau gebunden. Zwar können Frauen in allen Ländern einen Ehevertrag verlangen, in dem detailliert die jeweiligen Rechte und Pflichten von Mann und Frau während der Ehe geregelt werden und bspw. auch den Eheschluss mit einer weiteren Frau ausschließen. Jedoch machen in der Praxis nur sehr wenige Frauen von dieser Möglichkeit Gebrauch. Zudem können die Frauen mit einem solchen Vertrag nicht verhindern, dass ihr Mann bspw. eine andere Frau heiratet. Wird der Vertrag vom Mann gebrochen, können sie lediglich Klage beim Scheidungsrichter erheben, auf dass dieser ihre eigene Ehe mit ihrem Mann aufhebt.

Rechte innerhalb der Ehe

Innerhalb der Ehe hat die Frau einen absoluten Unterhaltsanspruch gegenüber ihrem Mann, der Mann hingegen Anspruch auf den Gehorsam der Frau. In einigen Ländern schließt dies explizit die exklusiven und umfassenden sexuellen Rechte des Mannes an seiner Frau ein. Die Gehorsamspflicht der Frau ist nur in Tunesien und Marokko nicht gesetzlich festgeschrieben. Sowohl Männer als auch Frauen können ihre gegenseitigen Ansprüche gerichtlich einklagen. Wird dem Mann Recht gegeben, dass seine Frau ihrer Gehorsamspflicht nicht nachgekommen ist, so kann er ihr die Unterhaltszahlungen verweigern.

Fortsetzung Kasten 1: Diskriminierung von Frauen im Familienrecht arabischer Staaten

Der Unterhaltsanspruch der Frau hat für sie aber auch Nachteile. Hiermit entfällt für sie nämlich die Notwendigkeit, erwerbstätig zu werden. Mehr noch kann die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit durch die Frau in einigen Ländern sogar als Ungehorsam gegenüber dem Mann gewertet werden – außer, wenn der Mann hierfür seine explizite Einwilligung gegeben hat. Dies ist aber für den Mann aus sozialen Gründen oftmals schwierig, da seine Einwilligung in die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit durch seine Frau auch dahin gehend interpretiert werden kann, dass er seine Frau nicht angemessen zu unterhalten vermag.

Außer der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bzw. Fortsetzung einer Ausbildung können Männer ihren Frauen auch unbegleitete Reisen im In- oder Ausland untersagen. Auch gegen solche Verbote können sich Frauen durch Eheverträge absichern, jedoch bleibt ihnen im Falle einer Zuwiderhandlung durch den Mann wiederum nur der Gang zum Scheidungsrichter, der die Ehe dann auflöst – mit allen damit verbundenen sozialen und ökonomischen Konsequenzen für die Frau.

Recht auf Scheidung

Der Mann kann seine Ehe mit einer Frau jederzeit auch ohne deren Einwilligung und ohne Angabe von Gründen beenden. Hierfür muss er lediglich die Verstoßung (*ṭalaq*) der Frau unter Anwesenheit von Zeugen erklären. In diesem Fall bleibt er gegenüber der Geschiedenen bedingungslos unterhaltspflichtig.

Die Möglichkeit einer einvernehmlichen Scheidung wurde im jüngeren islamischen Recht in Form einer Verstoßung durch den Ehemann nach Selbstloskauf (*ḫul'*) durch die Frau geschaffen. Der Selbstloskauf erfolgt durch Zahlung eines bestimmten Betrages an den Mann, der in der Regel den Gegenwert der Unterhaltsansprüche der Frau gegenüber ihrem geschiedenen Mann nicht überschreiten soll, so dass die Frau im Falle des Selbstloskaufs im Höchstfall auf ihre Unterhaltsansprüche komplett verzichtet.

Ohne Einwilligung ihres Mannes kann die Frau eine Beendigung der Ehe nur gerichtlich herbeiführen, i.e. sie kann Klage auf Ehescheidung (*taṭlīq* bzw. *tafrīq*) einreichen. Allerdings darf ein Scheidungsrichter einer solchen Klage nur in ganz bestimmten Fällen stattgeben, so z.B. wenn der Mann (i) seinen Unterhaltspflichten gegenüber der Frau nicht nachgekommen ist, (ii) wenn der Mann seine Frau betrogen oder böswillig verlassen hat, (iii) eine Gefängnisstrafe verbüßt, (iv) den Ehevertrag (soweit es einen gibt) verletzt hat oder (v) mehrere Ehefrauen hat, diese aber nicht gleichmäßig versorgt. Daneben kann eine Frau jederzeit die Auflösung der Ehe (*fasḫ*) wegen Nichterfüllung durch den Ehemann (also z.B. wegen Impotenz des Mannes) verlangen.

Allerdings liegt in fast allen Ländern sowohl für die Scheidung als auch für die Auflösung einer Ehe die vollständige Beweislast auf Seiten der Frau. Dies hat eine hohe Zahl von langwierigen und zermürbenden Scheidungsverfahren zur Folge, die nicht selten mangels Beweisen irgendwann zugunsten des Ehemannes entschieden werden.

Fortsetzung Kasten 1: Diskriminierung von Frauen im Familienrecht arabischer Staaten

Darum wurden in einigen Ländern vereinfachte Scheidungsverfahren eingeführt. In Ägypten z.B. kann der Richter eine Ehe scheiden, wenn zwei von ihm beaufsichtigte Versöhnungsversuche gescheitert sind und die Frau sich bereit erklärt, sowohl auf ihre Unterhaltsansprüche zu verzichten als auch die beim Eheschluss erhaltene Morgengabe (*mahr*) dem Mann zurückzugeben. In eine ähnliche Richtung laufen Gesetzesreformen in Marokko. In Jordanien wurde eine entsprechende Initiative 2003 vom Parlament abgelehnt.

Recht auf nachehelichen Unterhalt

Verstoßene Frauen haben grundsätzlich Anspruch auf Unterhalt durch den Mann für die Dauer von drei Monaten nach der Verstoßung bzw. – wenn sie zum Zeitpunkt der Verstoßung bereits schwanger waren – bis zur Geburt des gemeinsamen Kindes. Darüber hinaus muss der Mann Unterhalt für gemeinsame Kinder zahlen, die bei der verstoßenen oder geschiedenen Frau leben.

Darüber hinaus gibt es in einigen Ländern gesetzliche Regelungen, die eine über die Frist von drei Monaten hinausgehende Unterhaltspflicht vorsehen. Diese wird aber zumeist als „Kompensation für (willkürliche) Verstoßung“ bezeichnet und ist nur dann zu zahlen, wenn die Frau ohne jegliche eigene Schuld verstoßen wurde.

Allerdings behält die Frau ihr gesamtes Vermögen, das sie in die Ehe eingebracht oder vom Mann geschenkt bekommen hat, auch nach der Scheidung. Im islamischen Recht gilt strikte Gütertrennung. Lediglich im tunesischen und marokkanischen Recht wurde die Wahlmöglichkeit einer Gütergemeinschaft geschaffen.

Recht auf Erziehungsberechtigung

Das islamische Recht unterscheidet bei der Erziehungsberechtigung zwischen der physischen Fürsorge für das Kind und der Entscheidungsbefugnis in Belangen des Kindes. Die Fürsorge für das Kind obliegt bis zu einem bestimmten Alter grundsätzlich der leiblichen Mutter. Dies gilt auch im Falle einer Scheidung, soweit die Mutter nicht erneut heiratet. Dann nämlich kann der Vater beantragen, dass das Sorgerecht der Mutter entzogen und einer nahen weiblichen Verwandten des Vaters (in wenigen Ländern auch dem Vater selbst) zugeteilt wird.

Anders verhält es sich mit der Entscheidungsbefugnis in Belangen des Kindes. So können Mütter in Ägypten auch während der Ehe nicht ohne Zustimmung des Vaters ins Ausland verreisen. Nur er kann einen Reisepass für die Kinder beantragen oder sie an einer Schule anmelden. Dies kann zu zahlreichen Problemen führen, wenn der Vater z.B. im Ausland arbeitet oder sich von seiner Familie „abgesetzt“ hat. Nur wenn der Vater eines Kindes stirbt, geht auch die Entscheidungsbefugnis in deren Angelegenheiten in Algerien, Marokko und Tunesien an sie über. Im Jemen hingegen haben dann die nächsten männlichen Verwandten des Vaters das Sagen.

Fortsetzung Kasten 1: Diskriminierung von Frauen im Familienrecht arabischer Staaten
Recht auf Weitergabe der Staatsbürgerschaft an die Kinder In fast allen MENA-Ländern erbt jedes Kind grundsätzlich die Staatsbürgerschaft seines Vaters. Das führt dazu, dass Frauen mit ausländischem Partner ihre Staatsbürgerschaft nicht an ihre Kinder weitergeben können, außer wenn die Kinder unehelich geboren wurden oder der Vater staatenlos ist. Die einzige Ausnahme bildet der Jemen. Jedoch sind auch in Jordanien und Ägypten Gesetzesreformen geplant, die eine Weitergabe der Staatsbürgerschaft durch die Mütter an ihre Kinder ermöglichen sollen. Die bislang gültigen Regelungen sind folgenschwer für die Kinder ausländischer Väter. Bisweilen wird ihre Registrierung verweigert, werden sie als Staatenlose eingestuft oder wird ihnen der kostenfreie Zugang zu Schulen, Universitäten und Gesundheitsdienstleistungen und der Eintritt in den öffentlichen Dienst verweigert. Reisen sie mit ihren Eltern ins Ausland, so benötigen sie bei der Rückkehr ins eigene Land ein Visum.
Quelle: Abou-Habib (2003, 66f.); Elsadda (2004); Schirrmacher (2004, 12–14); Würth (2004, 16–23).

Fast noch gravierender allerdings ist die Diskriminierung von Frauen in der Rechtspraxis, die z.T. erheblich von der Gesetzeslage abweicht. Ein Grund hierfür ist, dass neben der staatlichen Gesetzgebung und dem islamischen Gesetz (der *šarīʿa*) auch das Gewohnheitsrecht der einzelnen Stämme bzw. Bevölkerungsgruppen bei der Rechtsprechung noch eine wichtige Rolle spielt. Als Beispiele hierfür nennt Würth (2004: 11) die in einigen Ländern gängigen Praktiken der weiblichen Genitalverstümmelung und der Ehrenmorde, die von den staatlichen Gesetzen verboten und von den meisten islamischen Rechtsgelehrten ebenfalls missbilligt und dennoch in vielen Fällen geduldet werden.

Für Frauen sind die gewohnheitsrechtlichen Bestimmungen nicht immer und überall nur von Nachteil. So gibt es bspw. in Algerien Stämme, in denen das Gewohnheitsrecht Frauen weitaus größere Rechte zubilligt als die staatliche Gesetzgebung oder die *šarīʿa*.(Würth 2004,11).

Das Problem besteht vielmehr darin, dass es für Frauen schwerer ist als für Männer, ihre gewohnheitsrechtlichen Ansprüche auch durchzusetzen. In vielen Ländern werden gewohnheitsrechtliche Konfliktregelungen von der staatlichen Verwaltung und Justiz anerkannt, soweit sie nicht dem Sinne des geltenden Gesetzes fundamental widersprechen. Jedoch haben Frauen zu Institu-

tionen der gewohnheitsrechtlichen Konfliktregelung häufig keinen Zugang, da diese ausschließlich von Männern besetzt sind (so z.B. die Ältestenräte der Stämme in Jordanien).

Ähnliches trifft aber auch auf die staatliche Gesetzgebung und Rechtsprechung zu. Wie das bereits angesprochene Spannungsverhältnis zwischen dem Gleichbehandlungsgrundsatz in den Verfassungen und deren Verweis auf die *šarīʿa* aufgelöst wird, entscheiden letztlich die nationalen Parlamente und Regierungen. Sie müssen entscheiden, ob ein Gesetz Frauen diskriminiert oder nicht. Zugleich setzen sie sich ganz bzw. überwiegend aus Männern zusammen. Im Jemen hat dies bspw. dazu geführt, dass ein Parlamentsausschuss im Jahre 2001 eine Gesetzesinitiative einbrachte, nach der Frauen, die getrennt von ihrem Mann leben, durch Polizeigewalt zu ihm zurückzubringen seien. Umgekehrt lehnt das jordanische Parlament seit Jahren eine Verschärfung der Strafen auf sog. Ehrenmorde ab (Würth 2004: 13).

Ebenso werden die Gerichte vielerorts von Männern dominiert. Dies gilt v.a. für die mit Personenstandsangelegenheiten betrauten Gerichte der einzelnen Religionsgruppen. Zwar haben nur die religiösen Minderheiten (Christen, Juden, Drusen etc.) eigene Gerichte für Familienangelegenheiten, während für die Muslime staatliche Instanzen zuständig sind. Jedoch werden auch ihre Mitglieder i.d.R. erst nach Rücksprache mit religiösen Rechtsgelehrten ernannt und setzen sich daher nur aus Männern zusammen (Elsadda 2004; Schirrmacher 2004,10ff.).

Schließlich wird Frauen der Zugang zur Justiz aber auch durch deren Intransparenz erschwert. Korruption und die ungleiche Durchsetzung vor Rechtsnormen und Gerichtsurteilen in verschiedenen Fällen sind in vielen Ländern weit verbreitet. Zudem sind die bürokratischen Anforderungen einer gerichtlichen Klage beträchtlich. Anwälte und Rechtsbeistände, die Analphabeten beim Ausfüllen der entsprechenden Formulare helfen, stehen Rechtssuchenden nur selten zur Verfügung. Somit ist ein Gang zur Justiz für jeden mit zahlreichen Unsicherheiten verbunden. Hierauf angewiesen, um ihr Recht zugesprochen zu bekommen, sind aber in erster Linie Frauen, da bei Personenstandsangelegenheiten Männer im Zweifelsfall in der stärkeren Position sind – insbesondere bei Scheidungsfragen (vgl. Kasten 1).

3.4 Verringerung der Kindersterblichkeit (MDG4)

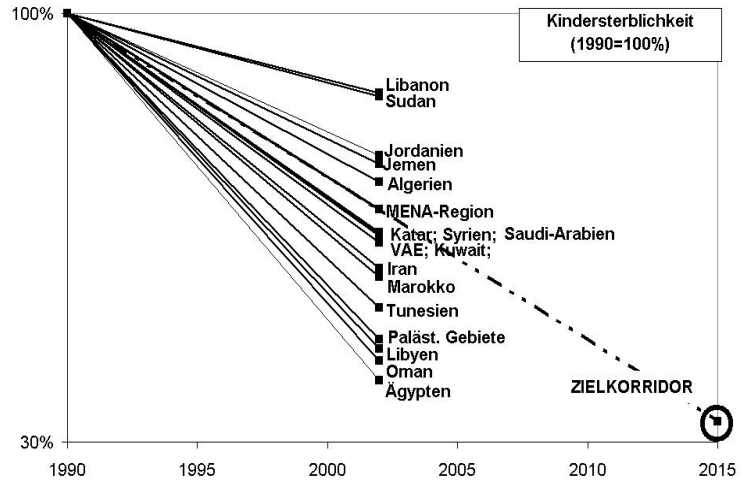
Den meisten MENA-Ländern gelang es, die Sterblichkeit von Kleinkindern deutlich zu senken. Hierbei machte die Region größere Fortschritte als z.B. Osteuropa und Zentralasien, Subsahara-Afrika oder Südasien. Als Ganzes könnte es ihr daher gelingen, MDG4 umzusetzen. Jedoch bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern.

Vier Länder haben MDG4 beinahe schon erreicht: In Ägypten sank die Kindersterblichkeitsziffer zwischen 1990 und 2002 von 104 auf 39 pro Tausend Lebendgeburten, in den Palästinensischen Gebieten hingegen von 53 auf 24. Libyen konnte seine Kindersterblichkeitsziffer bereits bis 2001 von 42 auf 19 und der Oman von 30 auf 13 senken (vgl. Tabelle A7 im Anhang). Auch Iran, Katar, Marokko, Saudi-Arabien, Syrien, Tunesien und die VAE werden MDG4 wahrscheinlich erreichen (vgl. Schaubild 8). Denkbar ist dies auch für Algerien, Bahrain und Jordanien, falls sie ihre bisherigen Anstrengungen nochmals verstärken. Im Verlauf der letzten Jahre machten die drei Länder keine ausreichenden Fortschritte bei der Umsetzung von MDG4. Jedoch liegen ihre Kindersterblichkeitsziffern sowohl im internationalen als auch im regionalen Vergleich bereits relativ niedrig (UNICEF 2004, 10).

Unwahrscheinlich ist ein Erreichen von MDG4 hingegen für den Irak, für Mauretanien, für den Libanon, für den Sudan und für den Jemen. In diesen Ländern sanken die Kindersterblichkeitsziffern seit 1990 nicht bzw. nicht im erforderlichen Ausmaß. Im Irak stieg sie sogar von 50 auf 125 pro 1000. In Mauretanien und dem Libanon verharrte sie nahezu unverändert bei ca. 180 bzw. 35 pro 1000. Dem Jemen und dem Sudan gelang es, ihre Kinder- und Säuglingssterblichkeitsziffern zu verringern. Dies geschah allerdings nicht in einem Umfang, der eine Umsetzung von MDG4 bis 2015 als realistisch erscheinen lässt, zumal die Kindersterblichkeitsziffern beider Länder mit 114 bzw. 97 pro 1000 Lebendgeborene auch im internationalen Vergleich noch sehr hoch liegen (vgl. Schaubilder 8 und 9).

Hinzu kommt, dass man nicht in jedem Land davon ausgehen kann, dass sich die Trends der vergangenen 15 Jahre notwendigerweise bis 2015 ungebremst fortsetzen. Ähnlich wie für die Steigerung der Schulbeteiligungsquoten gibt es auch für die Senkung der Kinder- und Säuglingssterblichkeitsziffern einen relativ engen, vorgegebenen Pfad. Hierauf weisen ebenfalls Clemens, Kenny und Moss (2004, 20ff.) hin, die die Entwicklung der Kindersterblichkeitszif-

Schaubild 8: Trends bei der Umsetzung von MDG4 (Verringerung der Kindersterblichkeitsraten)

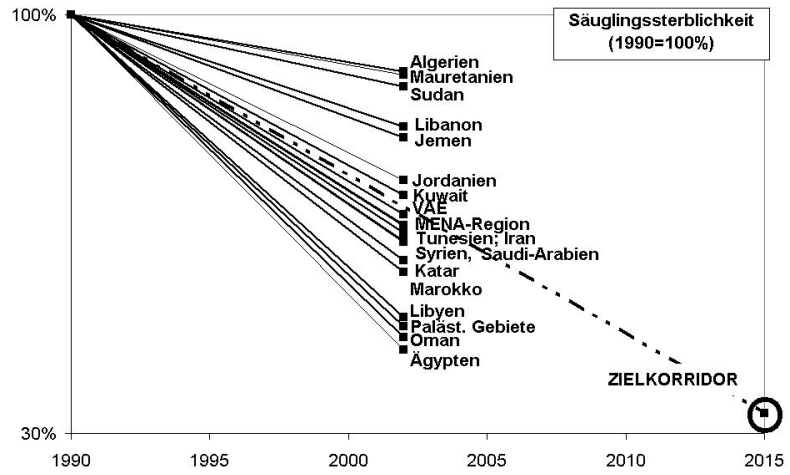


Quelle: eigener Entwurf auf Basis der Daten in Tabelle A7 im Anhang.

fern von 176 Ländern zwischen 1900 und 2000 miteinander verglichen haben. Sie fanden heraus, dass diese Entwicklung vergleichsweise uniform verläuft: Anfangs sinken die Kindersterblichkeitsziffern relativ schnell. Diese Entwicklung flacht aber ab, nachdem eine Schwelle von ca. 30–40 pro 1000 Lebendgeborenen unterschritten ist. Ab diesem Wert schmiegt sich die Trendlinie mit immer stärker abnehmender Geschwindigkeit einer offensichtlich natürlich untersten Grenze von ca. 5 pro 1000 Lebendgeborenen an. Schaubild 10 ist der Veröffentlichung von Clemens, Kenny und Moss (2004: Figure 5) entnommen. Es stellt die verfügbaren Werte von 176 Ländern zwischen 1980 und 2000 dar. Dabei wurde das Jahr, in dem die Länder ein Niveau von 35 pro 1000 Lebendgeborenen erreicht hatten, auf 0 normiert.

Fortschritte erzielten die meisten MENA-Länder auch bei der Steigerung der Impfraten. Mittlerweile sind in sieben bzw. acht Ländern der Region mehr als 95 % der Einjährigen gegen Tuberkulose (TBC) und Masern geimpft. Seit 1990 stieg der Anteil der gegen Masern geimpften Babys in der Gesamtregion von 84 auf 93 % (vgl. Tabelle A7 im Anhang). Viel zu niedrig liegen die Impfraten bislang noch in Mauretanien (wo nur 58 % der Einjährigen gegen

Schaubild 9: Trends bei der Umsetzung von MDG4 (Verringerung der Säuglingssterblichkeitsraten)



Quelle: eigener Entwurf auf Basis der Daten in Tabelle A7 im Anhang.

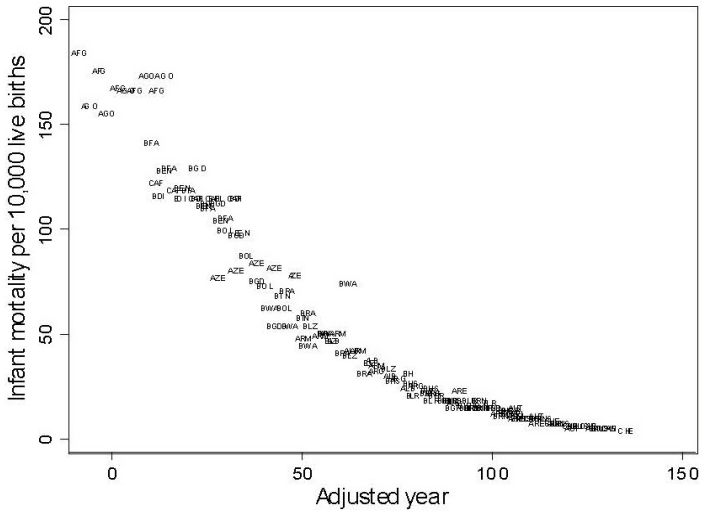
Masern und 70 % gegen TBC geimpft sind), im Jemen (79 % gegen Masern und 73 % gegen TBC geimpft) sowie im Sudan (67 % gegen Masern geimpft, TBC-Impfrate unbekannt). Unzureichende Fortschritte machten allerdings auch Algerien und Libyen.

Zugleich stieg die Lebenserwartung in der MENA-Region zwischen 1990 und 2002 von 64 auf 69 Jahre. Besonders beeindruckende Erfolge erzielten hierbei Ägypten und der Oman, wo die Lebenserwartung von 63 auf 69 Jahre bzw. von 69 auf 74 Jahre stieg. Unzureichend blieben hingegen die Fortschritte im Irak (Anstieg der Lebenserwartung von 61 auf 63 Jahre), in Iran (Anstieg von 65 auf 69 Jahre) und in Mauretanien (Anstieg von 49 auf 51 Jahre).

3.5 Verbesserung der Gesundheit von Müttern (MDG5)

Fast alle Länder der MENA-Region sind auf gutem Wege, MDG5 zu erreichen (ESCWA 2005). Nach den Daten von UNSD (2004) sanken die Müttersterblichkeitsziffern seit 1990 nahezu überall in der Region beträchtlich. Die-

Schaubild 10: Zeitreihenvergleich zur Entwicklung der Kindersterblichkeitsziffern von 176 Ländern zwischen 1980 und 2000



Erläuterung:

Das Jahr, in dem die einzelnen Länder ihre Kindersterblichkeitsziffer von 350 pro 10.000 Lebendgeborenen gesenkt hatten, wurde von den Autoren in der Darstellung auf 0 normiert.

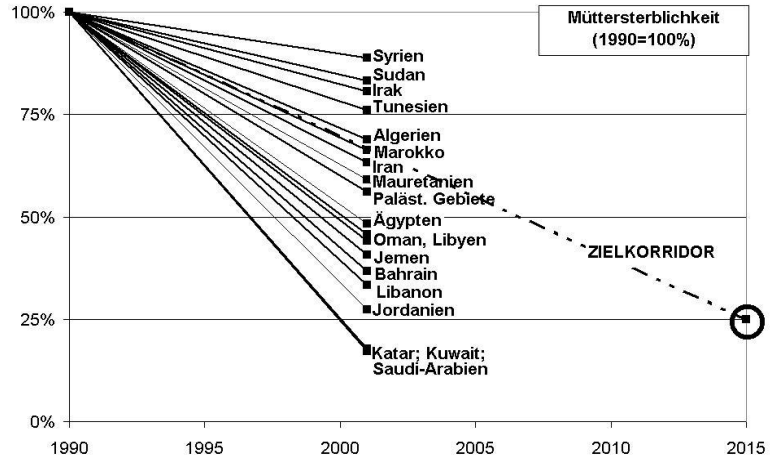
Quelle: Clemens / Kenny / Moss (2004, 22, Figure 5).

sen Eindruck vermittelt auch Schaubild 11. Demnach haben Katar, Kuwait, Jordanien und Saudi-Arabien MDG5 bereits umgesetzt. Sechs weitere Länder werden das Ziel mit hoher Wahrscheinlichkeit während der kommenden zehn Jahre erreichen: Ägypten, Oman, Libyen, Jemen, Bahrain und der Libanon.

Hierzu muss allerdings gesagt werden, dass die von UNSD (2004) vorgelegten Zahlen größtenteils auf Schätzungen bzw. Modellrechnungen basieren. Sie sind wesentlich weniger abgesichert als die meisten anderen Daten, die in der vorliegenden Studie angeführt werden. Zuverlässigere Statistiken liegen ausschließlich über Ägypten, Algerien, Bahrain, Marokko, Mauretanien, Tunesien und die Palästinensischen Gebiete vor.

Auf der Basis dieser Statistiken kann man lediglich über Ägypten, Bahrain, die Palästinensischen Gebiete und Marokko mit einiger Sicherheit die Aussa-

Schaubild 11: Trends bei der Umsetzung von MDG5 (Verringerung der Müttersterblichkeitsraten)



Quelle: eigener Entwurf auf Basis der Daten in Tabelle A7 im Anhang.
Anmerkung: Zur MENA-Region als Ganzes liegen keine gesicherten Daten vor.

ge treffen, dass sie MDG5 mit hoher Wahrscheinlichkeit erreichen werden. Demnach sank die Müttersterblichkeit in Ägypten zwischen 1990 und 2001 von 174 auf 84 und in Marokko von 332 auf 220 pro 100.000 Geburten. Bahrain und die Palästinensischen Gebiete konnten ihre Müttersterblichkeitsziffer sogar in dem kurzen Zeitraum seit 1995 beträchtlich reduzieren: In Bahrain ging sie von 38 auf 22 und in den Palästinensischen Gebieten von 75 auf 42 zurück. Darüber hinaus kann man sagen, dass Katar und Kuwait MDG5 bereits erreicht haben. Mit 7 bzw. 5 Todesfällen pro 100.000 Geburten liegt die Müttersterblichkeitsziffer dieser beiden Länder auf einem ähnlich niedrigen Niveau wie diejenige westlicher Industrieländer (vgl. Tabelle A7 im Anhang).

Erhebliche Probleme mit der Umsetzung von MDG5 haben demgegenüber der Sudan und der Irak. In beiden Ländern liegt die Müttersterblichkeitsziffer mit 590 bzw. 250 pro 100.000 Geburten noch immer extrem hoch. Dies gilt auch für den Jemen, für Mauretanien und für Marokko, wo die Müttersterblichkeit aber – im Gegensatz zum Sudan und dem Irak – in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen ist. Unzureichende Fortschritte machten hin-

gegen auch Tunesien und Algerien, deren Müttersterblichkeitsziffern seit 1990 lediglich von 75 auf 57 (Tunesien) bzw. von 170 auf 117 pro 100.000 Geburten sanken – sowie – glaubt man den Modellrechnungen von UNSD (2004) –auch Syrien, dessen Müttersterblichkeitsziffer sich von 180 kaum verringerte und heute noch immer bei 160 liegt.

Erfolge erzielten einige MENA-Länder auch im Hinblick auf den zweiten Indikator für MDG5: den Anteil der Geburten, die von medizinisch geschultem Personal begleitet werden. Ganz offensichtlich handelt es sich hierbei um einen Ersatzindikator, der lediglich *inputs* und keine *outcomes* misst, der aber dennoch sehr aussagekräftig ist. Die Anwesenheit von Ärzten und ausgebildeten Hebammen kann für den Verlauf einer Geburt ganz entscheidend sein und bildet – neben der Ernährung der entbindenden Mütter, regelmäßigen Vor- und Nachsorgeuntersuchungen und einer adäquaten Medikamentenversorgung – eine der wirkungsvollsten Maßnahmen zur Verringerung sowohl der Mütter- als auch der Säuglingssterblichkeitsziffern (OECD / DAC 1998). In Ägypten z.B. stieg der Anteil der Geburten, die von medizinisch geschultem Personal durchgeführt werden, zwischen 1990 und 2001 von 37 auf 61 %, in Bahrain von 94 auf 99 %, in Mauretanien von 40 auf 57 %, in Algerien von 77 auf 91 %, in Jordanien von 87 auf 99 % und in Tunesien von 69 auf 90 % (vgl. Tabelle A7 im Anhang).

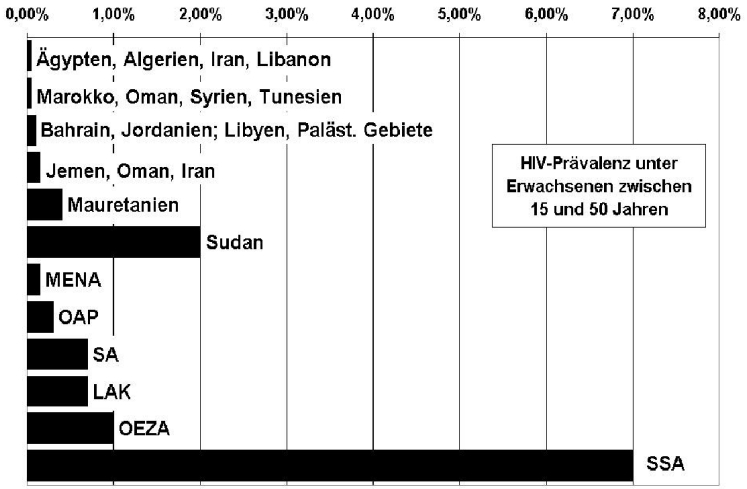
3.6 Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten (MDG6)

Über die Umsetzung von MDG6 in den MENA-Ländern lässt sich nicht viel sagen, weil über die Verbreitung von HIV/Aids und Malaria zu wenige Informationen vorliegen. Insbesondere über die Zahl der HIV-Infizierten im Bezugsjahr 1990 ist fast nichts bekannt (ESCWA 2005).

HIV/Aids

UNAIDS und die WHO (2004) schätzen, dass in allen MENA-Ländern im Jahre 2004 ca. 540.000 Menschen vom HI-Virus infiziert waren. Diese Zahl liegt hoch. Mit ihr liegt die HIV-Prävalenz unter Erwachsenen allerdings „nur“ bei 0,3 %, i.e. niedriger als in allen anderen Weltregionen (vgl. Schaubild 12). Unter 15- bis 24-jährigen Frauen lag sie bei ca. 0,3 %, unter gleichaltrigen Männern hingegen bei ca. 0,1 % (UNAIDS / WHO 2004: 65).

Schaubild 12: Stand der Umsetzung von MDG6 / Unterziel 7 im Jahre 2004 (HIV-Prävalenz)



Erläuterung der Abkürzungen: siehe unter Schaubild 6.
Quelle: eigener Entwurf auf Basis der Daten in Tabelle A8 im Anhang.

Hinzu kommt, dass mehr als 80 % aller Infizierten in einem einzigen Land der Region leben: dem Sudan. Dort waren Ende 2003 rund 2 % aller Erwachsenen mit HIV infiziert (insgesamt ca. 400.000), wobei sich die Infizierten innerhalb des Sudan wiederum in hohem Maße in den Südprovinzen des Landes konzentrierten. Dort liegt die HIV-Prävalenz ungefähr acht mal so hoch wie in der Hauptstadt Khartum – ein für Entwicklungsländer relativ ungewöhnliches Phänomen (ibid.). Dies geht möglicherweise auf Unterschiede in der Sexualmoral zurück, da Khartum islamisch geprägt ist, die Südprovinzen des Sudan hingegen ganz überwiegend von Christen und Animisten bewohnt werden.

Im Vergleich zu anderen Teilen der Welt lag die Zahl der in Folge von Aids gestorbenen Menschen in der MENA-Region ebenfalls sehr niedrig – wenngleich sich dahinter immerhin die furchtbare Zahl von geschätzten 28.000 Todesopfern verbirgt (ibid.).

Besorgnis erregt hingegen vor allem, dass sich alleine im Jahre 2004 rund 92.000 Bewohner der Region neu infiziert haben. Dies entspricht einem An-

stieg der Infektionsrate um ca. 15 %. Hiervon entfiel wiederum ein beträchtlicher Anteil auf den Südsudan. Jedoch stieg die Zahl der Neuinfektionen auch in Süd-Algerien (in der Gegend um Tamanraset), in Mauretanien, in Libyen sowie in der Tihama (der Küstenebene des Jemen) in den letzten Jahren in dramatischem Maß an (Republic of Yemen 2002; UN 2004a; UNDG 2002). Alleine in Libyen erfolgten 90 % aller Infektionen seit dem Jahr 2000 (UNAIDS / WHO 2004: 66). Im Iran steigt die Zahl der Infizierten jährlich um 15 % (UNAIDS / WHO 2004: 67) und in Jordanien um 14 % (Jordan MOPIC / UN 2004). Im Jahre 2000 waren in Tamanraset (Süd-Algerien) 1,7 % aller Prostituierten HIV-infiziert. 2004 lag der entsprechende Anteil bereits bei über 9 % (UNAIDS / WHO 2004, 67).

In fast allen Ländern der Region (mit Ausnahme Mauretaniens und des Sudan) ist Aids als Pandemie noch in einer sehr frühen Phase. Daraus ergibt sich die Chance, dass man einer fortschreitenden Ausbreitung u.U. noch mit Aufklärungskampagnen entgegen treten kann.

Jedoch bleibt zu befürchten, dass diese Chance verspielt wird. So achten viele Staaten viel zu wenig darauf, dass HIV-Fälle statistisch erfasst werden. Dadurch entgeht ihnen die Möglichkeit, die Hauptursachen der Verbreitung von Aids, i.e. die entscheidenden Transmissionswege zu identifizieren, was aber wichtig wäre, um adäquate Instrumente zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit zu ergreifen.

Für dieses Fehlverhalten sind drei Faktoren verantwortlich. Erstens sind die statistischen Erfassungs- und Analysekapazitäten in den MENA-Ländern generell nicht sehr leistungsfähig. Zweitens wird die Region noch von dem Gedanken beherrscht, dass sich HIV/Aids dort nicht ausbreiten kann, wo es keinen Drogenkonsum gibt und wo Sexualität in moralisch bedenkenlosen Bahnen läuft. Zudem besteht die Illusion, dass der Islam vor HIV/Aids schützt. Drittens hat die gedankliche Verbindung von HIV/Aids mit Drogensucht, Homosexualität und wechselnden sexuellen Partnerschaften bzw. sexuellem Fremdgehen in der öffentlichen Meinung zur Folge, dass sich Personen, die bei sich eine HIV-Infektion befürchten, gar nicht getrauen, einen entsprechenden Test durchzuführen. Sie scheuen den Gang zum Arzt aus Sorge, dass sie abgestempelt und ausgegrenzt werden könnten.

Tatsächlich ist HIV/Aids in der Region weit überdurchschnittlich verbreitet unter Drogenabhängigen und Prostituierten – allerdings nur leicht überdurchschnittlich unter Homosexuellen. In Marokko, wo lediglich 0,2 % aller er-

wachsenen Männer und weniger als 0,1 % aller Frauen infiziert sind, liegt die entsprechende Quote bei 2,3 % aller Prostituierten und bei 0,8 % aller Inhaftierten. 90 % aller Neuinfizierten in Libyen sind drogenabhängig. Im Iran sind 4 % aller Drogenabhängigen infiziert. Hingegen scheinen in keinem Land – außer vielleicht im Sudan – mehr als 1 % aller Homosexuellen infiziert zu sein (UNAIDS / WHO 2004, 67).

Die meisten Infektionen erfolgen bislang noch über verunreinigte Spritzen. Die Regierung des Iran hat dies offensichtlich erkannt und lässt alle Apotheken des Landes sterile Spritzen und Nadeln kostenlos abgeben. Libyen hingegen hat deren Verkauf Ende der 90er Jahre eingeschränkt, was dazu geführt hat, dass der Gebrauch von verunreinigten Spritzen drastisch zugenommen hat. Im Nachbarland Tunesien, wo jeder Infizierte, egal welche Nationalität er hat, kostenlos antiretroviral behandelt wird, wurde in der Folge ein rapider Anstieg von Patienten mit dem HI-Virus festgestellt (ibid.).

Es ist aber zu befürchten, dass in den nächsten Jahren eine zweite, viel heftigere Welle von Neuinfektionen über die Region rollt, bei der die Krankheit v.a. durch sexuelle Kontakte weitergegeben wird. Eine solche, zweite Infektionswelle würde in erster Linie Prostituierte, daneben aber auch die Ehepartner von Infizierten in Gefahr bringen. Im Iran sind 50 % aller Drogenabhängigen verheiratet und 30 % haben gelegentlichen außerehelichen Verkehr.

Bereits heute wächst der Anteil derjenigen, die sich durch ungeschützten heterosexuellen Verkehr infizieren. Dies liegt daran, dass das Thema Aids in den MENA-Ländern noch immer ein Tabu darstellt und daher viel zu wenige Menschen angemessene Vorsichtsmaßnahmen ergreifen. In einer der Südprovinzen des Sudan (Rumbek), wo HIV/ Aids besonders verbreitet ist, stellte sich bei einer Befragung fest, dass noch nicht einmal 2 % derjenigen, die Geschlechtsverkehr mit gelegentlichen Partnern hatten, hierbei ein Kondom benutzten. Nur 20 % wussten, was ein Kondom überhaupt ist und wozu es dient. Selbst in der ägyptischen Hauptstadt Kairo hat nur ein Drittel aller sexuell aktiven Menschen jemals ein Kondom benutzt. Noch gravierender ist, dass sich auch nur die wenigsten Prostituierten adäquat schützen. Eine Studie in Kermanshah (Iran) ergab, dass sämtliche dort arbeitenden Prostituierten – ebenso wie ihre Kunden – gut über den Gebrauch von Kondomen informiert sind, dass aber mehr als die Hälfte der Prostituierten noch nie ein Kondom benutzt hat. Als Hauptgrund hierfür wurde der hohe Preis von Kondomen genannt (UNAIDS / WHO 2004, 65ff.).

Malaria und andere Krankheiten

Malaria ist in acht Ländern der MENA-Region endemisch: Sudan, Mauretanien, Jemen, Algerien, Marokko, Irak, Iran und Syrien. In Ägypten, Jordanien, dem Libanon und den Palästinensischen Gebieten konnte Malaria lange vor 1990 ausgerottet werden. In den Golfstaaten, Libyen und Tunesien hat die Krankheit nie eine signifikante Gefahr dargestellt (vgl. Tabelle A8 im Anhang).

Besonders verbreitet ist Malaria im Sudan und in Mauretanien. Mehr als jeder zehnte Bewohner dieser beiden Länder erkrankte im Jahre 2000 an Malaria und jeder tausendste starb an ihr (sogar 0,5 % aller Kinder). Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass eines der beiden Länder seit 1990 Erfolge beim Kampf gegen die Krankheit verbuchen konnte. Zumindest in Mauretanien wächst sogar die Zahl der Neuerkrankungen (UNDG 2002).

Jedoch hat sich Malaria offensichtlich auch im Jemen und in Algerien wieder ausgebreitet. Im Jemen sind hiervon wegen ihrer Nähe zum afrikanischen Kontinent, des regen Schiffsverkehrs und der niedrigen Lage v.a. die Tihama sowie die Gegend um Aden betroffen (Republic of Yemen 2003), in Algerien hingegen die Südprovinzen des Landes (UN 2004a). Jedoch ist die Gefahr, an Malaria zu sterben, im Jemen und in Algerien noch immer erheblich kleiner als im Sudan oder in Mauretanien. Im Jahre 2000 starben in Algerien nur 22 von 100.000 Einwohnern an den Folgen dieser Krankheit und im Jemen 24, in Mauretanien und dem Sudan hingegen 108 bzw. 70 (vgl. Tabelle A8 im Anhang).

Fortschritte haben Marokko und Syrien gemacht. In Marokko sank die Zahl der Neuerkrankungen pro 100.000 Einwohner zwischen 1990 und 2001 von 7 auf 1. In Syrien liegt sie mittlerweile nahezu bei 0. In Mauretanien und dem Sudan hingegen lag sie 2001 über 10.000, im Jemen stieg sie zwischen 1990 und 2001 sogar von 1263 auf 1532, und selbst in einigen Golfstaaten erkrankte 2001 ein höherer Anteil der Bevölkerung an Malaria: 27 von je 100.000 Einwohnern im Oman sowie 32 in Saudi-Arabien. Dies liegt am hohen Anteil von Gastarbeitern an der Bevölkerung der Golfstaaten, die die Krankheit bei ihrer Ankunft bzw. von Urlauben in ihrem Heimatland in die Golfstaaten bringen (ESCWA 2005).

Einige Länder der Region haben auch mit Leishmaniasis (der Orientbeule) zu kämpfen, die ebenfalls von Mücken übertragen wird. Hierbei handelt es sich v.a. um Marokko, Algerien, Tunesien, den Irak und den Sudan. Jedoch ist die

Krankheit vor einigen Jahren auch in Syrien wieder ausgebrochen und konnte bislang noch nicht wieder in den Griff bekommen werden. 2001 lag die Zahl der Neuerkrankungen landesweit bei 135 pro 100.000 Einwohnern (Syrian Arab Republic 2003).

Tuberkulose stellt in der MENA-Region ein im internationalen Vergleich kleines Gesundheitsrisiko dar. Nur drei Länder sind stark von dieser Krankheit betroffen: Mauretanien (jährlich 209 Neuerkrankungen und 51 Todesfälle durch TBC pro 100.000 Einwohner), der Sudan (142 Neuerkrankungen und 50 Todesfälle) sowie der Irak (89 Neuerkrankungen und 27 Todesfälle). Wie sich die Krankheit in diesen drei Ländern im Verlaufe der letzten Jahre entwickelt hat, ist unbekannt (vgl. Tabelle A8 im Anhang).

In den meisten anderen Ländern der Region ist Tuberkulose auf dem Rückmarsch. Nachweisbar ist dies für Jordanien, den Libanon und Marokko. Entsprechende Hinweise gibt es aber auch für Ägypten, Bahrain, Saudi-Arabien und Tunesien (PARC 2002; Kingdom of Bahrain / UN 2003; Jordan MOPIC / UN 2004; UN 2003a; UN 2002b; UN 2003b).

Weiterhin sind Hepatitis B und C in allen Ländern der Region endemisch. Besondere Probleme mit dieser Krankheit haben offensichtlich in den letzten Jahren Syrien und Ägypten (Syrian Arab Republic 2003; PARC 2002).

In den Palästinensischen Gebieten schließlich ist 1997 eine Epidemie von viraler Meningitis ausgebrochen. Die Erkrankungsrate lag bei 117 pro 100.000 Einwohner, konnte aber bis 2001 wieder auf 22 pro 100.000 Einwohner gesenkt werden. Umgekehrt breitet sich bakterielle Meningitis (Meningokokken, Streptokokken) immer mehr aus (UN 2002a).

3.7 Ökologische Nachhaltigkeit (MDG7)

MDG7 hat drei Unterziele, die nur sehr bedingt miteinander zusammenhängen und zwischen denen es in einigen Bereichen sogar zu Zielkonflikten kommen kann. Im Vordergrund steht Unterziel 9, „*die Prinzipien nachhaltiger Entwicklung in nationalen Politiken und Programmen zu verankern und den Verlust von Umweltressourcen umzukehren*.“ Unterziel 10 sieht vor, den Anteil der Einwohner, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, zwischen 1990 und 2015 zu halbieren. Gemäß Unterziel 11 schließlich sollen

die Lebensumstände von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern weltweit merklich verbessert werden.

Umwelt- und Ressourcenschutz

Unterziel 9 ist eines der wenigen auf der MDG-Agenda, das als solches noch nicht quantifiziert ist. Damit der Stand seiner Umsetzung dennoch gemessen werden kann, wurden sechs Indikatoren ausgewählt, die ein möglichst breites Spektrum der Umweltpolitik abbilden sollten. Der erste Indikator – der Anteil der von Wald bedeckten Landfläche – hat für die MENA-Länder kaum Aussagekraft. Mit Ausnahme des Sudan, Marokkos und des Libanon hat keines von ihnen seit der Antike größere Wälder gehabt. Auch in der Zukunft ist nicht mit einer nennenswerten Ausweitung der Waldflächen in der Region zu rechnen. Besorgniserregend ist allerdings, dass die Waldfläche des Sudan nach Angaben der Weltbank (2004e), zwischen 1990 und 2001 von 30 auf knapp 26 % der Gesamtfläche des Landes zurückgegangen ist.

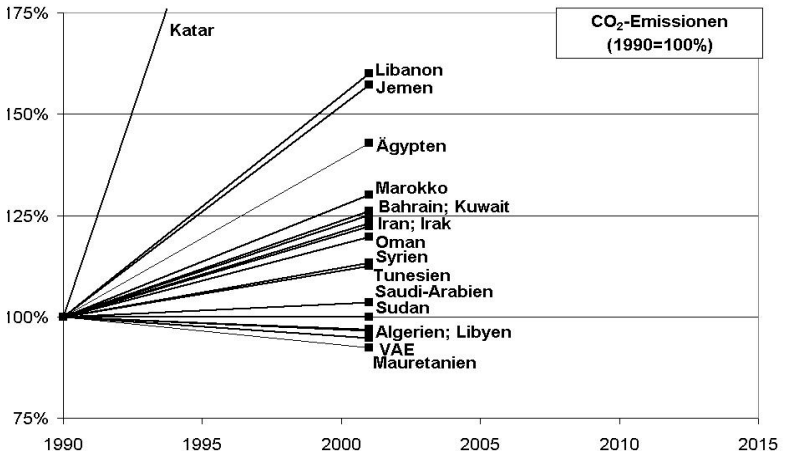
Umgekehrt enthält die MDG-Agenda keinen Indikator, der die Degradierung des Bodens misst. Gerade für die MENA-Länder stellt sie eine große ökologische Gefahr dar, die auch der zukünftigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Region Probleme bereiten wird.

Die anderen fünf in der MDG-Agenda enthaltenen Indikatoren belegen allerdings, dass die MENA-Länder noch ganz erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, wenn sie MDG7 bis 2015 umsetzen wollen (ESCWA 2005).

Der Anteil der als Naturschutzgebiet ausgewiesenen Flächen in der MENA-Region ist seit 1990 von gut 2 auf über 10 % gewachsen. Dies geht allerdings v.a. darauf zurück, dass Saudi-Arabien während der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts 38 % seiner Landfläche zum Naturreservat erklärt hat. Lediglich im Oman und in Saudi-Arabien stehen mehr als 10 % der Landfläche unter Naturschutz (vgl. Tabelle A9 im Anhang).

Viel entscheidender ist allerdings, dass die Umwidmung von Flächen in ein Naturschutzgebiet in den MENA-Ländern oft ein rein rechtlicher Akt ist. Vielerorts wurden in der Vergangenheit Naturschutzgebiete aufgemacht, wobei es aber im Anschluss an den erforderlichen administrativen und finanziellen Ressourcen und – viel gravierender noch – am Engagement der Verantwortlichen für den Schutz und Erhalt der Gebiete mangelte. Wenngleich sich in dieser Hinsicht in den letzten Jahren einiges verbessert hat, verfügen bis dato nur wenige Einwohner und auch nur eine Minderheit der Politiker über

Schaubild 13: Trends bei der Umsetzung von MDG7 / Unterziel 9 (Begrenzung der CO_2-Emissionen)



Quelle: eigener Entwurf auf Basis der Daten in Tabelle A9 im Anhang.

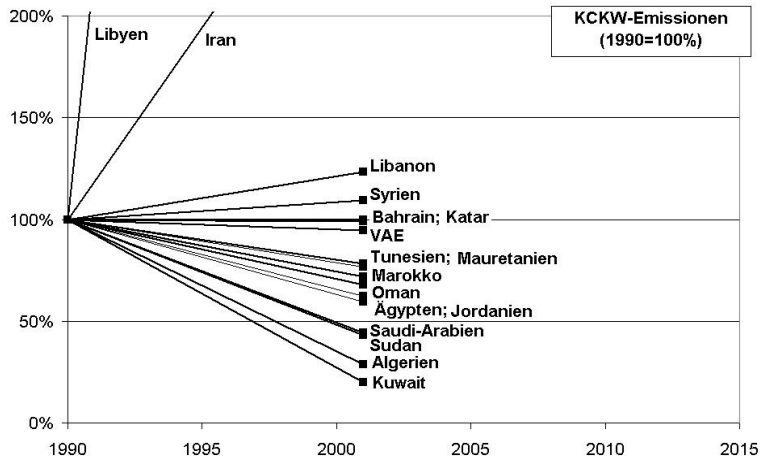
ein ausgeprägtes Bewusstsein dafür, dass Biosphären ein schützenswertes Gut darstellen (UN 2004a; Jordan MOPIC / UN 2004; UN 2003a).

Luft und Wasser werden in der MENA-Region zunehmend durch menschliche Schadstoffe belastet. Symptomatisch hierfür ist der dramatische Anstieg der CO_2-Emissionen in den meisten Ländern der Region. Im regionalen Durchschnitt nahmen sie zwischen 1990 und 2001 um 50 % zu, i.e. um 3,8 % pro Jahr (vgl. Tabelle A9 im Anhang).

Besonders dramatisch war der Zuwachs in Ägypten, Katar, im Libanon und im Jemen. In Katar stiegen die CO_2-Emissionen zwischen 1990 und 2001 von 28 auf 92 Kubiktonnen pro Einwohner, i.e. auf mehr als das Dreifache. Lediglich Mauretanien, die VAE, Algerien und Libyen konnten den CO_2-Ausstoß seit 1990 reduzieren (vgl. Schaubild 13).

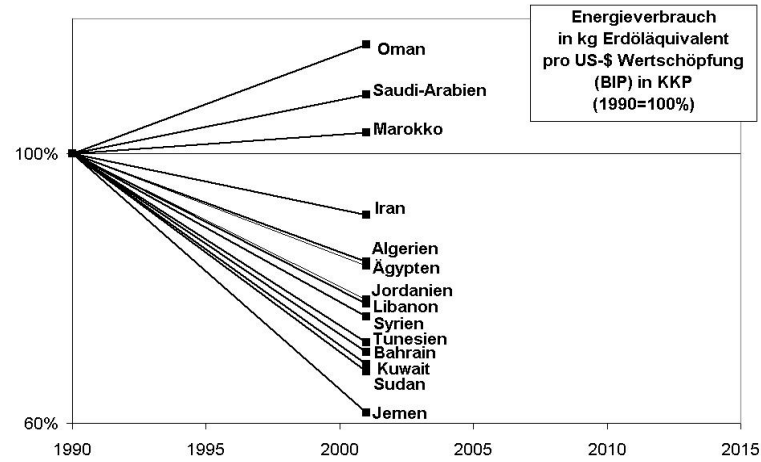
Selbst bei der Reduktion der FCKW-Emissionen machte die MENA-Region deutlich kleinere Fortschritte als andere Weltregionen. Syrien, der Libanon und v.a. Iran und Libyen stießen im Jahre 2001 sogar deutlich mehr FCKW

Schaubild 14: Trends bei der Umsetzung von MDG7 / Unterziel 9 (Begrenzung der FCKW-Emissionen)



Quelle: eigener Entwurf auf Basis der Daten in Tabelle A9 im Anhang.

Schaubild 15: Trends bei der Umsetzung von MDG7 / Unterziel 9 (Steigerung der Energie-Effizienz)



Quelle: eigener Entwurf auf Basis der Daten in Tabelle A9 im Anhang.

aus als 1990. In Libyen stiegen die FCKW-Emissionen sogar auf das 13fache des Wertes von 1990. Lediglich Saudi-Arabien, der Sudan, Algerien und Kuwait verringerten die KCKW-Ausstöße ihrer Industrie in einem Umfang, der demjenigen der westlichen Industrieländer vergleichbar ist (vgl. Schaubild 14).

Etwas besser schneidet die Region hingegen bei der Verbesserung ihrer Energie-Effizienz ab. Zwar ist der Stromverbrauch in fast allen MENA-Ländern in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Im Durchschnitt konsumierten sie 2001 fast drei mal so viele Kilowattstunden wie 1990. Der gesamte Energieverbrauch allerdings wuchs in den meisten Ländern langsamer als das Bruttoinlandsprodukt, so dass pro Kilogramm Erdöläquivalent heute ein höheres Volkseinkommen erwirtschaftet wird als 1990 bzw. für eine bestimmte Wertschöpfung weniger Energie aufgewendet werden muss (vgl. Schaubild 15).

Im Hinblick auf internationale Konventionen ist v.a. Tunesien vorbildlich. Es hat nicht nur die *Framework Convention on Climate Change* und die Biodiversitäts-Konvention von Rio (1992) ratifiziert (wie fast alle MENA-Länder), sondern auch das Cartagena- und das Kyoto-Protokoll. Ansonsten haben wenige andere Staaten in der Region diese beiden Protokolle zumindest unterzeichnet (Ägypten, Algerien, Iran, Jemen und Libyen). Der Irak, die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) und der Sudan haben noch nicht einmal der *Framework Convention on Climate Change* oder der Biodiversitäts-Konvention zugestimmt (vgl. Tabelle A9 im Anhang).

Trinkwasserversorgung

Zwischen Unterziel 9 und Unterziel 10 kann es zu Konflikten kommen. Dies ist z.B. dann der Fall, wenn ein Land seine regenerativen Wasserressourcen bereits voll nutzt, jedoch bei weitem nicht alle Einwohner Zugang zu Trinkwasser haben – eine Situation, in der sich viele MENA-Länder befinden. In dieser Situation besteht die Gefahr, dass bspw. fossile Grundwasserressourcen angezapft werden, damit die gesamte Bevölkerung mit Trinkwasser versorgt werden kann. Eine solche Maßnahme würde zur Umsetzung von Unterziel 10 (Ausbau der Trinkwasserversorgung) beitragen, sie wäre aber nicht im Sinne von Unterziel 9 (Verbesserung des Umwelt- und Ressourcenschutzes).

Bei der Umsetzung von Unterziel 10 ist daher darauf zu achten, dass die ergriffenen Maßnahmen in jeder Hinsicht nachhaltig sind. Andernfalls verbes-

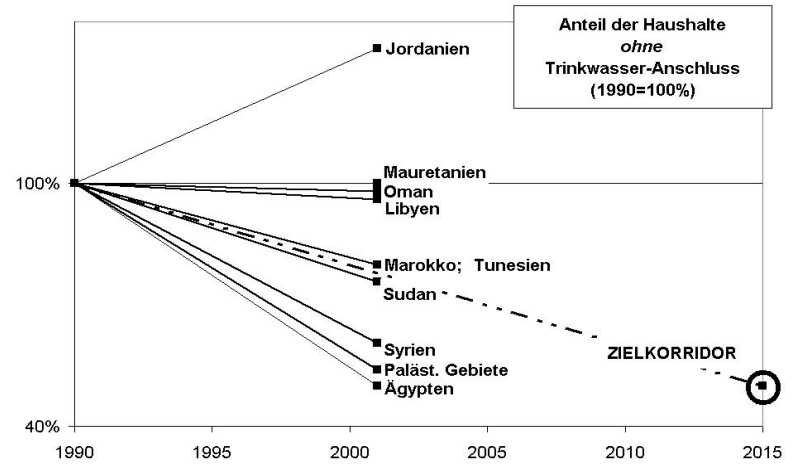
sert sich die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung auch nur vorübergehend (i.e. möglicherweise bis 2015, danach aber sind die nicht regenerierbaren Wasserressourcen erschöpft). Als Alternative zur Nutzung von Grundwasserreservoirs sollte daher an eine Verbesserung des Wasser-Managements oder – notfalls – die Entsalzung von Meerwasser gedacht werden.

Zur Umsetzung von Unterziel 10 in der MENA-Region liegen viele widersprüchliche und irreführende Informationen vor. Insbesondere die Daten des UNDP (2003a; 2003b; 2004a) und der Weltbank (2004e) weichen z.T. erheblich voneinander ab. Zudem liegen zu vielen Ländern überhaupt keine Informationen vor. Vor allem aber wird die Umsetzung von Unterziel 10 in den meisten Ländern rein quantitativ gemessen. Ihre Statistiken erfassen lediglich, ob ein Haushalt z.B. an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen ist bzw. – auf dem Lande – ob sich in seiner unmittelbaren Nähe ein Brunnen oder eine öffentliche Zapfstelle mit hygienisch bedenkenlosem Wasser befindet. Dabei wird nur selten darauf geachtet, ob ein Brunnen und das öffentliche Wassersystem auch regelmäßig Wasser führen und welche Qualität dieses besitzt.

In jedem Fall wird es vielen MENA-Ländern schwer fallen, Unterziel 10 zu erreichen. Zu viele Staaten haben seit 1990 keine bzw. nur unzureichende Fortschritte bei der Verbesserung der Wasserversorgung ihrer Einwohner gemacht. In Jordanien ist der Anteil der Haushalte, die an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen sind, zwischen 1990 und 2001 sogar leicht gesunken – wenngleich auf relativ hohem Niveau (von 97 auf 96 % der Bevölkerung). Insbesondere auf dem Lande hat sich die Versorgungslage nach den vorliegenden Daten verschlechtert (vgl. Tabelle A10 im Anhang). Dennoch könnte es Jordanien wegen seiner relativ guten Ausgangswerte gelingen, Unterziel 10 der MDG-Agenda fristgerecht zu erreichen, wenn es rechtzeitig die hierfür erforderlichen Maßnahmen ergreift.

Erfolge bei der Verbesserung der Wasserversorgung erzielten v.a. Ägypten, Bahrain, der Libanon, Syrien und die Palästinensischen Gebiete. Alle fünf Länder haben Unterziel 10 bereits mehr oder weniger erreicht – zumindest wenn man hierfür nur die Zahl der Wasseranschlüsse als Maßstab nimmt. Ihr Anteil stieg zwischen 1990 und 2001 in Ägypten von 94 auf 97 %, in Syrien von 67 auf 80 % und in den Palästinensischen Gebieten von 81 auf 90 %. Bahrain und der Libanon haben nach Aussage der offiziellen Statistiken sogar einen Versorgungsgrad von 100 % der Bevölkerung (vgl. Tabelle A10 im Anhang).

Schaubild 16: Trends bei der Umsetzung von MDG7 / Unterziel 10 (Ausbau der Trinkwasserversorgung)



Quelle: eigener Entwurf auf Basis der Daten in Tabelle A10 im Anhang.
Anmerkung: Länder, zu denen nur sehr widersprüchliche bzw. keine vertrauenswürdigen Daten vorliegen, sind nicht dargestellt.

Große Fortschritte machte auch der Sudan. Kann er sein bisheriges Tempo beibehalten, so wird auch er die Zahl der Haushalte ohne Wasseranschluss bis 2015 halbieren. In Anbetracht seiner Größe und vielfältigen Probleme erscheint dies allerdings unwahrscheinlich.

Marokko und Tunesien machten ebenfalls Fortschritte: Dennoch werden sie Unterziel 10 knapp verfehlen, wenn sie ihre Anstrengungen nicht nochmals intensivieren. In beiden Ländern nahm der Anteil der Haushalte mit Zugang zu Trinkwasser lediglich von 75 auf 80 %.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden zudem Mauretanien, Libyen, der Oman und der Jemen Unterziel 10 nicht erreichen. Ihnen gelang es nicht, die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung signifikant zu verbessern (vgl. Schaubild 16). Mauretanien, Libyen und der Oman wurden von UNDP (2003a) sogar als *top-priority countries* eingestuft. Ähnliches wird vom Irak angenommen. Zu Iran, Kuwait, Saudi-Arabien und den VAE liegen zu wenige Daten vor, als dass man die Trends bei der Verbesserung der Wasserversorgung seit 1990 beurteilen könnte.

Lebensumstände von Slum-Bewohnern: Sanitäranlagen und sichere Wohnverhältnisse

Auch Unterziel 11 ist eigentlich ein vollkommen eigenständiges Ziel: Ein genereller Zusammenhang mit dem zentralen Unterziel 9 von MDG7 ist nicht erkennbar. Eine Verbindung zwischen Unterziel 10 und Unterziel 11 existiert. Mit ökologischer Nachhaltigkeit hat die Verbesserung der Lebensumstände von Slum-Bewohnern jedoch nur bedingt etwas zu tun.

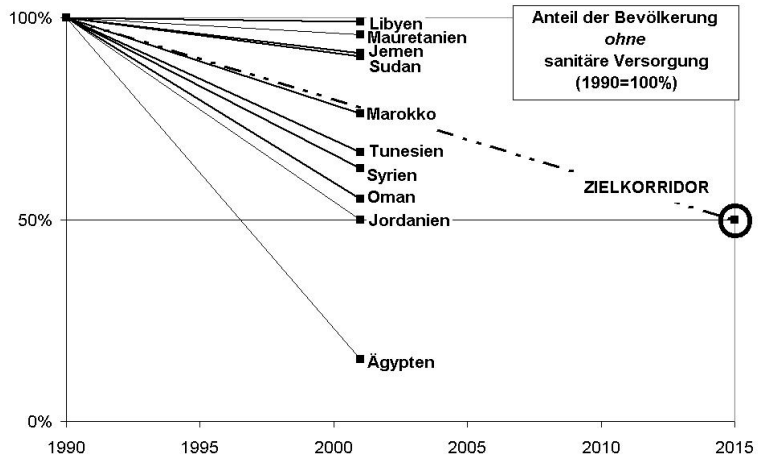
Zudem sind, um die Umsetzung von Unterziel 11 zu messen, zwei Indikatoren vorgesehen, die gar nicht speziell auf Slum-Bewohner zugeschnitten sind: (i) der Anteil der Einwohner, die über Sanitäranlagen verfügen, sowie (ii) der Anteil der Einwohner, die in sicheren Wohnverhältnissen leben. In beiden Fällen ist die Bezugsgröße also die Gesamtbevölkerung. Dabei kommt nirgendwo zum Ausdruck, um wie viel sich die Indikatoren verbessern sollen.

In der Praxis wird mit Unterziel 11 der MDG-Agenda häufig so umgegangen, als bestehe auch hier eine Zielmarke von 50 %, i.e. als wäre das Unterziel erreicht, wenn der Anteil der Einwohner ohne Zugang zu Sanitäranlagen sowie der entsprechende Anteil in unsicheren Wohnverhältnissen zwischen 1990 und 2015 halbiert wird. Jedoch liegen zu den Ländern der MENA-Region für beide Indikatoren kaum Daten vor. Nur bei wenigen lässt sich abschätzen, ob sie Unterziel 11 wahrscheinlich bis 2015 erreichen werden.

Einigen Ländern der Region gelang es tatsächlich, den Anteil der Einwohner, die über keine Sanitäranlagen verfügen, bereits zwischen 1990 und 2001 signifikant zu reduzieren. Hierzu gehören Ägypten und Jordanien, die das Unterziel nach der oben genannten Spezifikation bereits erreicht haben, aber auch Tunesien, Syrien und der Oman, die kurz davor stehen, sowie Marokko, das gerade so im erforderlichen Trend liegt (vgl. Schaubild 17). In Ägypten stieg der Anteil der Einwohner, die über Sanitäranlagen verfügen, seit 1990 von 87 auf 98 %, in Jordanien von 98 auf 99 %, in Tunesien von 76 auf 84 %, in Syrien von 55 auf 72 % und im Oman von 84 auf 92 %. Saudi-Arabien und der Libanon schließlich haben bereits einen Versorgungsanteil von 100 bzw. 99 % erreicht (vgl. Tabelle A10 im Anhang).

Andererseits gibt es mindestens eben so viele Länder, die bei der Ausstattung der Haushalte mit Sanitäranlagen kaum Fortschritte gemacht haben und daher Unterziel 11 wahrscheinlich nicht bis 2015 umsetzen werden. So stieg der Anteil der Einwohner, die über Sanitäranlagen verfügen, im Sudan gerade einmal von 58 auf 62 %, im Jemen von 32 auf 38 % und in Mauretanien von

Schaubild 17: Trends bei der Umsetzung von MDG7 / Unterziel 11 (Zugang zu Sanitäranlagen)



Quelle: eigener Entwurf auf Basis der Daten in Tabelle A10 im Anhang.

Anmerkung: Länder, zu denen stark widersprüchliche bzw. keine vertrauenswürdigen Daten vorliegen, sind nicht dargestellt.

30 auf 33 %. Alle drei Länder werden bei UNDP (2003a) als *top-priority countries* in Bezug auf Unterziel 11 geführt. Auch in Libyen hat sich der Anteil der Einwohner, die über Sanitäranlagen verfügen, seit 1990 nicht verbessert; allerdings hatte er damals schon bei 97 % gelegen, so dass eine Umsetzung von Unterziel 11 bis 2015 denkbar erscheint (vgl. Tabelle A10 im Anhang).

Über den Anteil der Einwohner, die in sicheren Wohnverhältnissen leben, liegen nur zu drei Ländern der Region Informationen vor. In Jordanien stieg dieser Anteil zwischen 1990 und 2001 von 72 auf 76 % und in den Palästinensischen Gebieten von 84 auf 86 %. In Marokko lag er 1990 bei 88 %; wie hoch er heute liegt, ist unbekannt (vgl. Tabelle A10 im Anhang).

3.8 Globale Entwicklungspartnerschaft (MDG8)

Das Ziel einer globalen Entwicklungspartnerschaft wird von der MDG-Agenda in eine ganze Reihe von relativ allgemein gehaltenen Unterzielen aufgelöst, die weder quantifiziert, noch terminiert sind. Zwar sind den Unterzielen jeweils messbare Indikatoren zugeordnet. Diese erfassen aber jeweils nur kleine Ausschnitte dessen, was mit den Unterzielen gemeint ist. Zudem wird nur bei einem dieser insgesamt 16 Indikatoren deutlich, welcher Wert angestrebt wird, und auch bei ihm bleibt unklar, wann der Wert erreicht werden soll (vgl. Übersicht 1).

Im Folgenden wird nur auf die Unterziele von MDG8 (bzw. deren Komponenten) eingegangen, deren Umsetzung nicht nur auf globaler Ebene, sondern auch für einzelne Entwicklungsländer bzw. deren Verbindungen zum Rest der Welt überprüft werden kann:

— die Entwicklung eines offenen, regelbasierten und nicht diskriminierenden Handels- und Finanzsystems (*Unterziel 12*),

— gute Regierungsführung (Teilaspekt von *Unterziel 12*, das gute Regierungsführung auf globaler, aber auch auf nationaler Ebene vorsieht),

— die Steigerung der ODA an *least developed countries* (LDCs) und deren Befreiung von Auslandsschulden (Teilaspekte von *Unterziel 13* und *Unterziel 15*),

— die Bereitstellung von produktiven Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen (*Unterziel 16*),

— die Verbesserung des Zugangs zu wichtigen Medikamenten (*Unterziel 17*) sowie

— die Nutzbarmachung von modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (*Unterziel 18*).

Dabei sollte vor Augen behalten werden, dass nach allgemeinem Verständnis in erster Linie die Geberländer für die Umsetzung von MDG8 und seiner Unterziele verantwortlich sind.

Regelbasierte, nicht diskriminierende nationale Handels- und Finanzsysteme

Unterziel 12 besteht darin, „ein offenes, regelbasiertes, durchschaubares, nicht diskriminierendes Handels- und Finanzsystem zu entwickeln." Damit ist in erster Linie das internationale Handels- und Finanzsystem gemeint. Damit aber die Entwicklungsländer von einem solchen System auch profitieren können, müssen ihre eigenen Handels- und Finanzsysteme ebenfalls offen, durchschaubar, regelbasiert und nicht diskriminierend sein.

Hiervon sind viele Länder der MENA-Region weit entfernt. Ihre Güter- und Finanzmärkte sind deutlich überreguliert und werden durch gesetzliche Vorschriften und informelle Barrieren gegen potenzielle Markteinsteiger abgeschirmt. Hiervon sind nicht nur ausländische Anbieter, sondern auch mögliche Konkurrenten der etablierten Unternehmen im Inland betroffen. Wer investieren oder eine Produktion aufnehmen will, muss langwierige, komplizierte und intransparente Genehmigungsprozesse über sich ergehen lassen, die hohe Kosten und große Risiken mit sich bringen. Bis zum Schluss kann niemand vorhersehen, ob ein Antrag je genehmigt wird. Und selbst danach können neue Hindernisse auftauchen bzw. dem Investor in den Weg gelegt werden (UN 2004a, 33). Geistiges Eigentum wird unzureichend geschützt. Die Wettbewerbsgesetze sind schlecht oder werden ignoriert – soweit solche überhaupt existieren. Kommt es zum Rechtsstreit, ist kaum absehbar, wie die Gerichte entscheiden, i.e. ob sie die bestehenden Gesetze anwenden bzw. wie sie diese auslegen. All dies führt zu Unsicherheiten und hohen Transaktionskosten. Das Ergebnis ist, dass in vielen Ländern der Region kaum in produktives Sachkapital investiert wird. Ersparnisse werden fast ausschließlich in Immobilien, in Finanzkapital oder sogar im Ausland angelegt (Bennet 2003; Weltbank 2003).

Nutznießer der intransparenten, bürokratischen Strukturen ist eine kleine Gruppe von Personen mit guten Beziehungen zu den politischen Entscheidungsträgern. Ob eine Genehmigung von der Verwaltung erteilt wird oder nicht, ist für das Gros der Antragsteller nicht vorhersehbar. Je nach Situation, gesellschaftlicher Stellung und persönlichen Beziehungen des Antragstellers, können die Entscheidungen ganz unterschiedlich ausfallen (GTZ 2003, 4).

Da innerhalb des autoritären Kontextes der MENA-Länder alle politischen Institutionen vom Zentrum der Macht abhängig sind, existiert keine Instanz, die Entscheidungen auf ihre Regelkonformität hin prüfen oder gar Regelver-

stöße korrigieren und ahnden würde. Korruption ist weit verbreitet, politische und juristische Entscheidungsprozesse sind intransparent und auf die Geltung der geschriebenen rechtlichen Normen kann sich kein Wirtschaftssubjekt verlassen. Die *Arab Human Development Reports* weisen mit deutlicher Sprache auf diese *governance*-Defizite hin (UNDP / AFESD 2002; UNDP / AFESD 2003; UNDP / AFESD 2004).

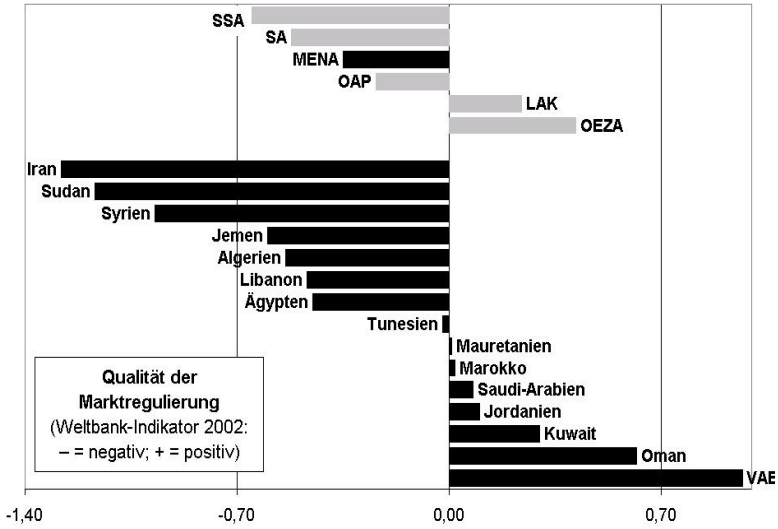
Die MDG-Agenda enthält keinen Indikator, der misst, wie offen, transparent, regelbasiert und nicht diskriminierend die Handels- und Finanzsysteme einzelner Entwicklungs- und Industrieländer sind. Darum muss auf Indikatoren aus anderen Quellen zurückgegriffen werden.

Am *World Bank Institute* wurde ein System von sechs Indikatoren entwickelt, die die Qualität der Regierungsführung in allen unabhängigen Staaten der Welt erfassen soll. Einer dieser Indikatoren misst die Qualität der Regulierung von Märkten in diesen Ländern, i.e. er erfasst, inwieweit der volkswirtschaftliche Produktions- und Allokationsprozess durch überflüssige Staatseingriffe gestört und belastet wird und dadurch Effizienzverluste entstehen und das Prokopfeinkommen langsamer wächst, als es ohne diese Interventionen wachsen könnte (Bennet 2003; Kaufmann / Kraay / Zoido-Lobaton 1999).

Nach diesem Indikator schneiden lediglich Südasien und Subsahara-Afrika schlechter ab als die Märkte in der MENA-Region (vgl. Schaubild 18). Besonders hoch ist die Regulierungsdichte im Iran, im Sudan und in Syrien, jedoch rangieren auch der Jemen, Algerien, der Libanon und Ägypten deutlich unter dem internationalen Durchschnitt. Besser ist die Situation hingegen in Kuwait, dem Oman und den VAE.

Jedoch benennen Unternehmer in allen arabischen Ländern die Ineffizienz und Korruption in der Verwaltung, die überregulierten Märkte, den Mangel an Rechtssicherheit und die komplizierten staatlichen Genehmigungsverfahren als ihre größten Schwierigkeiten – neben anderen Faktoren wie z.B. dem schwierigen Zugang zu Kapital oder der unzureichenden Qualifikation der Arbeitskräfte. Unproblematisch sind hingegen nach Aussage der Unternehmer Inflation, Kriminalität, Infrastruktur und politische Stabilität (Lopez-Claros / Schwab 2005, 179 ff.).

Schaubild 18: Stand der Umsetzung von MDG8 / Unterziel 12 (Regulierung der Handels- und Finanzsysteme nach dem *governance*-Index der Weltbank)



Erläuterung der Abkürzungen:

MENA: Naher Osten und Nordafrika. OAP: Ostasien und Pazifik. OEZA: Osteuropa und Zentralasien.

LAK: Lateinamerika und Karibik. SA: Südasien. SSA: Subsahara-Afrika.

Quelle:

Zu den Indikatoren vgl. Kaufmann / Kraay / Zoido-Lobaton (1999).
Die aktuellen Rohdaten für 2002 sind veröffentlicht unter:
http://www.worldbank.org/research/growth/corrupt_data.htm (13.2.2004).

Anmerkung:

Die dargestellten Indikatoren der Weltbank können Werte zwischen –2,5 (sehr schlecht) und +2,5 (sehr gut) annehmen. Sie setzen sich aus zahlreichen Einzelindikatoren von 13 verschiedenen Forschungsinstitutionen, NROs und kommerziellen *rating*-Agenturen zusammen (darunter UNDP, das *World Competitiveness Yearbook*, *Gallup International*, *Freedom House*, die *Heritage Foundation*, die *Economic Intelligence Unit* und *Standard and Poor's*). Die Mitarbeiter des Weltbank-Institutes, die die Indikatoren entworfen haben, betonen selber, dass sich mit Hilfe ihrer Indikatoren allenfalls Tendenz-Aussagen treffen lassen, da ihre einzelnen Komponenten auf subjektiven Experten-Einschätzungen beruhen.

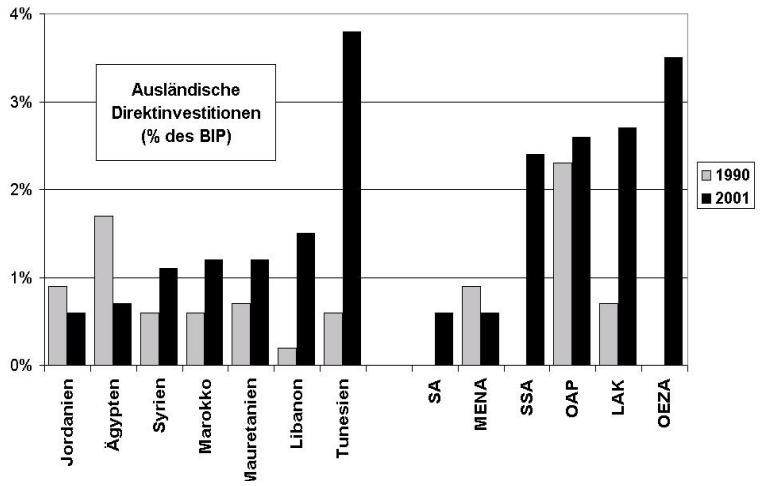
Dass die Märkte der Region alles andere als offen, durchschaubar und nicht diskriminierend sind, schlägt sich auch im niedrigen Umfang ausländischer Direktinvestitionen nieder (wobei hierfür natürlich auch zahlreiche andere Faktoren mit verantwortlich sind). Nur ein Bruchteil der globalen ausländischen Direktinvestitionen fließt in die MENA-Region (UNDP / AFESD 2003, 102). In keiner anderen Region – außer Subsahara-Afrika – liegt ihr Niveau auch nur annähernd so niedrig. In Osteuropa und Zentralasien liegt es bei 3,5 % des BIP, in Lateinamerika und der Karibik bei 2,7 %, in Ostasien und dem pazifischen Raum bei 2,6 % und in Südasien bei 2,4 % – in der MENA-Region hingegen gerade einmal bei 0,6 % (UNDP 2004a). In dieser Weltregion sind die ausländischen Direktinvestitionen seit 1990 sogar noch zurückgegangen, während sie in Ostasien und Lateinamerika deutlich zugenommen haben. Besonders niedrig ist das Niveau der ausländischen Direktinvestitionen in den Golfstaaten, im Jemen, in den Palästinensischen Gebieten und in Libyen. In diesen Ländern liegt es unter 0,1 % des BIP, weshalb sie im Schaubild nicht dargestellt wurden. Bemerkenswert hohe Direktinvestitionen flossen hingegen nach Tunesien, wo sie zwischen 1990 und 2001 von 0,6 auf 3,8 % des BIP anstiegen. Entgegen dem regionalen Trend nahmen sie auch in Syrien, Marokko, Mauretanien und dem Libanon zu (vgl. Schaubild 19).

Gute Regierungsführung

Die MDG-Agenda weist ausdrücklich darauf hin, dass das bereits besprochene Unterziel 12 (Entwicklung eines offenen, regelbasierten, durchschaubaren, nicht diskriminierenden Handels- und Finanzsystems) auch eine Verpflichtung zu guter Regierungsführung auf nationaler und internationaler Ebene beinhaltet. Leider sind auch für die Messung der Fortschritte bei der Umsetzung dieses Ziels keine Indikatoren vorgegeben.

Darum muss auf Indikatoren aus anderen Quellen zurückgegriffen werden. Hierfür bietet sich wiederum das System von *governance*-Indikatoren an, das von Kaufmann, Kraay und Zoido-Lobaton (1999) für die Weltbank entwickelt wurde. Es umfasst sechs zusammengesetzte Indikatoren für (i) die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bevölkerung und die Rechenschaftspflicht der Regierung, (ii) Stabilität und innere Sicherheit, (iii) die Effektivität von Regierungsführung und Verwaltung, (iv) die Regulierungsdichte (Belastung der Märkte durch staatliche Regulierung), (v) Rechtsstaatlichkeit und (vi) die Transparenz von Verwaltung und Justiz (Abwesenheit von Korrupti-

Schaubild 19: Trends bei der Umsetzung von MDG8 / Unterziel 12 (Offenheit der Finanzsysteme)

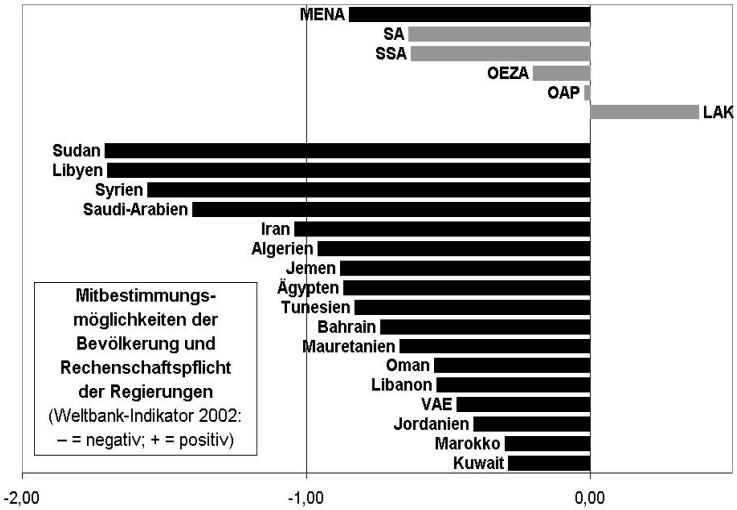


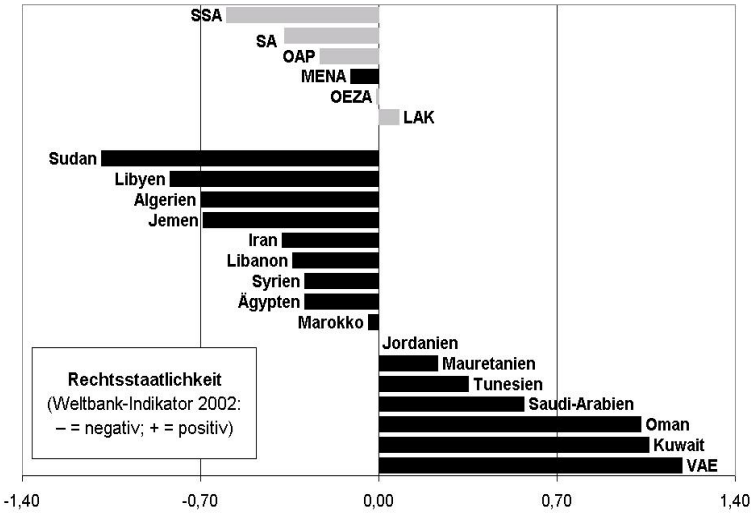
Erläuterung der Abkürzungen: siehe unter Schaubild 18.
Quelle: eigener Entwurf auf Basis der Daten in UNDP (2004a).
Anmerkung: Länder, in denen das Niveau ausländischer Direktinvestitionen unter 0,1 % des BIP liegt bzw. zu denen keine Daten vorliegen, sind im Schaubild nicht dargestellt.

on). Der Indikator für die Regulierungsdichte wurde bereits vorgestellt. Im Folgenden sollen auf zwei weitere eingegangen werden: den Indikator für die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bevölkerung und die Rechenschaftspflicht der Regierung sowie den Indikator für Rechtsstaatlichkeit (vgl. Schaubild 20). Die Werte für die anderen Indikatoren sind in Tabelle A12 im Anhang aufgeführt.

Schaubild 20 belegt, dass die MENA-Region im internationalen Vergleich mit Abstand das größte Defizit bei liberalen Freiheiten und Mitbestimmungsmöglichkeiten aufweist (Bennet 2003; Schlumberger 2004; UN 2004a; Weltbank 2003). Erst weit dahinter folgen Südasien und Subsahara-Afrika. Lateinamerika hingegen ist die einzige Weltregion, die einen positiven Wert aufweist. Besonders schlecht steht es nach dem Weltbank-Indikator um die Mitbestimmungsmöglichkeiten und die Rechenschaftspflicht der Regierungen im Sudan, in Libyen, in Algerien und in Saudi-Arabien. Gut schneidet kein einziges Land der MENA-Region ab.

Schaubild 20: Stand der Umsetzung von MDG8 / Unterziel 12 (*Commitment* für gute Regierungsführung nach dem *governance*-Index der Weltbank)





Erläuterung der Abkürzungen: siehe unter Schaubild 18.
Quelle und Anmerkungen: siehe unter Schaubild 17.

Etwas besser rangiert die MENA-Region im internationalen Vergleich nach dem Weltbank-Indikator für Rechtsstaatlichkeit. Besonders schlecht ist es demnach um die Rechtsstaatlichkeit in Subsahara-Afrika bestellt. Es folgen Südasien, Ostasien und der Pazifik und dann erst die MENA-Region. Besser sieht es hingegen in Lateinamerika und der Karibik sowie Osteuropa aus (vgl. Schaubild 20). Allerdings bestehen in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit sehr große Diskrepanzen innerhalb der MENA-Region. Besonders schlecht schneiden nach dem Weltbank-Indikator der Sudan, Libyen, Algerien und der Jemen ab, etwas besser hingegen Ägypten, Syrien, der Libanon und Iran. Die besten Werte innerhalb der Region hat die Weltbank für die Golfstaaten, Tunesien und Mauretanien errechnet.

Der Nachteil der Weltbank-Indikatoren besteht darin, dass es sie erst seit 1996 gibt, so dass Veränderungen im *governance*-Bereich seit 1990 mit ihnen nicht gemessen werden können (Betz 2003, 457). Hierfür muss auf den *Freedom House Index* zurückgegriffen werden, der allerdings nicht zwischen unterschiedlichen Aspekten von guter Regierungsführung unterscheidet, sondern v.a. demokratische Partizipationsmöglichkeiten und Freiheitsrechte erfasst.

Nach diesem Index ist die MENA-Region der einzige Teil der Welt, in dem sich die politische Situation seit 1990 nicht verbessert, sondern sogar verschlechtert hat (vgl. Schaubild 21). Das ungewichtete Mittel der Indikatorwerte für die einzelnen Länder in der Region ist von 5,7 auf 5,8 gestiegen (beim *Freedom House Index* ist ein Land umso liberaler, je niedriger sein Indikatorwert liegt). Demgegenüber haben sich die Mittelwerte von Subsahara-Afrika, Ostasien und dem pazifischen Raum sowie Osteuropa und Zentralasien radikal verbessert. Auch die lateinamerikanischen Länder und die Mitgliedsländer der OECD verbesserten sich – wenngleich weniger deutlich. Lediglich der Wert für Südasien stagnierte.

Innerhalb der MENA-Region hat sich die politische Lage nach dem *Freedom House Index* v.a. in Kuwait, Bahrain, Mauretanien und Oman verbessert. Hingegen mussten die Einwohner Marokkos, Tunesiens und Ägyptens – sowie in geringerem Umfang im Iran, in Algerien und in den VAE – nach Aussage der Indikatorwerte zwischen 1990 und dem Jahr 2000 Einbußen bei ihren Freiheitsrechten sowie bei ihren politischen Mitwirkungsmöglichkeiten hinnehmen.

Schaubild 21: Trends bei der Umsetzung von MDG8 / Unterziel 12 (*Commitment* für gute Regierungsführung nach dem *Freedom House Index*)

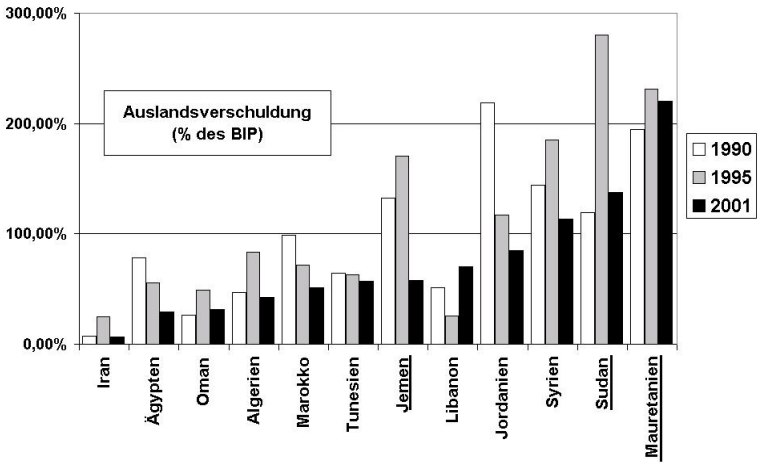
Erläuterung der Abkürzungen: siehe unter Schaubild 18.

Quelle: eigener Entwurf auf Basis der von *Freedom House* veröffentlichten Daten. Vgl. hierzu: http://www.freedomhouse.org/ratings/index.htm (12.12.2004)

Befreiung der LDCs von Auslandsschulden und Steigerung der ODA

Unterziel 13 bezieht sich nur auf drei MENA-Länder: die *low-income countries* Mauretanien, Jemen und Sudan. Zwei von ihnen – Mauretanien und der Sudan – gelten als *heavily indebted poor countries* (HIPCs) und kommen somit *grundsätzlich* in Betracht, im Rahmen der gleichnamigen Initiative der Konferenz von Monterrey (2002) entschuldet zu werden (vgl. Schaubild 22). Vorbedingung hierfür ist allerdings, dass sie (i) ein *poverty reduction strategy paper* (PRSP) erstellen, das den Kriterien der Weltbank und des IWF genügt, die darin formulierten Strategien der Armutsbekämpfung mindestens ein Jahr anwenden, und dass sie (ii) makroökonomische, sektorale und institutionelle Reformen durchführen. Mauretanien wurde im Juni 2002 als sechstem Land weltweit zuerkannt, diesen Konditionen zu genügen. Daraufhin wurde dem Land ein Schuldenerlass in Höhe von 1,1 Mrd. US $ zugesagt, was einer Halbierung der damaligen Auslandsschulden entsprach (UNDG 2002, 7). Der

Schaubild 22: Trends bei der Umsetzung von MDG8 / Unterziele 13 und 15 (Lösung der Schuldenproblematik)



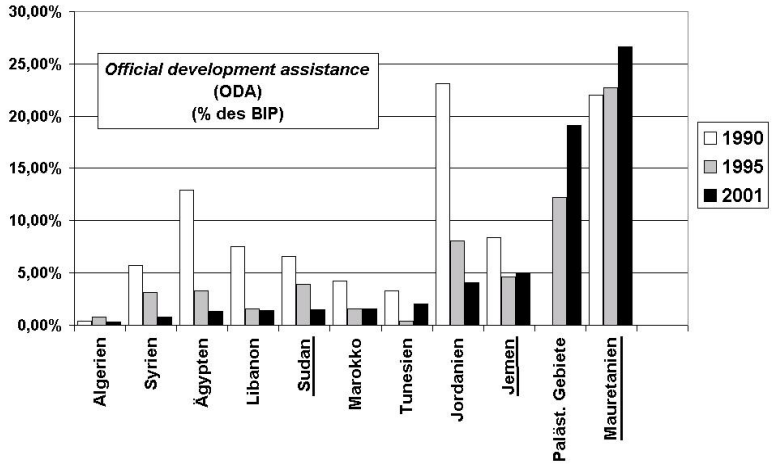
Quelle: eigener Entwurf auf Basis der Daten in Tabelle A11 im Anhang.
Anmerkungen: Länder, zu denen keine Daten vorliegen, sind nicht dargestellt.
Die LDCs in der Region sind unterstrichen.

Sudan hingegen hat die Konditionen für einen Schuldenerlass bislang nicht erfüllt.

Neben Mauretanien hat auch der Jemen ein PRSP erstellt, obwohl ihm kein Schuldenerlass in Aussicht gestellt wurde. Der Jemen konnte seine Auslandsverschuldung während der 90er Jahre deutlich reduzieren. Hierzu haben relativ hohe ODA-Leistungen (vgl. Schaubild 23), v.a. aber Erdölexporterlöse beigetragen. Im Jemen wurden erst zu Beginn der 90er Jahre größere Erdölfelder entdeckt.

Neben Mauretanien und dem Jemen profitieren v.a. Jordanien und die Palästinensischen Gebiete von relativ großzügigen ODA-Leistungen. In den meisten anderen Ländern der Region hat der Umfang der empfangenen ODA-Zahlungen im Verlauf der 90er Jahre drastisch abgenommen. Dies gilt insbesondere für Ägypten, den Libanon, Syrien, den Sudan und Marokko – aber auch für Jordanien, das zu Beginn der 90er Jahre noch ODA-Leistungen in Höhe von 23 % des BIP empfangen hatte. Schaubild 23 zeigt, dass sich die Entwicklungshilfezahlungen innerhalb der MENA-Region immer stärker auf

Schaubild 23: Trends bei der Umsetzung von MDG8 / Unterziele 13 und 15 (großzügigere Entwicklungshilfe)



Quelle: eigener Entwurf auf Basis der Daten in Tabelle A11 im Anhang.
Anmerkungen: Länder, zu denen keine Daten vorliegen, sind nicht dargestellt. Die LDCs in der Region sind unterstrichen.

die Palästinensischen Gebiete sowie auf die LDCs konzentrieren. Eine Ausnahme bildet der Sudan, der wegen des Bürgerkriegs und wegen seines Regimes weniger ODA bezieht als noch vor 15 Jahren.

Produktive Beschäftigung für junge Menschen

Unterziel 16 besteht darin, dass unter Mitwirkung der Entwicklungsländer Strategien zur Schaffung von menschenwürdiger und produktiver Arbeit für junge Menschen entwickelt und umgesetzt werden. Als Indikator ist die Arbeitslosenrate unter 15- bis 24-Jährigen vorgesehen.

Hierüber liegen nur zu sehr wenigen Ländern in der MENA-Region Informationen vor. Diese sind aber erschreckend. In Ägypten stieg die Arbeitslosenquote bei den 15- bis 24-Jährigen zwischen 1990 und 2001 von 26 auf 34 % und in Bahrain von 6 auf 13 %. In Algerien lag sie bereits 1990 bei 39 %. Seitdem ist sie höchstwahrscheinlich weiter gestiegen, da die Zahl der Arbeitslosen seitdem generell stark zunahm. Genauere Daten sind allerdings nicht verfügbar. Ähnliches gilt für Marokko, wo 1990 31 % der 15- bis 24-

Jährigen keine Arbeit hatten. In Marokko lag die Jugendarbeitslosigkeit 2001 bei 37 %, in Mauretanien bei 45 % und in Syrien sogar bei 73 %. Über das Ausgangsniveau der Jugendarbeitslosigkeit in diesen drei Ländern im Jahre 1990 liegen keine Daten vor. Im regionalen Mittel dürften im Jahre 2001 rund 50 % aller 15-24-Jährigen erwerbslos gewesen sein (vgl. Tabelle A11 im Anhang).

Ganz allgemein ist Arbeitslosigkeit in der MENA-Region stärker verbreitet als in jeder anderen Weltregion (ILO 2005). In ihr sind nur 45 % aller Einwohner über 15 Jahren bereit, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. So niedrig liegt die Erwerbsbeteiligungsquote nirgendwo sonst. Und selbst von denen, die der Erwerbsbevölkerung angehören, ist nach Schätzungen von Ali und Elbadawi (2000) jeder zweite ohne Arbeit. Die offizielle Arbeitslosenquote lag Ende der 90er Jahre in Tunesien, Syrien, dem Sudan, Saudi-Arabien und dem Oman bei ca. 15 %, in Marokko und dem Libanon bei 20 % und in Algerien, Libyen und dem Jemen über 25 %. Die kleineren Golfstaaten weisen Arbeitslosenquoten zwischen 3 und 8 % aus. Tatsächlich aber dürfte ein viel größerer Anteil der Erwerbsbevölkerung Arbeit suchen. In Bahrain z.B. liegt er vermutlich nicht bei 3, sondern bei 16 %, in Jordanien nicht bei 14, sondern bei 30 %, in Ägypten nicht bei 12, sondern bei 25 % und in den Palästinensischen Gebieten nicht bei 28, sondern bei knapp 50 % (Loewe 2004: 430).

Während der 90er Jahre sind in den MENA-Ländern überdurchschnittlich viele Jobs entstanden. Die Wachstumselastizität der volkswirtschaftlichen Beschäftigung lag bei 0,7. Das bedeutet, dass die Zahl der Arbeitsplätze pro Prozentpunkt Wirtschaftswachstum um jeweils zusätzliche 0,7 % zunahm. Ähnlich hoch lag das entsprechende Verhältnis ansonsten nur in Lateinamerika. In der Europäischen Union (EU) lag es bei 0,3, in den USA sowie den Ländern Süd- und Ostasiens (außer China) bei 0,4 und in China bei 0,1 (Gardner 2003).

Dennoch stiegen die Arbeitslosenquoten in der MENA-Region während der 90er Jahre deutlich an: von durchschnittlich 15 % im Jahre 1990 auf 20 % im Jahre 2001. Im Durchschnitt nahm die Zahl der Arbeitsplätze in der Region um 2,6 % pro Jahr zu. Die Erwerbsbevölkerung aber wuchs noch schneller: um 2,9 % jährlich. Dies liegt daran, dass derzeit besonders geburtenstarke Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt treten. Die Geburtenziffern gehen mittlerweile deutlich zurück. Dadurch geht das Bevölkerungswachstum in fast allen Ländern der Region zurück. Auf die Wachstumsrate der Erwerbsbevölkerung

schlägt dies aber noch nicht durch. Sie wird erst in einigen Jahren und auch dann vorerst noch langsam sinken. Bis dahin werden Millionen von Schulabgängern auf die Arbeitsmärkte treten. Derzeit zählt die Erwerbsbevölkerung aller MENA-Länder knapp 110 Millionen Personen. Im Jahre 2015 werden es 160 Millionen sein. Bis dahin müssten also jedes Jahr 5 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen, wenn die Arbeitslosenquoten nicht noch weiter ansteigen sollen (ibid.).

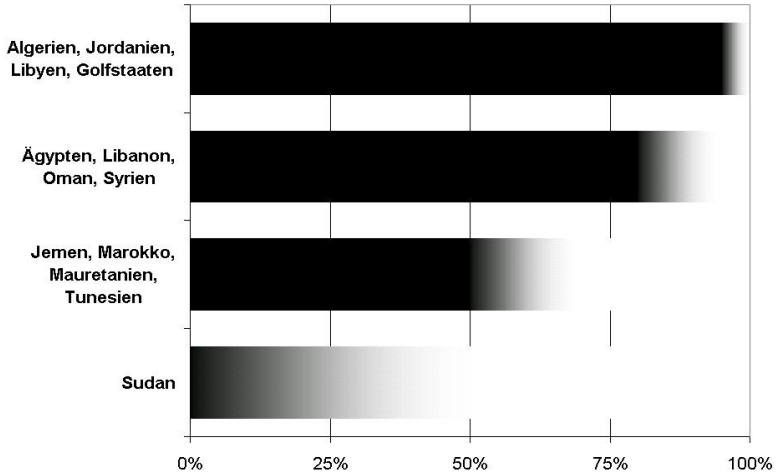
Hinzu kommt, dass sich die meisten der während der 90er Jahre entstandenen Jobs durch eine niedrige Arbeitsproduktivität auszeichnen und dementsprechend schlecht entlohnt werden. Dies ist der Preis für die hohen Beschäftigungswachstumsraten einer Region, die ein niedriges Innovationspotenzial hat und deren Arbeitskräfte ein geringes Humankapital aufweisen. Obwohl die Länder der Region zu Beginn der 90er Jahre Liberalisierungs- und Privatisierungsprogramme beschlossen, entstanden Jobs v.a. im öffentlichen Sektor sowie – mehr noch – im informellen Sektor, wo die Arbeitsproduktivität niedrig liegt und die Löhne im Vergleich zum Durchschnittseinkommen sinken (ILO 2005, 4 f.; Loewe 2004c, 303 ff.).

Dies impliziert, dass die Zahl der Unterbeschäftigten noch schneller steigt als die Zahl der Arbeitslosen. Wer es sich finanziell leisten kann, meldet sich arbeitslos. In der überwiegenden Mehrheit handelt es sich hierbei um Akademiker mit ausreichenden finanziellen Notreserven. Wer hingegen arm ist und über keine adäquate Schul- und Berufsausbildung verfügt, hat gar keine andere Wahl als jedwede verfügbare Beschäftigung anzunehmen – ganz egal, wie unproduktiv sie ist und wie schlecht sie bezahlt wird.

Der Job-Boom der 90er Jahre geht also nicht auf einen Produktivitätsschub zurück, sondern auf die Ausschöpfung der vorhandenen Produktionskapazitäten durch eine größere Zahl von Arbeitskräften. Die Kapitalintensität sinkt in fast allen Ländern der MENA-Region. Weder die Sachkapitalinvestitionen, noch das Humankapital halten Schritt mit dem Wachstum des verfügbaren Arbeitskräftepotenzials (Gardner 2003).

Besonders rapide steigen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung unter Schulabgängern, die neu auf den Arbeitsmarkt treten (ESCWA 2005). Dies erstaunt in Anbetracht der bemerkenswerten Fortschritte der Region im Bildungsbereich (siehe oben). Zwar liegt die MENA-Region noch immer zurück im Vergleich zu Ostasien und dem Pazifik, jedoch gelang es ihr, die durchschnittliche Dauer der Bildung von Kindern und Jugendlichen seit 1975 zu

Schaubild 24: Trends bei der Umsetzung von MDG8 / Unterziel 18 (Zugang zu erschwinglichen Medikamenten)



Quelle: eigener Entwurf auf Basis der von der WHO (2000) im Weltgesundheitsbericht 2000 veröffentlichten Schätzintervalle.

verdoppeln. Zugleich aber sind die einzel- und volkswirtschaftlichen Renditen von Bildung erheblich gesunken. Die jungen Menschen, die heute auf den Arbeitsmarkt treten, haben eine wesentlich längere Schul- und Berufsausbildung genossen als die Jahrgänge, die vor 10 bis 15 Jahren erstmals eine Erwerbstätigkeit aufnahmen. Sie haben also mehr Zeit in ihre Bildung investiert, was sich aber wegen der schlechten Qualität von formeller Bildung in der MENA-Region nur sehr bedingt für sie auszahlt. Mit den Lehrinhalten, die den Schulabgängern vermittelt wurden, genügen sie nicht den Anforderungen moderner Arbeitsmärkte (vgl. Abschnitt 3.2).

Zugang zu wichtigen Medikamenten

Im Weltgesundheitsbericht von 2000 befindet sich eine Abschätzung der WHO (2000) über den Anteil der Einwohner in unterschiedlichen Ländern, die Zugang zu essenziellen Medikamenten zu erschwinglichen Preisen haben. Diese Abschätzung ist in Schaubild 24 dargestellt. Demnach hat (nahezu) die gesamte Bevölkerung Algeriens, Jordaniens, Libyens und der Golfstaaten

Zugang zu essenziellen Medikamenten, jedoch nur 80–95 % der Einwohner Ägyptens, des Libanon, des Oman und Syriens sowie 50–70 % der Einwohner im Jemen, in Marokko, in Mauretanien und in Tunesien. In Sudan wird der entsprechende Anteil sogar nur auf 0–50 % geschätzt (Loewe 2004c, 428).

Zugang zu modernen Technologien

Inwieweit die Bevölkerung der Entwicklungsländer Zugang zu modernen Technologien hat, soll nach der MDG-Agenda mit zwei Indikatoren gemessen werden: der Zahl der Telefon-Anschlüsse sowie der Personalcomputer pro 1000 Einwohner. Häufig wird noch ein dritter Indikator hinzugezogen: die Zahl der Internetnutzer pro 1000 Einwohner.

Nach diesen drei Indikatoren schneiden die MENA-Länder nicht gut ab. Zwar liegen die regionalen Durchschnittswerte der drei Indikatoren höher als in Subsahara-Afrika und Südasien. Jedoch ist die MENA-Region auch ökonomisch sehr viel weiter entwickelt als diese beiden Weltregionen. Wesentlich bessere Werte weisen Osteuropa und Zentralasien, Lateinamerika und die Karibik sowie Ostasien und der pazifische Raum aus.

In der MENA-Region kommen lediglich 152 Telefonanschlüsse auf 1000 Einwohner (Fest- und Mobilnetz zusammengezählt). In Osteuropa und Zentralasien liegt die entsprechende Ziffer bei 376, in Lateinamerika und der Karibik bei 324 und in Ostasien und dem pazifischen Raum bei 207. Relativ gut schneiden nach diesem Indikator die Golfstaaten (zwischen 213 Anschlüssen im Oman und 956 Anschlüssen in den VAE), der Libanon (407 Anschlüsse), und Jordanien (295 Anschlüsse) ab. Besonders schlecht fallen die Werte hingegen für die drei *low-income countries* der Region sowie für Algerien (64 Anschlüsse), Libyen (118 Anschlüsse) und Syrien (115 Anschlüsse) aus (vgl. Tabelle A11 im Anhang).

Auch nach der Zahl der Personalcomputer pro 1000 Einwohner liegt die MENA-Region (32) hinter Osteuropa und Zentralasien (52) und Lateinamerika und der Karibik (59), jedoch noch vor Ostasien und dem Pazifik (19). Gut ist die Ausstattung in den Golfstaaten (zwischen 32 im Oman und 164 in Katar), dem Libanon (56), Iran (70) und Jordanien (33), schlecht hingegen – außer in den *low-income countries* Jemen (2), Mauretanien (10) und Sudan (14) – in Marokko (14), Algerien (7), Ägypten (16) und Syrien (16) (vgl. Tabelle A11 im Anhang).

Ähnlich verhält es sich bei der Zahl der Internetnutzer pro 1000 Einwohner (vgl. Schaubild 25). Sie liegt in der MENA-Region bei 16 und somit deutlich niedriger als in Osteuropa und Zentralasien (43), Lateinamerika und der Karibik (59) sowie Ostasien und dem pazifischen Raum (41). Vergleichsweise viele Internetzugänge bestehen pro 1000 Einwohner noch in den VAE (315), Bahrain (203), Kuwait (88), dem Libanon (78) und Katar (66), weniger als zehn hingegen in Ägypten, Algerien, Jemen, Libyen, Mauretanien und Syrien (vgl. Tabelle A11 im Anhang).

4 Akzeptanz der MDGs im Nahen Osten und in Nordafrika

Nun stellt sich die Frage, ob die MDGs von den MENA-Ländern überhaupt zu eigenen Entwicklungszielen gemacht wurden:

— inwieweit die MDG-Agenda in der Region bekannt ist und akzeptiert werden,

— bis zu welchem Grad die politischen Entscheidungsträger bereit sind, sich für die Umsetzung der MDGs zu engagieren, sowie

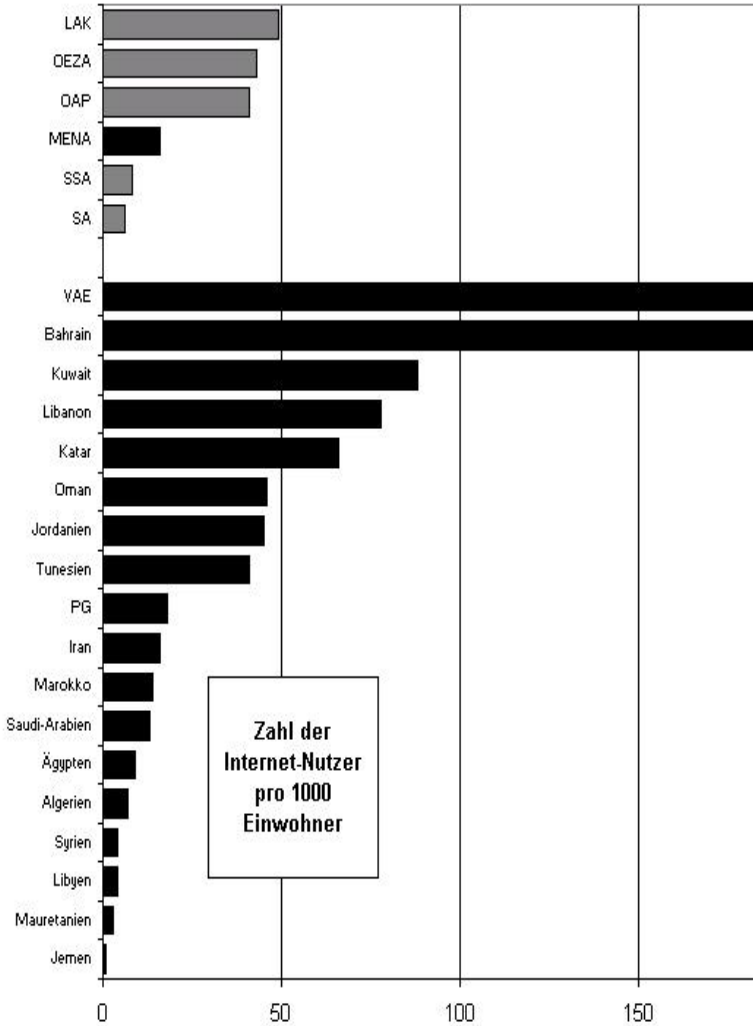
— inwieweit die Ziele Eingang in nationale Entwicklungspläne gefunden und die tatsächliche Ausrichtung der Politik beeinflusst haben.

Mehrere Hinweise deuten darauf hin, dass die meisten Machthaber in der MENA-Region kein übermäßig großes *commitment* für die MDGs haben.

Leider lässt sich dies allerdings nicht abschließend klären, weil es an den hierfür erforderlichen soliden Belegen mangelt. Offizielle Dokumente und Verlautbarungen sind nicht sehr aussagekräftig, da sie nicht notwendigerweise die tatsächliche Meinung und Absicht ihrer Verfasser wiedergeben. Mit ihnen können strategische Ziele verbunden sein. Oft richten sie sich an spezifische Adressaten – wie z.B. die eigene Bevölkerung bzw. Wählerschaft, bestimmte Interessengruppen innerhalb des Landes oder aber die Weltgemeinschaft. In diesen Fällen dienen sie der internen bzw. externen Legitimation der jeweiligen Regierung. i.e. sie sollen deren Politik bei der Bevölkerung in einem günstigen Licht erscheinen lassen bzw. Wohlwollen bei externen Geldgebern hervorrufen (oder aber beides zugleich).

Selbst erwiesene Fakten sind keine Belege. Ein Hinweis auf die Akzeptanz der MDGs kann z.B. darin bestehen, dass ein nachweisbarer politischer Rich-

Schaubild 25: Trends bei der Umsetzung von MDG8 / Unterziel 18 (Zugang zu modernen Technologien)



Erläuterung der Abkürzungen: siehe unter Schaubild 18.
Quelle: eigener Entwurf auf Basis der Daten in Tabelle A11 im Anhang.

tungswechsel zugunsten einer sozialen und ökologisch verträglichen Entwicklung stattgefunden hat oder dass sich die Entwicklung von bestimmten MDG-Indikatoren seit der *Millennium Declaration* signifikant beschleunigt hat. Jedoch ist dies noch kein solider Beleg für die Akzeptanz der MDGs und das Engagement der politischen Entscheidungsträger bei ihrer Umsetzung. Politische Richtungswechsel müssen ebenso wenig wie soziale oder ökologische Fortschritte auf die *Millennium Declaration* zurückgehen. Möglicherweise wären sie auch ohne die Erklärung zustande gekommen und wurden von ganz anderen Faktoren ausgelöst. Bspw. kann ein Land eine bestimmte Entwicklungsphase erreicht haben, in der sich seine sozialen und ökonomischen Indikatoren auch ohne weiteres Zutun der Politik verbessern oder dass es die Früchte erntet, die bereits in früheren Dekaden gesät wurden.

4.1 Bekanntheitsgrad und Akzeptanz der MDG-Agenda

Formal haben alle Länder der MENA-Region die MDGs akzeptiert. Zusammen mit allen anderen Mitgliedern der VN haben sie die MDGs beim Millenniumsgipfel in New York sogar selber gesetzt.

Oft wird kritisiert, dass die MDGs ohne Beteiligung der Entwicklungsländer in einem reinen Geberclub, der OECD, entwickelt wurden. Man könne also gar kein *ownership* für die MDG-Agenda von ihnen erwarten. Man habe sie durch Hinzufügen von MDG8 zu den sieben *International Development Goals* des OECD-DAC geködert. Nur für dieses achte, wesentlich weniger konkretisierte Ziel, sind in erster Linie die Geber verantwortlich. Ebenso wird angemerkt, dass die VN über die MDG-Agenda gar nicht abgestimmt haben. Sie wurde der Generalversammlung 2001 lediglich vorgelegt. Außerdem greife diese Agenda nur die Ziele von zwei der vier zentralen Kapitel der *Millennium Declaration* auf.

All dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass die MDGs bereits in der Millenniumserklärung selbst enthalten sind und dass eben diese von allen VN-Mitgliedern beschlossen und ausdrücklich begrüßt wurde. Dass zahlreiche Zielvorgaben der Erklärung nicht in der MDG-Agenda enthalten sind, ist kein Hindernis für die Umsetzung der MDGs.

Alle MENA-Länder waren beim Millenniumsgipfel in New York hochrangig vertreten. Sämtliche ihrer Repräsentanten stimmten der Millenniumserklärung nicht nur zu, sondern begrüßten sie sogar ausdrücklich durch die Abga-

be von individuellen *statements*. Für Algerien, Iran, den Jemen, Jordanien, Katar, die Palästinensische Autoritätsbehörde, den Sudan und Tunesien waren sogar die Staatsoberhäupter (Präsidenten bzw. Monarchen) zugegen. Für Mauretanien kam der Ministerpräsident, für Saudi-Arabien Kronprinz [c]Abdullah, für Libyen der Sekretär des Volkskongresses und für die VAE der Emir von Fujairah. Hingegen waren Ägypten, Bahrain, Kuwait und Syrien nur durch ihre Außenminister vertreten, Marokko durch Prinz Moulay Rachid und der Oman durch seinen Minister für Kultur. Der Irak schließlich sandte lediglich den stellvertretenden Außenminister und der Libanon den Vorsitzenden der Delegation bei den VN. Darüber hinaus gaben auch die Generalsekretäre der Arabischen Liga und der Islamischen Weltkonferenz Kommentare ab (vgl. Tabelle A15 im Anhang).

Auch bei anderer Gelegenheit beziehen sich die Führer der MENA-Staaten immer wieder auf die *Millennium Declaration* bzw. die MDGs und begrüßen diese ausdrücklich. Auch Nichtregierungsorganisationen (NROs) in der Region bewerten die *Millennium Declaration* als sehr positiv. Von ihnen wird die MDG-Agenda als eine Liste von Forderungen gesehen, die sie schon lange an ihre Regierungen richten (ANND 2004; Farag 2004; Satterthwaite 2004).

Inwieweit die politischen Entscheidungsträger allerdings tatsächlich hinter den MDGs stehen, ist unsicher (DFID 2004; Hermle 2005). In Ländern, die bereits große Fortschritte bei der Umsetzung der MDGs gemacht haben, kommen diese den Herrschenden u.U. sogar gelegen. Dass sie die meisten MDGs fristgerecht erreichen werden, können sie sowohl gegenüber der eigenen Bevölkerung als auch der internationalen Staatengemeinschaft als zusätzliches Argument für die Legitimität ihrer Herrschaft anführen. Anders dürfte es sich hingegen mit Machthabern verhalten, für die ein Verfolgen der MDGs mit großen Schwierigkeiten und hohen Opportunitätskosten verbunden ist. Wenn sie die MDGs ernst nehmen, dann müssen sie einen höheren Anteil der Staatseinnahmen hierauf verwenden. Die entsprechenden Mittel können dann in anderen Bereichen fehlen, in denen sie aus machtstrategischen Gründen u.U. sehr dringend benötigt werden. Diese Regierungen dürften daher kaum daran interessiert sein, dass die Bürger allzu viel von der MDG-Agenda erfahren und darüber diskutieren. Sie dürften daher alles tun, um zu verhindern, dass die Einwohner über die MDGs informiert werden.

Somit gibt die Informationspolitik der Regierungen einen – zugegebenermaßen vagen – Hinweis nicht nur auf den Bekanntheitsgrad der MDGs, sondern

auch auf deren Akzeptanz bei den Machthabern. Ob diese ein Interesse daran haben, die Bevölkerung über die MDG-Agenda zu unterrichten, oder nicht, dürfte sich nicht zuletzt darin niederschlagen, wie oft und genau sie in offiziellen Verlautbarungen hierauf zu sprechen kommen und wie detailliert sie dabei auf den Stand des Umsetzungsprozesses in ihrem Land eingehen.

Aus diesem Grund wurden für diese Studie exemplarisch die Internet-Seiten der Regierungen von vier Ländern ausgewertet: je zwei aus dem Maghreb und dem Mashreq, je zwei Monarchien und Republiken sowie je zwei französisch und englisch geprägte Länder. Ausgewählt wurden Marokko, Tunesien, Ägypten und Jordanien. Die Auswertung erfolgte danach, (i) auf wie vielen Seiten sich eines der Stichwörter *Millennium Goals / MDG(s)* bzw. *Millennium Declaration* befindet, (ii) wie intensiv auf diesen Seiten hierauf eingegangen wird und (iii) ob auch die Umsetzung der MDGs im eigenen Land thematisiert wird.

Das Ergebnis ist ernüchternd. Insgesamt liefert die Suchmaschine Google mehr als 400.000 Treffer mit den Endungen (.gov.ma) für Marokko, (.nat.tn) bzw. (.ministeres.tn) für Tunesien, (.gov.eg) für Ägypten sowie (.gov.jo) für Jordanien. Auf allen diesen Seiten ergaben sich aber nur 143 Treffer für die Suchwörter *Millennium Goals / MDG(s)* bzw. *Millennium Declaration* (77 Treffer auf insgesamt 197.000 Seiten für Ägypten, 20 Treffer auf 68.000 Seiten für Jordanien, 3 Treffer auf 37.000 Seiten für Tunesien und 43 Treffer auf 106.000 Seiten für Marokko). Hiervon waren 57 Treffer Doppelungen, und 14 Treffer bezogen sich auf Internet-Seiten, die gar nicht mehr existieren. Auf den verbleibenden 72 Internet-Seiten (davon 37 ägyptische, 8 jordanische, 3 tunesische und 24 marokkanische) erwähnen die MDGs bzw. die *Millennium Declaration* nur am Rande. Lediglich 22 Seiten thematisieren in erster Linie den Millenniumsprozess (davon 21 ägyptische, 1 jordanische und keine einzige tunesische oder marokkanische) und hiervon gingen nur 13 (allesamt ägyptische) auch auf die Entwicklung im eigenen Land ein.[3]

3 Die Google-Recherche wurde am 16.12.2004 durchgeführt. Für Ägypten wurde dabei die Suchanfrage (MDGs OR millennium goals OR millennium declaration site:.gov.eg) gestellt und entsprechend auch für Jordanien. Für Marokko (sowie analog für Tunesien) musste die Suchanfrage hingegen (OMD OR ODM OR objectives millénaire OR déclaration millénaire site:.gov.ma) lauten.

Zahlreiche Beobachter bestätigen den Eindruck, dass die MDGs in der MENA-Region bei der Bevölkerung weitgehend unbekannt sind. In der öffentlichen Debatte spielen sie – im Gegensatz zu anderen entwicklungspolitischen Themen wie z.B. der EUROMED-Freihandelszone – so gut wie keine Rolle.[4] Die Palästinensische Autonomiebehörde soll sogar deutliches Desin-

---

Für Ägypten ergaben sich 147 Treffer, von denen aber 29 Doppelungen waren, 11 Seiten nicht mehr existierten und 70 gar keinen MDG-Bezug hatten, i.e. die Suchwörter (millennium) und (goals) befanden sich rein zufällig auf der selben Seite. 16 gefundene Seiten erwähnten die MDGs nur am Rande. 5 standen im Zusammenhang mit dem *World Summit on the Information Society* 2003, 2 mit dem *Earth Summit* 2002 in Johannesburg und eine mit dem Millenniumsgipfel selber.

Nur 13 Seiten gingen auf den Millenniumsprozess in Ägypten selber ein. Davon thematisierten 9 die 4. Jahreskonferenz des ägyptischen *National Council for Women* zum Thema *Women and the Millennium Development Goals*, die vom 13. bis zum 16.3.2004 in Kairo stattfand. Ein Treffer war eine pdf-Präsentation über ökologisch nachhaltige Entwicklung (MDG7). Zwei Seiten enthielten Reden von Suzanne Mubarak und eine Seite eine Presseerklärung des ägyptischen Außenministerium.

Die Anfrage zu Jordanien erbrachte 29 Treffer, von denen 10 Doppelungen waren, 2 auf nicht mehr existierende Seiten verwiesen und 9 gar keinen MDG-Bezug enthielten (s.o.). 7 Seiten erwähnten die MDGs am Rande. Davon beschäftigten sich 2 mit Fragen des Wasser-Managements, 4 gaben Reden des Königs zur Entwicklung in der arabischen Welt wieder und eine enthielt die Rede von Prinz Talal beim *World Summit on the Information Society* 2003. Ein Treffer schließlich war der Hinweis des *Jordan Department of Statistics* auf eine Arbeitsgruppe, die sich um eine Vereinheitlichung der Statistiken zu Entwicklungsindikatoren (darunter die MDG-Indikatoren) bemüht.

Die Anfrage zu Tunesien lieferte 9 Treffer. 2 der gefundenen Seiten erwähnten die *Millennium Declaration* am Rande sowie eine die MDGs. Alle anderen hatten gar keinen MDG-Bezug (s.o.).

Die Anfrage zu Marokko schließlich erbrachte 124 Treffer, von denen 18 Doppelungen waren. Eine gefundene Seite existierte nicht mehr und 81 hatten keinen MDG-Bezug. Die verbleibenden 24 Seiten erwähnten die MDGs ebenfalls nur am Rande. 8 von ihnen gaben Reden des Königs, 6 Reden des Außenministers, 4 Reden des Gesundheitsministers, 3 internationale Deklarationen und 2 Pressemitteilungen des Außenministeriums wieder.

4 Zusätzlich zu der bereits erwähnten wurde eine zweite Google-Recherche durchgeführt, bei der auf *allen* jordanischen und ägyptischen Internet-Seiten nach der exakten Wörterkombination ‚millennium development goals' gesucht wurde: („millennium development goals" site:.eg) bzw. („millennium development goals" site:.jo). In Jordanien wurden – ohne Wiederholungen – 31 Seiten gefunden, die noch existieren. 30 von ihnen erwähnten die MDGs nur am Rande. Nur eine thematisierte explizit die MDGs.

teresse an einer Auseinandersetzung mit den MDGs zum Ausdruck gebracht haben. Selbst Wissenschaftler und NROs, die sich mit MDG-relevanten Themen beschäftigen (wie z.B. Gesundheit, sozialer Wohlfahrt, Kleinkrediten oder Frauen-Empowerment), haben von den Zielen noch nie gehört. Dies gilt sogar für viele Ministerialbeamte und v.a. für Politiker auf der kommunalen und Distrikt- bzw. Provinzebene (GTZ / KfW 2005c, 2). Leitenden Regierungsvertretern sind die MDGs selbstverständlich ein Begriff. Über Hintergründe und Details sind allerdings auch sie größtenteils nur oberflächlich informiert. Selbst über die *Arab Human Development Reports* wird mehr diskutiert.[5]

NROs in den MENA-Ländern machen hierfür v.a. die Informationspolitik der Regierungen verantwortlich (ANND 2004; Farag 2004; WFUNA / NSI 2004: 10ff.). Außerdem beklagen sie, dass sie fast nirgendwo an der Erstellung der nationalen MDG-Reports beteiligt wurden. In einigen Ländern erfuhren sie von den Ergebnissen der Berichte nur aus dritter Hand. Eigentlich empfiehlt UNDP (2003), dass die Berichte von den Regierungen zusammen mit der Zivilgesellschaft und Vertretern internationaler Organisationen sowie bilateraler Geber ausgearbeitet werden (ANND 2004; Fariz 2003; WFUNA / NSI 2004, 15 f.).

Ägypten und Marokko unterscheiden sich in dieser Hinsicht möglicherweise ein wenig von den anderen MENA-Ländern; jedoch wird auch dies von verschiedenen Beobachtern der Entwicklung in der Region (jeweils Vertreter von BMZ und GTZ) sehr widersprüchlich beurteilt. Einige Gesprächspartner, die im Zusammenhang mit dieser Studie befragt wurden, gaben der Meinung Ausdruck, dass die Regierungen von Ägypten bzw. Marokko die MDG-

---

Hingegen wurde die Wörterkombination – ohne Wiederholungen auf der selben Seite – 93-mal auf ägyptischen Internet-Seiten gefunden. 61 dieser Zeiten behandelten die MDGs nur kursorisch, jedoch immerhin 28 relativ intensiv und an zentraler Stelle. Davon lagen 13 auf der Domäne der Regierung, 8 bei UNDP, 3 bei anderen VN-Organisationen, 6 bei *Al-Ahram Weekly* und 2 beim *Economic Research Forum for the Arab Countries, Iran and Turkey*.

5 Hinweise hierauf finden sich auch auf diversen Internet-Seiten wie z.B. http://www.ckc-undp.org.jo/newsletter/newsletter.htm (12.12.2004), die von Vertretern der deutschen EZ (siehe Liste der Gesprächspartner im Anhang) bestätigt wurden. Auch der Autor hat in Gesprächen mit diversen Wissenschaftlern aus der Region die Erfahrung gemacht, dass diesen die MDGs kein Begriff waren.

Agenda auch in Ansprachen an die Bevölkerung immer wieder thematisieren und dass auch in den Medien der beiden Länder häufiger über die MDGs und ihre Umsetzung berichtet wird (GTZ / KfW 2005b). Andere Gesprächspartner hingegen verneinten dies kategorisch.

4.2 Engagement der Regierungen für die MDGs

Die Frage, inwieweit bei den politischen Entscheidungsträgern ein ehrliches *commitment* für die MDG-Agenda besteht, ist natürlich ganz entscheidend – nicht zuletzt für die Entscheidung, inwieweit EZ bei der Umsetzung der Ziele überhaupt sinnvoll ist. Ohne entsprechende Problemlösungsbereitschaft auf Seiten der Partner kann auch EZ nicht viel bewirken. Leider lässt sich hierüber aber nicht viel sagen, da allenfalls vage Hinweise, jedoch keine handfesten Belege hierzu vorliegen.

Ein erster Hinweis ist, ob zu einem Land bereits ein nationaler MDG-Bericht vorliegt und ob dieser von dem Land selbst oder aber von externen Akteuren erstellt wurde. Aus Gründen der nationalen *ownership* sollten eigentlich alle Entwicklungsländer ihre MDG-Berichte selbst herausgeben. Die internationalen Organisationen sollten an diesem Prozess allenfalls beratend und durch technische Unterstützung beteiligt sein.

Bis dato haben 13 der 20 MENA-Länder MDG-Berichte fertiggestellt – Ägypten sogar bereits seinen zweiten (vgl. Tabelle A14 im Anhang). Darüber hinaus ist ein Bericht für den Sudan in Vorbereitung. Nichts dergleichen ist hingegen vom Irak und von Libyen sowie den vier Golfstaaten Oman, Katar Kuwait und VAE bekannt. Die Berichte von Iran, Syrien und dem Jemen wurden von den jeweiligen Regierungen herausgegeben. Ägypten hat hiermit ein staatliches Institut beauftragt. Demgegenüber wurden die Berichte zu Algerien, Mauretanien, den PG und Saudi-Arabien von unterschiedlichen VN-Institutionen erstellt. Über die Palästinensische Autoritätsbehörde wird zudem aus zuverlässiger Quelle berichtet, dass diese an der Herausgabe eines nationalen MDG-Berichtes überhaupt kein Interesse gezeigt habe.

Weitere Hinweise lassen sich in den MDG-Berichten finden. So soll nach Vorgabe der United Nations Development Group (UNDG 2003) jeder nationale MDG-Bericht das sog. *supportive environment* im jeweiligen Land für jedes einzelne MDG bewerten. Hiermit ist nichts anderes gemeint als die Motivation und das Engagement der relevanten Akteure (i.e. der Regierung, aber

auch der Zivilgesellschaft) für die Umsetzung der Ziele. Lediglich in den Berichten über Algerien und Tunesien wird keine entsprechende Bewertung vorgenommen.

Die Urteile der anderen MDG-Berichte zum *supportive environment* in den MENA-Staaten fallen sehr unterschiedlich aus. So wird das *supportive environment* in Ägypten, Bahrain, Marokko, Saudi-Arabien und Syrien überwiegend positiv bewertet, während das Urteil über Mauretanien, Iran, den Jemen, den Libanon und die Palästinensischen Gebiete schlecht ausfällt (vgl. Tabelle A13 im Anhang).

Zum Teil lassen dich diese Divergenzen erklären. Die Berichte mit einer tendenziell kritischen Haltung wurden von UNDP oder einer anderen neutralen Institution erstellt. Demgegenüber wurden die MDG-Berichte von Marokko, Syrien, Bahrain und Ägypten von der Regierung selbst bzw. einer regierungsnahen Forschungsinstitution verfasst. Die Machthaber sind natürlich (aus Gründen der externen und internen Legitimation) daran interessiert, dass ihr Engagement für die Umsetzung der MDGs in den MDG-Berichten positiv dargestellt wird.

Dass allerdings Saudi-Arabien, dessen MDG-Bericht von UNDP herausgegeben wurde, in der Bewertung sogar besser abschneidet als jedes andere MENA-Land leuchtet intuitiv überhaupt nicht ein, zumal das Königreich bei der Umsetzung von mehreren MDGs ganz erhebliche Defizite aufweist.

Widersprüche bestehen auch zwischen den Aussagen verschiedener Beobachter der Entwicklung in den MENA-Ländern. Insbesondere das Engagement der syrischen, der tunesischen, der ägyptischen und der marokkanischen Regierung für die MDGs (bzw. einzelne MDGs) wird von einigen gelobt, während andere meinen, dass alle Aussagen von Politikern dieser Länder reine Lippenbekenntnisse sind.

4.3 Einfluss der MDG-Agenda auf die nationale Politik

Inwieweit die *Millennium Declaration* bzw. die MDG-Agenda in einzelnen MENA-Ländern zu Kurskorrekturen geführt hat, lässt sich ebenfalls nicht abschließend beantworten. Zwar wird eine wachsende Zahl von Strategiepapieren herausgegeben, deren Ziele Ähnlichkeit mit einzelnen MDGs haben. Unsicher ist aber, ob dies nicht Zufall ist und inwieweit die Strategiepapiere

überhaupt ernst genommen und in der Praxis umgesetzt werden (Hermle 2005).

Sicher ist, dass auch die MENA-Länder den *Millennium Process* nicht mehr vollständig ignorieren können. Sie sind sich mittlerweile der Tatsache bewusst, dass sie sich den durch die MDG-Agenda angestoßenen Diskussionen und internationalen Vergleichen stellen müssen. Hiermit gehen sie allerdings sehr unterschiedlich um, wobei man im Wesentlichen zwei Grundmuster von Reaktionen identifizieren kann:

Eine erste Gruppe von Ländern begrüßt die MDGs, betont aber zugleich, dass sie die MDGs im Grunde schon immer verfolgt haben. Ihre Regierungen verkünden – schon beinahe mit einem gewissen Stolz – dass sie ihre Politik auch vor dem Hintergrund der MDGs nicht umsteuern müssen. Hierbei handelt es sich v.a. um Syrien und Tunesien sowie bis zu einem gewissen Grad auch um Ägypten, Jordanien und Marokko.

Zum Teil haben diese Länder mit ihrer Argumentation nicht ganz unrecht. Insbesondere Tunesien kann tatsächlich für sich in Anspruch nehmen, dass es schon in der Vergangenheit bemerkenswerte Erfolge in MDG-relevanten Bereichen erzielt hat. Bspw. gelang es der Regierung, durch eine kluge Sozialpolitik, mit der sie sich bei der Planung seines Strukturanpassungsprogramms gegen die Forderungen von Weltbank und IWF durchsetzte, die extreme Armut im Land signifikant zu reduzieren (Hamza 2002; UN 2003b). Ebenso wurde bereits während der 1960er Jahre der Grundstein für die heutige, sehr aktive Frauenförderungspolitik in Tunesien gelegt (Morrison / Friedrich 2004). Aber auch in Ägypten und Marokko wurden schon vor einer ganzen Reihe von Jahren die Maßnahmen ergriffen, die maßgeblich für den deutlichen Anstieg der Schulbeteiligungs- und Alphabetisierungsquoten beider Länder während der letzten Jahre verantwortlich sind (PARC 2002; Royaume du Maroc 2003).

In anderen Fällen hingegen lässt sich die Selbstzufriedenheit der Regierungen nur mit einer bewussten Ignoranz der tatsächlichen Zustände im eigenen Land erklären. Ein besonders extremes Beispiel hierfür ist Syrien, dessen Regierung in der Einleitung des nationalen MDG-Berichts schreiben lässt: "*Development in Syria takes place in a democratic system which protects freedom, equality, justice and human rights. The system was built* [...] *on political and economic pluralism*." (Syrian Arab Republic 2003, 4). An anderer Stelle wird behauptet: "*Syria's development experience is characterized by the pro-*

vision of free and democratic education at all educational stages [...]. *In this way, the country provides education to the entire population*." (ibid., 4). Im jordanischen MDG-Bericht heißt es: "*The Government of Jordan has been paying attention to environmental issues since the 1960s*." (Jordan MOPIC / UN 2004, 48) Marokko schreibt: „*Le message délivré par sa Majesté le Roi Mohammed VI [...] à New York en juin 2001, et l'inauguration par sa Majesté de l'Hôpital de Jour, pour la prise en charge des cas de VIH/SIDA [...] prouvent l'engagement politique au plus haut niveau dans la lutte contre le SIDA au Maroc*." (Royaume du Maroc 2003, 36).

Keines der genannten Länder streitet ab, dass es seine Anstrengungen in einzelnen Bereichen noch intensivieren muss. Jedoch sind die Regierungen nicht bereit, öffentlich anzuerkennen, dass eventuell auch tiefer greifende Kurswechsel erforderlich sind. Damit würden sie schließlich zugeben, dass in der Vergangenheit Fehler und Versäumnisse begangen wurden.

Es gibt Hinweise darauf, dass sich die Regierungen der MENA-Länder dennoch – zumindest bei ihrer strategischen Planung im Gesundheits- und Umweltbereich – von der MDG-Agenda (bzw. vom Millenniumsgipfel und den vorangegangenen Weltkonferenzen) haben beeinflussen lassen. Seit einigen Jahren erstellen sie eine wachsende Zahl von Entwicklungsplänen und Strategiepapieren, deren Ziele sich weitgehend mit einzelnen MDGs decken (v.a. MDG4, 5 und 7) – auch wenn diese nur sehr selten explizit genannt werden (GTZ / KfW 2005d; vgl. auch Übersicht 4). Dies gilt nach Meinung einiger Beobachter in besonderem Maße für Marokko, weshalb das Land im *Sachs-Report* (Sachs 2005) als potenzieller Kandidat für das *fast tracking* aufgeführt wird, i.e. als ein Land, das die Voraussetzungen für größere Investitionen zur beschleunigten Umsetzung der MDGs erfüllt (GTZ / KfW 2005b).

Es ist allerdings fraglich, ob und inwieweit diese Planungsdokumente auch in der politischen Praxis zu Kurskorrekturen führten. Über Tunesien liegen Berichte vor, dass sich Vertreter der Regierung auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Bereichen sehr oft auf einzelne MDGs beziehen und versichern, dass sie deren Umsetzung anstreben. Ebenso nehme man in Tunesien zumindest die nationalen Fünfjahrespläne sehr ernst. Von anderen Beobachtern wird dies allerdings viel differenzierter beurteilt. Ihrer Meinung nach sind auch die Aussagen der Tunesier z.T. nur Lippenbekenntnisse. Zudem falle ihnen ihre engagierte Haltung auch nicht schwer, da sie ohnehin auf gutem Wege seien, die meisten MDGs zu erreichen.

Übersicht 4:	**Strategiepapiere ausgewählter Länder, die möglicherweise unter dem Einfluss der MDGs bzw. der Weltkonferenzen der 1990er Jahre entstanden sind**
Land	**Strategiepapiere und deren Ziele**
Ägypten	— *National Health Plan 2000–2010*: Verbesserung der ländlichen Gesundheitsinfrastruktur, Förderung von Familienplanung und sicheren Verhütungsmitteln, Begrenzung der Ausbreitung von HIV/Aids, Halbierung der Müttersterblichkeitsziffern — *Poverty Reduction Strategy* (2004): Verringerung der Einkommensarmut — *Agenda für Frauen-Empowerment* (in Vorbereitung) — *Strategie zur Reform des Bildungssektors* (in Planung): Förderung der Bildung von Mädchen, Steigerung der staatlichen Bildungsausgaben
Jordanien:	— *National Strategy for the Environment* (1992) — *National Agenda 21* (2000) — *National Population Strategy 2000–2005*: Reduktion der Fertilitäts-, Kinder- und Müttersterblichleitsraten, Verbesserung der medizinischen Beaufsichtigung von Entbindungen, Steigerung des durchschnittlichen Heiratsalters von Frauen und des Abstandes zwischen den Geburten, Förderung sicherer Verhütungsmethoden
Libanon:	— *National Multi-sector reproductive health programme* (s.a.): Verbesserung der Gesundheit von (werdenden) Müttern — *National HIV/AIDS Programme* (s.a.): Verbesserung der HIV/Aids-Prävention und der medizinischen Betreuung von Aids-Kranken — *Code of Environment* (2002): Ausweitung der Naturschutzgebiete, Wiederaufforstung, Begrenzung des Benzinverbrauchs und der Auto-Abgase, Verbesserung des Wasser- und Abwassermanagements

(Forts. Übersicht 4: **Strategiepapiere ausgewählter Länder, die möglicherweise unter dem Einfluss der MDGs bzw. der Weltkonferenzen der 1990er Jahre entstanden sind***)*	
Marokko:	— *Charte de l'éducation et de la formation* (1999): Steigerung der Schulbeteiligungs- und Alphabetisierungsraten, Verbesserung der Schulbildung — *Plan de développement économique et social 2000–2004*: Förderung der Frauen und ihrer Partizipation am ökonomischen und politischen Leben, Verbesserung der Medikamentenversorgung, Verbesserung der ländlichen Gesundheitsversorgung, Dezentralisierung des Gesundheitswesens, Aufbau eines nationalen Krankenversicherungssystems — *Plan Stratégique National de lutte contre le SIDA 2002–2004*: Aids-Prävention,. Halbierung der Aids-Prävalenzraten, Behandlung von Aids-Kranken — *Plan d'Action National pour l'environnement* (s.a.): Umweltschutz und Verbesserung des Ressourcen-Managements
Paläst. Gebiete:	— *National Plan of Action for Palestinian Children* (1995): Übersetzung der Deklaration des Weltkindergipfels in nationale Ziele — *National Health Strategic Plan 1999–2003*: verbesserte Qualität des Gesundheitswesens, verbesserte Gesundheitsvorsorge mit besonderem Fokus auf reproduktive Gesundheit sowie die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen — *The Five-year Education Plan 2000–2005*: Ausbau der Kapazitäten im Bildungssektor, Verbesserung der Curricula, Steigerung der Schulbeteiligung von Mädchen
Syrien	
Tunesien:	— *Stratégie Nationale de développement durable / Agenda 21 national* (1995): verbessertes Wasser-Management, Schutz der Biodiversität, Wüstenschutz, Luftreinhaltung — *Stratégie Nationale pour la réduction de la mortalité maternelle* (1999): beschleunigte Verringerung der Müttersterblichkeit (erste positive Effekte bereits erkennbar)
Quelle: *Ägypten:* PARC (2002). *Jordanien:* Jordan MOPIC / UN (2004). *Libanon:* UN (2003a). *Marokko:* Royaume du Maroc (2003). *Paläst. Gebiete:* UN (2002a). *Syrien:* Syrian Arab Republic (2003). *Tunesien:* UN (2003b).	

Auch über die Regierungen von Ägypten, Jordanien, Syrien und Marokko merken Beobachter an, dass es weniger am Ehrgeiz der Regierungen bei der Formulierung von Zielen mangele als an deren Umsetzung in der Praxis (ESCWA 2005; PARC 2002; Republic of Yemen 2003; UN 2003a; UN 2003b). Die marokkanische Regierung z.B. bereits im Jahre 2003 einen nationalen MDG-Bericht vorgelegt und wiederholt herausgehoben, welch große Bedeutung sie dem Millenniumsprozess im eigenen Lande beimisst. Der Umsetzungsprozess verläuft aber viel langsamer, als viele Beobachter dies erwartet hätten (GTZ / KfW 2005b). So ist das jüngste Alphabetisierungsprogramm Marokkos erst nach langen Verzögerungen angelaufen. Ähnliches gilt für Jordanien, wo mehrere Initiativen zur Stärkung der rechtlichen Stellung von Frauen auf halber Strecke stecken geblieben. In vielen Fällen werden staatliche Planungsdokumente aus rein strategischen Gründen erstellt und richten sich in erster Linie an die Adresse der Geber. In ihnen steht geschrieben, was die Geber nun mal gerne lesen.

Bezeichnend ist auch, dass die ägyptische Regierung im Jahr 2004, also vier Jahre nach dem Millenniumsgipfel, zusammen mit der Weltbank eine *Poverty Reduction Strategy* herausgegeben hat, die auf 53 Seiten nicht ein einziges mal auf die MDGs zu sprechen kommt und Armut noch immer nur als Mangel an Einkommen versteht. Nicht monetäre Aspekte der Armut (Mangel an Bildung, Gesundheit, Partizipation etc.) werden überhaupt nicht thematisiert (Egypt / Weltbank 2004). Ähnliches gilt allerdings auch für einen *Poverty Report* der Weltbank (2004g) über Marokko, in dem die MDGs nur in der Fußnote angesprochen werden und der Armut ebenfalls mit Einkommensarmut gleichsetzt.

Zur zweiten Gruppe von Ländern gehören im Nahen Osten der Jemen und in Nordafrika Algerien und Mauretanien. Es ist sicherlich kein Zufall, dass zwei dieser drei Länder *low-income countries* sind und PRSPs erstellt haben. Alle drei Länder pflegen einen im regionalen Vergleich überdurchschnittlich transparenten öffentlichen Diskurs und sind – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – in besonderem Maß auf das Wohlwollen der Geber angewiesen.

Die Länder dieser zweiten Gruppe haben sämtliche MDGs explizit in nationale Entwicklungsziele übersetzt. Von den Ländern der ersten Gruppe unterscheiden sie sich darüber hinaus durch ein wesentlich höheres Maß an Selbstkritik. In offiziellen Verlautbarungen und Dokumenten benennen ihre Regierungen relativ offen, welche strategischen Fehler und Versäumnisse in

der Vergangenheit gemacht wurden und welche größeren Kurskorrekturen ihrer Meinung nach erforderlich sind. In ihren Strategiepapieren führen sie lange Listen von sehr präzisen und sehr ehrgeizigen Zielen auf, unter denen sich auch die MDGs wiederfinden.

Besonders typisch ist hierfür Mauretanien, das bereits 2001 ein PRSP vorgelegt hat. Sämtliche MDGs kommen darin vor, wobei die Ziele des PRSPs z.T. noch weit über die Vorgaben der MDG-Agenda hinausgehen. So soll bspw. der Anteil der Einkommensarmen an der Bevölkerung nach dem PRSP von 57 % im Jahre 1990 bis 2015 auf 19 % reduziert werden und nicht „nur" auf 28 %, wie es MDG1 vorsieht. Weiterhin ist eine Obergrenze für die HIV-Infektionsrate von 1 % der Gesamtbevölkerung vorgesehen. Und die Analphabetenquote soll bis 2015 auf 0 % gesenkt werden – was allerdings in Anbetracht einer heutigen Rate von nahezu 60 % extrem unrealistisch erscheint (UNDG 2002).

Auch in den Strategiepapieren des Jemen zeichnet sich der Einfluss der MDGs deutlich ab. Während im Fünfjahresplan 1996–2000 noch die Steigerung des Wirtschaftswachstums und die Sicherung des ökonomischen Gleichgewichts im Mittelpunkt standen, nennt der Fünfjahresplan 2001–2005 die Bekämpfung von Armut und die Nachhaltigkeit der Entwicklung als vorrangige Ziele. Darüber hinaus hat der Jemen ein PRSP erstellt, obwohl ihm eine Entschuldung im Rahmen der HIPC-Initiative gar nicht in Aussicht gestellt wurde. In diesem PRSP ist nur am Rande vermerkt, dass seine Ziele mit der MDG-Agenda konform sind (Republic of Yemen 2002). In keinem Zusammenhang hat das Land die MDGs explizit als nationale Entwicklungsziele anerkannt. Jedoch sind sie fast alle implizit im PRSP oder in anderen Strategiepapieren enthalten (vgl. Übersicht 5).

Jedoch bleibt das Handeln Mauretaniens, Algeriens und des Jemen noch weiter hinter ihren ambitiösen Zielvorgaben zurück, als dies bei den Regierungen der o.g. ersten Gruppe von Ländern der Fall ist. In einigen Bereichen hat Mauretanien die im PRSP vorgesehenen Maßnahmen bereits ergriffen (so z.B. durch die Umsetzung des *Plan Directeur National pour la santé* im Gesundheitssektor). In anderen hingegen hinkt die Regierung ihren Planvorgaben hinterher. Bis heute wurden weder das *Programme d'Action National pour l'environnement et le développement durable* von 2003 noch der *Plan d'Action National pour la nutrition* von 1995 umgesetzt (UNDG 2002; GTZ / KfW 2005c).

Übersicht 5:	**Vergleich der MDG-Agenda mit offiziellen Entwicklungszielen des Jemen**
MDGs	**Offizielle Entwicklungsziele des Jemen**
MDG1	— Anteil der Armen von 47 % (1990) bzw. 42 % (1998) auf 36 % (2005) und 21 % (2015) reduzieren (PRSP; Fünfjahresplan). — Anteil der Menschen, deren Ernährung nicht gesichert ist von 18 % (1998) auf 9 % (2015) halbieren (PRSP). — Anteil der Menschen, denen weniger als 1 US $ pro Tag zur Verfügung steht, von 11 % (1998) auf 5 % (2015) reduzieren (PRSP). — Anteil der Kinder mit Untergewicht von 46 % (1997) auf 35 % (2015) reduzieren (PRSP).
MDG2	— Grundschulbeteiligungsrate erhöhen. (PRSP). — Grundschulabschlussquote auf 100 % (2015) erhöhen (EFA-FTI; Strategic Vision 2025). — Staatliche Bildungsausgaben um 10 % erhöhen (PRSP).
MDG3	— Gender-Ungleichgewichte im Grundschulbereich bis 2015 überwinden (PRSP). — Grundschulbeteiligung von Mädchen auf 69 % (2005) steigern (PRSP). — Anteil der alphabetisierten Frauen auf 48 % (2002) erhöhen (EFA-FTI) — Anteil der Frauen an allen Erwerbstätigen auf 23 % (2001) erhöhen (PRSP).
MDG4	— Säuglingssterblichkeit auf 60 pro 1000 Lebendgeborene (2005) bzw. 27 (2015) senken (PRSP). — Kindersterblichkeit auf 82 pro 1000 Lebendgeborene (2005) bzw. 37 (2015) senken (PRSP). — Mindestens 80 % der Landbevölkerung (2005) mit primären Gesundheitsdienstleistungen versorgen (Public Health Sector Strategy).
MDG5	— Müttersterblichkeit von 850 pro 100.000 Geburten (1995) auf 213 senken (PRSP).
MDG6	— Ausbreitung von HIV/Aids 2005 verlangsamen (National Aids Programme). — Zunahme der HIV-Infizierten bis 2010 halbieren (Public Health Sector Strategy). — Gebrauch von sicheren Verhütungsmitteln steigern (National Aids Programme). — Anteil der Malaria-Kranken reduzieren (National Malaria Framework).

(Forts. Übersicht 5: **Vergleich** *der MDG-Agenda mit offiziellen Entwicklungszielen des Jemen)*	
MDG7	— Bis 2015 100 % aller Haushalte in den Städten an die öffentliche Trinkwasserversorgung anschließen (PRSP). — Anteil der Landbewohner, die Zugang zu Trinkwasser haben, von 25 % (1998) auf 50 % (2015) erhöhen (PRSP). — Anteil der Haushalte mit Abwasserentsorgung von 7 % (1998) auf 60 % erhöhen (PRSP).
MDG8	— Gute Regierungsführung und Verwaltung sicherstellen, damit die verfügbaren Ressourcen optimal genutzt werden und alle Mitglieder der Gesellschaft an politischen Entscheidungsprozessen partizipieren (PRSP). — Qualität der Regierungsführung und der Sicherheit verbessern (Fünfjahresplan). — Reichweite der befestigten Straßen von derzeit nur 9 % aller Trassen bzw. 11km pro 1000 Quadratkilometer erhöhen (PRSP, Fünfjahresplan).
Quelle: eigener Entwurf in Anlehnung an Khan / Chase (2003, 2, Table 1); ergänzt durch Informationen in Republic of Yemen (2002); Republic of Yemen (2003).	

Ähnliches gilt für Algerien, das in seinem zentralen Entwicklungsplan für die Jahre 2001–2003 sämtliche MDGs als wichtige nationale Ziele aufgreift. Deutliche Fortschritte machte das Land bei der Reform des Bildungssektors und bei der Steigerung der Schulbeteiligungsraten. Hingegen wurden das Personenstandsrecht von 1984 bis heute nicht reformiert, das Programm zur Verbesserung der Abfallwirtschaft nicht umgesetzt und die Gesetzesvorlagen zur Übersetzung internationaler Umweltkonventionen in nationales Recht vom Parlament nicht verabschiedet. Die Güter- und Faktormärkte des Landes wurden zwar formal geöffnet und liberalisiert, die informellen Strukturen schrecken aber bis heute in- und ausländische Investoren ab. Die Prozeduren und Entscheidungen von Verwaltung und Justiz sind noch immer langwierig, kompliziert, intransparent und damit wirtschaftsfeindlich (GTZ / KfW 2005a; UN 2004a).

5 Ausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Im Bericht der Bundesregierung über ihren Beitrag zur Umsetzung der Millennium-Entwicklungziele von 2004 heißt es: „*Die MDGs und die Millenniumserklärung bilden den verbindlichen Orientierungsrahmen für die deutsche Entwicklungspolitik.*“ (Bundesregierung 2004, 1). Die Bundesregierung leiste „*konkrete Maßnahmen zur Erreichung der MDGs in den betroffenen Ländern und unterstützt Initiativen zur Verbesserung von Rahmenbedingungen für Entwicklung, wie sie durch die Millenniumserklärung gefordert werden.*“ (ibid., 1; Hervorhebung im Original). Insbesondere seien „*die internationalen Gemeinschaftsziele einschließlich der MDGs Richtschnur für die mittelfristige Politikgestaltung des BMZ.*“ (ibid., 3).

Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, inwieweit der eigene Anspruch des BMZ und der gesamten Bundesregierung bei ihrer Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit den Partnerländern in der MENA-Region sichtbar wird. Nacheinander werden (i) die geographische sowie (ii) die sektorale Ausrichtung der EZ, (iii) die von ihr geförderten Maßnahmen innerhalb der einzelnen sektoralen Schwerpunktbereiche, (iv) der politische Dialog mit den Partnerregierungen und (v) der bisherige Fortschritt bei der Umsetzung von MDG8, für die ja die Geberländer die Hauptverantwortung tragen, untersucht.

Dabei stellt sich heraus, dass sowohl die geographische als auch die sektorale Ausrichtung der deutschen EZ auch vor dem Hintergrund der MDG-Agenda vertretbar sind. Ebenso macht die Bundesregierung die Umsetzung der MDGs immer stärker zu einem Thema bei den Regierungsverhandlungen mit den Partnerländern.

Kritischer ist demgegenüber der deutsche Beitrag zu MDG8 zu bewerten. Zudem ließe sich auch der Beitrag zu den anderen Zielen in der MENA-Region noch verbessern. Hierfür müsste sich die deutsche EZ noch stärker auf Länder und Sektoren konzentrieren, wo die Problemlösungsdringlichkeit besonders groß ist und die Regierungen zur Problemlösung bereit, aus finanziellen, technischen oder administrativen Gründen aber nicht in der Lage sind.

Das größte Defizit besteht allerdings in der konzeptionellen Fundierung und Dokumentation der deutschen EZ. In den Länderkonzepten und Schwerpunktstrategiepapieren des BMZ wird so gut wie gar nicht auf die MDGs und

den Beitrag der deutschen EZ zu ihrer Umsetzung eingegangen. Zwar stimmen viele der in ihnen genannten Ziele mit der Stoßrichtung der MDG-Agenda überein, dies wird aber nicht deutlich gemacht. Zudem wird in vielen Papieren nur unzureichend aufgezeigt, inwiefern die geförderten Maßnahmen den übergeordneten Zielen dienen. Auch *ex post* wird dies nicht untersucht, da die deutsche EZ bislang noch in keinem Partnerland einer MDG-spezifischen Wirkungsanalyse unterzogen wurde.

5.1 Länderkonzentration

Die Länderprogrammierung der deutschen EZ innerhalb der MENA-Region ist auch vor dem Hintergrund der MDGs im Großen und Ganzen sinnvoll. Lediglich die Einstufung von Marokko und Ägypten als Schwerpunktpartnerländer wäre zu diskutieren, während umgekehrt eine Intensivierung des Engagements in Mauretanien in Betracht gezogen werden müsste, wenn solche Entscheidungen einzig und allein aus MDG-Perspektive zu treffen wären. Warum, wird im Folgenden erläutert.

Wenn ein Entwicklungsland große Defizite bei der Umsetzung der MDGs aufweist, bedeutet dies keineswegs, dass die EZ mit dem Land auf jeden Fall ausgebaut werden sollte. Hierfür können sehr unterschiedliche Gründe verantwortlich sein. So hängt der Fortschritt, den ein Land beim Verfolgen der MDGs macht, im Wesentlichen von drei Faktoren ab. Der erste ist die *Problemlösungsdringlichkeit*, i.e. das Ausmaß der durch die MDG-Indikatoren beschriebenen sozialen Probleme. In Kapitel 3 wurde bereits ausgeführt, dass sich z.B. die Grundschulbeteiligungsrate sehr viel leichter um ein paar Prozentpunkte steigern lässt, wenn sie bislang nur bei 50 % liegt, als wenn bereits fast jedes Kind eingeschult ist. Der zweite Faktor ist die *Problemlösungsfähigkeit* der relevanten Akteure im Entwicklungsland. Sie wird durch die Verfügbarkeit von finanziellen Ressourcen, aber auch durch das Know-how, die politische Kreativität und die administrativ-organisatorischen Kapazitäten der Akteure bestimmt. Der dritte Faktor schließlich ist die *Problemlösungsbereitschaft*, i.e. der Wille und die Entschlossenheit der politischen Entscheidungsträger zum Handeln (Lampert 1994: 145; Loewe 1999; Loewe 2000a, 7; Loewe 2004c, 394).

Aus dieser Konstellation von Faktoren ergeben sich allerdings ein ökonomisches und ein politisches Dilemma. Das ökonomische besteht darin, dass ein

Land in aller Regel gerade dann unter einer besonders großen Problemlösungsdringlichkeit leidet, wenn seine Regierung und alle anderen relevanten Akteure nur über seine begrenzte Problemlösungsfähigkeit verfügen: in einer sehr frühen Phase der Entwicklung. Das politische Dilemma hingegen liegt vor, wenn die politischen Entscheidungsträger durchaus über die erforderlichen Kapazitäten verfügen, um die bestehenden Probleme zu lösen, hierzu aber – aus welchen Gründen auch immer – nicht bereit sind. Eine Erklärung kann bspw. sein, dass sie die begrenzten Staatseinnahmen lieber für andere Zwecke ausgeben wollen (z.B. um sich selbst zu bereichern).

Wird in einem Entwicklungsland das ökonomische Dilemma konstatiert, so ist einer Kooperation zuzuraten. Im Grunde besteht der Sinn und Zweck von EZ in nichts anderem als darin, Entwicklungsländer aus eben diesem ökonomischen Dilemma zu befreien: sie in genau den Bereichen zu unterstützen, in denen die gravierendsten Engpässe ihrer Entwicklung liegen, die sie aus eigener Kraft kaum überwinden können.

Anders verhält es sich, wenn das politische Dilemma besteht, die unzureichende Umsetzung der MDGs also darauf zurückzuführen ist, dass die Regierung eines Entwicklungslandes zwar in der Lage, aber nicht bereit ist, die Probleme seiner Einwohner zu lösen. In diesem Fall kann auch EZ nicht viel ausrichten, zumal sie, wie der Name schon sagt, in der Kooperation mit einem Partner besteht, der die bestehenden Probleme als solche sieht, ein Interesse an ihrer Lösung hat und bereit ist, im Rahmen seiner Möglichkeiten hierzu beizutragen.

Die besten Voraussetzungen sind also gegeben, wenn die Problemlösungsdringlichkeit in einem Entwicklungsland sehr hoch, die Problemlösungsbereitschaft seiner Regierung ebenfalls sehr groß, ihre Problemlösungsfähigkeit aber sehr gering ist. Inwieweit solche Voraussetzungen in einem Partnerland der deutschen EZ vorliegen, ließe sich bspw. mit Hilfe eines Schemas wie in Übersicht 6 überprüfen. Hierbei handelt es sich um ein Muster, das keinem konkreten Länderfall entspricht. In der Übersicht ist eine hypothetische Zielausrichtung der bisherigen deutschen EZ aufgeführt, daneben die Beurteilung von Problemlösungsdringlichkeit, -bereitschaft und -fähigkeit im Partnerland (aufgeschlüsselt nach den einzelnen MDGs) und schließlich eine mögliche neue Zielausrichtung der deutschen EZ im selben Land.

Übersicht 6: Schema zum Vergleich von Problemlösungsdringlichkeit, -bereitschaft und -fähigkeit in den Partnerländern der EZ

Musterland	derzeitige Ausrichtung der EZ	Problemlösungs-dringlichkeit		Problemlösungs-fähigkeit		Problemlö-sungs-bereitschaft	mögliche zukünftige Ausrichtung der EZ
		absolutes Niveau der MDG-Indikatoren	relative Verbes-serung der MDG-Indikatoren	administrative und finanzielle Kapazitäten	Engagement anderer Geber	*commitment* der Regierung)	
MDG1 (Einkommensarmut)	+++	mäßig **(0)**	hoch **(+)**	klein **(+)**	stark **(–)**	stark **(+)**	+
MDG1 (Hunger)	**0**	mäßig **(0)**	hoch **(+)**	mäßig **(0)**	stark **(–)**	mäßig **(0)**	**0**
MDG2-3 (Grundbildung)	+	hoch **(+)**	mäßig **(0)**	mäßig **(0)**	schwach **(+)**	stark **(+)**	+++
MDG3 (*gender*)	+	hoch **(+)**	hoch **(+)**	groß **(–)**	schwach **(+)**	stark **(+)**	+++
MDG4 (Kindersterblichkeit)	**0**	hoch **(+)**	gering **(–)**	mäßig **(0)**	mäßig **(0)**	mäßig **(0)**	**0**
MDG5 (Müttersterblichkeit)	**0**	hoch **(+)**	mäßig **(0)**	mäßig **(0)**	stark **(–)**	mäßig **(0)**	**0**
MDG6 (HIV/Aids)	**0**	gering **(–)**	mäßig **(0)**	mäßig **(0)**	stark **(–)**	stark **(+)**	**0**
MDG6 (Malaria u.a.)	**0**	gering **(–)**	mäßig **(0)**	groß **(–)**	mäßig **(0)**	stark **(+)**	**0**
MDG7 (Umwelt)	+++	mäßig **(0)**	mäßig **(0)**	klein **(+)**	schwach **(+)**	mäßig **(0)**	+
MDG7 (Trinkwasserversorgung)	+++	mäßig **(0)**	mäßig **(0)**	klein **(+)**	stark **(–)**	mäßig **(0)**	**0**
MDG7 (Abwasserentsorgung)	+++	mäßig **(0)**	mäßig **(0)**	klein **(+)**	mäßig **(0)**	mäßig **(0)**	+++
MDG8 (offene Märkte)	+	hoch **(+)**	gering **(–)**	klein **(+)**	stark **(–)**	mäßig **(0)**	**0**
MDG8 (*governance*)	**0**	hoch **(+)**	hoch **(+)**	groß **(–)**	schwach **(+)**	schwach **(–)**	**0**
MDG8 (Arbeitslosigkeit)	+++	hoch **(+)**	hoch **(+)**	mäßig **(0)**	stark **(–)**	stark **(+)**	+
MDG8 (Medikamente)	**0**	mäßig **(0)**	gering **(–)**	mäßig **(0)**	mäßig **(0)**	mäßig **(0)**	**0**
MDG8 (Technologien)	**0**	hoch **(+)**	hoch **(+)**	mäßig **(0)**	stark **(–)**	schwach **(–)**	**0**

Erklärungen:
+ Spricht stark für ein Engagement der EZ (*Spalten 2 und 8:* EZ findet statt).
0 Spricht weniger stark für ein Engagement der EZ (*Spalten 2 und 8:* EZ findet nicht statt).
– Spricht gegen ein Engagement der EZ.
Quelle: eigener Entwurf

Dabei wird bei der Problemlösungsdringlichkeit und bei der Problemlösungsfähigkeit jeweils zwischen zwei verschiedenen Aspekten unterschieden. Dringlich sind Maßnahmen zur Lösung der bestehenden Probleme, wenn die absoluten MDG-Indikatorenwerte eines Landes auf einem besonders schlechten Niveau liegen (wenn z.B. ein sehr hoher Anteil der Einwohner unter Hunger leiden). Vor dem Hintergrund der MDGs kann man aber auch dann von einer hohen Problemlösungsdringlichkeit sprechen, wenn – unabhängig vom Ausgangsniveau – die relative Veränderung der Indikatorenwerte unbefriedigend ist (wenn bspw. die Kindersterblichkeitsziffer kaum gesunken ist). Zur Problemlösungsfähigkeit hingegen zählen einerseits die Kapazitäten und Möglichkeiten des Partnerlandes und seiner Akteure selbst, andererseits aber auch die Kapazitäten und Möglichkeiten, über die das Land nur aufgrund der mit anderen Geberländern bestehenden EZ verfügt. Indem dieser Aspekt mit berücksichtigt wird, kann verhindert werden, dass deutsche EZ gerade dort stattfindet, wo bereits alle anderen Geberländer Unterstützung leisten.

Eine *hohe Problemlösungsdringlichkeit* besteht innerhalb der MENA-Region in erster Linie im Jemen, im Sudan, in Mauretanien und im Irak. In Kapitel 3 ist deutlich geworden, dass diese vier Länder seit 1990 besonders geringe Fortschritte bei der Umsetzung der MDGs gemacht haben: Einerseits haben sich die MDG-Indikatoren in ihnen *relativ zum Ausgangsniveau* nur unzureichend verbessert haben. Anderseits sind auch die *absoluten Werte* dieser Länder besonders schlecht, was zumindest z.T. die ungenügende Bilanz dieser Länder bei der Umsetzung der MDGs erklärt, da eine bestimmte relative Verbesserung bei schlechten Ausgangswerten vergleichsweise große absolute Veränderungen voraussetzt. Bei einigen MDGs haben auch Ägypten, Algerien, Iran, Jordanien, Marokko, die Palästinensischen Gebiete und Syrien mit diesem Problem zu kämpfen – allerdings in erheblich geringerem Ausmaß.

Über besonders *geringe Problemlösungsfähigkeiten* verfügen die drei *low-income countries* der MENA-Region: der Jemen, der Sudan und Mauretanien. Ihnen mangelt es sowohl bei der Implementierung von Maßnahmen zur Erreichung der MDGs als auch beim Einkauf von Expertise an den hierfür erforderlichen finanziellen Ressourcen. Darüber hinaus leiden auch die Palästinensischen Gebiete und der Irak unter ungenügenden Problemlösungsfähigkeiten, wobei ihr Hauptproblem allerdings nicht in finanziellen Engpässen besteht. Vielmehr sind dem Handlungsspielraum dieser beiden Länder politische Grenzen gesetzt: den Palästinensischen Gebieten durch die israelische Besatzung sowie durch den ungeklärten völkerrechtlichen Status des Landes

und dem Irak durch die US-amerikanische Truppenpräsenz sowie die Sicherheitslage und die chaotischen Zustände innerhalb des Landes.

Wie es um die *Problemlösungsbereitschaft* der MENA-Länder steht, konnte in Kapitel 4 nicht abschließend geklärt werden. Man kann aber davon ausgehen, dass die meisten Regierungen in der Region überhaupt kein Interesse haben, alle MDGs umzusetzen. Dies gilt natürlich v.a. für die Verbesserung der Regierungsführung (Aspekt von MDG8), z.T. aber auch für MDG1 (Bekämpfung von Einkommensarmut und Hunger), MDG3 (Gleichstellung der Geschlechter) oder MDG7 (ökologische Nachhaltigkeit) sowie die Verbesserung der Schulbildung.

Darum wird die Länderprogrammierung der deutschen EZ innerhalb der MENA-Region im Folgenden v.a. auf der Grundlage der Problemlösungsdringlichkeiten und -fähigkeiten der einzelnen Länder beurteilt.

Deutschland kooperiert im Nahen Osten und in Nordafrika vorrangig mit vier Schwerpunktpartnerländern (Ägypten, Jemen, Marokko und den Palästinensischen Gebieten) sowie mit fünf Partnerländern (Algerien, Jordanien, Mauretanien, Syrien, Tunesien).[6] Darüber hinaus wird für die Zukunft eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Iran und dem Sudan in Betracht gezogen (vgl. Tabelle A16 im Anhang).

Das intensive Engagement der deutschen EZ im Jemen und in den Palästinensischen Gebieten ist aus Perspektive der MDG-Agenda und vor dem Hin-

6 Im Juni 2000 beschloss das BMZ, die Wirksamkeit und Signifikanz der deutschen EZ durch eine regionale und sektorale Konzentration zu verbessern. Zum einen wurde die Zahl der Kooperationsländer von ursprünglich 118 auf 70 reduziert, von denen 32 zu Partnerländern, 30 zu Schwerpunktpartnerländern und 8 zu potenziellen Partnerländern erklärt wurden. Zum anderen wurde die EZ, um ihre Signifikanz zu steigern, in jedem Partnerland auf nur noch einen von insgesamt 10 sog. Sektoren und in den Schwerpunktpartnerländern auf drei Sektoren begrenzt.

Sektoren in diesem Sinne sind (i) Demokratie, Zivilgesellschaft und öffentliche Verwaltung; (ii) Friedensentwicklung und Krisenprävention; (iii) Bildung (ohne Berufsbildung); (iv) Gesundheit, Familienplanung, HIV / Aids; (v) Trinkwasser, Wassermanagement, Abwasser / Abfallentsorgung; (vi) Ernährungssicherung, Landwirtschaft (darunter Fischerei); (vii) Umweltpolitik, Schutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen; (viii) Wirtschaftsreform und Aufbau der Marktwirtschaft; (ix) Energie (auch Energieeffizienz und regenerative Energien); sowie (x) Transport / Kommunikation, vgl. BMZ (2004a).

tergrund der vorangegangenen grundsätzlichen Überlegungen sinnvoll. Beide Länder leiden unter begrenzten Problemlösungsfähigkeiten und zumindest der Jemen hat eine besonders große Problemlösungsdringlichkeit zu beklagen. Zudem schneidet er im regionalen Vergleich im Hinblick auf die Problemlösungsbereitschaft seiner Regierung tendenziell überdurchschnittlich ab (vgl. Kapitel 4).

Diese Argumentation würde allerdings dafür sprechen, auch den Sudan, den Irak und Mauretanien zu Schwerpunktpartnerländern deutscher EZ zu machen.

Jedoch ist die MDG-Agenda nicht das einzige Kriterium für die Ausrichtung der deutschen EZ. Hierzu sollte sich die Bundesregierung auf internationaler Ebene in aller Klarheit bekennen. So leuchtet es durchaus ein, dass derzeit mit dem Sudan, mit Iran und mit dem Irak aus unterschiedlichen politischen Gründen (i.e. wegen der schlechten Menschenrechtslage, dem unzureichenden Schutz von Minderheiten, dem Mangel an innerer Sicherheit, der Zuwiderhandlung gegen völkerrechtliche Normen etc.) keine EZ stattfindet.

Keines dieser Argumente steht allerdings einem Ausbau der Zusammenarbeit mit Mauretanien entgegen. Ganz im Gegenteil würde aus der Perspektive der MDG-Agenda vieles dafür sprechen, Mauretanien zum Schwerpunktpartnerland zu machen. Es leidet unter einer weit überdurchschnittlich Problemlösungsdringlichkeit und besonders geringen Problemlösungsfähigkeiten und seine Regierung zeichnet sich zumindest nicht durch eine im regionalen Vergleich besonders geringe Problemlösungsbereitschaft aus.

Umgekehrt ist es aus MDG-Perspektive nicht ganz verständlich, dass Marokko und Ägypten Schwerpunktpartnerländer sind. Beides sind *middle-income countries*, die über größere Problemlösungsfähigkeiten verfügen als bspw. der Jemen oder Mauretanien und in denen die Problemlösungsdringlichkeit auch nicht ganz so groß ist (vgl. Kapitel 4).

Dass Algerien, Jordanien, Syrien und Tunesien keine Schwerpunktpartnerländer sind, leuchtet wiederum ein. Ebenso wie im Falle von Ägypten und Marokko handelt es sich bei diesen Ländern um *middle-income countries* mit einer mäßigen Problemlösungsdringlichkeit, mittleren Problemlösungsfähigkeiten und einer begrenzten Problemlösungsbereitschaft. In ihnen soll sich die deutsche EZ nach dem Willen des BMZ auf jeweils nur einen Sektor beschränken, wobei dies in der Praxis nur für Jordanien und Syrien eingehalten wird. In beiden ist der Wassersektor Schwerpunktbereich der deutschen EZ.

In Tunesien hingegen findet deutsche EZ in zwei Bereichen statt (in der Umweltpolitik sowie dem breiten Bereich Wirtschaftsreformen und Aufbau der Marktwirtschaft / „WiRAM“) und in Algerien de facto sogar in dreien (Umweltpolitik, Wassersektor und WiRAM). Man könnte in Frage stellen, warum Tunesien überhaupt noch durch EZ gefördert wird. Für ein vollständiges Auslaufen der Unterstützung spricht, dass Tunesien wahrscheinlich fast alle MDGs erreichen wird. Dagegen spricht indes, dass ein Abbruch der EZ mit einem Land wie Tunesien wie eine Strafe für entwicklungspolitische Erfolge wirken würde, wovon negative Anreize auch auf das Engagement anderer Länder ausgehen können. Zudem kann EZ mit Ländern, die bereits auf Erfolgskurs sind, manches Mal mehr ausrichten als in armen Ländern, die wesentlich stärker auf Unterstützung angewiesen sind, denen es aber am *commitment* der politischen Entscheidungsträger sowie an den erforderlichen institutionellen Strukturen mangelt.

5.2 Schwerpunktbildung

Die sektorale Ausrichtung der deutschen EZ in den MENA-Ländern ist ebenfalls vor dem Hintergrund der MDG-Agenda weitestgehend nachvollziehbar. In ihren Schwerpunktbereichen kann sie wichtige Beiträge zur Umsetzung der MDGs leisten. Allerdings ist sie auf einigen Feldern auch überhaupt nicht aktiv, obwohl die Partnerländer hier beinahe noch stärker auf externe Unterstützung angewiesen sind, um die MDGs zu erreichen.

Schwerpunkte der deutschen EZ mit den MENA-Ländern sind v.a. die Bereiche Wirtschaftsreform und Aufbau der Marktwirtschaft („WiRAM“) sowie Trinkwasser, Wassermanagement, Abwasser / Abfallentsorgung („Wasser“). Mit sechs seiner insgesamt neun Partner- und Schwerpunktpartnerländer kooperiert Deutschland im Bereich WiRAM, mit sieben Ländern im Wasserbereich und mit fünf Ländern beim Umwelt- und Ressourcenschutz. Hingegen bilden die Bereiche Bildung, Gesundheit und ländliche Entwicklung jeweils nur in einem Land einen Schwerpunkt der deutschen EZ. Die Förderung von *good governance* ist immerhin in zwei MENA-Ländern ein Schwerpunktbereich. Darüber hinaus ist sie Gegenstand eines Regionalvorhabens der EZ mit Algerien, Marokko und Tunesien (vgl. Tabelle A16 im Anhang).

Eigentlich ist es weder möglich noch zulässig, EZ in einzelnen Sektoren mit einem Beitrag zu bestimmten MDGs gleichzusetzen. So kann EZ im Bil-

dungsbereich bewirken, dass das Partnerland MDG2 und MDG3 (leichter) erreicht. Zugleich kann aber auch die Umsetzung von anderen Zielen begünstigt werden: bspw. von MDG4, MDG5 und MDG6, indem das Bewusstsein der Schüler für die Notwenigkeit von präventiven Maßnahmen zum Erhalt und zur Verbesserung der Gesundheit gestärkt oder ihr Umgang mit Medikamenten erleichtert wird; zu MDG1, indem die Erwerbs- und Einkommensmöglichkeiten der Schulabgänger verbessert werden und dadurch ein Beitrag zum Abbau von Einkommensarmut, Hunger und Arbeitslosigkeit geleistet wird; oder von MDG7, indem Verständnis für die Notwendigkeit eines sorgfältigen Umgangs mit der Umwelt und mit knappen natürlichen Ressourcen geweckt wird.

Umgekehrt kann EZ zum Erreichen bestimmter MDGs auch dann beitragen, wenn sie in dem intuitiv zugehörigen Sektor gar nicht stattfindet. So ist es z.B. denkbar, dass die Umsetzung von MDG4, MDG5 und MDG6 weniger an einer lückenhaften Gesundheitsinfrastruktur als an der Nachfrage hiernach scheitert. Selbst wenn auch ländliche Regionen ausreichend mit Gesundheitsdienstleistungen versorgt werden, kann die Situation eintreten, dass diese von der Bevölkerung gar nicht in Anspruch genommen werden, weil die meisten Haushalte nicht über das erforderliche Bewusstsein für die Bedeutung einer angemessenen Gesundheitsvorsorge verfügen oder weil sie zu arm sind, um sich behandeln zu lassen und hierfür auch noch ihrer Arbeit fern zu bleiben. Wirkungsvoller als EZ beim Ausbau bzw. der Reform des Gesundheitswesens sind in diesem Falle Maßnahmen, die zur Bekämpfung von Armut und zur Verbesserung der Bildung und des Gesundheitsbewusstseins der Bevölkerung beitragen.

Dennoch soll im Folgenden versucht werden, die Schwerpunktsetzung der deutschen EZ mit der MENA-Region mit dem bisherigen Stand des Millenniumsprozesses in den einzelnen Ländern abzugleichen, um – hierauf aufbauend – Aussagen über die sektorale Ausrichtung der deutschen EZ aus Perspektive der MDG-Agenda zu formulieren. Hierfür wurden folgende Annahmen getroffen:

— Die MDG-Agenda ist ein konsistentes System, dessen Ziele eng miteinander zusammenhängen (Satterthwaite 2004). Das bedeutet, dass sich Maßnahmen zur Umsetzung von einem MDG zumeist auch auf einige andere MDGs positiv auswirken. Man muss daher zwischen direkten und indirekten Effekten unterscheiden, wobei im Folgenden zunächst nur die direkten betrachtet werden. Indirekte Auswirkungen von EZ lassen sich nicht schon aus deren sektoraler Ausrichtung ablesen. Allenfalls

eine detaillierte Portfolio-Analyse für die einzelnen Schwerpunktbereiche kann hierauf Hinweise geben.

— EZ im Gesundheitsbereich entfaltet i.d.R. direkte Wirkungen auf MDG4 und MDG5, z.T. auch MDG6 – wobei diese Wirkungen sehr unterschiedliche Bedeutung haben können. Indirekte Wirkungen sind v.a. auf MDG1, MDG2 und MDG3 möglich.

— Ähnliches gilt für EZ im Bildungsbereich, die in erster Linie zur Umsetzung von MDG2 und MDG3 beiträgt, sich aber indirekt auch auf alle anderen MDGs auswirken kann.

— EZ im Umweltbereich verfolgt naturgemäß MDG7 / Unterziel 9. Inwieweit ein Beitrag auch zu anderen Zielen geleistet wird, lässt sich nur im konkreten Fall beantworten. Am ehesten ist mit eher langfristigen Auswirkungen auf MDG1 zu rechnen.

— Weniger eindeutig ist, zu welchen Zielen EZ im Wasserbereich beiträgt. In Kapitel 3 wurde bereits darauf hingewiesen, dass es insbesondere in den wasserarmen Ländern der MENA-Region zu einem Konflikt kommen kann zwischen dem Ziel, möglichst viele Einwohner mit Trinkwasser zu versorgen (Unterziel 10), und dem Ziel, die verfügbaren Wasserressourcen nachhaltig zu nutzen (Unterziel 9). Nach eigenen Angaben fühlt sich die deutsche EZ auch im Wassersektor dem Nachhaltigkeitsziel verpflichtet (Arce 2004). Daher wird im Folgenden unterstellt, dass sie auch in diesem Sektor nicht nur zu Unterziel 10, sondern auch zu Unterziel 9 einen direkten Beitrag leistet (wie groß dieser auch immer sein mag). Darüber hinaus ist mit signifikanten indirekten Auswirkungen auf MDG4 und MDG5 zu rechnen, da eine bessere Trinkwasserversorgung der Bevölkerung in aller Regel auch zu einer Verbesserung ihres Gesundheitszustands führt und v.a. die Kindersterblichkeitsraten senkt. Inwieweit EZ im Wassersektor auch zu anderen MDGs beiträgt, hängt von der konkreten Ausgestaltung ihrer Maßnahmen ab. Es gibt allerdings Belege dafür, dass sich in den meisten Fällen über kurz oder lang positive indirekte Effekte bei fast allen MDGs einstellen (Bliss 2004; Neubert / Horlemann 2005).

— Noch schwieriger ist es, allgemeingültig zu beurteilen, auf welche MDGs sich EZ-Maßnahmen im Schwerpunktbereich WiRAM positiv auswirken können. Unter dem Dach dieses Bereiches werden sehr unterschiedliche Maßnahmen subsumiert, deren unmittelbares Ziel die direkte Armutsbekämpfung, die Restrukturierung der Märkte und die Verbesserung ihrer Funktionsfähigkeit, die Steigerung des Wettbewerbs auf den Märkten oder die Privatisierung öffentlicher Unternehmen sein kann.

Mittelbar sollen die Maßnahmen also alle zur Steigerung des Wachstums und zur Bekämpfung von Armut beitragen. Inwiefern dies gelingt, hängt in erster Linie davon ab, ob die ergriffenen Maßnahmen (i) der Lage des Partnerlandes angemessen sind, (ii) an seinen tatsächlichen Problemen ansetzen und (iii) konsequent umgesetzt werden. Dennoch beruhen die folgenden Überlegungen auf der Annahme, dass deutsche EZ in ihrem Schwerpunktsektor WiRAM zumindest grundsätzlich einen unmittelbaren oder mittelbaren Beitrag zur Bekämpfung von Einkommensarmut (Unterziel 1) leisten kann. Soweit dies gelingt, ist ebenfalls mit positiven Auswirkungen auf die Zahl der unter Hunger leidenden Einwohner zu rechnen. Zudem zielen die konkreten Maßnahmen der deutschen EZ im Schwerpunktbereich WiRAM in allen MENA-Ländern auch auf eine Verringerung der Arbeitslosigkeit und eine bessere Regulierung der Märkte ab.

Übersicht 7 liegen diese Annahmen zugrunde. In ihr werden die Schwerpunkte der deutschen EZ in der MENA-Region mit dem Stand des Millenniumsprozesses in den einzelnen Partnerländern verglichen.

Dabei wird zunächst nach der *ökonomischen Problemlösungsfähigkeit* dieser Länder unterschieden zwischen *low-income countries* (Jemen, Mauretanien) und *middle-income countries* (Ägypten, Algerien, Jordanien, Libanon, Marokko, Palästinensische Gebiete, Syrien, Tunesien). Separat werden zudem die potenziellen zukünftigen Partner-/Schwerpunktpartnerländer deutscher EZ in der MENA-Region (Irak, Iran, Sudan) aufgeführt. Länder hingegen, die aufgrund ihres hohen Pro-Kopf-Einkommens über besonders große eigenständige Problemlösungskapazitäten verfügen und daher auch vom BMZ nicht als Partnerländer deutscher EZ in Betracht gezogen werden, sind in Übersicht 7 nicht berücksichtigt.

Sodann weist die Übersicht das Ausmaß der *Problemlösungsdringlichkeit* in den aufgelisteten Ländern differenziert für die einzelnen MDGs aus. Dunkel unterlegte Felder zeigen an, dass ein Land besonders große Probleme bei der Umsetzung eines oder mehrerer der MDGs hat. Dadurch wird deutlich, welche MENA-Länder in welchen Bereichen besonders stark auf externe Unterstützung angewiesen sind: Für den Irak und die *low-income countries* Jemen, Mauretanien und Sudan gilt dies für fast alle Sektoren; nur etwas besser ist die Lage im Iran. Hingegen lassen sich für die anderen Länder eindeutig Prio-

Übersicht 7: MDG-Orientierung der deutschen EZ mit den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas

	MDG1		MDG2	MDG3		MDG4	MDG5	MDG6	
	Einkommensarmut	Hunger	Grundbildung	*Gender* (Bildung)	*Gender* (Erwerb)	Kindersterblichkeit	Müttersterblichkeit	HIV/Aids	Malaria
***Low-income countries* (nur Partner- / Schwerpunktpartnerländer)**									
Jemen	■	x	■	■	x	■	■	x	x
Mauretanien	x	x						x	
***Middle-income countries* (nur Partner- / Schwerpunktpartnerländer)**									
Ägypten	■	x	■	■	x	x	x		
Algerien	■	x			x	x	x		
Jordanien			■	■	■	■	x		
Libanon	■		■						
Marokko	■	x	x	■	■	■	■	■	x
Paläst. Geb.	■	x	■	■	x	x	x		
Syrien	x	x	x	x		x	x		
Tunesien	■			■	x	x	x		
Potenzielle Partner- / Schwerpunktpartnerländer									
Irak									
Iran									
Sudan									

Quelle: Tabelle A1 im Anhang; BMZ (2004a).

Erläuterungen:

schwarzer Hintergrund: MDG kann unter den derzeitigen Rahmenbedingungen wahrscheinlich nicht erreicht werden.
grauer Hintergrund: MDG kann u.U. erreicht werden.
weißer Hintergrund: MDG wird wahrscheinlich erreicht.

■ Die deutsche EZ kann in ihren Schwerpunkten einen unmittelbaren Beitrag zur Umsetzung des jeweiligen MDGs leisten.
■ Zur Umsetzung des MDG tragen auslaufende Projekte der deutschen EZ / Projekte außerhalb der Schwerpunkte / Projekte des Regionalvorhabens *governance* bei.
x Die deutsche EZ kann einen mittelbaren Beitrag zur Umsetzung des MDG leisten.

Forts. Übersicht 7: **MDG-Orientierung der deutschen EZ mit den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas**

	MDG7		**MDG8**					
	Umwelt-schutz	Trink-wasser	Sanitär-anlagen	offene Märkte	*Gover-nance*	Jugend-arbeits-losigkeit	Medika-mente	moderne Techno-logien
Low-income countries **(nur Partner- / Schwerpunktpartnerländer)**								
Jemen	x	□	□	□		□	x	
Mauretanien	□				□			
Middle-income countries **(nur Partner- / Schwerpunktpartnerländer)**								
Ägypten	□	■	■	□		□		
Algerien	□	□	□	□	□	□		□
Jordanien	x	□	■					
Libanon								
Marokko	□	□	□	x	□	□		
Paläst. Geb.	x	■	□		□	□		
Syrien	x	■	■	□	□			
Tunesien	x	□	■	■	□	□		
Potenzielle Partner- / Schwerpunktpartnerländer								
Irak								
Iran								
Sudan								

Quelle: Tabelle A1 im Anhang; BMZ (2004a).

Erläuterungen:

schwarzer Hintergrund: MDG kann unter den derzeitigen Rahmenbedingungen wahrscheinlich nicht erreicht werden.
grauer Hintergrund: MDG kann u.U. erreicht werden.
weißer Hintergrund: MDG wird wahrscheinlich erreicht.

□ Die deutsche EZ kann in ihren Schwerpunkten einen unmittelbaren Beitrag zur Umsetzung des jeweiligen MDGs leisten.
■ Zur Umsetzung des MDG tragen auslaufende Projekte der deutschen EZ / Projekte außerhalb der Schwerpunkte / Projekte des Regionalvorhabens *governance* bei.
x Die deutsche EZ kann einen mittelbaren Beitrag zur Umsetzung des MDG leisten.

Übersicht 8: Laufende Maßnahmen der deutschen EZ in den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas im Jahre 2004
WiRAM
Ägypten: Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) des formellen und informellen Sektors; Förderung angepasster Finanzdienstleistungen; Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen; berufliche Bildung
Algerien: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Förderung von KMU und Existenzgründern (v.a. Frauen); Förderung des Verbandswesens; Reform der Berufsausbildung
Jemen: angepasste Berufsausbildung und Finanzierung für informelle KMU; Finanzierung des Sozialfonds; Kammerförderung; Frauenförderung als Querschnittsaufgabe; Beratung bei staatlicher Planung & Aufsicht
Libanon: Förderung des Berufsbildungssystems
Marokko: Beratung von Berufsverbänden; Handelsförderung; KMU-Förderung; Verbesserung der dualen Berufsausbildung; Förderung des sozialen Dialogs
Mauretanien Beratung im PRS-Prozess
Palästinensische Gebiete: arbeitsintensive Maßnahmen beim Ausbau der Infrastruktur als Maßnahme gegen Arbeitslosigkeit und Armut; Förderung von Verbänden und Unternehmen; Verbesserung des Berufsbildungssystems
Tunesien: KMU-Förderung durch Kredite und Beratung; Auf- und Ausbau der dualen Berufsausbildung
Grundbildung
Ägypten: dezentraler Bau von Schulen; deutsche Universität
Jemen: Institutionenförderung auf allen Ebenen; *community participation;* Lehrerfortbildung, Förderung der Bildung von Mädchen; Bau und Ausstattung von Schulen und Distriktschulbehörden
Jordanien: Grundschulbau; Verbesserung von Schulgebäuden in informellen Stadtvierteln und Flüchtlingslagern
Marokko: funktionale Alphabetisierung im Zusammenhang mit Maßnahmen im Schwerpunkt WiRAM
Palästinensische Gebiete: arbeitsintensiver Bau und Rehabilitierung von Schulgebäuden
Gesundheit
Jemen: Beratung bei Sektorreform; Dezentralisierung und Budgetplanung; Bewusstseinsbildung; Institutionenförderung; Fortbildung des Managements, v.a. des weiblichen Personals; Bereitstellung der Infrastruktur für Gesundheits- und Familienplanung
Marokko: Dezentralisierung im Gesundheitswesen; reproduktive Gesundheit/ Unterstützung der nationalen Anti-Aids-Kampagne
Palästinensische Gebiete: Ausrüstung von Krankenhäusern; Rehabilitation von sozialer Infrastruktur; Förderung der Jugendgesundheit durch Bewusstseinskampagnen in Schulen

Forts. Übersicht 8: Laufende Maßnahmen der deutschen EZ in den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas im Jahre 2004
Wasser **Ägypten:** armutsorientierte Wasserversorgung; organisatorische Reformen; Erhalt der Wasserqualität; optimiertes Bewässerungsmanagement **Algerien:** integriertes Wassermanagement inkl. Grundwasserschutz; Organisationsentwicklung; Trinkwasserversorgung und -aufbereitung; Bewässerung in der Landwirtschaft **Jemen:** bezahlbare Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung; Aufklärungsarbeit gegen Wasserverschwendung; nachhaltiges Wasserbassinmanagement; Beratung bei Rahmengesetzgebung und Wassertarifsystemen **Jordanien:** Abwasserentsorgung und -aufbereitung; Erhalt der Grundwasserqualität; Bewässerungsmanagement **Marokko:** Trinkwasserversorgung in Kleinstädten und im ländlichen Raum; Trinkwasserschutzgebiete; Bewässerungs-Management **Palästinensische Gebiete:** Beratung bei Wasserpolitik und beim Aufbau eines institutionellen Rahmens; Verbesserung des Wassermanagements; Beheben von Wasserverlusten; gesundheitsverträgliche Abwasserentsorgung und -wiederaufbereitung für die Landwirtschaft; Trinkwasserversorgung **Syrien:** Abwasser und Abfallentsorgung: Behebung von Lecks in der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, konzeptionelle Beratung beim Wassermanagement **Tunesien:** Bewässerungs- und Wasserressourcenschutz-Management; Wasserversorgung in unterversorgten Landesteilen; Neu- und Ausbau sowie Rehabilitierung von Kläranlagen
Umwelt **Ägypten:** Rechtsberatung bei Luft- und Wasserreinhaltung durch Umweltnormen; Bau von Wind- und Wasserkraftwerken **Algerien:** Umweltgesetzgebung; integriertes Umweltmanagement; Monitoringsysteme; lokaler Umweltschutz; Bewusstseinskampagnen; **Jemen:** Abfallbeseitigung und -entsorgung, bezahlbare Abwasserentsorgung **Jordanien:** Abfallentsorgung; Windenergiepark **Marokko:** industrieller Umweltschutz (Schutz von Luft und Wasser; Verringerung des Ressourcenverbrauchs); Beratung bei Wüstenbekämpfung, Erhalt der Biodiversität, Ressourcenschutz, Aufbau von Nationalparks und Schutz von Wassereinzugsgebieten; Förderung erneuerbarer Energien; kommunaler Umweltschutz **Mauretanien:** nachhaltige Nutzung der Fischerei-Ressourcen; NRO-Förderung bei der Wüstenbekämpfung; Biodiversitätsprojekt Senegal; Nationalparkverwaltung; **Palästinensische Gebiete:** Institutionen und Infrastruktur für eine ordentliche Abfallbeseitigung; Bau von Kläranlagen im Interesse des Umwelt- und Ressourcenschutzes und als Maßnahme der Gesundheitsprävention **Tunesien:** Institutionenförderung; konzeptionelle Beratung; Stärkung von Regionalstrukturen; Förderung der Abstimmung von Regierung, Kommunen, NROs u.a.; Aufbau einer geordneten Abfallentsorgung; industrieller Umweltschutz (Luft- und Wasserreinhaltung, Reduktion des Ressourcenverbrauchs)

Forts. Übersicht 8: Laufende Maßnahmen der deutschen EZ in den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas im Jahre 2004
Governance
Algerien, Marokko, Tunesien: Regionalvorhaben „gute Regierungsführung" (regionaler Dialog zu Partizipation, Pluralismus, Transparenz, Rechenschaftspflicht der Regierung; Unterstützung der Zivilgesellschaft und von staatlichen Reformprozessen)
Mauretanien: Unterstützung der Dezentralisierung/Förderung kommunaler Gebietskörperschaften und Selbstbestimmung, Begleitung der Kommunalwahlen; Aufbau einer korruptionsfreien Verwaltung; Stärkung der Nationalversammlung und des Rechnungshofes; Verbesserung der Erwerbsmöglichkeiten und der rechtlichen und politischen Stellung von Frauen
Palästinensische Gebiete: *capacity building* in Ministerien und beim nationalen Statistikamt, bei NROs und bei der Kommunalverwaltung mit den Schwerpunkten Demokratie-Förderung, Menschenrechte, Umgang mit Wasser, Frauen und Jugendliche; Förderung kommunaler Selbstverwaltung
Syrien: Beratung der *National Planning Commission*
Quelle**:** BMZ (1997); BMZ (2000a); BMZ (2002b); BMZ (2002c); BMZ (2002d); BMZ (2003a); BMZ (2003b); BMZ (2003c); BMZ (2004b); BMZ (2004c); BMZ (2004d); BMZ (2004e); BMZ (2004f); BMZ (2004g); BMZ (2004h); BMZ (2004j); BMZ (2004k); BMZ / Ägypten (2003); BMZ / Algerien (2003a); BMZ / Algerien (2003b); BMZ / Marokko (2000); BMZ / PA (2004a); BMZ / PA (2004b); BMZ / Tunesien (2003); GTZ / KfW (2005a); GTZ / KfW (2005b); GTZ / KfW (2005c); GTZ / KfW (2005d).

ritäten identifizieren. Durchweg haben sie die größten Probleme mit der Umsetzung von MDG1 (Bekämpfung von Einkommensarmut und Hunger) sowie mehreren Unterzielen von MDG8 (gute Regierungsführung, Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, Zugang der Bevölkerung zu modernen Technologien). Daneben bestehen in den meisten dieser *middle-income countries* aber auch Defizite im Bereich von MDG7 (Umweltschutz), von MDG3 (politische und gesellschaftliche Gleichstellung der Frauen) sowie – was in der Übersicht nicht deutlich wird, weil es hierfür keine klaren Indikatoren gibt – bei der Qualität der Schulbildung.

Die Eintragungen in den einzelnen Feldern der Übersicht zeigen an, zu welchen MDGs die deutsche EZ innerhalb ihrer Schwerpunktbereiche entsprechend der weiter oben getroffenen Annahmen Beiträge leisten kann. Sterne bezeichnen mögliche direkte Auswirkungen, Gleichheitszeichen weisen auf die mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten indirekten Effekte hin und Kreuze deuten an, in welchen Bereichen sich die deutsche EZ derzeit noch in auslaufenden Programmen bzw. Projekten engagiert.

Lediglich die *Problemlösungsbereitschaft* der einzelnen Partner- und Schwerpunktpartnerländer konnte aus Gründen der Übersichtlichkeit – und weil hierüber keine abgesicherten Informationen vorliegen – nicht in der Übersicht dargestellt werden.

Die Gegenüberstellung macht deutlich, dass deutsche EZ in der MENA-Region ganz überwiegend in Bereichen stattfindet, in denen sie insbesondere zum Erreichen von MDG1 und MDG7 Beiträge leisten kann. Bei beiden Zielen machten die meisten MENA-Länder bislang – wenn überhaupt – nur unzureichende Fortschritte. Umgekehrt engagiert sich die deutsche EZ kaum in Bereichen wie bspw. dem Gesundheitssektor, wo sie v.a. zu MDG4 und MDG5 beitragen könnte, mit deren Umsetzung die MENA-Länder die geringsten Probleme haben.

Übersicht 7 zeigt allerdings auch, dass sich Deutschland als Geber auch in solchen Sektoren nur in begrenztem Umfang engagiert, in denen eine sehr hohe Problemlösungsdringlichkeit besteht. So werden nur in wenigen Ländern Maßnahmen gefördert, die unmittelbar abzielen auf

— die Förderung von Demokratie und *good governance* (Teilaspekt von MDG8),

— die Verbesserung des Zugangs von privaten Haushalten und Kleinunternehmen zu modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (Unterziel von MDG8),

— eine umfassende Gleichstellung der Frauen (MDG3) bzw.

— eine höhere Qualität der Schulbildung in der Region (Nebenaspekt von MDG2).

Die bislang erschienenen *Arab Human Development Reports* argumentieren, dass die gravierendsten Entwicklungshemmnisse der arabischen Länder in diesen vier Bereichen liegen (UNDP / AFESD 2002; UNDP / AFESD 2003; UNDP / AFESD 2004; vgl. auch Kapitel 3).

Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt man, wenn man Übersicht 7 betrachtet. In allen ihren Partnerländern engagiert sich die deutsche EZ fast ausschließlich in Bereichen, in denen bislang keine ausreichenden Fortschritte bei der Verfolgung der MDGs gemacht wurden. Natürlich ist sie nicht überall dort tätig, wo Defizite bestehen. Es fällt allerdings auf, dass in den meisten Partnerländern dieselben Felder „ausgespart“ wurden: *governance*, die Stellung

der Frauen, die Informations- und Kommunikationsinfrastruktur sowie die Qualität von Bildung.

Nur zwei Länder weichen insofern von dieser Regel ab, als sich die deutsche EZ in ihnen auch in anderen Sektoren nicht engagiert, in denen eine große Problemlösungsdringlichkeit besteht. Hierbei handelt es sich um Jordanien und Mauretanien. In Jordanien leistet sie keinen direkten Beitrag zu MDG1, obwohl Einkommensarmut und Hunger nach wie vor große Probleme darstellen. Mauretanien hingegen ist bei fast allen MDGs auf externe Unterstützung angewiesen, darunter auch MDG1–6, zu deren Umsetzung die deutsche EZ derzeit allenfalls indirekt beiträgt.

Allerdings ist kein Geber dazu verpflichtet, alle seine Partnerländer bei der Umsetzung sämtlicher MDGs zu unterstützen. Es gibt sogar gute Argumente für eine sektorale Fokussierung. Hierfür spricht *erstens*, dass sich jeder Geber nur in den Bereichen engagieren sollte, in denen er auch über komparative Stärken verfügt. *Zweitens* erleichtert eine solche Spezialisierung der Geber die Koordination und Harmonisierung ihrer EZ, da jeder Geber nur noch in wenigen Sektoren aktiv ist und sich in jedem Sektor nur noch wenige Geber absprechen müssen. *Drittens* steigt die Wirksamkeit und Sichtbarkeit der EZ einzelner Geber, wenn sie sich auf wenige Sektoren beschränkt, und lässt sich dadurch auch leichter überprüfen und nachweisen. *Viertens* können die Geber die sektoralen Strategien ihrer Partnerländer leichter verfolgen und beeinflussen, wenn sie jeweils nur in wenigen Bereichen, dafür in diesen aber umso intensiver, tätig sind. *Fünftens* ist es auch für die Partnerländer eine Erleichterung, wenn sie in jedem Sektor jeweils nur mit wenigen Gebern verhandeln müssen.

Zudem kann es ganz und gar rational sein, wenn sich die Geber in bestimmten Bereichen überhaupt nicht engagieren, obwohl gerade in diesen die Problemlösungsdringlichkeit sehr groß ist. Dies liegt wiederum daran, dass Entwicklungsprobleme sehr unterschiedliche Ursachen haben können. U.a. ist denkbar, dass ein Entwicklungsland durchaus in der Lage wäre, ein bestimmtes Problem eigenständig zu lösen, hierzu aber nicht bereit ist. In einer solchen Situation ist EZ weder erforderlich noch sinnvoll.

Bspw. kann man davon ausgehen, dass zumindest die *middle-income countries* der MENA-Region über ausreichende Kapazitäten verfügen, um die Versorgung der Bevölkerung mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien zu verbessern. Sie sind hierbei weder auf finanzielle noch auf

administrative Unterstützung durch die Geber angewiesen. Offensichtlich haben sie aber andere Prioritäten gesetzt. Je nachdem, wie sinnvoll diese Prioritäten zu bewerten sind, ist von EZ im Bereich der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur zu- bzw. abzuraten.

Eine ähnliche Frage stellt sich für die anderen drei oben genannten Bereiche, in denen bislang trotz einer sehr hohen Problemlösungsdringlichkeit kaum deutsche EZ stattfindet, i.e. für den *governance*-Bereich, die Stellung der Frauen und die Qualität von Bildung. Man kann sich durchaus vorstellen, dass Reformen in diesen drei Bereichen durch EZ zumindest erleichtert bzw. beschleunigt werden könnten. Allerdings bestehen Zweifel daran, dass die Regierungen der MENA-Länder an solchen Reformen überhaupt interessiert sind. Gerade weil es sich um sehr sensible Bereiche handelt, muss diese Frage beantwortet werden, bevor über EZ im *governance*-, *gender*- oder Bildungsbereich nachgedacht wird. Gegen den ausdrücklichen Willen der Machthaber in den Partnerländern kann auch sie nicht viel ausrichten und u.U. sogar negative Effekte haben. Umgekehrt handelt es sich aber auch um drei sehr wichtige Bereiche, vor denen sich EZ nicht unter Verweis auf die unzureichende Problemlösungsbereitschaft der Parterregierungen drücken kann. Zumindest müssen die Geber in den Regierungsgesprächen regelmäßig und beharrlich auf die Probleme in den drei genannten Bereichen zu sprechen kommen und mit Nachdruck Reformen anmahnen. Darüber hinaus sollte nach Teilbereichen Ausschau gehalten werden, in denen auch die Regierungen der Partnerländer nichts gegen Reformen und gegen EZ einzuwenden haben und zumindest partielle Verbesserungen erreicht werden können. Ggf. muss allerdings auch über eine deutliche Verringerung der EZ mit den betreffenden Ländern nachgedacht werden – gerade weil Demokratie und gute Regierungsführung, die Gleichstellung der Geschlechter und die Qualität von Bildung für die Entwicklung eines Landes und das Wohlergehen seiner Bewohner von größter Bedeutung sind.

5.3 Maßnahmen der bilateralen deutschen EZ

Das größte Problem der deutschen EZ mit den MENA-Ländern besteht allerdings darin, dass weder ihre tatsächlichen noch ihre beabsichtigten Effekte angemessen dokumentiert werden. Die vorliegenden Strategiepapiere verdeutlichen nur unzureichend, inwiefern die deutsche EZ zur Umsetzung der MDG-Agenda in der Region beitragen will. Erst recht liegen keine Erkennt-

nisse darüber vor, ob sie diesen Beitrag tatsächlich leistet, da bislang noch in keinem Land eine MDG-spezifische Wirkungsanalyse stattfand.

Aus der sektoralen Ausrichtung der deutschen EZ lassen sich lediglich Rückschlüsse über ihren potenziellen Beitrag zur Umsetzung der MDGs ziehen. Um zu Aussagen über ihren tatsächlichen Beitrag zu gelangen, muss man detailliert ihr Maßnahmen-Portfolio innerhalb der einzelnen Schwerpunktbereiche betrachten. Hierzu wurden die Länderkonzepte und Schwerpunktstrategiepapiere (SSPs) des BMZ herangezogen und einer genauen Analyse unterzogen.

Die Länderkonzepte und SSPs sind die zentralen Instrumente des Ministeriums bei der Planung und Steuerung der deutschen EZ. In den Länderkonzepten wird die Situation des jeweiligen Partnerlandes dargestellt: die wichtigsten Entwicklungsprobleme und -potenziale werden benannt, das bisherige Engagement der deutschen EZ wird analysiert und die Beiträge anderer Geber werden beschrieben. Ausgehend von dieser Analyse wird dann die zukünftige Ausrichtung der deutschen EZ abgeleitet und begründet, wobei insbesondere auf die Schwerpunktsetzung eingegangen wird. Die SSPs bauen hierauf auf. Sie benennen die Defizite im jeweiligen Sektor sowie die für den Sektor bedeutsamen Entwicklungshemmnisse in anderen Sektoren, analysieren die (potenziellen) Eigenleistungen des Partnerlandes und seine für den Schwerpunktbereich relevanten Entwicklungspläne sowie die Beiträge anderer Geber zur Entwicklung in diesem Bereich. Hieraus wird abgeleitet, welche Einzelmaßnahmen von der deutschen EZ gefördert werden. Dabei soll insbesondere deutlich werden, welchen strategischen Ansatz die deutsche EZ im Sektor nimmt, inwieweit ihre Einzelmaßnahmen miteinander verknüpft sind und sich aus einem projektübergreifenden Förderkonzept ergeben, wie eine strukturbildende Wirkung durch Konzentration erzielt wird und inwiefern es gelingt, den sektorpolitischen Dialog zu intensivieren (Rodenberg 2001, 1).

In einer Handreichung des BMZ zur Erstellung der SSPs vom Oktober 2000[7] wird darüber hinaus darauf hingewiesen, dass die Papiere verdeutlichen sollen, inwiefern die Maßnahmen im jeweiligen Schwerpunktbereich zu den Zielen der deutschen EZ beitragen. Seit der Verabschiedung des Aktionspro-

7 Wörtlich abgedruckt in Rodenberg (2001, 31–38).

gramms 2015 im April 2001 handelt es sich hierbei in erster Linie um die Armutsbekämpfung (nach einem breiten Verständnis von Armut). Unter dem Dach dieses überwölbenden Ziels gibt es weitere Ziele der sozialen und ökonomischen Entwicklung (armutsorientiertes Wachstum, soziale Gerechtigkeit, menschenwürdige Lebensbedingungen), der politischen Entwicklung (Stabilität, Frieden, Menschenrechte, Demokratie) sowie der ökologischen Entwicklung (Umwelt- und Ressourcenschutz) sowie die Querschnittsaufgaben Partizipation, Gleichberechtigung der Geschlechter und Nachhaltigkeit (Rodenberg 2001, 2).

Für die vorliegende Studie wurden die Länderkonzepte und SSPs des BMZ für die MENA-Länder daraufhin geprüft, inwieweit sie das Engagement der deutschen EZ für das allgemeine Ziel der Armutsbekämpfung dadurch spezifizieren, dass konkrete Beiträge zu den einzelnen MDGs benannt werden. Dabei wurden v.a. die in Übersicht 9 aufgelisteten Fragen an die Strategiepapiere gerichtet. Auf sie sollten alle Strategiepapiere Auskunft geben. Kein anderer Ort ist besser dafür geeignet, in dem die deutsche EZ konkret und detailliert darlegt, welche Beiträge sie zur Umsetzung der MDG-Agenda in ihren Partnerländern leistet (BMZ 2005a).

Bei der Analyse der Länderkonzepte und SSPs der deutschen EZ[8] stellte sich heraus, dass sich die Ziele und Ansätze der deutschen EZ in weiten Bereichen mit der MDG-Agenda decken und dass die geförderten Maßnahmen tatsächlich einen wichtigen Beitrag hierzu leisten können, dass dies aber nur unzureichend dokumentiert wird. Umgekehrt belegen allerdings auch die Partnerländer, die hierfür in erster Linie verantwortlich sind, welche der von ihnen ergriffenen und ggf. durch EZ geförderten Maßnahmen dem Erreichen der MDGs dienen sollen.

Schon eine erste, rein quantitative Auswertung der Papiere machte deutlich, dass die MDG-Agenda bei der Strategieplanung der deutschen EZ bislang kaum berücksichtigt wurde. Für sieben der insgesamt neun Partner-/Schwerpunktpartnerländer der deutschen EZ in der MENA-Region waren Länderberichte verfügbar, zu einem achten (Mauretanien) eine Länderinformation. In keinem einzigen dieser Papiere fand sich irgend ein Bezug zu den MDGs oder zur Millenniumserklärung. Länderkonzepte existieren nur für die vier

8 Sämtliche ausgewerteten Strategiepapiere sind unter Tabelle A16 im Anhang aufgeführt.

Schwerpunktpartnerländer. Zwei von ihnen enthalten ebenfalls keinerlei MDG-Bezug und das dritte spricht die MDG-Agenda nur am Rande an. Lediglich das Länderkonzept Jemen geht hierauf ausführlich und an zentraler Stelle ein. Ähnliches stellte sich bei der Auswertung der verfügbaren SSPs bzw. SSP-Entwürfe heraus. Zehn von 13 Papieren[9] sprechen die MDGs nicht einmal an und nur ein einziges leitet die Ziele und Maßnahmen der deutschen EZ überzeugend aus den Entwicklungsplänen des Partnerlandes ab, die sich wiederum auf die MDG-Agenda berufen (vgl. ausführlicher Tabelle A17 im Anhang).

Die zweite, qualitativ ausgerichtete Auswertung der SSPs relativierte den Eindruck von der ersten, rein quantitativen Auswertung kaum. Sie zeigte, dass die deutsche EZ auch innerhalb ihrer Schwerpunktbereiche so ausgerichtet ist, dass sie tatsächlich in signifikantem Umfang zur Umsetzung der MDG-Agenda beitragen kann. Viele ihrer Ziele decken sich weitgehend mit einzelnen MDGs und die von ihr geförderten Maßnahmen erscheinen zielführend. Jedoch wird weder auf die MDGs Bezug genommen, noch werden die erwarteten Wirkungsketten zwischen den einzelnen Maßnahmen und den angestrebten Ergebnissen der deutschen EZ, sowie zwischen diesen Ergebnissen und den übergeordneten Zielen nachvollziehbar beschrieben. In vielen Papieren könnte man diese Defizite wahrscheinlich ohne größere Schwierigkeiten beheben. Auf jeden Fall lässt sich die deutsche EZ durch die derzeitige Form ihrer Strategiepapiere eine hervorragende Möglichkeit entgehen, ihren tatsächlichen Beitrag zur Umsetzung der MDG-Agenda in angemessener Form darzustellen. Dies lässt sich im Einzelnen anhand der in Übersicht 9 formulierten Fragen belegen:

— *Stand des MDG-Prozesses:* Die meisten SSPs gehen relativ genau darauf ein, welche Fortschritte das Partnerland im Verlaufe der letzten Jahre in MDG-relevanten Bereichen gemacht hat. In vielen Fällen werden hierbei auch Werte für MDG-Indikatoren angeführt. Jedoch wird nur in einem Papier deutlich, dass es sich um einen MDG-relevanten Bereich bzw. einen Indikator aus der MDG-Agenda handelt. Zudem kommt in den meisten Papieren nur unzureichend zum Ausdruck, welche Entwick-

9 Zu allen Ländern der Region müssten eigentlich 20 SSPs existieren. Jedoch lagen zum Zeitpunkt der Auswertung sechs dieser SSPs noch nicht vor und ein siebtes lag zwar vor, war aber nicht verfügbar.

Übersicht 9: Fragen zum MDG-Bezug der Strategiepapiere der deutschen EZ

- **Wird auf den Stand des MDG-Prozesses im Partnerland eingegangen?**
  - Wird deutlich, wo die größten Defizite und Probleme bei der Umsetzung der MDGs bestehen?
  - Werden die Ursachen dieser Defizite und Probleme analysiert?
  - Wird erklärt, warum das Partnerland seine Probleme nicht (selbst) lösen kann?
- **Wird deutlich, zu welchen MDGs die deutsche EZ einen Beitrag leisten soll?**
  - Werden die Ziele der deutschen EZ konkret benannt?
  - Wird dargelegt, warum diese und keine anderen Ziele verfolgt werden?
  - Werden die MDGs / einzelne MDGs als Ziele der deutschen EZ benannt?
  - *Wenn nein:* Inwieweit bestehen Übereinstimmungen zwischen den konkreten Zielen der deutschen EZ im Partnerland und den MDGs?
  - Handelt es sich hierbei um die MDGs, die dem Partnerland besonders große Schwierigkeiten bereiten?
  - *Wenn nein:* Wird deutlich, dass der deutsche Beitrag zur Umsetzung eines MDGs für das Partnerland u.U. dennoch wichtig ist?
- **Wird der erwartete Wirkungszusammenhang zwischen dem Ansatz bzw. den Maßnahmen der deutschen EZ und den MDGs / ihren sonstigen Zielen plausibel vermittelt?**
  - Wird dargelegt, auf welchen Annahmen und welchem Ansatz das deutsche Engagement beruht?
  - Wird erläutert, inwiefern der Ansatz der deutschen EZ zu den angestrebten Zielen beiträgt?
  - Werden die Maßnahmen der deutschen EZ ausreichend detailliert beschrieben?
  - Ergeben sich diese Maßnahmen aus dem konzeptionellen Ansatz der deutschen EZ?
  - Wird begründet, warum gerade diese Maßnahmen sinnvoll sind – und nicht etwa andere?
  - Wird der Wirkungszusammenhang zwischen den Maßnahmen und den Zielen der deutschen EZ überzeugend dargelegt?

Forts. Übersicht 9: Fragen zum MDG-Bezug der Strategiepapiere der deutschen EZ
— **Wird erklärt, warum ein Engagement der deutschen EZ erforderlich und sinnvoll ist?** — Wird erläutert, warum das Partnerland die Maßnahmen der deutschen EZ nicht auch selbst / ohne externe Unterstützung ergreifen kann? — Hilft das deutsche Engagement dem Partnerland, die entscheidenden Engpässe beim Verfolgen der MDGs zu überwinden? — Wird erläutert, inwiefern die deutsche EZ bei der Durchführung der einzelnen Maßnahmen komparative Vorteile gegenüber anderen Gebern hat? — **Wird erklärt, ob und warum die deutsche EZ u.U. auch andere Ziele als die MDGs verfolgt?** — Verfolgt die deutsche EZ – neben den MDGs (auch) andere Ziele? — *Wenn ja:* Wird dies in ausreichender Offenheit und Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht? — Wird dargelegt, warum auch diese Ziele sinnvoll sind?
Quelle: eigene Zusammenstellung

lungsprobleme gravierender sind als andere und auf welche Faktoren die einzelnen Entwicklungsprobleme zurückgeführt werden können.

— *Ziele der deutschen EZ:* In fast allen Papieren werden die jeweiligen sektoralen Ziele der deutschen EZ eindeutig definiert und in den meisten Fällen decken sie sich auch weitgehend mit einzelnen MDGs. Fast immer handelt es sich hierbei auch um eines derjenigen MDGs, mit dessen Umsetzung das Partnerland ernsthafte Schwierigkeiten hat. Allerdings wird dies nicht hervorgehoben. Selbst dort, wo sich die Zielsetzung der deutschen EZ vollständig mit der Stoßrichtung der MDG-Agenda deckt, wird das entsprechende MDG nicht mit einem Wort erwähnt. Darüber hinaus wird nur in wenigen Fällen begründet, warum die deutsche EZ ein bestimmtes Ziel anstrebt und keine anderen, bei deren Umsetzung das Partnerland u.U. mit ähnlich großen Problemen kämpft.

— *Zusammenhang zwischen Zielen und Maßnahmen der deutschen EZ:* Die meisten SSPs benennen nicht nur die Ziele der deutschen EZ, sondern beschreiben auch relativ präzise ihren Ansatz und die von ihr geförderten Maßnahmen. Dabei steht außer Frage, dass nahezu alle diese Maßnahmen für das Partnerland hilfreich und sinnvoll sind. Jedoch wird der erwartete Wirkungszusammenhang zwischen den Maßnahmen und den Zielen der deutschen EZ nur in wenigen Fällen ausreichend detailliert aufgezeigt. Die vermuteten Wirkungsketten sind oftmals lang, und

vielfach wird auf ganz entscheidende Glieder dieser Ketten nicht eingegangen, so dass unklar bleibt, über welche Mechanismen die konkreten EZ-Maßnahmen zu relativ hoch aggregierten Zielen beitragen sollen. Zu einem ähnlichen Ergebnis war Rodenberg (2001, 12) bei ihrer Analyse einer sehr viel größeren Zahl von SSPs zu Partnerländern in allen Teilen der Welt gelangt. Im Hinblick auf das Ziel, zur Armutsbekämpfung beizutragen, schreibt sie beispielhaft:

> „*Zwar ist Armutsminderung oft ein eingangs genannter Referenzpunkt; z.B. durch den Verweis auf den PRSP-Prozess eines Landes. In der Ableitung von Förderstrategien und Lösungsansätzen jedoch fehlen weitere Bezüge hierauf. Es bleibt bei Sektoranalysen. Nur selten gelingt es, die Armutsorientierung von der Analyse zur Ausgangssituation* [...] *über die eingesetzten Mittel / Mechanismen* [...] *bis hin zu direkten Beteiligungsformen* [...] *in einer kohärenten Strategie darzustellen.*“ (Rodenberg 2001, 13)

Darüber hinaus wird nur in wenigen Fällen dargelegt, warum die deutsche EZ bestimmte Maßnahmen fördert und keine anderen, die u.U. ebenfalls zu den gesetzten Zielen beitragen könnten, i.e. warum die ausgewählten Instrumente anderen überlegen sein sollen. Dadurch kann der Eindruck entstehen, als wären nicht die geförderten Maßnahmen aus den Zielen des deutschen Engagements abgeleitet, sondern umgekehrt die Ziele *a posteriori* definiert worden, um für einzelne EZ-Projekte ein gemeinsames strategisches Dach zu schaffen. Rodenberg (2001, III) plädiert dafür, in den SSPs auf allzu unspezifische Aussagen wie z.B. *„... leistet einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und trägt somit zur Armutsbekämpfung bei“* lieber ganz zu verzichten.

— *Sinn und Notwendigkeit des deutschen Engagements:* Defizite bestehen auch bei der Begründung für das deutsche Engagement. In zahlreichen SSPs für MENA-Länder wird nicht erläutert, warum das jeweilige Partnerland bei den durch deutsche EZ geförderten Maßnahmen ganz besonders auf externe Unterstützung angewiesen ist, i.e. wo genau der Engpass bei seinen eigenen Kapazitäten besteht, den die deutsche EZ zu überbrücken hilft. Ebenso wird nur selten präzise dargelegt, inwiefern Deutschland als bilateraler Geber im Bereich seines Engagements im Vergleich zu anderen Gebern über komparative Stärken verfügt und worin diese bestehen. Viele Papiere lassen es bei der Behauptung bewenden, dass entsprechende Vorteile bestünden.

— *Ziele, die sich nicht mit der MDG-Agenda decken:* In mehreren Ländern der Region verfolgt die deutsche EZ auch Ziele, die den MDGs zwar

möglicherweise nicht entgegenstehen, sich aber auch nicht mit ihnen decken. So strebt die deutsche EZ mit dem Ländern des Maghreb bspw. an, deren internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und sie somit „fit" für die euro-mediterrane Freihandelszone zu machen. Gegen zusätzliche Ziele bzw. Referenzsysteme[10] ist überhaupt nichts einzuwenden. In den meisten SSPs wird auch plausibel dargelegt, warum und inwiefern sie als Ziele sinnvoll sind und die geförderten Maßnahmen dazu beitragen, sie zu erreichen. Hiermit sollte die deutsche EZ allerdings viel offener und offensiver umgehen. Sie sollte klar einräumen und sich dazu bekennen, dass mehrere der von ihr geförderten Maßnahmen keinen MDG-Bezug haben. Dies trägt zur Transparenz bei, ohne der Sache selbst zu schaden.

Allerdings wäre auch eine angemessenere Bezugnahme der SSPs auf die MDG-Agenda noch nicht hinreichend, um den tatsächlichen Beitrag der deutschen EZ zu diesem internationalen Zielsystem zu belegen. Da es sich um Planungspapiere handelt, die *ex ante* formuliert werden, können sie nur über die erwarteten (vermuteten) Wirkungen der deutschen EZ Auskunft geben. Ob diese Wirkungen tatsächlich eingetreten sind, lässt sich nur *ex post* durch entsprechende MDG-spezifische Untersuchungen feststellen (Neubert 2004).

Solche Wirkungsanalysen, die sich speziell auf den Beitrag der deutschen EZ zur nationalen Umsetzung der MDG-Agenda beziehen, sind durchaus machbar (ibid.), wurden aber bislang noch in keinem Partnerland der deutschen EZ systematisch durchgeführt. Dass auch andere Geber in dieser Hinsicht nicht viel weiter sind, ist hierfür keine Entschuldigung. Jedoch arbeitet der MDG-Beauftragte des BMZ mit den MDG-Koordinatoren der Durchführungsorganisationen daran, „*die Planung und das Monitoring von entwicklungspolitischen Programmen und Maßnahmen auf die MDGs auszurichten*" (Bundesregierung 2004, 5). Im Zuge dessen sollen auch die Länderkonzepte und

10 Alternative Referenzsysteme der deutschen EZ mit den Ländern der MENA-Region sind u.a. (i) das Zielsystem der Mittelmeer- und Nachbarschaftspolitik der EU mit der Barcelona-Erklärung über eine Euro-mediterrane Partnerschaft, der Gemeinsamen Strategie und der Vereinbarung über eine Euro-Mediterrane Freihandelszone, (ii) die *Arab Human Development Reports* und (iii) die *Broader Middle East Initiative* (BMENA). Diese Systeme unterscheiden sich sehr deutlich in der Gewichtung der einzelnen Ziele sowie in ihrem Konkretisierungs- und Verbindlichkeitsgrad, nicht aber der groben Ausrichtung. Somit lassen sie sich ohne Widersprüche miteinander vereinbaren, vgl. Erdle / Trautner (2005); Posselt / Buchmüller (2005).

Schwerpunktstrategiepapiere stärker auf die MDGs ausgerichtet und dadurch die Armutsrelevanz der deutschen Programme und Projekte verbessert werden (Bundesregierung 2004, 6).

5.4 Politikdialog

Die Bundesregierung spricht die MDG-Agenda regelmäßig im Rahmen des politischen Dialogs mit den Regierungen ihrer Partnerländer in der MENA-Region an. Allerdings wird ihnen dabei nicht vermittelt, welche Konsequenzen unzureichende Bemühungen bei der Umsetzung der MDGs für sie haben könnten. Ihrerseits meiden sie das Thema weitgehend.

Bislang gibt es im BMZ keine Richtlinien darüber, ob und wie die MDG-Agenda bzw. der Stand des Millenniumsprozesses in den Regierungskonsultationen und -verhandlungen mit den Partnerländern angesprochen werden sollen. Entsprechende normierte Sprachregelungen gibt es sowohl für das Aktionsprogramm 2015 der Bundesregierung als auch für bestimmte Themen wie z.B. Korruptionsbekämpfung, Menschenrechte etc.

Dies ist aber vielleicht sogar ganz gut, da das Vortragen normierter Formulierungen oft den Eindruck einer leidenschaftslosen Pflichterfüllung vermittelt. Sinnvoller kann es sein, die spezifischen Defizite des Partnerlandes beim Verfolgen der MDGs zur Sprache zu bringen und dadurch auszudrücken, dass Deutschland die beiderseitige Verpflichtung, die von der Millenniumserklärung ausgeht, ernst nimmt und bei der Planung seines zukünftigen Engagements im jeweiligen Partnerland in Rechnung stellt.

Auch ohne offizielle Sprachregelung kommt die deutsche Seite mittlerweile in vielen Regierungskonsultationen und -verhandlungen auf die MDGs zu sprechen – zumindest gegenüber den Regierungen der Partnerländer in der MENA-Region.[11] Bspw. wurde gegenüber der marokkanischen Seite sinngemäß gesagt, dass beide Seiten in Anbetracht des bevorstehenden *Millenni-*

11 Nach Angaben von Frau Claudia Arce (KfW), Herrn Dr. Michael Grewe (BMZ), Frau Sabine Riegert (BMZ), Frau Dr. Eefje Schmid (BMZ), Herrn Georg Schüller (BMZ) und Herrn Dr. Bernhard Trautner (BMZ) war dies zumindest bei den letzten Regierungskonsultationen / -verhandlungen mit Marokko, Tunesien, Ägypten, Syrien, dem Jemen und der Palästinensischen Autonomiebehörde der Fall.

ums+5-Gipfels im Herbst 2005 ein Interesse daran haben sollten, mit ihrer Kooperation einen Beitrag zur Umsetzung der MDGs zu leisten und dieses auch zum Ausdruck zu bringen. Oft wird allerdings auch nur die Formel gebraucht, dass die deutsche Regierung die MDG-Agenda durch ihr Aktionsprogramm 2015 in nationale Ziele übersetzt hat und von ihren Partnern ein ähnliches *ownership* für die MDGs erwartet.

Dass umgekehrt in irgend einem offiziellen Gespräch einmal die MDGs von Seiten der Partner erwähnt worden wären, war keiner der im Rahmen dieser Studie befragten Personen aufgefallen. Einige meinten sogar, dass die Vertreter arabischer Regierungen z.T. sehr gereizt reagierten, wenn man bei bestimmten Zielen der MDG-Agenda (bzw. deren Umsetzung im Partnerland) allzu konkret werde. Neben *governance*-Fragen gelte dies u.a. für das Thema der Qualität von schulischer Bildung bzw. deren Inhalte.

5.5 Umsetzung von MDG8

Die Bilanz der deutschen Politik bei der Umsetzung von MDG8 ist gemischt. Einerseits engagiert sich die Bundesrepublik bei mehreren Themen stark für die Belange der Entwicklungsländer. Andererseits hat sie den Umfang und die Ausrichtung ihrer ODA bei weitem noch nicht an ihre schon vor langem abgegebenen Versprechen angepasst.

Für die meisten Unterziele von MDG8 sind in erster Linie die Industrieländer verantwortlich. Sie können nur zum geringeren Teil durch bilaterale EZ erreicht werden. Vielmehr sind hierbei die gesamten außenwirksamen Politiken Deutschlands gefragt. Mehr als bei allen anderen MDGs kommt es somit bei MDG8 auf die Kohärenz aller außenwirksamen Politiken der Industrieländer, die wechselseitige Koordination zwischen den Gebern und die Komplementarität der Politik von Entwicklungs- und Industrieländern an. Die Mitglieder der Europäischen Union (EU) müssen zudem auf Kohärenz mit der Politik der Gemeinschaft achten.

Dementsprechend kann der Beitrag Deutschlands zu MDG8 nicht für einzelne Entwicklungsländer bzw. Regionen (wie z.B. den Nahen Osten und Nordafrika), sondern ausschließlich im Ganzen, i.e. mit allen Auswirkungen auf globaler Ebene analysiert werden.

In einigen Bereichen hat Deutschland entscheidend mit dazu beigetragen, dass Fortschritte bei der Umsetzung von MDG8 gemacht wurden. Dies gilt v.a. für die internationale Umweltpolitik und den Schuldenerlass für *heavily indebted poor countries* (HIPCs):

— *Schuldenerleichterungen (Unterziele 13 und 15):* Die HIPC-Initiative der G7 auf dem Kölner Schuldengipfel 1999 kam maßgeblich auf Anregung der deutschen Bundesregierung zustande, die sich auch danach immer wieder für eine Beschleunigung und Ausweitung des Entschuldungsprozesses eingesetzt hat. In der MENA-Region profitierte hiervon Mauretanien. Über die HIPC-Initiative hinaus erließ Deutschland vielen Ländern bilaterale Schulden. Dadurch sind die meisten HIPCs heute gegenüber der Bundesrepublik Deutschland schuldenfrei. In der MENA-Region wurden v.a. Ägypten, Syrien und Jordanien Schulden in beträchtlicher Höhe erlassen (Bundesregierung 2004, 15)

— *Good global governance (Unterziel 12):* Deutschland setzt sich mit Nachdruck für eine effizienzorientierte Reform des VN-Systems ein. Insbesondere den Schutz globaler öffentlicher Umweltgüter hat es entscheidend mit vorangetrieben. Noch immer beteiligt sich die Bundesregierung an der Weiterentwicklung des VN-Walddialogs, des Cartagena-Protokolls und des Kyoto-Protokolls. Darüber hinaus hat sie sich dafür stark gemacht, dass der Zusammenhang zwischen Armut und Umwelt zum Thema des *World Summit on Sustainable Development* gemacht wurde, dass im internationalen System ein besserer Ausgleich zwischen den Interessen der Industrie- und der Entwicklungsländer stattfindet und dass Foren (wie z.B. die G20, die auf deutsche Initiative zurückgehen) geschaffen werden, die eine größere Beteiligung der Entwicklungs- und der Schwellenländer auf die internationale Debatte ermöglichen (Fues 2005).

— *Zugang von Entwicklungsländern zu wichtigen Medikamenten (Unterziel 17):* Ebenso ist es dem Einsatz der Bundesregierung mit zu verdanken, dass Entwicklungsländern innerhalb des TRIPS ein erleichterter, kostengünstiger Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten (v.a. gegen HIV/Aids) eingeräumt wurde (Bundesregierung 2004, 18).

— *Fokussierung auf Partnerländer mit entwicklungsförderlichen Rahmenbedingungen:* Viel stärker als noch Mitte der 90er Jahre kooperiert Deutschland heute v.a. mit Ländern, die sich durch gute politische Rahmenbedingungen auszeichnen. So beläuft sich die deutsche EZ mit diesen Ländern im Durchschnitt auf 1,3 US $ pro Einwohner und Jahr, während Länder mit schlechter Regierungsführung nur 0,8 US $ pro

Kopf und Jahr beziehen (vgl. Schaubild 28). Allerdings zeigen die Beispiele Dänemarks, der USA und Japans, dass sich in der EZ eine noch deutlichere Akzentuierung vornehmen ließe (Nunnenkamp 2004).

In anderen Bereichen hingegen kam Deutschland seinen Verpflichtungen bislang noch nicht nach – v.a., was die angestrebte Steigerung der ODA angeht:

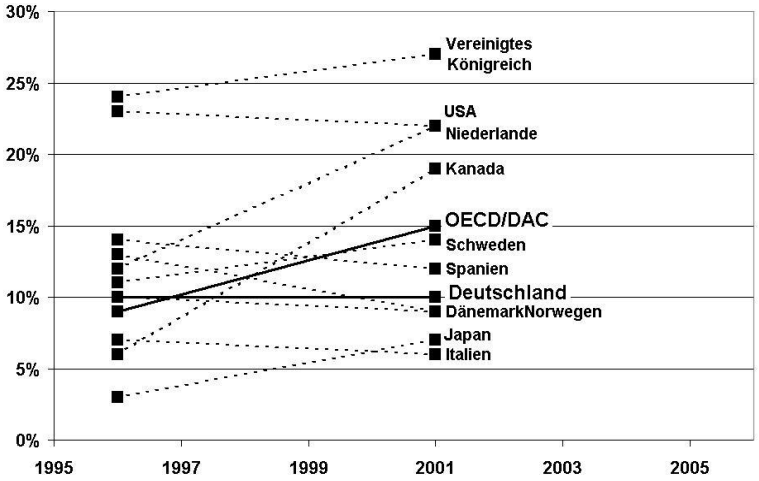
— *Steigerung der ODA (Unterziel 15):* Die deutschen ODA-Leistungen sind seit 1990 nicht gestiegen, sondern sogar von 93 auf 62 US $ pro Einwohner gesunken. Lagen sie Mitte der 80er noch bei knapp 0,5 % des Bruttosozialprodukts (BSP), so machten sie 1998 nur noch 0,26 % aus und stiegen auch danach nur leicht auf 0,28 % des BSP wieder an (vgl. Tabelle A18 im Anhang). Dabei hatten die Geberländer schon 1968 in der UNCTAD ihre Absicht erklärt, ihre ODA auf 0,7 % des BSP zu erhöhen und mindestens 0,15 % den *least-developed countries* (LDCs) zukommen zu lassen. Eine verbindliche Zusage wurde allerdings erst 2002 auf der Konferenz *Financing for Development* in Monterrey abgegeben. Dabei hat sich Deutschland dazu verpflichtet, seine ODA bis 2006 auf 0,33 % des BSP zu erhöhen. Im Mai 2005 wurde dann der Stufenplan der EU verabschiedet, in dem sich die 15 „alten" Mitgliedsländer verpflichten, ihre ODA bis 2010 auf 0,51 und bis 2015 auf mindestens 0,7 % des BSP steigern. Die „neuen" Mitglieder hingegen werden sich bemühen, den entsprechenden Anteil bis 2010 auf 0,17 und bis 2015 auf 0,33 % zu steigern (Alliance2015 2005; Fues 2005; Herfkens 2005).

— Auf die MENA-Region entfielen 2002 deutsche ODA-Zusagen in Höhe von knapp 500 Mio. Euro (gut 10 % der gesamten Zusagen), jedoch nur 180 Mio. Euro der Nettoauszahlungen (5 % der aufteilbaren bilateralen EZ Deutschlands; BMZ 2004a).

— *Steigerung des Anteils der ODA für LDCs (Unterziel 13):* Die deutschen ODA-Leistungen für LDCs sind ebenfalls zwischen 1990 und 2001 zurückgegangen. Ihr Anteil an der gesamten deutschen ODA sank von 28 auf 24 % und der Anteil am BSP von 0,12 auf 0,06 % (vgl. Schaubild 27 und Tabelle A18 im Anhang). Bei anderen Gebern – wie z.B. dem Vereinigten Königreich, der Weltbank oder den Niederlanden – entfällt ein deutlich höherer Anteil der gesamten ODA auf die ärmsten Entwicklungsländer (Alliance2015 2005; Baulch 2004; Nunnenkamp 2004).

— *Steigerung des Anteils der ODA für soziale Grunddienste:* Der Anteil der deutschen ODA für soziale Grunddienste (Grundbildung, primäre Gesundheitsversorgung, Nahrung, Trinkwasserver- und Abwasserent-

Schaubild 26: Anteil der ODA der OECD/DAC-Mitglieder für soziale Grunddienste



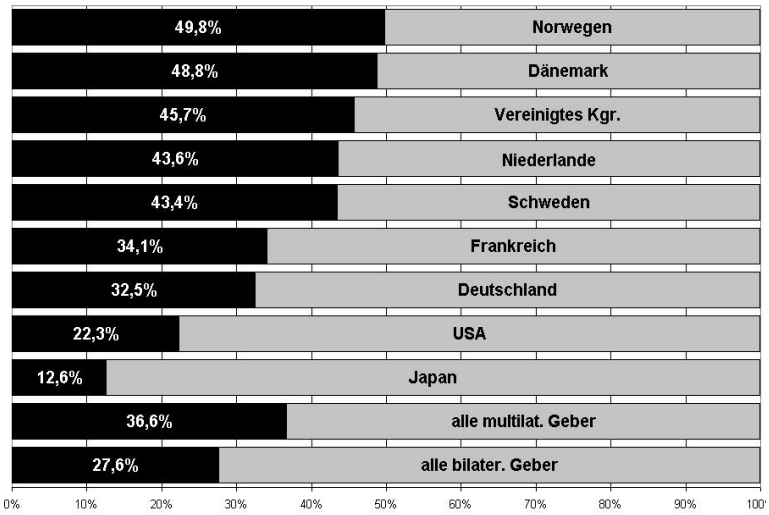
Quelle: vgl. Tabelle A18 im Anhang.

sorgung) stagniert seit 1996 bei 10 % (vgl. Schaubild 26 und Tabelle A18 im Anhang). Diesen Anteil zu steigern, schreibt die MDG-Agenda nicht vor, jedoch enthält sie den entsprechenden Indikator. Dies erklärt sich zum einen aus der Logik der MDG-Agenda selbst, die v.a. auf die Lage der Ärmsten abzielt, und zum anderen aus einem Vorschlag des OECD/DAC von 1995, den Anteil der ODA für soziale Grunddienste auf 20 % zu steigern, soweit die Entwicklungsländer ihrerseits 20 % der gesamten Staatsausgaben auf soziale Grunddienstleistungen verwenden. Fast alle anderen Geber widmen einen höheren Anteil ihrer ODA der sozialen Infrastruktur in den Entwicklungsländern (Alliance2015 2005; Fues 2005).

— *Beseitigung von Lieferaufbindungen:* Der Anteil der ODA, den Deutschland ohne Lieferaufbindung gewährt, konnte zwischen 1990 und 2001 von 62 auf 85 % gesteigert werden (vgl. Tabelle A18 im Anhang).

— *Finanzierung der multilateralen EZ:* Zwar leistet Deutschland den drittgrößten Beitrag zur Finanzierung des allgemeinen VN-Haushalts, jedoch ist sein Engagement im VN-Entwicklungsbereich im Vergleich mit anderen Ländern bescheiden. Bspw. sank die jährliche Zuweisung an UNDP seit 1990 nominal von 70 auf 25 Mio. €. Damit empfiehlt sich

Schaubild 27: Anteil der ODA wichtiger Geber, die 1999–2003 auf das ärmste Viertel aller Entwicklungsländer entfiel



Quelle: Baulch (2004); Nunnenkamp (2004, Abb. 1).

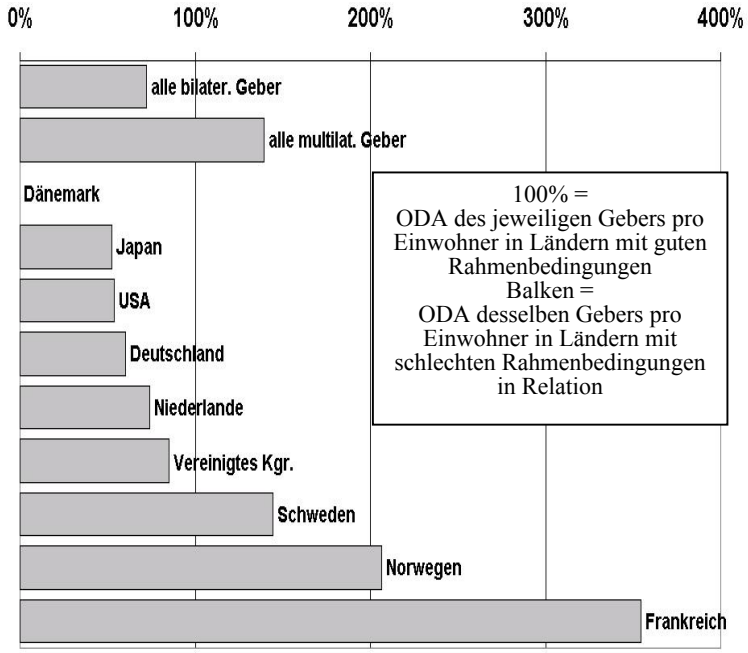
Deutschland auf keinen Fall für einen Sitz im Weltsicherheitsrat (Fues 2005; Herfkens 2005).

— *Bewusstseinsbildung für die MDGs im Inland:* EZ ist eine Aufgabe, die auch immer von der Bevölkerung in den Geberländern mitgetragen werden sollte. Hierfür ist z.T. Bewusstseinsbildung über die Medien erforderlich. Dies gilt auch für die MDGs, die zentralen Ziele der internationalen Entwicklungspolitik. Jedoch haben nur 13 % aller Deutschen je von ihnen gehört. In Schweden liegt der entsprechende Anteil bei fast einem Drittel der Bevölkerung, in Frankreich hingegen bei lediglich 4 % (vgl. Schaubild 29).

6 Empfehlungen für die zukünftige deutsche Entwicklungszusammenarbeit

Die vorangegangenen Kapitel haben gezeigt, welch hohe Relevanz die MDGs auch für die MENA-Region haben. Die meisten MENA-Länder haben Pro-

Schaubild 28: ODA wichtiger Geber pro Einwohner in Entwicklungsländern mit schlechten Rahmenbedingungen im Verhältnis zur ODA derselben pro Einwohner in Entwicklungsländern mit guten Rahmenbedingungen (1999–2003)

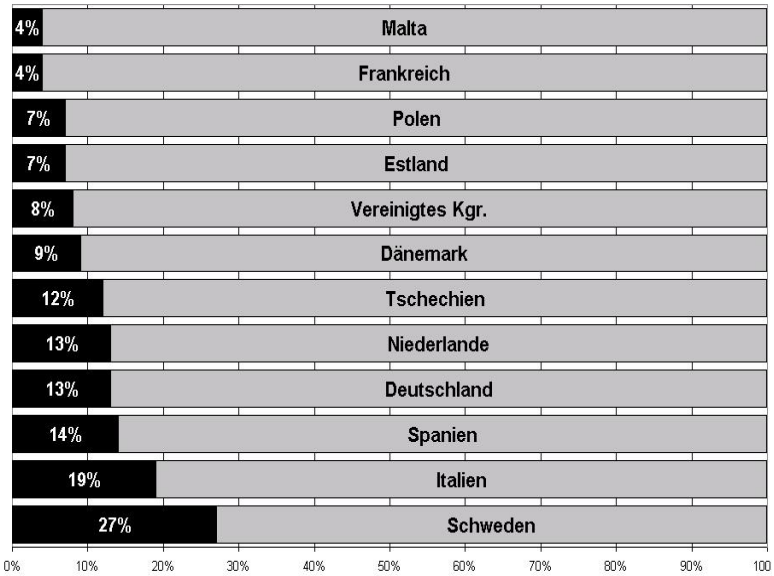


Quelle: Baulch (2004); Nunnenkamp (2004, Abb. 1).

bleme mit der Umsetzung von MDG1 (Einkommensarmut und Hunger), MDG2 (Quantität, mehr noch allerdings Qualität der Bildung), MDG7 (v.a. ökologische Nachhaltigkeit) und MDG8 (v.a. gute politische und ökonomische *governance*, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Nutzung moderner Technologien). Bei einigen Ländern sieht es zum jetzigen Zeitpunkt sogar so aus, als ob sie bis 2015 kein einziges der MDGs erreichen würden. Dies gilt v.a. für die *low-income countries* Sudan, Mauretanien und Jemen, aber auch für den Irak. Für die bisherigen Defizite bei der Umsetzung der MDG-Agenda in der Region sind einerseits finanzielle, institutionelle und organisatorische Engpässe verantwortlich, andererseits aber auch die unzurei-

Schaubild 29: Bewusstsein für MDGs in ausgewählten Geberländern

jeweiliger Anteil der Bevölkerung, der von den MDGs schon einmal gehört hat:



Quelle: European Commission (2005, Table Q1).

chende Bereitschaft einiger Regierungen in der Region, sich für die internationalen Ziele einzusetzen.

Dem muss die deutsche EZ Rechnung tragen. Sie ist sowohl geographisch als auch sektoral so ausgerichtet, dass sie die Umsetzung der MDGs in der Region an sinnvoller Stelle unterstützen kann. Jedoch bleibt unklar, welchen Beitrag sie hierbei tatsächlich leistet. Dies liegt einerseits daran, dass sie die beabsichtigten Wirkungen der von ihr geförderten Maßnahmen auf die MDGs unzureichend dokumentiert, andererseits daran, dass bislang noch in keinem Land eine entsprechende Wirkungsanalyse durchgeführt wurde, die über die tatsächlichen Effekte der EZ auf das Erreichen der MDGs Auskünfte geben könnte.

Die Bundesregierung hat die Millenniumserklärung mit unterzeichnet und bekennt sich dazu, „*dass die MDGs verbindliche Ziele, jedoch keine umfas-*

senden Vorgaben für die gesamte Entwicklungszusammenarbeit sind. Sie geben an, was erreicht werden soll, lassen aber offen, wie diese Ziele verwirklicht werden sollen" (Bundesregierung 2004, 5). Dies ist sicherlich richtig. Hinzu kommt, dass sich nicht die gesamte EZ der MDG-Agenda unterordnen muss. Jedoch sollte jeder Geber darlegen können, dass er in seinen Partnerländern überhaupt einen relevanten und signifikanten Beitrag zum Erreichen der MDGs leistet (BMZ 2005a).

Für die deutsche EZ drängt die Zeit, dies sicherzustellen. Zum einen verbleiben nur noch zehn Jahre für die Umsetzung der MDGs bis 2015. Zum anderen findet bereits in wenigen Monaten das sog. *Major Event* statt, bei dem die bisherigen Anstrengungen aller relevanten Akteure unter die Lupe genommen und das zukünftige Vorgehen diskutiert werden sollen:

> „*Die Millenniumserklärung und die Millenniums-Entwicklungsziele haben* [...] *den Weg zu einer neuen globalen Partnerschaft gewiesen.* [...] *Für die Bundesregierung ist das für 2005 anstehende Major Event, welches zu Beginn der 60. UN-Jahresversammlung eine umfassende Überprüfung der Umsetzung aller in der Millenniumserklärung enthaltenen Ziele und Verpflichtungen vornehmen soll, der richtige Zeitpunkt, um die fünf Jahre zuvor initiierte neue globale Partnerschaft weiter zu entwickeln.*" (Bundesregierung 2004, 40)

Vor diesem Hintergrund ergeben sich die folgenden Empfehlungen für die zukünftige deutsche EZ mit den Ländern im Nahen Osten und in Nordafrika:

6.1 Regionale Ausrichtung der bilateralen deutschen EZ

Generell muss bei der Ausrichtung der EZ darauf geachtet werden, dass die knappen verfügbaren Mittel so eingesetzt werden, dass sie einen möglichst großen Effekt erzielen. Dies ist zumeist in den Ländern und Bereichen der Fall, in denen die *Problemlösungsdringlichkeit* besonders groß und die *Problemlösungsfähigkeit* des Partnerlandes begrenzt ist, i.e. wo EZ dazu beiträgt, Engpässe zu überwinden. Zudem ist es wichtig, dass ein bestimmtes Maß an *Problemlösungsbereitschaft* beim Partner gegeben ist, da EZ nur wenig fruchtet bzw. ihre Effekte leicht wieder zunichte gemacht werden können, wenn die relevanten Entscheidungsträger im betroffenen Land gar kein Interesse am Erreichen der von der EZ angestrebten Ziele haben.

Vor dem Hintergrund der MDGs leuchtet es daher nicht unmittelbar ein, dass Ägypten und Marokko Schwerpunktpartnerländer der deutschen EZ sind, nicht aber z.B. Jordanien. Alle drei Länder sind *middle-income countries* mit einer mittleren Problemlösungsdringlichkeit, einer fortgeschrittenen Problemlösungsfähigkeit und einer mäßigen Problemlösungsbereitschaft. Erst recht erschließt sich aus dieser Perspektive nicht, warum das *low-income country* Mauretanien *kein* Schwerpunktpartnerland ist.

Hierfür mag es gute Erklärungen geben. Aus der MDG-Agenda ergeben sie sich aber nicht. Im Sinne der Transparenz sollten sie daher in den Strategiepapieren des BMZ benannt werden. Andernfalls wäre das intensive deutsche Engagement in Ägypten und Marokko nochmals zu prüfen und Mauretanien als Schwerpunktpartnerland in Betracht zu ziehen. Denkbar ist bspw., dass Ägypten wegen seiner großen Bedeutung für die Stabilität im Nahen Osten besonders großzügig unterstützt wird. Marokko und Tunesien sind wiederum auch deswegen wichtig, weil von hier jedes Jahr eine große Zahl von Flüchtlingen nach Europa übersetzt. All dies mögen Gründe für eine besonders intensive EZ sein. Mit den MDGs hat es aber nur sehr bedingt etwas zu tun.

6.2 Sektorale Ausrichtung der bilateralen deutschen EZ

Die grobe sektorale Ausrichtung der deutschen EZ mit der MENA-Region ist mit der MDG-Agenda vereinbar. Die derzeitigen Schwerpunkte der deutschen EZ decken sich durchaus mit den prioritären Bedarfen der MENA-Länder beim Verfolgen der MDGs.

Allerdings könnte die deutsche EZ in Erwägung ziehen, sich noch stärker als in drei Bereichen zu engagieren, in denen die Problemlösungsdringlichkeit mindestens eben so groß ist (GTZ 2003, 6, 8). Hierbei handelt es sich um die Förderung

— von Demokratie und guter ökonomischer und politischer Regierungsführung,

— der gesellschaftlichen, ökonomischen, politischen und rechtlichen Gleichstellung der Frauen sowie

— einer höheren Qualität der schulischen Bildung in der Region.

Fast sämtliche MENA-Länder machten in diesen drei Bereichen bis dato – wenn überhaupt – nur unzureichende Fortschritte bei der Umsetzung der

MDGs. Nach Aussage der bislang erschienen *Arab Human Development Reports* bilden sie sogar die zentralen Engpässe der gesamten Entwicklung in der Region (AFESD / UNDP 2002; AFESD / UNDP 2003; AFESD / UNDP 2003). Ebenso kommt ein neueres *IMF working paper*[12] zu dem Ergebnis, dass höhere Ausgaben für Bildung und Reformen im *governance*-Bereich nicht nur für die Umsetzung von MDG2 und MDG8 essenziell sind, sondern auch die effektivsten und effizientesten Ansatzpunkte darstellen, um (i) das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen, (ii) Einkommensarmut und Hunger zu bekämpfen (MDG1), (iii) zur Gleichstellung der Geschlechter beizutragen (MDG3) sowie (iv) die Kindersterblichkeitsrate (MDG4) zu senken.

Besonders dringlich wären Maßnahmen zur Verbesserung der politischen und ökonomischen *governance* in den MENA-Ländern (GTZ 2003, 5 f.). Nach Berechnungen des IWF erklären qualitative Differenzen im institutionellen Rahmen fast drei Viertel der Einkommensunterschiede zwischen den Entwicklungsländern (Bundesregierung 2004, 34).

Wichtig wäre aber auch eine Verbesserung der *Qualität von Schulbildung* in den MENA-Ländern. Die Art der Bildung (und nicht nur die Zahl der absolvierten Schuljahre) entscheidet darüber, inwieweit die Schulabgänger mit der vermittelten Bildung etwas anfangen können. Erst die Erziehung zum eigenverantwortlichen Lernen, zum kritischen Denken, zur Kreativität und zur Selbständigkeit versetzt sie in die Lage, ihr Leben in die Hand zu nehmen, Informationen angemessen zu verarbeiten und die politische, wirtschaftliche, kulturelle und technische Entwicklung ihres Landes mit zu gestalten (AFESD / UNDP 2003; Weiss 2004b, 5).

---

12 Die Autoren des Papiers (Baldacci et al. 2004) präsentieren Ergebnisse einer Regressionsanalyse, die auf Panel-Daten zu 120 Entwicklungsländern beruht und die direkten und indirekten Effekte von fünf möglichen Interventionen des Staates untersucht: (i) einer Steigerung der Ausgaben für Bildung in Höhe von 1 % des BIP, (ii) einer entsprechenden Steigerung der Ausgaben für Gesundheit, (iii) einer Verringerung der Staatsausgaben in Höhe von 1 % des BIP, (iv) einer Verringerung der Inflationsrate um 10 Prozentpunkte sowie (v) einer signifikanten Verbesserung der *governance*-Indikatoren. Abhängige Variablen ihres Modells sind insbesondere (i) die Höhe des Wirtschaftswachstums, (ii) der Anteil der Einkommensarmen an der Bevölkerung, (iii) die Schulbeteiligung von Jungen und Mädchen sowie (iv) die Kindersterblichkeitsrate.

Ein eventuelles intensiveres Engagement der EZ für die *Gleichstellung der Geschlechter* sollte nicht in Maßnahmen der Frauenförderung bestehen, die bestehenden Projekten bzw. Programmen (z.B. im Bildungs-, Mikrofinanz- oder KMU-Bereich) hinzugefügt werden. Vielmehr handelt es sich hierbei um eine Querschnittsaufgabe. Schon bei der Planung von EZ-Vorhaben sollten potenzielle Auswirkungen auf das Verhältnis der Geschlechter in Rechnung gestellt werden. Dabei sollte nie *a priori* davon ausgegangen werden, dass eine EZ-Maßnahme *gender*-neutral ist. Stets können Frauen durch die Maßnahme als solche gefördert oder benachteiligt werden, und bei der Ausgestaltung ist darauf zu achten, dass Ersteres der Fall ist. Zudem sollte sich die Förderung von Frauen nicht auf einzelne Bereiche des Lebens beschränken (wie etwa die Bildung), sondern auf eine umfassende rechtliche, politische, gesellschaftliche und ökonomische Gleichstellung hinarbeiten (Rodenberg 2001, 15 ff.).

Ob einer Intensivierung des deutschen EZ-Engagement in den drei Bereichen tatsächlich zuzuraten ist oder nicht, hängt mit davon ab,

— inwieweit die Probleme, die in ihnen bestehen, von den MENA-Ländern nicht auch ohne externe Unterstützung gelöst werden können,

— inwieweit die Regierungen der MENA-Länder zur Lösung dieser Probleme bereit sind,

— inwieweit die deutsche EZ über komparative Stärken bei der Unterstützung von Reformmaßnahmen in den drei Bereichen verfügt sowie

— inwieweit sich nicht schon zahlreiche andere Geber in diesen Bereichen engagieren.

Insbesondere ist zu befürchten, dass die Machthaber in der MENA-Region nur wenig bzw. gar kein Interesse an Reformen im *governance*- und im *gender*-Bereich haben.

Zudem ist darauf zu achten, in welchen Ländern und Sektoren andere Geber aktiv sind bzw. sich in Zukunft engagieren wollen. Nur durch rechtzeitige Absprachen lässt sich ein arbeitsteiliges Vorgehen der Geber oder aber ein in einem gebündelter und damit umso intensiverer Beitrag realisieren. Wichtig ist die Geber-Koordination zudem, wenn sich eine Konditionierung von EZ als sinnvoll herausstellt.

6.3 Ausrichtung der bilateralen deutschen EZ innerhalb ihrer Schwerpunktbereiche

Bei der Ausrichtung der deutschen EZ innerhalb der einzelnen Schwerpunktbereiche kommt es ganz besonders darauf an, dass die in Kapitel 2 genannten Konsequenzen, die sich aus der MDG-Agenda ergeben, berücksichtigt werden:

Armutsfokussierung der EZ: Insbesondere muss auf eine stringente Armutsorientierung der EZ geachtet werden. Dies betrifft in besonderem Maße die Maßnahmen der deutschen EZ im Bereich WiRAM. Aus dieser Forderung ergibt sich keinesfalls, dass nur noch Projekte der direkten Armutsbekämpfung gefördert werden sollten. Maßnahmen der indirekten Armutsbekämpfung, die an den richtigen Punkten ansetzen, können langfristig mit geringerem Aufwand (*input*) die gleichen bzw. sogar noch größere positive Effekte (*impacts*) auf die Situation der Armen haben. Allerdings sind die Wirkungsketten dieser Maßnahmen oft sehr lang und werden in den Schwerpunktstrategiepapieren des BMZ z.T. nur bruchstückhaft analysiert und beschrieben. Es reicht nicht aus, zu erklären, dass die deutsche EZ einen Beitrag zum Wachstum im Partnerland und dadurch auch zur Armutsbekämpfung leistet. Eine solche Argumentation beruht auf der Prämisse eines automatischen *trickle-down* von Wachstum zu den Armen, die nicht haltbar ist. Natürlich begünstigt Wirtschaftswachstum die Bekämpfung von Einkommensarmut. Hierfür muss das Wachstum aber *pro poor* sein, i.e. den Armen zugute kommen (BMZ 2005a). Ob und inwieweit dies der Fall ist und die deutsche EZ hierzu beiträgt, sollte von den Partnerländern in ihren Planungspapieren, daneben aber auch vom BMZ in seinen SSPs besser dokumentiert werden.

Zudem darf Armut nicht mit Einkommensarmut gleichgesetzt werden. Vielen SSPs liegt ein rein ökonomischer Armutsbegriff zugrunde, obwohl sich in der internationalen Debatte längst ein viel breiteres Verständnis von Armut etabliert hat. Sind mit den Armen die Personen gemeint, deren Einkommen unterhalb einer bestimmten Grenze liegt, so sollte dies auch so ausgedrückt werden. Wenn allerdings auf Armutsbekämpfung im weiteren Sinne abgezielt wird, so sollte in den SSPs ausgeführt werden, in welcher Hinsicht und auf welche Weise die deutsche EZ die Möglichkeiten (*capabilities*) der Armen verbessert und dadurch dazu beiträgt, soziale Ungleichgewichte abzubauen.

Im Wasserbereich sollte die deutsche EZ mit der MENA-Region auch in Zukunft auf die soziale, v.a. aber auf die ökologische Nachhaltigkeit der geförderten Maßnahmen achten. In Anbetracht der knappen regenerierbaren Wasserressourcen in der Region müssen die Partnerländer Maßnahmen treffen, die einen sparsamen Verbrauch sicherstellen. Hierzu gehören u.a. Maßnahmen zur Verringerung von Wasserverlusten im Leitungssystem, die Wiederaufbereitung von Brauchwasser, eine effizientere Nutzung bei der landwirtschaftlichen Bewässerung sowie effizientere Tarifsysteme, die einerseits Anreize zum Wassersparen bieten und andererseits dafür sorgen, dass sich auch Arme den Verbrauch von Trinkwasser leisten können (Bliss 2004). Außerdem sollte darauf geachtet werden, dass die Wasserverbraucher die fälligen Gebühren auch tatsächlich entrichten. Derweil sollten die Partnerländer auch weiterhin darauf hingewiesen werden, dass es vor dem Hintergrund der MDGs nicht ausreicht, eine möglichst große Zahl von Haushalten mit Wasseranschlüssen zu versorgen. Vielmehr müssen die Anschlüsse auch regelmäßig und zuverlässig Wasser führen und das Wasser muss eine ausreichende Qualität aufweisen (Satterthwaite 2004, 41).

Wirksamkeit der EZ: Darüber hinaus muss auf die Effizienz der deutschen EZ geachtet werden. Es reicht nicht aus nachzuweisen, dass die deutsche EZ einen Beitrag zur Umsetzung der MDGs leistet. Sie muss auch sicherstellen, dass ihre Wirkungen in einem angemessenen Verhältnis zum Aufwand stehen (BMZ 2005a). Wenn dies nicht der Fall ist, muss über alternative Ansatzpunkte und Instrumente nachgedacht werden. Unter Umständen sollte auch das vollständige Einstellen der EZ in einem Sektor oder Land in Betracht gezogen werden, wenn die ungenügende Effektivität der EZ nicht auf die Ineffizienz der ergriffenen Maßnahmen, sondern auf strukturelle Probleme oder den unzureichenden Reformwillen im Partnerland zurückgeht.

Alignment und Geber-Koordination der EZ: Schließlich müssen auch die Prioritäten der Partnerländer und die Aktivitäten anderer Geber berücksichtigt werden (BMZ 2005a). In einigen Ländern – wie bspw. dem Jemen – gelingt dies bereits sehr gut (BMZ 2005b). In anderen hingegen ist die Koordination zwischen den Gebern noch sehr unbefriedigend. Eine Ursache hierfür ist, dass einige dieser Länder noch keine akzeptablen, auf die MDGs ausgerichteten nationalen Entwicklungs- bzw. Armutsbekämpfungsstrategien erarbeitet haben. Eine andere besteht allerdings auch darin, dass die Geber nicht immer bereit sind, sich miteinander abzusprechen und sodann arbeitsteilig vorzugehen bzw. in einem Sektor besser miteinander zu kooperieren. Vielmehr ste-

hen sie z.T. untereinander in Konkurrenz um besonders prestigeträchtige Projekte, was es den Regierungen der Partnerländer ermöglicht, die Geber gegeneinander auszuspielen und einer Konditionierung der EZ auf diese Weise vorzubeugen (Loewe 2000a, 53 f.).

6.4 Politikdialog

Zudem sollte die Bundesregierung intensiv die Möglichkeiten nutzen, die ihr der politische Dialog mit den Regierungen der Partnerländer bietet. Er bildet aus mehreren Gründen ein wichtiges Instrument bei der Verfolgung der MDGs. Erstens können im Rahmen der Regierungsverhandlungen und -konsultationen die Entwicklungsstrategien der Partner- und die Beiträge der Geberländer zur Umsetzung von MDG1–7 aufeinander abgestimmt werden. Zweitens kann hier über Maßnahmen der Geber für MDG8 verhandelt werden. Drittens haben beide Seiten Gelegenheit, die jeweils andere an ihre Pflichten, die sich aus der Millenniumserklärung ergeben, zu erinnern und ein stärkeres und effizienteres Engagement anzumahnen.

Für die deutsche Regierung bedeutet dies, dass sie die MDGs im Gespräch mit den Regierungen der MENA-Länder weiterhin anspricht und sich nach dem Stand des Umsetzungsprozesses erkundigt. Zudem sollte sie die Partnerregierungen auffordern, detailliert darzulegen, wie bzw. mit welchen Maßnahmen sie die MDGs umzusetzen gedenken und in welchen Bereichen sie hierbei aus welchen Gründen welche Art von Unterstützung durch EZ benötigen. Ein koordiniertes, gemeinsames Vorgehen mit anderen Gebern ist hierbei besonders wichtig.

Dies darf auf gar keinen Fall formelhaft geschehen. Den Gesprächspartnern muss überzeugend vermittelt werden, dass Deutschland die MDG-Agenda ernst nimmt und auch von seinen Partnern erwartet, dass sie tun, was sich im Rahmen ihrer Fähigkeiten befindet, um nach Möglichkeit alle MDGs zu erreichen. Dies bedingt dreierlei. Erstens muss die Bundesregierung, um glaubwürdig zu sein, ihren eigenen Pflichten nachkommen und insbesondere zu MDG8 einen signifikanten Beitrag leisten. Zweitens dürfen die Forderungen gegenüber den Partnerländern nicht wie leere Phrasen wirken. Damit sie die erhofften Wirkungen haben, müssen ggf. – möglichst nach Absprache mit den anderen Gebern – Konsequenzen angekündigt werden für den Fall, dass sich die Regierung des Partnerlandes überhaupt nicht für die Umsetzung der

MDGs einsetzt. Drittens müssen konkrete, für bestimmte Fälle angekündigte Konsequenzen bei gegebenem Anlass auch ergriffen werden, weil die Ankündigungen sonst – auch in anderen Partnerländern – nicht mehr ernst genommen werden.

Gegenüber den MENA-Ländern sollten v.a. drei Forderungen erhoben werden:

— eine deutlichere Armutsorientierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik,

— eine Demokratisierung der politischen Systeme und eine Verbesserung der ökonomischen und politischen *governance* sowie

— ein engagierteres Eintreten für eine Verbesserung der gesellschaftlichen, ökonomischen, politischen und rechtlichen Stellung von Frauen (DFID 2004).

Reformmaßnahmen in diesen drei Bereichen sind so zentral für die Umsetzung sämtlicher MDGs sowie für die gesamte Entwicklung der MENA-Region, dass von ihnen nicht nur eine Betätigung der deutschen EZ in den Bereichen WiRAM, *governance* und *gender* abhängig gemacht werden sollte, sondern in einigen Ländern sogar ein Fortführen der gesamten EZ.

Darüber hinaus sollte sich die deutsche EZ u.a. dafür einsetzen, dass

— die Güter- und Faktormärkte in den MENA-Ländern liberalisiert werden,

— der Zugang ärmerer Haushalte zu Instrumenten der sozialen Sicherung erleichtert wird,

— im Bildungsbereich nicht nur quantitative Ziele verfolgt werden, sondern auch die Qualität der in den Schulen der Region vermittelten Bildung gesteigert wird,

— Forschung und Entwicklung vorangetrieben und Wissenschaftskapazitäten aufgebaut werden,

— eine offene, kritische Kultur des Lernens und Hinterfragens gefördert wird,

— die Gleichstellung der Geschlechter nicht nur an der Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten von Mädchen festgemacht wird,

— Restrukturierungen im Gesundheitswesen nicht zu Lasten der Armen gehen,

— Maßnahmen getroffen werden, die die Bereitschaft und die Möglichkeiten der Bevölkerung zur Familienplanung steigern und dadurch zu einem schnelleren Rückgang des Bevölkerungswachstums beitragen,

— die HIV/Aids-Problematik enttabuisiert wird und realitätsnähere Statistiken über die Verbreitung der Krankheit erhoben werden,

— Reformen im Wassersektor nicht zu Lasten der ökologischen oder der sozialen Nachhaltigkeit gehen,

— der Umwelt- und Ressourcenschutz stärker im Bewusstsein der Bevölkerung und der nationalen Politik verankert wird und

— der Zugang ärmerer Bevölkerungsschichten zur Verkehrs-, Versorgungs-, Kommunikations- und Informationsinfrastruktur verbessert wird (Boughton / Qureshi 2004; Weiss 2004b).

6.5 Dokumentation und Analyse des deutschen Beitrags zur Umsetzung der MDGs

Die dringendste Empfehlung besteht allerdings darin, dass die deutsche EZ ihren erwarteten und tatsächlichen Beitrag zur Umsetzung der MDG-Agenda besser dokumentiert (BMZ 2005a). Alle Geber sollten Auskunft darüber geben, inwieweit die von ihnen geförderten Maßnahmen zur Armutsbekämpfung im Sinne der MDGs beiträgt (Satterthwaite 2004, 13). Bislang wird dies von den meisten vorliegenden Länderkonzepten und Schwerpunktstrategiepapieren des BMZ nur unzureichend geleistet. Insbesondere sollten sie Antwort auf die in Übersicht 9 aufgelisteten Fragen geben:

— ganz explizit auf den Stand des MDG-Prozesses im Partnerland eingehen,

— ausweisen, zu welchen MDGs die deutsche EZ beitragen will und tatsächlich beiträgt,

— begründen, warum sie gerade die Umsetzung dieser MDGs fördern will,

— den Ansatz und die Maßnahmen der deutschen EZ konsequent aus ihren Zielen ableiten,

— den erwarteten Wirkungszusammenhang zwischen den geförderten Maßnahmen und den angestrebten Zielen detailliert und nachvollziehbar aufzeigen,

— darlegen, warum das deutsche Engagement bei den geförderten Maßnahmen sinnvoll ist, i.e. inwiefern (i) ein entscheidender Engpass bei den Kapazitäten des Partnerlandes überbrückt wird und (ii) die deutsche EZ in diesem Bereich über komparative Stärken gegenüber anderen Gebern verfügt, und schließlich

— mit Zielen außerhalb der MDG-Agenda transparenter und offensiver umgehen: offen einräumen, dass einige Maßnahmen der deutschen EZ keinen unmittelbaren MDG-Bezug haben und dennoch in Anbetracht der Gesamtsituation des Partnerlandes sinnvoll sind.

Darüber hinaus sollte regelmäßig überprüft werden, inwieweit die Maßnahmen der deutschen EZ tatsächlich die erwarteten Wirkungen entfalten (den in den Strategiepapieren des BMZ beschriebenen Beitrag zur Umsetzung der MDGs im jeweiligen Partnerland leisten). Das Problem hierbei ist, dass sich die derzeit in der deutschen EZ angewandten Instrumente der Wirkungsanalyse hierfür nur bedingt eignen. Sie messen ausschließlich die Effekte einzelner Vorhaben und verfolgen die Wirkungsketten z.T. nur bis zur Ebene unmittelbarer *outcomes*. Daher müssen entweder die derzeitigen Instrumente so weiterentwickelt werden, dass mit ihnen auch *impacts* auf der Ebene der MDGs gemessen werden können, oder aber neue Instrumente müssen geschaffen werden. Mit dieser Aufgabe beschäftigt sich bereits eine Arbeitsgruppe im BMZ, in der auch die Durchführungsorganisationen vertreten sind.

6.6 Beitrag zur multilateralen EZ

Ebenso wie die bilaterale deutsche EZ muss auch die multilaterale EZ der MDG-Agenda Rechnung tragen. Bei den meisten internationalen Organisationen ist Deutschland einer der größten Beitragszahler und kann somit größeren Einfluss auf deren entwicklungspolitische Arbeit ausüben. Obwohl mit dieser Möglichkeit auch eine große Verantwortung verbunden ist, wurde von ihr bislang nur in begrenztem Umfang Gebrauch gemacht. Fortan sollte sich die Bundesregierung stärker in die Planung der multilateralen EZ einbringen und darauf achten, dass IWF, Weltbank, UNDP und UNICEF die MDGs auch in der entwicklungspolitischen Praxis ernst nehmen. Umgekehrt ist drauf zu achten, dass die deutschen Zuweisungen zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit wieder steigen.

6.7 Maßnahmen Deutschlands zur Umsetzung von MDG8

Schließlich darf MDG8 nicht in Vergessenheit geraten. Viele internationale Berichte zur Umsetzung der MDG-Agenda gehen hierüber hinweg, weil für MDG8 nicht in erster Linie die Entwicklungsländer verantwortlich sind. Gerade deswegen muss allerdings die deutsche Regierung darauf achten, dass sie dieses Ziel nicht vernachlässigt (BMZ 2005a). Insbesondere sollte sie

— die deutschen ODA-Leistungen aufstocken,

— einen höheren Anteil ihrer ODA dem Auf- und Ausbau von sozialen Grunddienstleistungen in Entwicklungsländern widmen,

— den Anteil ihrer ODA für LDCs steigern,

— sich noch stärker für den Erlass von Schulden der Entwicklungsländer, alternative bzw. zusätzliche Wege der Finanzierung von EZ und die Einrichtung einer neuen internationalen Entwicklungsfaszilität einsetzen,

— auf eine für Entwicklungsländer freundliche Umsetzung des TRIPS drängen,

— längere Übergangsfristen für LDCs bei der Handelsliberalisierung im Rahmen der WTO einfordern,

— für eine Verlängerung und den Ausbau der Regelungen für einen erleichterten Zugang von Entwicklungsländern zu kostengünstigen Medikamenten votieren sowie

— sich noch stärker als bisher für eine schnelle Öffnung der Agrarmärkte in den Industrieländern für Exportprodukte aus den Entwicklungsländern einsetzen (Baulch 2004; Boughton / Qureshi 2004; Bundesregierung 2004; Fues 2005).

Literaturverzeichnis

Abed, G. T. (2003): Unfulfilled Promise. Why the Middle East and North Africa region has lagged behind in growth and globalization, in: *Finance and Development*, Bd. 40, H. 1, S. 10–14, im Internet veröffentlicht unter: http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2003/03/abed.htm (6.5.2003)

Abou-Habib, L. (2003): Gender, citizenship, and nationality in the Arab region, in: *Gender and Development*, Bd. 11, H. 3, S. 66–75

Alderman, H. et al. (2001): Reducing Child Malnutrition: How Far Does Income Growth Take Us?, CREDIT Research Paper No. 01/05, Centre for Research in Economic Development and International Trade, Nottingham, im Internet veröffentlicht unter: http://www.nottingham.ac.uk/economics/credit/research/papers/cp.01.05.pdf (21.6.2004)

Ali, A. (2003a): Can the Sudan Reduce Poverty by Half by the Year 2015?, API-Working Paper No. 0304, Arab Planning Institute, Kuwait, im Internet veröffentlicht unter: http://www.arab-api.org/wps0304.pdf (24.10.2004)

– (2003b): Taqyīm Siyāsāt wa Istratiğiyā al-Iqlāl min al-Fiqr fī ᶜAynat mit ad-Duwwal al-ᶜArabiyya [Bewertung der Politik und der Strategien zur Armutsbekämpfung in ausgewählten arabischen Ländern], API-Working Paper No. 0402, Arab Planning Institute, Kuwait, im Internet veröffentlicht unter: http://www.arab-api.org/wps0308.pdf (24.10.2004)

– (2004): Poverty in the Arab Region: A Selective Review, API-Working Paper No. 0402, Arab Planning Institute, Kuwait, im Internet veröffentlicht unter: http://www.arab-api.org/wps0402.pdf (24.10.2004)

Ali, A. / I. Elbadawi (2000): The Labour Market and Poverty in the Arab World: Some Preliminary Results, Konferenzpapier, vorgestellt bei der 7. Jahreskonferenz des Economic Research Forum of the Arab Countries, Iran & Turkey zum Thema 'ERF Region: Trends And Prospects for Growth and Human Development', Amman, 26.–29. Oktober 2000

Alliance 2015 (2005): 2015-Watch. The Millennium Development Goals: A comparative performance of six EU Member States and the EC aid programme, Den Haag, im Internet veröffentlicht unter: http://www.alliance2015.org/index.php/news/content/pdf/87 (23.5.2005)

Altenburg, T. (2004): Welche Erkenntnisse liefert das „Pro-Poor Growth"-Konzept für die Entwicklungspolitik?, in: D. Messner / I. Scholz (Hrsg.), Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik, Baden-Baden: Nomos, S. 185–198

ANND (Arab NGO Network for Development) (2004): Strategic Planning Workshop "Regional Campaign for the MDGs in the Arab Region", Beirut (Lebanon), 1st–3rd of April, 2004, Organized By The Arab NGO Network for Development in Collaboration With The United Nations Development Programme, Beirut, im Internet veröffentlicht unter: http://www.annd.org/Development/Documents/MDGs%20Executive%20summary%20after%20edits%20and%20comments.pdf (24.10.2004)

Arce, C. (2004): General Conditions for Private Sector Participation (PSP) in the Water Sector in the Middle East. Opportunities and Constraints, unv. Ms., KfW Bankengruppe, Frankfurt (Main)

Ashoff, G. (2002): Verbesserung der Kohärenz zwischen Entwicklungspolitik und anderen Politiken, Analysen und Stellungnahmen Nr. 1/2002, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn, im Internet veröffentlicht unter: http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/56a1abebb4eded3dc1256bd9003101ea/6a4ae056eaddf167c1256c69003889f9?OpenDocument (21.6.2004)

– (2004): Geberkoordinierung: eine wesentliche Voraussetzung für eine effizientere und wirksamere Entwicklungszusammenarbeit, Analysen und Stellungnahmen Nr. 7/2004, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn, im Internet veröffentlicht unter: http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/6f3fa777ba64bd9ec12569cb00547f1b/8a5f5aa07c7d6847c1256e1400334014/$FILE/A+S%207.2004%20Ashoff.pdf (22.11.2004)

Baaden, A. (2002): Bildung für Alle bis 2015? Die UNESCO und der Aktionsplan von Dakar, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Bd. 43, H. 8–9, S. 246–248

Baird, M. / S. Shetty (2003): Getting There. How to accelerate progress toward the Millennium Development Goals, in: *Finance and Development*, Bd. 40, H. 1, S. 14–19, im Internet veröffentlicht unter: http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2003/12/pdf/baird.pdf (21.6.2004)

Baldacci, E. et al. (2004): Social Spending, Human Capital, and Growth in Developing Countries: Implications for Achieving the MDGs, IMF Working Paper WP/04/217, International Monetary Fund, Washington, DC, im Internet veröffentlicht unter: http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2004/wp04217.pdf (21.1.2005)

Barnett, S. / R. Ossowski. (2003): What goes up… Why oil-producing states must husband their resources, in: *Finance and Development*, Bd. 40, H. 1, S. 36–39, im Internet veröffentlicht unter:http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2003/03/barn.htm (6.5.2003)

Baulch, B. (2004): Aid distribution and the MDGs, CPRC Working Paper No. 48, Chronic Poverty Research Centre, Institute of Development Studies, University of Sussex, im Internet veröffentlicht unter: http://www.chronicpoverty.org/pdfs/48%20Bob%20Baulch.pdf (21.1.2005)

Bennett, A. (2003): Failed Legacies. Escaping the ghosts of central planning, in: *Finance and Development*, Bd. 40, H. 1, im Internet veröffentlicht unter: http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2003/03/benn.htm (6.5.2003)

Bergmann, H. (2002): Was funktioniert und was nicht. Erfolgreiche Ansätze in der Förderung der Grundbildung, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Bd. 43, H. 8–9, S. 240–243

Betz, J. (2003): Die Qualität öffentlicher Institutionen und die sozioökonomische Entwicklung, in: *Nord-Süd aktuell*, Bd. 17, H. 3, S. 456–467

Bhalla, S. (2002): Imagine There's No Country: Poverty, Inequality, and Growth in the Era of Globalization, Institute for International Economics, Washington, DC, im Internet veröffentlicht unter: http://bookstore.iie.com/merchant.mvc?Screen=PROD&Product_Code=348 (19.8.2004)

– (2004): Pro-Poor Growth: Measurement and Results, working paper, Oxus Research & Investments, New Delhi, im Internet veröffentlicht unter: http://www.oxusresearch.com/downloads/ei150304.pdf (19.8.2004)

Bigsten, A. / J. Levin (2001): Growth, Income Distribution and Poverty: A Review, WIDER Discussion Paper No. 2001/129, World Institute for Development Economics Research, United Nations University, Helsinki, im Internet veröffentlicht unter: http://www.wider.unu.edu/conference/conference-2001-1/Bigsten%20and%20Levin.pdf (21.6.2004)

Bliss, F. (2004): Die Armutsorientierung bestehender entwicklungspolitischer Programme und Projekte im Wassersektor, Teilgutachten 2 im Rahmen des Forschungsprojekts des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zu „Wasser und Armut: Schlussfolgerungen für die Umsetzung des Aktionsprogramms 2015 und das Erreichen der Millenium Development Goals (MDG)“, unter Mitarbeit von Marco Heinz (Bliss & Gaesing, Assoziierte Gutachter), Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) *(Hrsg.)* (1993): Konzept für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Ländern des Nahen Ostens und des südlichen und östlichen Mittelmeerraumes, BMZ aktuell, Bonn

– (1997): Länderbericht Ägypten 1997, Referat 222, Bonn

– (2000): Länderkonzept Palästina, Bonn

– (2001a): Aktionsprogramm 2015: Armutsbekämpfung – eine globale Aufgabe. Der Beitrag der Bundesregierung zur weltweiten Halbierung extremer Armut. BMZ-Materialien Nr. 106, Bonn, im Internet veröffentlicht unter: http://www.bmz.de/infothek/fachinformationen/materialien/ap2015_kurz.pdf (21.6.2004)

– (2001b): Elfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, BMZ-Materialien Nr. 111, Bonn
– (2002a): Förderung sozialer Sicherheit und sozialer Sicherungssysteme in Entwicklungsländern. Ein Positionspapier des BMZ, BMZ-Spezial Nr. 069, Bonn
– (2002b): Länderbericht Haschemitisches Königreich Jordanien, Bonn
– (2002c): Länderbericht Marokko, Bonn
– (2002d): Länderbericht Arabische Republik Syrien, Bonn
– (2003a): Länderbericht Tunesien, Bonn
– (2003b): Länderkonzept Ägypten, Bonn
– (2003c): Länderkonzept zur Entwicklungspolitik mit der Republik Jemen, Bonn
– (2004a): Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2004/2005, Bonn
– (2004b): Länderbericht Algerien, Bonn
– (2004c): Länderbericht Palästinensische Gebiete, Bonn
– (2004d): EZ mit den Palästinensischen Gebieten. Sektorpapier Schwerpunkt WiRAM, Bonn
– (2004e): Schwerpunktstrategiepapier für die Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Tunesien im Schwerpunkt Wirtschaftsreform und Aufbau der Marktwirtschaft/WiRAM, Entwurf (Stand Frühjahr 2004), Bonn
– (2004f): Länderinformation Mauretanien, Bonn
– (2004g): Schwerpunktstrategiepapier Wasser Marokko, Entwurf, Bonn
– (2004h): Länderkonzept Marokko, Bonn
– (2004i): Die Millennium-Entwicklungsziele. Herausforderungen für die deutsche Entwicklungspolitik, unv. Ms., Bonn
– (2004j): Jemenitisch-deutsche Entwicklungszusammenarbeit, Schwerpunktstrategiepapier Grundbildung, Entwurf, Bonn
– (2004k): Schwerpunktstrategiepapier Wasser für das Haschemitische Königreich Jordanien, Entwurf, Bonn
– (2004l): Document d'orientation de la coopération tuniso-allemande concernant la stratégie sectorielle dans le domaine de la mise à niveau de l'économie tunisienne, Entwurf (Stand Oktober 2004), Bonn
– (2004m): Die MDGs und der PRSP-Prozess in Nordafrika und im Nahen Osten, unv. Entwurf, Bonn
– (2005a): Mehr Wirkung erzielen: Die Ausrichtung der Instrumente und Verfahren der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf die Millennium-Entwicklungsziele, unv. Ms., Bonn
– (2005b): Deutschland-Memorandum für die DAC Peer Review Deutschland 2005, unv. Ms., Bonn

– (o.J.): Strategiepapier zum Schwerpunktbereich ländliche Entwicklung / Ressourcenmanagement in Mauretanien, Bonn

– / *Ägypten* (2003): Priority Area Strategy "Environmental Policy, Protection and Sustainable Use of Natural Resources" Egypt [„Schwerpunktstrategiepapier Umwelt Ägypten"], Bonn, Kairo

– / *Algerien* (2003a): Stratégie sectorielle. Document de la coopération algéro-allemande concernant la stratégie sectorielle dans le domaine de la gestion intégrée et durable des ressources en eau et de l'environnement [„Schwerpunktstrategiepapier Wasser/Umwelt Algerien"], Bonn, Algier

– / – (2003b): Réformes économiques et instauration de l'économie de marché. Document de stratégie pour le pôle d'intervention prioritaire Algérie [„Schwerpunktstrategiepapier WiRAM Algerien"], Bonn, Algier

– / *Marokko* (2000): Stratégie sectorielle en matière de protection de l'environnement, inclus les énergies renouvelables [„Schwerpunktstrategiepapier Umwelt Marokko"], Rabat

– / *Mauretanien* (2003): Document prioritaire démocratie et administration publique en Mauritanie [„Schwerpunktstrategiepapier Demokratie/ öffentliche Verwaltung Mauretanien"], Bonn, Nouakchott

– / *PA* (Palestinian Authority) (2004a): Joint Approach of Palestinian-German Development Cooperation in the Water Sector [„Schwerpunktstrategiepapier Wasser PSG"], Bonn, Ramallah

– / – (2004b): Draft Concept Paper. Palestinian-German Development Co-operation on „Institutional Development for Good Governance" [„Schwerpunktstrategiepapier Demokratie PSG"], Bonn, Ramallah

– / *Tunesien* (2003): Stratégie sectorielle. Document de la coopération tunisio-allemande concernant la stratégie sectorielle dans le domaine de la protection de l'environnement [„Schwerpunktstrategiepapier Umwelt Algerien"], Bonn, Tunis

Booth, D. (2003): Patterns of Difference and Practical Theory: researching the New Poverty Strategy Processes in Africa, in: *Journal of International Development*, Bd. 15, H. 7, S. 863-877

Boughton, J. / Z. Qureshi (2003): Staying on Track. A framework for monitoring progress toward the Millennium Development Goals, in: *Finance and Development*, Bd. 40, H. 3, S. 46–47, im Internet veröffentlicht unter: http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2003/09/pdf/boughton.pdf (21.6. 2004)

– / – (2004): From Vision to Action. How to put some oomph into the Millennium Development Goals, in: *Finance and Development*, Bd. 41, H. 3, S. 42–44, im Internet veröffentlicht unter: http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2004/09/pdf/qureshi.pdf (1.2.2005)

Bracking, S. (2004): Neoclassical and structural analysis of poverty: winning the ‚economic kingdom' for the poor in southern Africa, in: *Third World Quarterly*, Bd. 24, H. 5, S. 903–917

Bundesregierung (2004): Der Bericht der deutschen Bundesregierung zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele, Bonn

Cammack, P. (2001): Making the Poor Work for Globalisation? in: *New Political Economy*, Bd. 6, H. 3, S. 397–408

Chan, K. / E. Gemayel (2004): Risk Instability and the Pattern of Foreign Direct Investment in the Middle East and North Africa Region, IMF Working Paper No. 04/139, International Monetary Fund, Washington, DC, im Internet veröffentlicht unter: http://www.imf.org/external/pubs/cat/longres.cfm?sk=17518.0 (27.10.2004)

Chen, S. / M. Ravallion (2001): How Did the World's Poorest Fare in the 1990s?, in: *Review of Income and Wealth*, Bd. 47, H. 2, S. 283–300, im Internet veröffentlicht unter: http://econ.worldbank.org/docs/1164.pdf (21.6.2004)

Clemens, M. / Ch. Kenny / T. Moss (2004): The Trouble with the MDGs: Confronting Expectations of Aid and Development Success, Working Paper No. 40, Center for Global Development, Washington, DC, im Internet veröffentlicht unter: http://www.cgdev.org/docs/cgd_wp040Rev2.pdf (13.7.2004)

Cogneau, D. / J. Naudet (2004): Who deserves aid? Equality of opportunity, international aid and poverty reduction, DIAL working paper DT/2004/10, Développement, Institutions & Analyses de Long terme, Paris

Daniel, S. (2004): Assessing the Progress of UN Millennium Goals in Closing the Gender Gap in Education in the Arab Countries, Konferenzpapier, vorgestellt bei der Sixth Annual Conference of Young Scholars zum Thema "Scenarios for the 21st Century: Regional and Global Prospects and Challenges" vom Center for the Study of Developing Countries in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Kairo, 17.–19. April 2004, im Internet veröffentlicht unter: http://cics.feps.eun.eg/csdc/csdc_arabic/activities/conferences/6th_youth_conference/Susan%20Daniel.pdf (21.6.2004)

Deaton, A. (2001): Counting the World's Poor: Problems and Possible Solutions, in: *The World Bank's Research Observer*, Bd. 16, H. 2, S. 125–147

Decker, K. (2003): Poverty Reduction Strategy Papers: ein taugliches Instrument der politischen Konditionalität?, in: *Nord-Süd aktuell*, Bd. 17, H. 3, S. 487–492

Deutscher, E. (1994): Die Krise der Bildung – ein globales Entwicklungsproblem, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Bd. 35, H. 3, S. 164–166

Devarajan, S. / R. Reinikka (2003): Making Services Work for Poor People. The poor need more control over essential services, in: *Finance and Development*, Bd. 40, H. 3, S. 48–51, im Internet veröffentlicht unter: http://econ.worldbank.org/files/17976_ReinikkaShantaInitialFramework.pdf (21.6.2004)

DFID (British Department for International Development) (2004): Achieving the Millennium Development Goals: The Middle-Income Countries. A Strategy for DFID: 2005–2008, British Department for International Development, London, im Internet veröffentlicht unter: http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/achievingmdgmidincome.pdf (28.10.2004)

Donner-Reichle, C. (1995): Hoffnungsvolle Ansätze auf dem Weltsozialgipfel. Kopenhagen und die NROs, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit* Bd. 36, H. 5/ 6, S. 124–125

Drechsel, P / H. Pauw (2003): Aktuelle Weltbankberichte und die Millenniums-Entwicklungsziele, in: *Internationales Afrikaforum*, Bd. 39, H. 3, S. 253–268

Eberlei, W. (2000): Paradigmenwechsel in der Armutsbekämpfung. Poverty Reduction Strategies als neues Konzept – auch für das BMZ? in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Bd. 41, H. 6, S. 165–168

Egypt / Weltbank (2004): Arab Republic of Egypt. A Poverty Reduction Strategy for Egypt, Kairo, Washington, DC, im Internet veröffentlicht unter: http://www-wds.worldbank.org/servlet/WDS_IBank_Servlet?pcont=details&eid=000012009_2 0041019110617 (30.1.2005)

Eifert, B. / A. Gelb / N. B. Tallroth. (2003): Managing Oil Wealth. The political economy of oil-exporting countries – why some of them have done so poorly, in: *Finance and Development*, Bd. 40, H. 1, S. 40–44, im Internet veröffentlicht unter: http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2003/03/eife.htm (6.5.2003)

Eken, S. / D. A. Robalino / G. Schieber. (2003): Living Better. Improving human development indicators in MENA will require different approaches to health, education, and social protection, in: *Finance and Development*, Bd. 40, H. 1, S. 15–17, im Internet veröffentlicht unter: http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2003/03/eken.htm (6.5.2003)

El-Masry, I. (2003): Von der Rentenökonomie zur Wissensgesellschaft. Der Arab Human Development Report, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Bd. 44, H. 12, S. 471–473

Elsadda, H. (2004): Women in the Arab World: Reading against the Grain of Culturalism, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, H. 4/2004, S. 41–53

Erdle, S. / B. Trautner (2005): Internationale Zielvorgaben für die deutsche EZ mit dem Maghreb: Das VN-Millenniumsprojekt und sein Verhältnis zu regionalen Rahmenvorgaben (EU-Mittelmeerpolitik, AHDR, G8-BMENA), BMZ – Referat 324, unv. Hintergrundpapier für den BMZ-Workshop „Der Beitrag der deutschen EZ im Maghreb zur Erreichung der MDGs“ am 15.3.2005 im Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, Bonn

ESCWA (United Nations Economic and Social Commission for Western Asia) (2005): Priority Issues in the Western Asia Region. Achievement of the Millennium Development Goals in ESCWA member countries, Economic and Social Commission for Western, twenty-third session, Item 6 (b) of the provisional agenda, 9–12 May 2005, E/ESCWA/23/4(Part II), Damaskus

European Commission (2004): Report on Millennium Development Goals 2000-2004, Brüssel

– (2005): Attitudes towards Development Aid. Special Eurobarometer 222 / Wave 62.2 – TNS Opinion & Social, Brüssel

Farag, F. (2004): Global goals, local needs, in: *Al-Ahram Weekly*, Bd. 130, Nr. 685 (8.–14.4.2004), im Internet veröffentlicht unter: http://weekly.ahram.org.eg/2004/685/re15.htm (17.12.2004)

Fariz, G. (2003): The Millennium development goals: gender related indicators in the Arab States, mimeo, SURF-AS, United Nations Development Programme, Amman, im Internet veröffentlicht unter: http://www.mdgender.net/upload/monographs/MDGs_Gender_Indicators_Arab_States.doc (21.6.2004)

Freedom House (2004): Freedom in the World Index, im Internet veröffentlicht unter: http://www.freedomhouse.org/ratings/index.htm (12.12.2004)

Fues, T. (2005): Entwicklungspolitische Millenniumsziele (MDGs): Der Fahrplan für das Entscheidungsjahr 2005, in: *Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung*, H. 5/2005

Gardner, E. (2003): Wanted: More Jobs. High unemployment in the MENA region presents formidable challenges for policymakers, in: *Finance and Development*, Bd. 40, H. 1, S. 18–21, im Internet veröffentlicht unter: http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2003/03/gard.htm (6.5.2003)

Global Campaign for Education (2005): Missing the Mark. A School Report on rich countries' contribution to Universal Primary Education by 2015, Oxford

Gsänger, H. (1996a): UN-Weltkonferenzen 1990-1996. Globale Lösungsansätze und lokale Umsetzung, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Bd. 37, H. 12, S. 324–325

– (1996b): Weltkonferenzen und lokale Umsetzung: Der Weltsozialgipfel und sein Folgeprozess am Beispiel Malawi und Philippinen, Berichte und Gutachten Nr. 16/1996, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn

– (2002): Kann das Halbierungsziel extremer Armut bis 2015 erreicht werden? Anforderungen an die deutsche Politik, Analysen und Stellungnahmen Nr. 3/2001, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn, im Internet veröffentlicht unter: http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/07EB069F53439986DC1256AD2003108C3/$File/Ana-Gs-3-01.pdf?OpenElement (21.6. 2004)

GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) (Hrsg.) (2003): GTZ-Abteilungsstrategie – Abt. 313 – Mittelmeer und mittlerer Osten, Eschborn

GTZ / KfW (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit / KfW Entwicklungsbank) (Hrsg.) (2005a): Beitrag der deutschen EZ zur Erreichung der MDGs in Algerien, unv. Hintergrundpapier für den BMZ-Workshop „Der Beitrag der deutschen EZ im Maghreb zur Erreichung der MDGs“ am 15.3.2005 im Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, Bonn

– / – (2005b): Beitrag der deutschen EZ zur Erreichung der MDGs in Marokko, unv. Hintergrundpapier für den BMZ-Workshop „Der Beitrag der deutschen EZ im Maghreb zur Erreichung der MDGs“ am 15.3.2005 im Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, Bonn

– / – (2005c): Input Papier Mauretanien zu den MDGs, unv. Hintergrundpapier für den BMZ-Workshop „Der Beitrag der deutschen EZ im Maghreb zur Erreichung der MDGs“ am 15.3.2005 im Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, Bonn

– / – (2005d): Beitrag der deutschen EZ zur Erreichung der MDGs in Tunesien, unv. Hintergrundpapier für den BMZ-Workshop „Der Beitrag der deutschen EZ im Maghreb zur Erreichung der MDGs“ am 15.3.2005 im Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, Bonn

Haddad, L. / A. U. Ahmed (2002): Avoiding Chronic and Transitory Poverty: Evidence from Egypt, 1997-99, FCND Discussion Paper No. 133, Food Consumption and Nutrition Division (FCND), International Food Policy Research Institute, Washington, DC, im Internet veröffentlicht unter: http://www.ifpri.org/divs/fcnd/dp/papers/fcnbr133.pdf (27.7.2004)

Hakura, D. / S. Nsouli (2003): The Millennium Development Goals, the Emerging Framework for Capacity Building, and the Role of the IMF, IMF Working Paper 03/119, International Monetary Fund (IMF), Washington, DC, im Internet veröffentlicht unter: http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2003/wp03119.pdf (21.6.2004)

Hamza, N. (2002): Modèles de politiques sociales : les enseignements de l'expérience tunisienne, série de politiques sociales No. 2, United Nations Economic and Social Commission for Western Asia (ESCWA), Beirut

Heidt, E. / R. Müller (Hrsg.) (2002): Aus Erfahrung lernen. Befunde der Serienevaluierung ‚Erfolgsaussichten von Grundbildungsvorhaben', in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Bd. 43, H. 8–9, S. 250–251

Herfkens, E. (2005): Der politische Wille entscheidet. UN-Sonderbeauftragte für die MDGs fordert ein stärkeres Engagement der reichen Länder, in: *INKOTA-Brief*, Bd. 33, H. 2, S. 9–10

Hermle, R. (2995): Die Pest der weltweiten Armut besiegen. Ein Plädoyer, sich stärker für die Millenniumsentwicklungsziele zu engagieren, in: *INKOTA-Brief*, Bd. 33, H. 2, S. 12–13

Hofmann, M. / S. Lock (2002): Von Dakar bis PISA. Zukunftsinvestition Bildung, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Bd. 43, H. 8–9, S. 244–245

ILO (International Labour Office) (2000): Income Security and Social Protection in a Changing World, World Labour Report 2000, Genf

– (2005): Youth employment: From a national challenge to a global development goal, background paper contributed by the ILO to the G8 Labour and Employment Ministers' Conference, London, 10–11 March, im Internet veröffentlicht unter: http://www.ilo.org/public/english/employment/yett/download/g8english.pdf (20.6.2005)

IMF / Weltbank (2003): Progress Report and Critical Next Steps in Scaling Up: Education for All, health HIV/AIDS, Water and Sanitation, DC2003-0004/Add.3, Joint Ministerial Committee of the Board of Governors of the World Bank and the International Monetary Fund On the Transfer of Real Resources to Developing Countries, Washington, DC

– /– (2004): Education for All (EFA) – Fast Rack Initiative Progress Report, DC2004-0002/1, Joint Ministerial Committee of the Board of Governors of the World Bank and the International Monetary Fund On the Transfer of Real Resources to Developing Countries, Washington, DC, im Internet veröffentlicht unter: http://siteresources.worldbank.org/DEVCOMMINT/Documentation/20190709/DC2004-0002(E)-EFA.pdf (21.6.2004)

IMF / OECD / UN / Weltbank (2000): A Better World for All. Progress towards the International Development Goals, New York, Paris, Washington, DC, im Internet veröffentlicht unter: http://www.imf.org/external/pubs/ft/jointpub/world/2000/eng/bwae.pdf (21.6.2004)

Islamic Republic of Iran (2004): The First Millennium Development Goals Report 2004: Achievements and Challenges, Office of the Deputy for Social Affairs, Management and Planning Organization, Islamic Republic of Iran, in cooperation with the Institute for Management and Planning Studies and United Nations in Islamic Republic of Iran, Teheran, im Internet veröffentlicht unter: http://www.undg.org/documents/ 5457-Iran_MDG_Report.pdf (7.4.2005)

Jarré, D. (2000): Die Beschlüsse von Kopenhagen... und die Rolle der Zivilgesellschaft, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Bd. 41, H. 6, S. 169–171

Jentsch, G. (1996): Was ist strukturelle Armutsbekämpfung? – Neues von der Armutsbekämpfung. Erfahrungen und Perspektiven in der staatlichen Zusammenarbeit, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Bd. 37, H. 5/6, S. 136–138

Jordan MOPIC / UN (Ministry of Planning and International Co-operation / United Nations in Jordan) (2004): The Millennium Development Goals (MDGs): Jordan Report 2004, Amman, im Internet veröffentlicht unter: http://www.undp-jordan.org/MDG/The%20Millenium.pdf (27.10.2004)

Kaninski, J. (2004): Zum Monitoring der Millenniums-Entwicklungsziele, unv. Ms., Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn

Kaufmann, D. / A. Kraay / P. Zoido-Lobaton (1999): Aggregating Governance Indicators, Working Paper Nr. 2195, The World Bank, Washington, DC

Khan, Q. / S. Chase (2003): Yemen and the Millennium Development Goals, Middle East and North Africa discussion paper series, No. 31, The World Bank, Washington, DC, im Internet veröffentlicht unter: http://lnweb18.worldbank.org/mna mena.nsf/Attachments/WP+31/$File/WP-31.pdf (21.6.2004)

Kingdom of Bahrain / United Nations (2003): Kingdom of Bahrain: Millennium Development Goals. First Report, Manama, im Internet veröffentlicht unter: http://www.undp.org/mdg/Bahrain_report.pdf (21.6.2004)

Klasen, S. (2001): In Search of the Holy Grail: How to Achieve Pro-Poor Growth?, unv. Ms., Universität München, im Internet veröffentlicht unter: http://www.hsph.harvard.edu/hcpds/documents/Klasen%20pro-poor%20growth.pdf (21.6.2004)

Klugman, J. (2002): Overview, in: J. Klugman (Hrsg.): A Sourcebook for Poverty Reduction Strategies, Volume 1: Core Techniques and Cross-cutting Issues, The World Bank, Washington, DC, S. 1–26

Laderchi, C. / R. Saith / F. Stewart (2003): Does it matter that we don't agree on the definition of poverty? A comparison of four approaches, QEH Working Paper No. 107, Queen Elizabeth House, University of Oxford, im Internet veröffentlicht unter: http://www.eldis.org/static/DOC12318.htm (15.9.2004)

Lampert, H. (1994): Lehrbuch der Sozialpolitik, 3. Auflage, Berlin

Leila, R. (2004): Horizon of hope, in: *Al-Ahram Weekly*, Bd. 130, Nr. 682, im Internet veröffentlicht unter: http://weekly.ahram.org.eg/2004/682/li1.htm (17.12.2004)

Lenhart, V. (2002): Der Beschluss der G8. Trendumkehr in der Förderung der Grundbildung, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Bd. 43, H. 8–9, S. 249

Lipton, M. / M. Ravallion (1995): Poverty and Policy. in: A. Auerbach / M. Feldstein (Hrsg.), Handbook of Public Economics, North-Holland, S. 2550–2657

Lloyd, C. B. (2003): The Impact of Educational Quality on School Exit in Egypt, in: *Comparative Education Review*, Bd. 47, H. 4, S. 444–467

Loewe, M. (1998): Soziale Unsicherheit in der Westbank und dem Gazastreifen, in: *Orient*, Bd. 39, H. 4, S. 305–325

– (1999): Sozialpolitik im Dienste des Machterhalts. Soziale Sicherung und der Staat im arabischen Vorderen Orient, in: P. Pawelka / H.-G. Wehling (Hrsg.), Der Vordere Orient an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Opladen, Wiesbaden, S. 121–142, im Internet veröffentlicht unter: http://www.lpb.bwue.de/aktuell/bis/3_98/bis983h.htm (20.7.2005)

– (2000a): Systeme der sozialen Sicherung in Ägypten. Entwicklungstendenzen, Erfahrungen anderer Geber und Ansatzpunkte für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, Berichte und Gutachten Nr. 4/2000, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin, im Internet veröffentlicht unter: http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/7ab32e612a750fe9c12569cb00547f11/15c88c80b3d3ad3fc12569f1004cdccd?OpenDocument (20.7.2005)

– (2000b): Der Schutz der Alten in einer jungen Ökonomie. Theorie der sozialen Sicherung am Beispiel der West Bank und des Gazastreifens, in: *Internationale Revue für Soziale Sicherheit*, Bd. 51, H. 3, S. 69–96

– (2003): Soziale Sicherung im Nahen Osten und in Nordafrika. Handlungsbedarf, Reformbereitschaft der Regierungen, Aktivitäten anderer Geber und Ansatzpunkte für deutsche EZ, Konferenzpapier, vorgestellt bei einer Informationsveranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über „Aktuelle Reformprozesse im Bereich der sozialen Sicherung in Asien, Lateinamerika, Osteuropa und Afrika“, Bonn, 23. September 2003

– (2004a): New Avenues to be Opened for Social Protection in the Arab World. The Case of Egypt, in: *International Journal of Social Welfare*, Bd. 13, H. 1, S. 3–14

– (2004b): Politik für die städtischen Mittelschichten. Soziale Sicherung in der arabischen Welt, in: J. Betz / W. Hein (Hrsg.), Soziale Sicherung in Entwicklungsländern. Neues Jahrbuch Dritte Welt 2004, Opladen, S. 147–168

– (2004c): Soziale Sicherung und informeller Sektor. Stand der theoretischen Diskussion und kritische Analyse der Situation in den arabischen Ländern unter besonderer Berücksichtigung des Kleinstversicherungsansatzes, Universität Heidelberg

– (2004d): Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Sicherheit im informellen Sektor. Das Beispiel der arabischen Welt, in: D. Messner / I. Scholz (Hrsg.), Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik, Baden-Baden: Nomos, S. 221–235

– (2004e): Reform der sozialen Sicherung in den arabischen Ländern. Was die Regierungen tun sollten und wo Entwicklungszusammenarbeit ansetzen kann, in: Michael von Hauff / Ute Vogt (Hrsg.), Islamische und westliche Welt. Warum Politik, Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit ihre Kooperationen neu orientieren müssen, Marburg, S. 404–434

Loewe, M. et al. (2001): Improving the Social Protection of the Urban Poor and Near-Poor in Jordan. The Potential of Micro-insurance, Reports and Working Papers No. 12/2001, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn, http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/7ab32e612a750fe9c12569cb00547f11/9d7644d425109e78c1256b7d0033f2ea?OpenDocumentf (20.7.2005)

López, R. (2001): Growth, Poverty and Asset Allocation: The Role of the state, ZEF discussion papers on development policy No. 35, Zentrum für Entwicklungsforschung, Universität Bonn, im Internet veröffentlicht unter: http://www.earthinstitute.columbia.edu/events/econSeminar/eesem-lopez.pdf (21.6.2004)

Lopez-Claros, A. / K. Schwab (2005): The Arab World Competitiveness Report 2005, World Economic Forum, Genf

Mackenzie, G. A. (1991): Education, in: K. Chu / R. Hemming (Hrsg.), Public Expenditure Handbook. A Guide to Public Expenditure Issues in Developing Countries, International Monetary Fund, Washington, DC

Martens, J. (2005): Das neue Mantra der Entwicklungspolitik. Die Millenniumsentwicklungsziele haben deutliche Schwächen, verschaffen aber dem Thema Entwicklung neue Bedeutung, in: *INKOTA-Brief*, Bd. 33, H. 2, S. 5–9

Masset, E. / H. White (2004): Are Chronically Poor People being Left Out of Progress Towards the Millennium Development Goals? A quantitative analysis of older people, disabled people and orphans, in: *Journal of Human Development*, Bd. 5, H. 2, S. 279–297

Maxwell, S. (2005): The Washington Consensus is dead! Long live the metanarrative!, ODI Working Paper No. 243, Overseas Development Institute, London

Morrison, C. / S. Friedrich (2004): La condition des femmes en Inde, Kenya, Soudan et Tunisie, document de travail du Centre de Développement de l'OCDE No. 235, Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD), Paris

Mosley, P. (2001): Making Globalisation Work for the Poor?, in: *New Political Economy*, Bd. 6, H. 3, S. 391–397

Neubert, S. (2004): Wirkungsanalysen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sind machbar, Analysen und Stellungnahmen Nr. 4/2004, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn, im Internet veröffentlicht unter: http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/91dea6712d99617ac12569cb00547f10/ec636cf553993644c1256f41002f001a?OpenDocument (16.3.2005)

Neubert, S. / L. Horlemann (2005): Wasser und Armut: Schlussfolgerungen für das Aktionsprogramm 2015 und die Orientierung auf die Millennium Development Goals (MDGs), unv. Schlussgutachten für das BMZ, Deutsches Institut für Entwiclungspolitik, Bonn

Nunnenkamp, P. (2004): Effizienz der Entwicklungshilfe. Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: *Internationale Politik*, H. 11–12/2004, S. 47–54

OECD/DAC (Organisation for Economic Co-operation and Development / Development Assistance Committee) *(Hrsg.)* (1996): Shaping the 21st Century: The Contribution of Development Co-operation, Paris, im Internet veröffentlicht unter: http://www.oecd.org/dataoecd/23/35/2508761.pdf (21.6.2004)

– (1998): Methodology Sheets for Development Indicators. Methodological notes and indicator sheets, Paris, im Internet veröffentlicht unter: http://www.oecd.org/dataoecd/3/45/1896978.pdf (19.8.2004)

– (2001): Guidelines on Poverty reduction, Paris, im Internet veröffentlicht unter: http://www.oecd.org/dataoecd/47/14/2672735.pdf (21.6.2004)

Pangestu, M. / J. Sachs (2004): Interim Report of Task Force 1 On Poverty and Economic Development, Millennium Project of the United Nations Organisation, New York, im Internet veröffentlicht unter: http://www.unmillenniumproject.org/documents/tfoneinterim.pdf (28.4.2004)

Papageorgiou, C. (2003): Distinguishing Between the Effects of Primary and Postprimary Education on Economic Growth, in: *Review of Development Economics*, Bd. 7, H. 4, S. 622–635

PARC (Public Administration Research & Consultation Center) (2002): Egypt: Reporting on the Millennium Development Goals at the Country Level, Kairo, im Internet veröffentlicht unter: http://www.undp.org/mdg/egypt.pdf (21.6. 2004)

– (2004): Millennium Development Goals. Second Country Report. Egypt. Kairo, im Internet veröffentlicht unter: http://www.un.org.eg/Documents/MDGR English.pdf (3.4.2005)

Picciotto; R. (2004): Scaling Up: A Development Strategy for the New Millennium, working paper, Global Policy Project, Weltbank, Washington, DC, im Internet veröffentlicht unter: http://wbln0018.worldbank.org/eurvp/web.nsf/Pages/Paper+by+Picciotto/$File/PICCIOTTO.PDF (28.7.2004)

Pogge, T. (2003): Ein Dollar pro Tag. Von den Schwierigkeiten, die Weltarmut zu berechnen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 4. Januar 2003, im Internet veröffentlicht unter: http://www.nzz.ch/servlets/ch.nzz.newzz.DruckformatServlet?url=/2003/01/04/zf/article8K6FQ.nzzoml (19.8.2004)

Pogge, T. / S. Reddy (2003a): How *Not* to Count the Poor, mimeo, im Internet veröffentlicht unter: http://www.columbia.edu/~sr793/count.pdf (19.8.2004)

– (2003b): Unknown: The Extent, Distribution, and Trend of Global Income poverty, im Internet veröffentlicht unter: http://www.columbia.edu/~sr793/povpop.pdf (19.8.2004)

Posselt, H. / C. Buchmüller (2005): Protokoll des Workshop „Der Beitrag der deutschen EZ im Maghreb zur Erreichung der MDGs“ am 15.03.2005 im DIE, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn

Radele, S. (2004): Aid Effectiveness and the Millennium Development Goals, Working Paper No. 39, Center for Global Development, Washington, DC, im Internet veröffentlicht unter: http://www.cgdev.org/Publications/?PubID=108 (21.6.2004)

Radke, D. (2002): Der Konsens von Monterrey. Die Konferenz *Financing for Development*, Analysen und Stellungnahmen Nr. 3/2002, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn, im Internet veröffentlicht unter: http://www.die-gdi.de/DIE_Homepage.nsf/ViewAttach/586BC0DB1A2A2F29C1256BC0004E5992/$File/AuS-3-02.pdf?OpenElement (21.6.2004)

Ravallion, M. (1998): Poverty Lines in Theory and Practice, Living Standards Measurement Study Working Paper No. 133, The World Bank, Washington, DC, im Internet veröffentlicht unter: http://www-wds.worldbank.org/servlet/WDS ContentServer/WDSP/IB/2000/02/24/000094946_99031911030079/Rendered/PDF/multi_page.pdf (24.9.2004)

– (2001): Comment on “Counting the World’s Poor”, by Angus Deaton, in: *The World Bank’s Research Observer*, Bd. 16, H. 2, S. 149–156

– (2002): How *Not* to Count the Poor. A Reply to Reddy and Pogge, mimeo, im Internet veröffentlicht unter: http://www.columbia.edu/~sr793/wbreply.pdf (19.8.2004)

– (2003): Have We already Met the Millennium Development Goal for Poverty, Washington, DC, im Internet veröffentlicht unter: http://poverty.worldbank.org/files/12978_Have_we_already_met_the_MDG_Ravallion_response_to_Bhalla.pdf (21.6.2004)

Reddy, S. / T. Pogge (2003c): How *Not* to Count the Poor. A Reply to Ravallion, mimeo, im Internet veröffentlicht unter: http://www.columbia.edu/~sr793/poggereddyreply.pdf (19.8.2004)

Republic of Yemen (2002): Poverty Reduction Strategy Paper (PRSP) 2003–2005, Sanaa, im Internet veröffentlicht unter: http://www.imf.org/External/NP/prsp/2002/yem/01/053102.pdf (21.6.2004)

– (2003): Millennium Development Goals Progress Report for Yemen 2003, Sanaa, im Internet veröffentlicht unter: http://www.undp.org/mdg/countryreports.html (21.6.2004)

Rodenberg, B. (2001): Von Sektorpapieren zum ganzheitlichen Ansatz deutscher EZ? Zur Berücksichtigung der Querschnittsthemen Partizipation – Armut – Gender in den Schwerpunktstrategiepaieren des BMZ, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn

– (2003): Gender und Armutsbekämpfung. Neuere konzeptionelle Ansätze in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, Berichte und Gutachten Nr. 9/2003, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn, im Internet veröffentlicht unter: http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/6f3fa777ba64bd9ec12569cb00547f1b/fa66ed1ab3b8efd6c1256ce100431e37/$FILE/Gender&Armut%20(151203).pdf (21.6.2004)

Roudy-Fahimi, F. (2004): Progress Toward the Millennium Development Goals in the Middle East and North Africa, MENA policy brief, Population Reference Bureau, Washington, DC, im Internet veröffentlicht unter: http://www.prb.org/Template.cfm?Section=PRB&template=/ContentManagement/ContentDisplay.cfm&ContentID=10265 (21.6.2004)

Royaume du Maroc (2003): Rapport national relatif aux objectifs du Millénaire pour le développement, Rabat, im Internet veröffentlicht unter: http://www.undp.org/french/mdg/Morocco_report_french.pdf (21.6.2004)

Sachs, J. (2005): Investing in Development. A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals, UN Millennium Project, New York

Salehi-Isfahani, D. (2000): Microeconomics of growth – the role of households, unv. Ms., Department of Economics, Virginia Technical University

Satterthwaite, D. (2003): The Millennium Development Goals and urban poverty reduction: great expectations and nonsense statistics, in: *Environment & Urbanization*, Bd. 15, H. 2, S. 181–190

– (2004): The Millennium Development Goals and poverty reduction, in: idem (Hrsg.), The Millennium Development Goals and Local Processes. Hitting the target or missing the point?, International Institute for Environment and Development, London, S. 7–46

Schirrmacher, C. (2004): Frauen unter der Scharia, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. B 48/2004 (22.11.2004), S. 10–16

Schlumberger, O. (2004): Demokratie- und Governance-Defizite in den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens. Ursachen, Veränderungstendenzen und Schlussfolgerungen zur Rolle der Entwicklungszusammenarbeit, unv. Ms., Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn

Schmidt, B. (2995): Ein zweischneidiges Schwert. Frauenorganisationen und die Millenniumsentwicklungsziele, in: *INKOTA-Brief*, Bd. 33, H. 2, S. 18–19

Schüler, D. / S. Klasen (2004): Financing of Social sectors. State of the Art in the International Development Debate, Themendienst Nr. 14, Informationszentrum Entwicklungspolitik (IZEP), Internationale Weiterbildung und Entwicklung GmbH, Bonn

Sen, A. (1981): Poverty and Famines. An Essay on Entitlement and Deprivation, Oxford

– (1999): Development as Freedom, Oxford

Shordt, K. / C. van Wijk / F. Brikké / S. Hesselbarth (2004): Monitoring Millennium Development Goals. A review of experiences and challenges, IRC International Water and Sanitation Centre, SHDC Development Consulting, Delft, Neuheim (Schweiz)

Srinivasan, T. (2001): Comment on "Counting the World's Poor", by Angus Deaton, in: *The World Bank's Research Observer*, Bd. 16, H. 2, S. 157–168

Stamm, A. (2004): Schwellen– und Ankerländer als Akteure einer globalen Partnerschaft. Überlegungen zu einer Positionsbestimmung aus deutscher entwicklungspolitischer Sicht, unv. Gutachten, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn

Stryk, R. / A. Bauer (2003): Entwicklungszusammenarbeit in urbanen Räumen: die Chancen, in: *entwicklung und ländlicher Raum*, H. 3/2003, S. 14–16

Syrian Arab Republic (2003): National Millennium Development Goals Report (MDGR) for The Syrian Arab Republic, Damaskus, im Internet veröffentlicht unter: http://www.undp.org/mdg/4412-Syria_MDG_Report.pdf (21.6.2004)

UN (United Nations) (2000a): United Nations Millennium Declaration, United Nations General Assembly, fifty-fifth session, 18 September 2000, A/RES/55/2, New York, im Internet veröffentlicht unter: http://www.un.org/millennium/declaration/ares552e.pdf (5.4.2004)

– (2000b): Official Record of the General Assembly, fifty-fifth session, 8th plenary meeting, Friday, 8 September 2000, A/55/PV.8, New York, im Internet veröffentlicht unter: http://ods-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N00/635/61/PDF/N0063561.pdf?OpenElement (12.12.2004)

– (2001): Road Map towards the implementation of the United Nations Millennium Declaration. Report of the Secretary-General to the General Assembly, Fifty-sixth session. Item 40 of the provisional agenda: Follow-up to the outcome of the Millennium Summit, A/56/160, New York, im Internet veröffentlicht unter: http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?OpenAgent&DS=A/56/326&Lang=E (21.6.2004)

– (2002a): The Millennium Development Goals: Progress report 2002 – occupied Palestinian territory, Jerusalem, im Internet veröffentlicht unter: http://intranet.papp.undp.org/public/files/content/mdgr%20final%20version.pdf (21.6.2004)

– (2002b): Millennium Development Goals: Report for the Kingdom of Saudi Arabia, Ar-Riyadh, im Internet veröffentlicht unter: http://www.undp.org/mdg/saudi.pdf (21.6.2004)

– (2003a): Al-ahdāf al-inşāniyya li-l-alfiyya. Taqrīr Lubnān [Die *Millennium Development Goals.* Der Bericht des Libanon], Beirut, im Internet veröffentlicht unter: http://www.undp.org/mdg/Lebanon_report_arabic.pdf (10.8.2004)

– (2003b): Tunisie. La Tunisie et les objectifs internationaux du développement, Tunis, im Internet veröffentlicht unter: http://www.tn.undp.org/La%20Tunisie%20et%20les%20Objectifs%20Internationaux%20du%20D%E9veloppement.pdf (10.8.2004)

– (2003c): La Tunisie et les objectifs de développement du millénaire. Le point, Tunis, im Internet veröffentlicht unter: http://www.tn.undp.org/LE%20POINT%20les%20Objectifs%20du%20Mill%E9naire%20pour%20le%20D%E9veloppement.pdf (10.8.2004)

– (2004a): Le premier rapport sur les objectifs de développement du millénaire pour l'Algérie, Algier, im Internet veröffentlicht unter:http://www.undp.org/french/mdg/Algeria_report_french.pdf (21.6.2004)

– (2004b): Draft Report on the Millennium Development Goals in Southern Sudan, United Nations System in the Sudan, o.O., im Internet veröffentlicht unter: http://www.unsudanig.org/mdg/index.htm (11.11.2004)

– (2004c): Draft Report on the Millennium Development Goals in Sudan (North), United Nations System in the Sudan, o.O., im Internet veröffentlicht unter: http://www.unsudanig.org/mdg/index.htm (11.11.2004)

– (2005): In larger freedom: towards development, security and human rights for all. Report of the Secretary-General, United Nations General Assembly, fifty-ninth session, Agenda items 45 („Integrated and coordinated implementation of and follow-up to the outcomes of the major United Nations conferences and summits in the economic, social and related fields") and 55 („Follow-up to the outcome of the Millennium Summit"), 21 March 2005, A/59/2005, New York, im Internet veröffentlicht unter: http://www.un.org/largerfreedom/contents.htm (27.5.2005)

UNAIDS / WHO (Joint United Nations Programme on HIV/AIDS / World Health Organisation) (2004): AIDS epidemic update: December 2004, Genf, im Internet veröffentlicht unter: http://www.unaids.org/wad2004/EPIupdate2004_html_en/epi04_00_en.htm (9.12.2004)

UNDG (United Nations Development Group) (2002): Rapport sur les progrès dans la mise en oeuvre des objectifs de développement du Millénaire en Mauritanie, Nouakchott, im Internet veröffentlicht unter: http://www.undp.org/french/mdg/ Mauritania_report_french.pdf (21.6.2004)

– (2003): Country Reporting on the Millennium Development Goals. Second Guidance Note, New York

UNDP (United Nations Development Programme) (2000): Human Development Report 2000, New York

– (2003a): Human Development Report 2003, New York

– (2003b): The Millennium Development Goals in Arab Countries. Towards 2015: Achievements and Aspirations, New York, im Internet veröffentlicht unter: http://www.undp.org/rbas/amdg.htm (21.6.2004)

– (2004a): Human Development Report 2004, New York

– (2004b): Aide Memoire. Arab States Regional Workshop "Aid Management Strategy and Tools in the Arab Region, Marakech, 20–22 December 2004, New York

UNDP / AFESD (United Nations Development Programme / Arab Fund for Economic and Social Development) (Hrsg.) (2002): Creating Opportunities for Future Generations. Arab Human Development Report 2002, New York

– (2003): Building a Knowledge Society. Arab Human Development Report 2003, New York

– (2004): Towards Freedom in the Arab World. Arab Human Development Report 2004, New York

UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation) (2002): Education for All: Is the World on Track? EFA Global Monitoring Report 2002, Paris, im Internet veröffentlicht unter: http://portal.unesco.org/education/en.ev.php-URL_ID=13603&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html (21.6.2004)

UNESCO / OECD (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation / Organisation for Economic Cooperation and Development) (2002): Financing Education – Investments and Returns. Analysis of the World Education Indicators 2002 Edition, UNESCO Institute for Statistics, Paris

UNICEF (United Nations Children´s Fund) (2004): Progress for Children. A Child Survival Report Card, The United Nation's Children's Fund, New York, im Internet veröffentlicht unter: http://www.unicef.org/publications/index_23557.html (27.10.2004)

UNSD (United Nations Statistics Division) (2004): Millennium Indicators Database, im Internet veröffentlicht unter: http://millenniumindicators.un.org/unsd/mi/mi_series_results.asp?rowId=553 (10.12.2004)

Vandemoortele, J. (2002): Are the MDGs Feasible? in: Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (Hrsg.), Millennium Development Goals. Summary Report, International Policy Dialogue 27–28 June 2002, Entwicklungspolitisches Forum, Berlin

– (2004): The MDGs and pro-poor policies: Can external partners make a difference?, New York, im Internet veröffentlicht unter: http://ctool.gdnet.org/conf_docs/Vandemoortele_paper.pdf (21.6.2004)

VENRO (Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.) (2001): Armut bekämpfen – Gerechtigkeit schaffen. Folgerungen der internationalen und nationalen Debatte über Armutsbekämpfung für die deutsche Entwicklungspolitik im Rahmen des VENRO-Projekts „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“, Bonn, im Internet veröffentlicht unter: http://www.2015.venro.org/publikationen/dokumente/ab-gs/ab-gs.pdf (19.8.2004)

Watkins, K. (2000): The OXFAM Education Report, OXFAM International, Oxford, im Internet veröffentlicht unter: http://www.oxfam.org.uk/what_you_can_do/campaign/educationnow/edreport.htm (21.6.2004)

Weiss, D. (2004a): Wege zu einer arabischen Wissensgesellschaft, in: *Orient*, Bd. 45, H. 1, S. 75–90

– (2004b): Freiheit, Wissen und Ermächtigung von Frauen in arabischen Ländern, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 48/2004, S. 3–9

Weltbank (1990): Poverty. World Development Report 1990, Washington, DC

– (1995): Workers in an Integrating World. World Development Report 1995, Washington, DC

– (2000): Attacking Poverty. World Development Report 2000/ 2001, Washington, DC

– (2002): A Sourcebook for Poverty Reduction Strategies, Washington, DC

– (2003): Better Governance for Development in the Middle East and North Africa. Enhancing Inclusiveness and Accountability, MENA development reports, The World Bank, Washington, DC

– (2004a): Tunisia: Country Assistance Strategy. R2004-0087, Washington, DC

– (2004b): Global Monitoring Report. Policies and Actions for Achieving the Millennium Development Goals and related Outcomes, Washington, DC

– (2004c): The Contribution of Social Protection to the Millennium Development Goals, Washington, DC

– (2004d): Republic of Tunisia. Employment Strategy, Washington, DC

– (2004e): World Bank Millennium Indicators Database, Stand November 2004, im Internet veröffentlicht unter: http://www.developmentgoals.org/Data.htm (1.12.2004)

– (2004f): Gender and Development in the Middle East and North Africa: Women in the Public Sphere, Washington, DC

– (2004g): Kingdom of Morocco Poverty Report. Strengthening Policy by Identifying the Geographic Dimension of Poverty, Washington, DC

WFUNA / NSI (World Federation of United Nations Associations / The North-South Institute) (2004): ‚We the Peoples' – A Call to Action for the UN Millennium Declaration. Civil Society Engagement with the Millennium Development Goals 2004, New York, Genf, Ottawa, im Internet veröffentlicht unter: http://www.wfuna.org/docUploads/Report%20WTP_Eng%202004.pdf (22.11.2004)

WHO (World Health Organisation) (2000): Health Systems: Improving Performance. The World Health Report 2000, Genf, im Internet veröffentlicht unter: http://www.who.int/whr2001/2001/archives/2000/en/ contents.htm (21.6.2004)

– (2001): Macroeconomics and Health: Investing in Health for Economic Development. Report of the Commission on Macroeconomics and Health, Chaired by Jeffrey D. Sachs, Genf, im Internet veröffentlicht unter: http://www.un.org/esa/coordination/ecosoc/docs/RT.K.MacroeconomicsHealth.pdf (21.6. 2004)

Wincott, D. (2001): Reassessing the social Foundations of welfare (State) regimes?, in: *New Political Economy*, Bd. 6, H. 3, S. 409–425

Wolff, P. (2004): Millenniumsziele – Fokussierung geboten, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Bd. 45, H. 10, S. 382f.

World Economic Forum (2005): Women's Empowerment: Measuring the Global Gender Gap, Genf, im Internet veröffentlicht unter: http://www.weforum.org/pdf/Global_Competitiveness_Reports/Reports/gender_gap.pdf (24.5.2005)

Würth, A. (2004): Frauenrechte in der arabischen Welt. Überblick über den Status von Frauen im Familienrecht unter besonderer Berücksichtigung islamischer Einflussfaktoren. Arbeitspapier 1, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Eschborn

Zepeda, E. (2003): Data issues in the Arab States. Perspectives from HDR & MDG reports, Konferenzpapier für das Regional Forum for the Arab States, organisiert von UNDP / PARIS 21 in Zusammenarbeit mit der League of Arab States und dem Department of Statistics des Haschemitischen Königreiches Jordanien und mit Unterstützung der European Free Trade Association, Amman, 8.–10. September 2003, im Internet veröffentlicht unter: http://www.dos.gov.jo/Montada/EduardoZepeda.htm (19.8.2004)

Liste der Gesprächspartner

Claudia Arce, Regionalleiterin „Nordafrika und Naher Osten", KfW Entwicklungsbank. Frankfurt (Main), 21.12.2004

Dr. Magdy El-Menshawy, Region Mittelmeer und Mittlerer Osten (Abteilung 3130), Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Eschborn, 9.2.2005

Dr. Michael Grewe, Referat 325 „Regionale Entwicklungspolitik; Naher Osten", Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Bonn, 28.1.2005

Wolf Lehmann-Richter, WZ-Referent, Deutsche Botschaft in Rabat (Marokko). Telefoninterview, 15.12.2004

Muna Masri, Autorin des palästinensischen MDG-Berichts. Bonn, 3.8.2004

Isabel Mattes-Kücükali, Regionalleiterin für die Region Mittelmeer und Mittlerer Osten (Abteilung 3130), Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Eschborn, 9.2.2005

Petra Müller-Glodde, Region Mittelmeer und Mittlerer Osten (Abteilung 3130), Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Eschborn, 9.2.2005

Joachim Neunfinger, Region Mittelmeer und Mittlerer Osten (Abteilung 3130), Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Eschborn, 9.2.2005

Maen Nsour, Senior Regional Programme Advisor, Regional Bureau for Arab States, United Nations Development Programme. Bonn, 1.7.2004

Horst Posselt, Referatsleiter, Referat 324 „Mittelmeer; Maghreb", Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Bonn, 27.4.2005

Sabine Riegert, Referat 324 „Mittelmeer; Maghreb", Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Bonn, 15.12.2004

Dr. Eefje Schmid, Referat 324 „Mittelmeer; Maghreb", Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Bonn, 15.12.2004

Georg Schüller, Referat 324 „Mittelmeer; Maghreb", Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Bonn, 15.12.2004

Dr. Bernhard Trautner, Referat 325 „Regionale Entwicklungspolitik; Naher Osten", Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Bonn, 4.11.2004

Dr. Klemens van de Sand, MDG-Beauftragter, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Bonn, 10.11.2003

Prof. Dr. Matthias Weiter, Referatsleiter, Referat 325 „Regionale Entwicklungspolitik; Naher Osten“, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Bonn, 4.11.2004

Anhang

Tabelle A1: Aussichten auf Umsetzung von MDG1-7 bis 2015 nach der Beurteilung durch unterschiedliche Institutionen

	alle MDGs	MDG1		MDG2	MDG3		MDG4	MDG5	MDG6		MDG7		
		Target 1	*Target 2*	*Target 3*	*Target 4*		*Target 5*	*Target 6*	*Target 7*	*Target 8*	*Target 9*	*Target 10*	*Target 11*
		Einkommensarmut	Hunger	Grundbildung	*Gender* (Bildung)	*Gender* (Beschäftigung)	Kindersterblichkeit	Müttersterblichkeit	HIV/Aids	Malaria	Umweltschutz	Trinkwasserversorgung	Sanitäranlagen
Ägypten		0	0 / + [5]	0 / + [5]	+		+	+	–	+	0	+	+
Algerien		– – [1]	–	+	+	+	0 / + [5]	0		0 / + [5]	0		
Bahrain				–	+	+	0	+		+	0	+	
Irak	– – – [2]	– – [1]	– – – [2]		– – – [2]		– – – [2]	–	–	0	–	–	–
Iran			–	– – – [2]	+		+	+			–		
Jemen	– – [1]	– [3]	– – – [2]	–	–	–	– – [1]		–	– / 0 [5]	–	–	– – – [2]
Jordanien		0	–	+	+	–	0	+		+	0	0	+
Katar				+	+		+	+		+	–		
Kuwait			+	+	+	–	+	+		+	0		
Libanon		–	–	+	+		– – [1]	+		+	–	+	+
Libyen					+		+	+	–	+	–	– – – [2]	0
Marokko		–	–	0 / + [5]	+	–	+	0 / + [5]		0	0	0	0 / + [5]
Mauretanien	– – – [2]	– – [1]	0	–	+	+	– – – [2]	–	–	–	0	– – – [2]	– – – [2]
Oman	– – [1]			– – – [2]	+	–	+	+		0 / + [5]	–	– – – [2]	+
Paläst. Gebiete		–		+	+	+	+	+		+	–	+	
Saudi-Arabien			+	– – – [2]	+	–	+	+		+	–		+
Sudan	– – [1]	– / 0 [5]	+	–	0		– – – [2]	–	–	–	–	0	– – – [2]
Syrien			0 / + [5]		+	+	+	0		0	0	+	+
Tunesien		+	+	+	+		+	0		+	0	0	+
VAE				– – [1]	+	–	+			+	–		
MENA		**–** [4]	**–**	**–**	**+**		**0 / +** [5]	**0 / +** [5]		**+**	**–**	**0**	**+**

Fortsetzung Tabelle A1: Aussichten auf Umsetzung von MDG1-7 bis 2015 nach der Beurteilung durch unterschiedliche Institutionen

Erläuterungen:

+	Das Ziel wird wahrscheinlich erreicht: Zwischen 1990 und 2001 wurden so große Fortschritte gemacht, dass, wenn diese Entwicklung fortgesetzt werden kann, das jeweilige Ziel erreicht wird.
0	Das Ziel wird möglicherweise erreicht: Zwischen 1990 und 2001 wurden Fortschritte gemacht, jedoch muss diese Entwicklung noch beschleunigt werden, wenn das Ziel noch erreicht werden soll.
–	Das Ziel wird wahrscheinlich nicht erreicht: Zwischen 1990 und 2001 wurden keine oder nur geringe Fortschritte gemacht, so dass alle relevanten Akteure während der nächsten Jahre einen Kraftakt unternehmen müssen, wenn das jeweilige Ziel noch bis 2015 erreicht werden soll.

Leerfelder stehen für fehlende Daten / Angaben.

VAE Vereinigte Arabische Emirate

MENA Naher Osten und Nordafrika

Quelle:

Einschätzungen in: BMZ (2004m); UNDP (2003a), Chapter 2 und Annex und UNICEF(2004) sowie eigene Extrapolationen auf der Basis der Daten in: Weltbank Website: UNDP (2003b); Weltbank (2004e).

Anmerkungen:

1	von UNDP (2003a) in Bezug auf das jeweilige *target* als *high priority country* eingestuft.
2	von UNDP (2003a) in Bezug auf das jeweilige *target* als *top priority country* eingestuft.
3	von der Weltbank wird die Umsetzung des Ziels als möglich eingestuft.
4	von UNDP (2003a) wird das Ziel als 'bereits erreicht' eingestuft, weil nach dem 1-Dollar-Kriterium nur gut 2 % aller Einwohner in der Region absolut einkommensarm sind.
5	unterschiedliche Quellen beurteilen die Erreichbarkeit des Ziels widersprüchlich.

Tabelle A2: Stand der Umsetzung von MDG1 / Target 1 (Halbierung des Anteils der Einkommensarmen)

	Anteil der absolut Armen an der Gesamtbevölkerung nach dem 1-Dollar-Kriterium (%)			Anteil der absolut Armen an der Gesamtbevölkerung nach dem 2-Dollar-Kriterium (%)			Anteil der absolut Armen an der Gesamtbevölkerung nach nationalen Kriterien (%)				Armutslücke nach dem 1-Dollar-Kriterium (%)			Gini-Koeffizient			Einkommen- / Konsumanteil der ärmsten 20% der Bevölkerung		
Jahr:	1990	1995	2001	1990	1995	2001	1987	1990	1995	2000	1990	1995	2001	1990	1995	2000	1990	1995	2001
Ägypten	...	...	3,1	39,5	44,0	...	...	25	23	20[2]	...	...	0,4	32,0	34,4	37,8	8,7	...	8,6
Algerien	...	1,8	...	8,1	14,1	10,0	12	...	23	15[3]	...	0,5	...	...	35,3	37,0	6,5	6,8	7,8
Bahrain	...	...	...	...	...	0,6	...	...	...	12	...	...	...	...	...	...	...	...	9,3
Irak	...	...	...	...	...	...	30	...	45	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Iran	...	2,0	...	...	12,4	...	30	26	21	21	...	0,6	...	...	43,0	...	...	6,8	...
Jemen	...	15,7	...	...	47,0	...	...	30	...	42	...	4,5	...	39,5	34,4	...	...	7,4	...
Jordanien	2,0	6,6[1]	4,0[1]	...	7,4	...	19	15	12	...	...	0,5	...	40,0	36,4	...	7,3	7,6	...
Katar	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	38,5	...	...	...	...
Kuwait	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Libanon	...	6,3	7,1	...	18,0	...	15	...	...	...	...	...	...	...	43,5	...	...	4,0	...
Libyen	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Marokko	...	..	2,0	...	14,0	...	13	17	...	19	...	...	0,5	39,9	...	39,5	6,6	...	6,5
Mauretanien	56,6	50,5	46,3	...	69,0	...	...	...	50	46	15,9	9,1	7,9	...	38,9	37,3	4,6	6,4	5,0
Oman	...	...	...	...	...	...	6	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Paläst. Gebiete	...	...	...	...	...	65,0	...	...	19	46	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Saudi-Arabien	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Sudan	...	...	...	...	...	...	...	...	90[4]	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Syrien	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Tunesien	...	2,0	...	11,6	...	...	10	7	8	4	...	0,5	...	40,2	41,7	40,9	5,9	5,7	...
VAE	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
MENA	2,1	...	2,2	21,0	...	23,3	...	...	...	...	1,0	...	0,4	38,2	...	...	...	...	...

Fortsetzung Tabelle A2: Stand der Umsetzung von MDG1 / Target 1 (Halbierung des Anteils der Einkommensarmen)

	Anteil der absolut Armen an der Gesamtbevölkerung nach dem 1-Dollar-Kriterium (%)			Anteil der absolut Armen an der Gesamtbevölkerung nach dem 2-Dollar-Kriterium (%)			Anteil der absolut Armen an der Gesamtbevölkerung nach nationalen Kriterien (%)				Armutslücke nach dem 1-Dollar-Kriterium (%)			Gini-Koeffizient			Einkommen- / Konsumanteil der ärmsten 20% der Bevölkerung		
Jahr:	1990	1995	2001	1990	1995	2001	1987	1990	1995	2000	1990	1995	2001	1990	1995	2000	1990	1995	2001
MENA	2,1	...	2,2	21,0	...	23,3	...	...	...	...	1,0	...	0,4	38,2	...	...	...	...	...
OAP	30,5	...	15,6	69,7	...	50,1	...	...	...	...	6,8	...	4,0	40,0	...	...	...	...	...
OEZA	1,4	...	5,1	6,8	...	20,3	...	...	...	...	0,1	...	0,9	...	...	...	...	...	...
LAK	11,0	...	11,1	27,6	...	26,0	...	...	...	...	5,2	...	4,0	50,2	...	...	...	...	...
SA	45,0	...	36,6	89,8	...	84,8	...	...	...	...	13,0	...	10,4	33,6	...	...	...	...	...
SSA	47,4	...	49,0	67,0	...	74,7	...	...	...	...	20,0	...	18,1	35,8	...	...	...	...	...
Welt	29,6	...	23,2	58,7	...	57,5	...	...	...	...	8,6	...	6,9	...	...	...	...	...	...

Erläuterungen zu den Abkürzungen: siehe unter Tabelle A3.

Quelle:

Ali (2003b); Ali (2004); Kingdom of Bahrain / United Nations (2003); Loewe (2004c), Tabellen A1 und A3; UN (2002b); UN (2003a); UN (2004a); UNDP (2003a); UNICEF (2004); Weltbank (2004e).

Anmerkungen:

1 Angaben aus Weltbank (2004e). Lt. jordanischem MDG-Report (Jordan MOPIC / UN 2004) waren 1995 und 2001 nach dem 1-Dollar-Kriterium jeweils nur 2,0 % aller Einwohner einkommensarm.

2 Angaben aus Weltbank (2004e). Lt. ägyptischem MDG-Report (PARC 2002) waren im Jahre 2000 nach nationalen Armutskriterien nur 12,7 % aller Einwohner einkommensarm, lt. HDR2003 hingegen 17,0 % (UNDP 2003a). Der Egypt Human Development Report 2004 bestätigt für 1990 den Anteil von 25 % und nennt für 2001 einen Anteil von 22 %, also eine etwas höhere Zahl als in der Tabelle vermerkt, vgl. Leila (2004).

3 Angaben aus dem algerischen MDG-Report (UN 2004a). Nach Weltbank-Angaben (Weltbank 2004e) waren im Jahre 2000 nur 12,2 % aller Einwohner absolut einkommensarm nach nationalen Kriterien.

4 Angabe bezieht sich nur auf die von der Regierung in Khartum kontrollierten gebiete und beruht auf dem Entwurf des nationalen MDG-Reports für den Nordsudan (UN 2004c).

Tabelle A3: Stand der Umsetzung von MDG1 / Target 2 (Halbierung des Anteils der Hungernden)

	Anteil der Kinder unter 5 Jahren mit Untergewicht (%)			Anteil der Einwohner, die weniger als die erforderliche tägliche Mindestmenge an Kalorien zu sich nehmen (%)			Anteil der Konsumausgaben der jeweiligen Einkommensgruppe an den gesamten Konsumausgaben der Bevölkerung (%)			
							ärmste 10 %	ärmste 20 %	reichste 20 %	reichste 10 %
Jahr:	1990	1995	2001	1990	1995	2001	2000	2000	2000	2000
Ägypten	10,4	16,8	4,0	5,0	...	4,0	3,7	8,6	43,6	29,5
Algerien	10,4	12,8	6,0	5,0	...	6,0	2,8	7,0	42,6	26,8
Bahrain	7,2	9,0	...	...	...	...	4,3	9,3	41,6	26,6
Irak	11,9	...	15,9	7,0	...	27,0	...	...	...	...
Iran	15,8	15,7	...	4,0	...	5,0	2,0	5,1	49,9	33,7
Jemen	30,0	38,1	46,0	36,0	...	33,0	3,0	7,4	41,2	25,9
Jordanien	6,6	6,4	...	4,0	...	6,0	3,3	7,6	44,4	29,8
Katar	...	5,5	...	...	...	...	...	...	...	...
Kuwait	...	1,7	...	... [1]	...	4,0	...	...	...	...
Libanon	...	3,0	...	2,5	2,5	3,0	...	...	...	...
Libyen	...	4,7	...	...	...	2,5	...	...	...	...
Marokko	9.0	...	8,9	6,5	...	7,0	2,6	6,5	46,6	30,9
Mauretanien	47,6	23,0	32,0	14,0	...	12,0	2,5	6,4	44,1	28,4
Oman	24,3	23,3	...	...	23,3	...	...	...	...	...
Paläst. Gebiete	...	15,1	...	...	...	...	...	...	...	...
Saudi-Arabien	...	14,0	...	4,0	3,0	...	...	...	...	...
Sudan	...	33,9	11,0	31,0	...	21,0	...	...	...	...
Syrien	...	12,9	...	5,0	...	...	...	...	...	...
Tunesien	10,3	9,0	4,0	2,5	...	1,0	2,3	5,7	47,9	31,8
VAE	...	7.0	...	3,0	...	...	...	...	...	`
MENA	..	14,5	...	6,8	...	8,5	...	...	...	...

Fortsetzung Tabelle A3: Stand der Umsetzung von MDG1 / Target 2 (Halbierung des Anteils der Hungernden)

	Anteil der Kinder unter 5 Jahren mit Untergewicht (%)			Anteil der Einwohner, die weniger als die erforderliche tägliche Mindestmenge an Kalorien zu sich nehmen (%)			Anteil der Konsumausgaben der jeweiligen Einkommensgruppe an den gesamten Konsumausgaben der Bevölkerung (%)			
							ärmste 10 %	ärmste 20 %	reichste 20 %	reichste 10 %
Jahr:	1990	1995	2001	1990	1995	2001	2000	2000	2000	2000
MENA	..	14,5	...	6,8	...	8,5	...	...	...	...
OAP	18,7	17,4	14,8	17,4	...	10,5	...	...	...	...
OEZA	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
LAK	11,0	9,1	8,0	14,1	...	11,6	...	...	...	...
SA	64,1	53,0	...	16,6	...	25,4	...	...	...	...
SSA	...	...	...	31,6	...	32,8	...	...	...	...
Welt	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...

Erläuterungen zu den Abkürzungen:

LAK Lateinamerika und Karibik
MENA Naher Osten und Nordafrika
OAP Ostasien und Pazifik
OEZA Osteuropa und Zentralasien
SA Südasien
SSA Subsahara-Afrika
VAE Vereinigte Arabische Emirate
WB Weltbank
... keine Daten verfügbar

Quelle:

Ali (2003b); Ali (2004); Kingdom of Bahrain / United Nations (2003); Loewe (2004c), Tabellen A1 und A3; UN (2002b); UN (2003a); UN (2004a); UNDP (2003a); Weltbank (2004e).

Anmerkung:

1 Die Weltbank gibt einen Anteil von 22 % für 1990 an. Selbst wenn diese Zahl die Realitäten korrekt abbildet, stellt sie einen Sonderfall dar, da 1990 das Jahr der Besetzung Kuwaits durch den Irak war, i.e. außerordentliche Verhältnisse herrschten.

Tabelle A4: Stand der Umsetzung von MDG2 (Grundbildung für alle)

	Schulbeteiligungsquoten (%)								Grundschul-abschlussquote (%)		Alphabetisierungsquoten (%)			
	Grundschule				Vorschule		Sekundarschule				15-24-jährige		alle Erwachsenen über 15 Jahren	
Jahr:	1990	2001			1990	2000	1990	2000	1990	2001	1990	2002	1990	2002
Quelle	WB / UNDP	WB	UNDP	UNESCO	UNESCO				WB					
Ägypten	84,0	89,9	93,0	92,3	6,1	11,4	...	79,0	...	99,0	61,3	71,2	47,1	56,9
Algerien	92,9	98,3	98,0	97,2	...	2,8	53,7	58,5	94,3	97,2	77,3	89,9	52,9	68,9
Bahrain	99,0	91,0	96,0	94,0	27,1	36,9	84,9	81,6	89,2	99,6	95,6	98,6	82,1	88,5
Irak	78,6	93,1	93,0	93,1	12,5	14,4	...	...	...	...	41,0	45,4	35,7	40,1
Iran	97,2	86,5	74,0	74,6	7,6	5,7	...	33,0	89,9	93,7	86,3	94,6	63,2	78,1
Jemen	52,7	67,1	67,0	...	0,8	0,9	...	37,0	65,3	86,0	50,0	67,9	32,7	49,0
Jordanien	66,3	93,6	94,0	93,6	14,7	30,6	...	75,9	92,2	98,8	96,7	99,4	81,5	90,9
Katar	86,6	94,5	95,0	...	27,3	28,6	67,1	78,0	64,1	...	90,3	95,3	77,0	82,1
Kuwait	44,6	84,6	66,0	66,4	32,9	...	...	49,7	...	...	87,5	93,1	76,7	82,9
Libanon	...	89,8	74,0	70,9	...	66,8	...	70,2	...	94,0	92,1	95,6	80,3	86,9
Libyen	96,5	...	...	...	...	4,9	...	...	...	...	91,0	97,0	68,1	81,7
Marokko	58,2	88,4	78,0	74,5	65,8	58,0	...	29,9	75,1	83,7	55,3	69,5	38,7	50,7
Mauretanien	51,0	67,0	64,0	...	...	...	...	...	75,3	61,2	45,8	49,6	34,8	41,2
Oman	70,3	74,5	65,0	65,1	3,0	4,8	...	58,5	95,9	96,2	85,6	98,5	54,7	74,4
Paläst. Gebiete	...	92,2	97,0	99,1	...	39,1	...	76,9	...	...	...	...	...	...
Saudi-Arabien	59,2	58,9	58,0	57,9	7,1	5,2	31,2	...	82,9	93,7	85,4	93,5	66,2	77,9
Sudan	43,0	46,3	46,0	44,7	18,4	22,2	...	...	93,7	84,0	65,0	79,1	45,8	59,9
Syrien	95,3	97,5	96,0	...	6,3	8,5	45,8	37,6	94,4	92,4	79,9	88,3	64,8	76,1
Tunesien	93,5	99,2	99,0	98,2	7,8	15,8	...	67,9	86,6	95,0	84,1	94,3	59,1	73,2
VAE	94,3	80,8	87,0	78,2	51,9	78,4	59,2	67,5	80,0	98,1	84,7	91,4	71,0	77,3
MENA	...	83,3	...	78,9	...	...	...	...	...	94,2	70,9	81,2	52,9	65,4

Fortsetzung Tabelle A4: Stand der Umsetzung von MDG2 (Grundbildung für alle)

	Bildungsausgaben				Verteilung der Bildungsausgaben				Schüler pro Lehrer					
	% des BIP		% der Staatsausgaben		% für Vor- und Grundschulen		% für Sekundarschulen		Vorschule		Grundschule		Sekundarschule	
Jahr:	1990	2000	1990	2000	1990	2000	1990	2000	1990	2000	1990	2000	1990	2000
Quelle:	UNESCO				UNESCO				UNESCO					
Ägypten	3,7	4,1	...	...	...	...	...	...	25	24	24	23	...	17
Algerien	5,3	3,9	21,1	13,3	...	...	...	...	...	27	28	28	19	18
Bahrain	4,2	3,0	14,6	11,4	30,4	30,1	45,8	34,5	26	21	19	18	13	14
Irak	4,1	4,6	22,4	18,3	33,2	27,1	...	...	27	39	31	26	27	20
Iran	4,1	4,4	22,4	20,4	33,2	26,7	39,2	34,8	18	15	25	21	...	22
Jemen	5,0	7,0	...	32,8	46,0	44,0	42,0	40,0	15	17	...	30	12	14
Jordanien	8,4	5,0	17,1	5,0	...	32,9	62,4	31,5	23	22	25	...	...	...
Katar	3,5	3,6	...	...	...	...	...	...	18	29	11	13	13	10
Kuwait	4,8	...	3,4	...	53,4	...	13,6	...	16	16	18	14	12	11
Libanon	...	3,0	...	11,1	56,0	65,0	...	...	...	14	...	19	11	12
Libyen	...	...	...	...	...	...	...	...	...	8	14	8	8	7
Marokko	5,3	5,5	26,1	26,1	34,8	48,2	48,9	50,5	20	18	27	29	19	17
Mauretanien	...	3,0	...	18,9	33,3	...	37,7	...	...	...	45	45	28	27
Oman	3,1	3,9	11,1	...	54,1	39,1	37,0	50,7	20	19	28	25	19	18
Paläst. Gebiete	...	...	...	...	...	...	...	...	...	22	...	31	31	32
Saudi-Arabien	6,5	9,5	17,8	...	78,8	82,2	...	...	14	10	16	12	12	13
Sudan	0,9	...	2,8	...	...	...	...	...	35	30	34	27	26	23
Syrien	4,1	4,1	17,3	11,1	38,5	...	28,2	...	27	24	25	23	34	15
Tunesien	6,0	6,8	13,5	17,4	39,8	...	36,4	...	26	20	28	23	17	19
VAE	1,9	1,9	14,6	...	...	53,3	...	45,1	21	19	18	17	14	13

Erläuterungen zu den Abkürzungen: siehe unter Tabelle A3.

Quelle:

Republic of Yemen (2003); UN (2002a); UNDP (2003a); UNDP / AFESD (2002); UNDP / AFESD (2003); UNESCO (2002); Weltbank (2004e).

Tabelle A5: Stand der Umsetzung von MDG3 (Gleichstellung der Geschlechter)

	Verhältnis der Netto-Schulbeteiligungsraten von Mädchen und Jungen (%)						Anteil weiblicher Lehrkräfte				Verhältnis der Alphabetisierungsquoten von Frauen und Männern (%)			Anteil der Frauen an allen Erwerbstätigen außerhalb der Landwirtschaft (%)	
	Primar- und Sekundarschule		nur Primarschule		nur Sekundarschule		Grundschule		Sekundarschule		15- bis 24-Jährige		alle Erwach-senen		
Jahr:	1990	2001	1990	2001	1990	2000	1990	2000	1990	2000	1990	2002	2001	1990	2002
Quelle:	Weltbank		UNDP		UNESCO		UNESCO				UNDP				
Ägypten	78	94	80	89	81	94	52	52	44	43	72	84	67	21	20
Algerien	80	99	81	88	80	107	39	46	43	50	79	91	76	8	14
Bahrain	97	103	95	96	103	106	54	75	54	58	99	101	91	7	13
Irak	75	77	80	79	73	92	53	54	43	46	44	50	...	13	...
Iran	80	96	86	91	64	62	70	73	...	77	88	96	84	18	...
Jemen	...	56	45	64	...	37	...	...	...	...	34	60	39	9	6
Jordanien	93	102	94	95	104	103	62	...	...	...	97	100	89	23	21
Katar	94	102	91	95	110	136	72	...	56	...	105	105	104	...	15
Kuwait	97	101	92	96	98	102	61	74	54	58	99	102	95	...	23
Libanon	...	102	93	100	100	109	...	81	...	61	93	96	88	29	...
Libyen	...	103	91	97	100	111	...	...	...	...	84	94	76	19	...
Marokko	68	92	66	84	73	80	37	37	32	35	62	79	59	37	27
Mauretanien	68	93	73	93	47	72	18	26	...	15	65	73	60	43	...
Oman	86	98	89	93	78	98	47	54	40	48	79	98	78	19	25
Paläst. Gebiete	...	109	99	102	100	106	...	51	...	53	...	...	...	16	16
Saudi-Arabien	82	94	84	92	81	90	48	53	38	50	86	96	82	18	14
Sudan	75	86	75	82	78	167	51	63	40	63	72	89	68	22	..
Syrien	82	92	87	89	73	89	64	...	...	...	73	84	69	17	17
Tunesien	82	100	85	91	79	104	45	50	...	46	81	93	75	20	...
VAE	96	105	93	92	114	115	64	74	...	56	109	108	106	...	14
MENA	79	95	...	...	...	...	...	...	...	...	75	87	...	21	...

Fortsetzung Tabelle A5: Stand der Umsetzung von MDG3 (Gleichstellung der Geschlechter)

	Erwerbs-beteili-gungs-quoten von Frauen / Männern (%)	Durch-schnitts-einkom-men von Frauen / Männern (%)	Lebens-erwar-tung von Frauen / Männern (%)	Erwerbsbeteiligung der Frauen			Gender Development Index (GDI)		Anteil der Frauen im Parlament (%)		Anteil der Frauen auf Minister-ebene (%)	Erhalt von politischen Rechten		Jahr, in dem erstmals Frauen im Parla-ment saßen
				%	1990 = 100	z.Vgl.: % unter Männern	GDI-Rang	HDI-Rang – GDI-Rang				aktives Wahl-recht	pass. Wahl-recht	
Jahr:	2000	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	1990	2004	2000			
Quelle:	UNDP													
Ägypten	79	39	106	35	117	45	99	-1	4	6	6	1956	1956	1957
Algerien	76	30	104	30	158	40	88	-1	2	3	0	1962	1962	1962
Bahrain	87	34	105	34	119	39	40	-4	...	0	...	1973	1973	2002
Irak	...	...	...	...	...	...	...	...	11	8	...	...	...	...
Iran	78	28	104	30	137	38	86	0	2	3	9	1963	1963	1963
Jemen	83	30	104	31	109	37	127	-6	4	1	...	1967	1967	1990
Jordanien	77	31	104	27	160	35	75	-2	1	6	0	1974	1974	1989
Katar	90	...	107	42	126	46	...	...	...	...	0	-	-	-
Kuwait	76	34	105	37	96	48	45	-1	...	...	0	-	-	-
Libanon	77	30	104	30	123	39	70	0	...	2	2	1952	1952	1991
Libyen	74	...	107	25	123	34	...	...	...	...	13	1964	1964	...
Marokko	80	40	106	42	107	52	102	0	...	11	5	1963	1963	1993
Mauretanien	86	56	106	63	98	74	125	1	0	4	14	1961	1961	1975
Oman	75	22	105	20	154	26	71	-4	...	...	...	-	-	–
Paläst. Gebiete	72	73	105	9	148	13	...	...	...	6	...	...	...	...
Saudi-Arabien	77	20	104	22	145	28	68	-6	...	0	...	-	-	–
Sudan	86	33	105	35	114	41	116	-5	...	10	5	1964	1964	1964
Syrien	78	28	104	29	122	37	93	-3	9	12	11	1949	1953	1973
Tunesien	78	36	106	37	113	48	76	-2	4	12	10	1957	1957	1959
VAE	86	21	106	32	109	37	49	-3	...	...	...	-	-	–

Fortsetzung Tabelle A5: Stand der Umsetzung von MDG3 (Gleichstellung der Geschlechter)

	Verhältnis der Netto-Schulbeteiligungsraten von Mädchen und Jungen (%)						Anteil weiblicher Lehrkräfte				Verhältnis der Alphabetisierungsquoten von Frauen und Männern (%)			Anteil der Frauen an allen Erwerbstätigen außerhalb der Landwirtschaft (%)	
	Primar- und Sekundarschule		nur Primarschule		nur Sekundarschule		Grundschule		Sekundarschule		15- bis 24-Jährige		alle Erwach-senen		
Jahr:	1990	2001	1990	2001	1990	2000	1990	2000	1990	2000	1990	2002	2001	1990	2001
Quelle:	Weltbank		UNDP		UNESCO		UNESCO				UNDP				
MENA	79	95	...	...	...	...	...	...	...	...	75	87	...	21	...
OAP	83	97	...	...	...	...	...	...	...	...	96	99	...	38	39
OEZA	...	97	...	...	...	...	...	...	...	...	98	99	...	47	45
LAK	...	102	...	...	...	...	...	...	...	...	100	101	...	38	43
SA	68	79	...	...	...	...	...	...	...	...	71	79	...	13	17
SSA	79	...	...	...	...	...	...	...	...	...	80	90	...	32	...
Welt	84	...	...	...	...	...	...	...	...	...	87	...	...	35	37

Erläuterungen zu den Abkürzungen: siehe unter Tabelle A3.

Quelle:
UN (2002a); UNDP (2003a); UNESCO (2002); Weltbank (2004e).

Tabelle A6: Stellung der Frauen in den nationalen Personenstandsgesetzen (ausgewählte Kriterien und Länder)

Kriterium:	**trifft auf diese Länder [1] zu:**	**trifft auf diese Länder [1] nur bedingt zu:**	**trifft auf diese Länder [1] *nicht* zu:**
Dem Abschluss der Ehe muss der Vormund der Frau zustimmen:	alle anderen untersuchten Länder [1]	Tunesien	Marokko
Die Ehe kann nur vom Vormund der Frau geschlossen werden:	Jemen		alle anderen untersuchten Länder [1]
Die Ehe kann auch ohne Zustimmung der Frau geschlossen werden	Jemen		alle anderen untersuchten Länder [1]
Auch Kinder können bereits verheiratet werden, da es kein Mindestalter für die Heirat von Frauen gibt:	Jemen		alle anderen untersuchten Länder [1]
Das heiratsfähige Alter von Frauen liegt unter dem Alter ihrer Volljährigkeit und vollen Strafmündigkeit:	alle untersuchten Länder [1]		
Polygamie ist gesetzlich zulässig	alle anderen untersuchten Länder [1]	Ägypten, Marokko [2]	Tunesien
Der Gehorsam der Frau in gegenüber ihrem Mann ist gesetzlich vorgeschrieben:	alle anderen untersuchten Länder [1]	Ägypten	Tunesien, Marokko
Der Mann kann der Frau untersagen, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen	alle anderen untersuchten Länder [1]	Jemen, Iran	Ägypten, Marokko Tunesien
Wenn die Frau eine Scheidung wünscht, muss sie hierfür – anders als der Mann Gründe belegen:	alle anderen untersuchten Länder [1]	Ägypten, Marokko Tunesien, Jemen	
Die Entscheidungsbefugnis in Belangen der Kinder liegt ausschließlich beim Mann:	alle untersuchten Länder [1]		
Nach dem Tod des Mannes geht die Entscheidungsbefugnis in Belangen der Kinder nicht an deren Mutter, sondern an Verwandte des Mannes über:	Jemen		alle anderen untersuchten Länder [1]
Mütter können ihre Staatsbürgerschaft nicht an ihre Kinder vererben:	alle anderen untersuchten Länder [1]	Jemen, Ägypten, Jordanien [3]	

Quelle:
Abou-Habib (2003); Salehi-Isfahani (2000); Schirrmacher (2004); Weltbank (2004f); Würth (2004).

Anmerkung:
1 Untersucht wurden die Rechtsordnungen Marokkos, Algeriens, Tunesiens, Ägyptens, Syriens, Jordaniens, des Libanon, des Iran und des Jemen.
2 Polygamie ist zulässig. Jedoch muss die erste Frau der Heirat mit einer weiteren zustimmen.
3 Nur verwitwete und geschiedene Frauen können ihre Staatsbürgerschaft an ihre Kinder vererben:

Tabelle A7: Stand der Umsetzung von MDG4 und MDG5 (Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeitsziffern)

	Kindersterblichkeit (pro 1000)				Säuglingssterblichkeit (pro 1000)				Müttersterblichkeit (pro 100.000 Lebendgeburten)			
Jahr:	1990	1995	2001	2002	1990	1995	2001	2002	1990 [1]	1995 [1]	2001 [1]	2002 [1]
Ägypten	104	71	41	39	76	56	35	35	174	96	84	75
Algerien	69	55	50	49	42	40	39	38	170	160 [2]	117	
Bahrain	19	18	16	15	15	14	13	12	60 [2]	38	22	...
Irak	50	117	133	125	40	98	107	102	310 [2]	370 [2]	250	...
Iran	72	55	42	39	54	43	35	35	120 [2]	130 [2]	76	...
Jemen	142	126	107	114	98	89	79	78	1400 [2]	850 [2]	570	...
Jordanien	43	37	33	30	35	31	27	25	150 [2]	...	41	...
Katar	25	18	16	14	19	13	11	11	...	41 [2]	7	...
Kuwait	16	14	10	12	14	11	9	10	29 [2]	25 [2]	5	...
Libanon	37	34	32	32	32	30	28	26	300 [2]	130 [2]	150	100
Libyen	42	29	19	16	34	25	16	17	220 [2]	120 [2]	97	...
Marokko	85	61	44	43	66	51	39	39	332	228	220	...
Mauretanien	183	183	183	179	120	120	120	108	930	870	747	550
Oman	30	18	13	12	25	15	12	12	190 [2]	120 [2]	87	...
Paläst. Gebiete	53	38	25	24	42	32	21	20	...	75	42	...
Saudi-Arabien	44	34	28	26	34	27	23	21	130 [2]	...	23	...
Sudan	123	115	107	94	75	70	65	66	660 [2]	1500 [2]	590	550
Syrien	44	36	28	28	37	30	23	23	180 [2]	200 [2]	160	...
Tunesien	52	37	27	26	37	31	21	24	75	70	57	...
VAE	14	11	9	...	12	10	8	...	26 [2]	30 [2]	54	...
MENA	77	66	54	54	57	52	44	37	...	...	165	...
OAP	59	53	44	41	43	40	34	33	...	...	115	...
OEZA	44	42	38	24	36	35	31	...	...	...	58	...
LAK	53	43	34	34	42	35	28	28	...	...	193	...
SA	129	111	99	...	86	78	71	71	...	...	566	...
SSA	178	175	171	164	110	108	105	105	...	...	917	...
Welt	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	403	...

Fortsetzung Tabelle A7: Stand der Umsetzung von MDG4 und MDG5 (Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeitsziffern)

	Anteil der Einjährigen, die geimpft sind gegen:				Anteil der Geburten, die von medizinisch geschultem Personal begleitet werden (%)			Anzahl der Ärzte pro 100000 Einwohner	Lebenserwartung bei Geburt (Jahre)			*Disability-adjusted life expectancy* (DALE) bei Geburt (Jahre)			Finanzierung des Gesundheitssystems (% der Gesamtkosten)		Gesundheitsausgaben pro Einwohner (KKP-US$)	
	Masern (%)			TBC (%)								alle	Männer	Frauen	öffentlich	privat	insgesamt	*out-of-pocket-*
Jahr:	1990	1995	2002	2001	1990	1995	2001	2001	1990	1995	2002	1999	1999	1999	1997	1997	1997	1997
Ägypten	86	89	98	98	37	46	69	218	63	65	69	59	59	58	27	73	118	86
Algerien	83	89	84	97	77	...	92	85	67	70	71	62	63	61	51	49	122	60
Bahrain	87	95	100	...	94	98	99	169	71	72	73	64	64	65	59	42	539	204
Irak	80	80	90	...	54	...	72	...	61	59	63	55	55	55	59	41	110	45
Iran	85	95	99	93	...	86	90	110	65	67	69	61	61	60	43	57	200	114
Jemen	69	46	66	73	16	22	...	22	52	54	57	50	50	50	38	62	33	20
Jordanien	87	92	96	...	87	97	99	205	69	70	72	60	61	59	67	33	178	58
Katar	79	87	92	99	...	98	...	220	72	74	75	64	64	63	58	43	1105	470
Kuwait	66	98	99	...	...	98	...	160	75	76	77	63	63	63	87	13	605	76
Libanon	61	85	96	...	...	89	94	274	68	69	71	61	61	60	30	70	563	303
Libyen	89	92	93	99	...	94	...	120	69	70	72	59	60	59	54	46	221	102
Marokko	80	88	90	93	31	40	...	49	64	66	68	59	59	59	41	59	159	95
Mauretanien	38	67	58	70	40	...	57	14	49	50	51	41	40	43	30	70	73	51
Oman	98	98	99	98	...	91	95	137	69	72	74	63	62	64	55	46	334	120
Paläst. Gebiete	...	...	...	...	...	93	97	...	69	71	73	...	...	...	...	...	...	...
Saudi-Arabien	88	94	96	94	...	91	...	153	69	71	73	65	65	64	80	20	332	35
Sudan	57	51	67	...	...	86	...	...	52	55	58	43	43	44	21	79	43	34
Syrien	87	90	98	99	...	76	...	142	66	68	70	59	59	59	34	66	109	72
Tunesien	93	91	90	97	69	81	90	70	70	71	73	61	62	61	42	58	239	127
VAE	80	90	94	98	...	96	...	177	74	75	75	65	65	66	35	65	816	38
MENA	84	87	93	85	...	...	...	...	64	66	69	...	...	...	50	50	284	101

Fortsetzung Tabelle A7: Stand der Umsetzung von MDG4 und MDG5 (Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeitsziffern)

	Anteil der Einjährigen, die geimpft sind gegen:				Anteil der Geburten, die von medizinisch geschultem Personal begleitet werden (%)			Anzahl der Ärzte pro 100000 Einwohner	Lebenserwartung bei Geburt (Jahre)			*Disability-adjusted life expectancy* (DALE) bei Geburt (Jahre)			Finanzierung des Gesundheitssystems (% der Gesamtkosten)		Gesundheitsausgaben pro Einwohner (KKP-US$)	
	Masern (%)			TBC (%)								alle	Männer	Frauen	öffentlich	privat	insgesamt	*out-of-pocket-*
Jahr	1990	1995	2001	2001	1990	1995	2001	2001	1990	1995	2002	1999	1999	1999	1997	1997	1997	1997
MENA	84	87	92	85	...	...	...	...	64	66	69	...	...	...	50	50	284	101
OAP	89	87	76	75	...	80	68	...	67	68	69	...	...	...	64	37	301	103
OEZA	84	86	95	97	...	...	...	...	69	68	69	...	...	...	73	27	216	48
LAK	77	88	91	95	...	...	...	...	68	69	71	...	...	...	51	49	352	136
SA	56	69	58	77	39	49	42	...	59	61	63	...	...	...	42	58	130	55
SSA	57	54	58	73	...	...	...	...	50	49	46	...	...	...	53	47	78	34
Welt	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	59	41	443	120

Erläuterungen zu den Abkürzungen: siehe unter Tabelle A3.

Quelle:

UN (2002a); UNDP (2003a); UNICEF (2004); UNSD (2004); Weltbank (2004e); WHO (2002).

Anmerkungen:

1 Die in den genannten Quellen aufgeführten Daten zu den Müttersterblichkeitsziffern divergieren besonders stark. Die hier wiedergegeben Werte beruhen auf Angaben der Weltbank.

2 Angaben beruhen lediglich auf Modellrechnungen bzw. Expertenschätzungen, vgl. UNSD (2004).

Tabelle A8: Stand der Umsetzung von MDG6 (Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten)

	HIV-Prävalenz (% aller 15- bis 49-jährigen Einwohner)	Verhütungsrate (% aller 15- bis 49-jährigen Frauen)	Anzahl der bis zum jeweiligen Jahr offiziell registrierten HIV+-Fälle				Anzahl der jährlichen Malaria-Neuerkrankungen (pro 100.000 Einwohner)		Malaria-spezifische Mortalität (pro 100.000 Einwohner)		Anzahl von TBC-Fällen (pro 100.000 Einwohner)		TBC-spezifische Mortalität (pro 100.000 Einwohner)
									alle Altersstufen	1- bis 4-Jährige			
Jahr:	2002	2002	1990	1995	2001	2002	1990	2001	2000	2000	1990	2001	2001
Ägypten	< 0,1	60	...	...	1501	...	0	0	0	0	...	23	4
Algerien	< 0,1	57	...	...	...	1834	1	2	22	169	...	23	2
Bahrain	0,1	62	...	99	...	129	...	0	0	0	...	34	6
Irak	< 0,1	44	...	...	...	...	...	14	15	71	...	89	27
Iran	0,2	74	...	...	...	...	...	27	0	0	...	53	6
Jemen	0,2	23	1	...	874	...	1263	1532	24	93	...	70	13
Jordanien	0,1	56	47	122	286	310	5	3	0	0	14	5	1
Katar	...	...	...	...	...	...	...	...	0	0	...	13	2
Kuwait	...	...	...	...	...	...	...	...	0	0	...	27	3
Libanon	< 0,1	63	...	...	...	...	...	0	0	0	22	11	2
Libyen	0,1	45	...	...	...	...	...	2	0	0	...	11	2
Marokko	0,1	63	...	...	...	...	7	1	8	49	...	47	10
Mauretanien	0,5	25	...	...	...	...	...	11150	108	553	...	209	51
Oman	0,2	10	...	...	...	...	...	27	0	0	...	5	1
Paläst. Gebiete	0,1	42	...	...	53	69	...	...	0	0	...	28	1
Saudi-Arabien	...	21	...	240	414	...	...	32	0	0	...	27	5
Sudan	2,0	12	...	...	...	...	...	13934	70	408	...	142	50
Syrien	0,1	48	...	...	702	...	...	0	5	0	...	47	8
Tunesien	0,1	66	...	...	...	...	...	1	0	0	...	18	4
VAE	...	...	...	...	...	...	...	...	0	0	...	13	2

Quelle:
UNAIDS /WHO (2004); UNDP (2003a); UNDP (2004a); Weltbank (2004e); WHO (2002). *Zudem für Ägypten:* PARC (2002); PARC (2004). *Algerien:* UN (2004a). *Jemen:* Republic of Yemen (2003). *Jordanien:* Jordan MOPIC / UN (2004). *Palästinensische Gebiete:* UN (2002a). *Saudi-Arabien:* UN (2002b). *Syrien:* Syrian Arab Republic (2003).

Tabelle A9: Stand der Umsetzung von MDG7 / Target 9 (Nachhaltige Entwicklung)

	Waldfläche (% der gesamten Landfläche)		Naturschutzgebiete (% der gesamten Landfläche)			Energie-effizienz (BIP in KKP-US$ pro kg verbrauchtem Erdöl-äquivalent)		CO_2-Emissionen (Kubiktonnen pro Einwohner)		FCKW-Verbrauch (Tonnen pro Einwohner)		Stromverbrauch (kWh pro Einwohner und Jahr)		Ratifikation ausgewählter Umweltkonventionen:			
														Cartagena-Protokoll	*Framework Convention on Climate Change*	Kyoto-Protokoll	Biodiversitäts-Konvention
Jahr:	1990	2001	1990	1995	2002	1990	2001	1990	2001	1990	2001	1980	2000	2000			
Ägypten	0,1	0,1	...	0,8	1,0	4,0	4,8	1,4	2,0	2144	1335	380	976	(+)	+	(+)	+
Algerien	0,8	0,9	...	2,1	5,0	4,7	5,6	3,1	3,0	3570	1022	265	612	(+)	+		+
Bahrain	0,0	0,0	...	0,0	1,3	1,2	1,7	23,3	29,4	107	106	4970	8507		+		+
Irak	1,8	1,8	...	0,0	0,0	...	...	2,7	3,3	...	...	...	...				
Iran	4,5	4,5	...	5,1	7,1	3,0	3,3	3,9	4,8	1366	4205	495	1474	(+)	+		+
Jemen	1,0	0,9	...	0,0	0,0	2,4	3,9	0,7	1,1	...	1023	59	107		+		+
Jordanien	1,0	1,0	...	3,4	3,4	2,9	3,7	3,2	3,1	540	321	387	1236	(+)	+	+	+
Katar	0,0	0,1	...	0,0	0,2	...	...	28,2	91,5	85	85	9489	14994		+		+
Kuwait	0,2	0,3	...	1,7	1,5	1,1	1,6	19,9	24,9	1757	354	5793	13995		+		+
Libanon	3,6	3,5	...	0,0	0,5	2,8	3,6	2,5	4,0	432	533	789	1814		+		+
Libyen	0,2	0,2	...	0,1	0,1	...	...	8,6	8,3	67	985	1588	3921		+		+
Marokko	6,8	6,8	...	0,7	0,7	9,9	9,6	1,0	1,3	604	435	223	447	(+)	+	+	+
Mauretanien	0,4	0,3	...	1,7	1,7	...	...	1,3	1,2	17	13	...	...		+		+
Oman	0,0	0,0	...	11,1	12,1	3,6	3,1	7,1	8,5	305	207	614	2952		+		+
Paläst. Gebiete	4,4	1,5	...	83,2	...	...	...	...	...	...	...	...	...				
Saudi-Arabien	0,7	0,7	...	2,3	38,4	2,5	2,3	11,3	11,7	3688	1594	1356	4912		+		+
Sudan	30,0	25,9	...	3,6	5,2	2,3	3,4	0,1	0,1	601	266	...	...				
Syrien	2,5	2,5	...	0,0	...	2,2	2,9	3,0	3,4	1272	1392	354	900		+		+
Tunesien	3,2	3,3	...	0,3	0,3	5,4	7,5	1,6	1,8	730	570	379	939	+	+	+	+
VAE	2,9	3,8	...	0,0	0,0	...	...	33,0	31,3	448	423	5320	10725		+		+
MENA	1,5	1,5	...	2,2	10,4	3,6	3,8	...	...	...	...	518	1406				

Fortsetzung Tabelle A9: Stand der Umsetzung von MDG7 / Target 9 (Nachhaltige Entwicklung)

	Waldfläche (% der gesamten Landfläche)		Naturschutzgebiete (% der gesamten Landfläche)			Energie-effizienz (BIP in KKP-US$ pro kg verbrauchtem Erdöl-äquivalent)		CO_2-Emissionen (Kubiktonnen pro Einwohner)		FCKW-Verbrauch (Tonnen pro Einwohner)		Stromverbrauch (kWh pro Einwohner und Jahr)		Ratifikation ausgewählter Umweltkonventionen:			
														Cartagena-Protokoll	*Framework Convention on Climate Change*	Kyoto-Protokoll	Biodiversitäts-Konvention
Jahr:	1990	2001	1990	1995	2002	1990	2001	1990	2001	1990	2001	1980	2000	2000			
MENA	1,5	1,5	...	2,2	10,4	3,6	3,8	...	...	...	...	518	1406				
OAP	27,6	27,2	...	6,9	9,2	...	...	...	...	...	...	253	918				
OEZA	39,4	39,7	...	3,2	7,1	1,7	2,3	...	...	...	...	...	2977				
LAK	49,3	47,1	...	7,3	11,5	4,1	6,1	...	...	...	...	845	1528				
SA	16,5	16,3	...	4,5	4,8	3,9	5,5	...	...	...	...	132	376				
SSA	29,5	27,3	...	6,2	9,9	2,5	2,9	...	...	...	...	463	457				
Welt	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...				

Erläuterungen zu den Abkürzungen: siehe unter Tabelle A3.

Quelle:
UN (2002a); UNDP (2003a); Weltbank (2004e).

Tabelle A10: Stand der Umsetzung von MDG7 / Target 10 und Target 11 (Trinkwasserversorgung und Sanitäranlagen)

	Anteil der Haushalte, die Zugang zu Trinkwasser haben[1] (%)						Anteil der Haushalte mit Sanitäranlagen (%)		Anteil der Einwohner in sicheren Wohnverhältnissen (%)	
	Gesamtbevölkerung		Stadtbevölkerung		Landbevölkerung		Gesamtbevölkerung		Gesamtbevölkerung	
Jahr:	1990	2001	1990	2000	1990	2000	1990	2001	1990	2001
Quelle:	Weltbank		UNDP				Weltbank		UNDP	
Ägypten	94	97	97	99	92	96	87	98	...	...
Algerien	...	89	...	94	...	82	...	92	...	...
Bahrain	...	100	...	100	...	100	75	...	...	...
Irak	...	85	...	96	...	48	...	79	...	...
Iran	...	92	...	98	...	83	...	83	...	...
Jemen	...	69 [2]	...	74 [2]	...	68 [2]	32	38	...	...
Jordanien	97	96	99	100	92	84	98	99	72	76
Katar	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Kuwait	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Libanon	...	100	...	100	...	100	...	99	...	...
Libyen	71	72	72	72	68	68	97	97	...	...
Marokko	75	80	94	98	58	56	58	68	88	...
Mauretanien	37	37	34	34	40	40	30	33	...	...
Oman	37	39	41	41	30	30	84	92	...	...
PG	81	90	...	97	...	86	...	100	84	86
Saudi-Arabien	...	95	...	100	...	64	...	100	...	...
Sudan	67	75	86	86	60	69	58	62	...	...
Syrien	67	80	90	94	42	64	55	72	...	...
Tunesien	75	80	91	92	54	58	76	84	...	...
VAE	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
MENA	...	88	...	94	...	76	...	85	...	...

Fortsetzung Tabelle A10: Stand der Umsetzung von MDG7 / Target 10 und Target 11 (Trinkwasserversorgung und Sanitäranlagen)

	Anteil der Haushalte, die Zugang zur Wasserversorgung haben [1] (%)						Anteil der Haushalte mit Sanitäranlagen (%)		Anteil der Einwohner in sicheren Wohnverhältnissen (%)	
	Gesamtbevölkerung		Stadtbevölkerung		Landbevölkerung		Gesamtbevölkerung		Gesamtbevölkerung	
Jahr:	1990	2001	1990	2000	1990	2000	1990	2001	1990	2001
MENA	...	88	...	94	...	76	...	85	...	...
OAP	71	76	...	93	...	67	35	46	...	...
OEZA	...	91	...	99	...	82	...	...	...	...
LAK	82	86	...	94	...	65	72	77	...	...
SA	72	84	90	95	66	81	...	34	...	...
SSA	53	58	86	83	39	44	54	53	...	...
Welt	...	...	...	95	...	71	...	...	...	...

Erläuterungen zu den Abkürzungen: siehe unter Tabelle A3.

Quelle:

UN (2002a); UNDP (2003a); Weltbank (2004e).

Anmerkungen:

1 Der entsprechende Indikator der MDG-Agenda heißt eigentlich „Anteil der Einwohner, die Zugang zu aufbereitetem Wasser haben“. In den meisten Ländern wird hierunter aber bereits jeder Haushalt erfasst, der ans öffentliche Wassernetz angeschlossen ist – unabhängig davon, ob er auch tatsächlich regelmäßig mit Wasser versorgt wird und welche Qualität dieses Wasser aufweist.

2 Nach Angaben von Khan / Chase (2003) werden im Jemen nur 40 % aller Einwohner mit Trinkwasser versorgt (65 % der Stadt- und 25 % der Landbevölkerung).

Tabelle A11: Stand der Umsetzung von MDG8 (Globale Entwicklungspartnerschaft) nach ausgewählten Indikatoren

	Official Development Assistance (% des BIP)			Verschuldung (% des BIP)			Investitionen (% des BIP)			Handel (% des BIP)			Jugendarbeitslosigkeit (% der 15- bis 24-Jährigen)		Telefonanschlüsse (Festnetz und Mobilfunk) pro 1000 Einwohner			PCs pro 1000 Einwohner			Internet-Nutzung [1]	Personen in Forschung & Entwicklung [2]
Jahr:	1990	1995	2001	1990	1995	2001	1990	1995	2001/2002 [3]	1990	1995	2001/2002 [3]	1990	2001	1990	1995	2001	1990	1995	2001	2001	2000
Ägypten	12,9	3,3	1,3	78,6	55,3	29,4	29	17	17	53	50	42	26	34	30	47	147	...	4	16	9	93
Algerien	0,4	0,8	0,3	46,9	83,5	42,3	29	32	26	48	58	57	39	...	32	41	64	1	3	7	7	94
Bahrain	3,9	0,8	0,2	...	...	...	16	15	13	210	153	140	6	13	202	290	672	...	50	142	203	...
Irak	0,1	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Iran	0,1	0,2	0,1	7,5	25,2	6,6	29	20	29	46	39	45	...	...	42	86	201	...	25	70	16	590
Jemen	8,4	4,6	5,0	132,6	170,2	57,6	15	22	19	34	65	54	...	...	12	13	30	...	1	2	1	...
Jordanien	23,1	8,1	4,1	219,0	117,2	84,6	32	33	27	155	123	117	...	...	58	61	295	...	6	33	45	1948
Katar	0,0	0,0	0,0	...	...	...	...	35	...	...	88	...	...	...	198	256	568	...	54	164	66	591
Kuwait	0,0	0,0	0,0	...	...	...	17	15	9	103	97	92	...	...	262	296	685	7	56	132	88	63
Libanon	7,5	1,6	1,4	51,4	25,5	70,5	18	36	18	118	77	55	...	...	...	150	407	...	17	56	78	212
Libyen	...	...	...	...	...	...	19	12	13	71	52	51	...	...	...	74	118	...	...	...	4	...
Marokko	4,2	1,6	1,6	98,5	71,6	51,1	25	21	25	59	62	66	31	37 [4]	16	43	204	...	3	14	14	77
Mauretanien	22,0	22,7	26,6	194,8	231,4	220,0	20	19	25	106	109	89	...	45	...	...	10	...	6	10	3	...
Oman	0,6	0,5	0,0	26,6	49,3	31,1	13	17	...	83	89	...	...	...	61	82	213	2	9	32	46	4
PG	...	12,2	19,1	...	...	...	...	37	41	...	77	105	...	...	...	...	168	...	...	...	18	...
Saudi-Arabien	0,0	0,0	0,0	...	...	...	20	21	19	82	74	66	...	...	78	95	258	24	36	63	13	45
Sudan	6,6	3,9	1,5	119,2	280,3	137,5	...	22	18	...	27	29	...	...	...	4	18	...	0	14	...	...
Syrien	5,7	3,1	0,8	144,4	184,8	113,5	17	27	24	56	69	65	...	73 [4]	...	...	115	...	7	16	4	68
Tunesien	3,3	0,4	2,0	64,7	63,2	57,1	33	25	26	94	93	96	...	...	38	59	149	3	7	24	41	336
VAE	0,0	0,0	0,0	...	...	...	20	29	...	106	142	...	...	...	224	343	956	29	49	136	315	...
MENA	...	1,1	0,7	45,7	43,5	29,6	24	22	22	66	62	60	...	53 [4]	...	59	152	...	13	32	16	317

Fortsetzung Tabelle A11: Stand der Umsetzung von MDG8 (Globale Entwicklungspartnerschaft) nach ausgewählten Indikatoren

	Official Development Assistance (% des BIP)			Verschuldung (% des BIP)			Investitionen (% des BIP)			Handel (% des BIP)			Jugend-arbeits-losigkeit (% der 15- bis 24-Jährigen)		Telefonanschlüsse (Festnetz und Mobilfunk) pro 1000 Einwohner			PCs pro 1000 Einwohner			Inter-net-Nut-zung [1]	Perso-nen in For-schung & Ent-wick-lung [2]
Jahr:	1990	1995	2001	1990	1995	2001	1990	1995	2001/ 2002[3]	1990	1995	2001/ 2002[3]	1990	2001	1990	1995	2001	1990	1995	2001	2001	2000
MENA	...	1,1	0,7	45,7	43,5	29,6	24	22	22	66	62	60	...	...	...	59	152	...	13	32	16	317
OAP	1,2	0,8	0,5	35,5	38,2	31,1	34	38	32	50	64	76	...	...	8	35	207	1	4	19	41	619
OEZA	0,3	1,2	1,0	17,6	37,3	51,2	28	25	21	47	64	65	...	...	...	167	376	4	18	52	43	2554
LAK	0,4	0,4	0,3	44,6	39,6	41,5	19	21	19	26	31	36	...	...	62	97	324	6	20	59	49	...
SA	1,5	1,1	1,0	32,4	33,1	26,5	23	25	21	21	28	34	...	...	...	12	38	0	2	5	6	158
SSA	6,4	6,2	4,6	63,1	77,5	67,7	15	18	18	53	59	64	...	...	...	14	41	...	8	10	8	...
Welt	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	979

Erläuterungen zu den Abkürzungen: siehe unter Tabelle A3.

Quelle:
Gardner (29003); UN (2002a); UNDP (2003a); UNDP / AFESD (2003); Weltbank (2004e).

Anmerkungen:
1 Anzahl der Internet-Nutzer pro 1000 Einwohner
2 Anzahl der Wissenschaftler in F&E pro 1 Mio. Einwohner.
3 Werte von 2002, soweit verfügbar, sonst von 2001.
4 Schätzungen der Weltbank, vgl. Gardner (29003).

Tabelle A12: Qualität der Regierungsführung nach den Indikatoren von *Freedom House* und der Weltbank

	Weltbank (1997/1998)						*Freedom House*		
	Mitbestimmung der Bevölkerung und Rechenschafts-pflicht der Regierung	Stabilität und innere Sicherheit	Effektivität der Regierungs-führung	Regulierungs-dichte	Rechts-staatlichkeit	Transparenz der Verwaltung (Korruptions-bekämpfung)	**1989/ 1990**	**1994/ 1995**	**2004**
Ägypten	– 0,674	– 0,067	– 0,138	+ 0,118	+ 0,128	– 0,267	4,5	6,0	6,0
Algerien	– 1,310	– 2,421	– 1,087	– 1,173	– 1,103	– 0,878	5,0	7,0	5,5
Bahrain	– 1,037	– 0,077	+ 0,235	+ 0,752	+ 0,665	– 0,215	5,5	6,0	5,0
Irak	– 1,753	– 2,245	– 1,883	-3,142	– 1,844	– 1,265	6,5	7,0	6,0
Jemen	– 0,415	– 1,471	– 0,621	– 0,523	– 1,008	– 0,854	...	5,5	5,0
Jordanien	+ 0,153	– 0,057	+ 0,630	+ 0,417	+ 0,708	+ 0,139	5,0	4,0	5,0
Katar	– 0,775	+ 1,383	+ 0,480	+ 0,327	+ 1,269	+ 0,570	6,0	6,5	6,0
Kuwait	+ 0,000	+ 0,684	– 0,063	– 0,091	+ 0,907	+ 0,619	5,0	5,0	4,5
Libanon	– 0,404	– 0,252	+ 0,174	+ 0,102	+ 0,262	– 0,397	5,5	5,5	5,5
Libyen	– 1,346	– 1,175	– 1,322	– 2,376	– 1,113	– 0,882	7,0	7,0	7,0
Marokko	– 0,240	+ 0,090	+ 0,267	+ 0,216	+ 0,678	+ 0,125	4,0	5,0	5,0
Mauretanien	– 0,971	...	...	– 0,846	– 0,558	...	6,5	7,0	5,5
Oman	– 0,570	+ 0,912	+ 0,900	+ 0,305	+ 1,077	+ 0,484	6,0	6,0	5,5
Paläst. Gebiete	– 0,132	+ 0,111	– 0,089	– 0,162	+ 1,222	+ 0,363	...	...	...
Saudi-Arabien	– 1,103	+ 0,239	– 0,349	– 0,149	+ 0,494	– 0,575	6,5	7,0	7,0
Sudan	– 1,498	– 1,732	– 1,697	– 0,828	– 1,346	– 1,015	7,0	7,0	7,0
Syrien	– 1,358	+ 0,083	– 1,181	– 0,915	– 0,291	– 0,789	7,0	7,0	7,0
Tunesien	– 0,589	+ 0,661	+ 0,633	+ 0,429	+ 0,648	+ 0,020	4,0	5,5	5,5
VAE	– 0,545	+ 0,825	+ 0,138	+ 0,296	+ 0,767	– 0,027	5,5	5,5	6,0
MENA	– 0,761	– 0,266	– 0,286	– 0,376	+ 0,057	– 0,302	5,7	6,1	5,8

Fortsetzung Tabelle A12: Qualität der Regierungsführung nach den Indikatoren von Freedom House und der Weltbank

	Weltbank (1997/1998)						***Freedom House***		
	Mitbestimmung der Bevölkerung und Rechenschafts-pflicht der Regierung	Stabilität und innere Sicherheit	Effektivität der Regierungs-führung	Regulierungs-dichte	Rechts-staatlichkeit	Transparenz der Verwaltung (Korruptions-bekämpfung)	**1989/ 1990**	**1994/ 1995**	**2004**
MENA	– 0,761	– 0,266	– 0,286	– 0,376	+ 0,057	– 0,302	5,7	6,1	5,8
OAP	– 0,377	+ 0,325	+ 0,191	– 0,033	+ 0,089	+ 0,058	4,0	3,6	3,2
LAK	+ 0,244	– 0,160	– 0,139	+ 0,408	– 0,245	– 0,207	1,6	1,6	1,1
SA	– 0,420	– 0,679	– 0,546	– 0,027	– 0,490	– 0,372	4,8	5,1	4,8
SSA	– 0,368	– 0,609	– 0,459	– 0,334	– 0,524	– 0,430	5,6	4,6	4,1
OEZA	– 0,362	– 0,337	– 0,697	– 0,676	– 0,506	– 0,680	6,2	4,7	4,3
OECD	+ 2,310	+ 0,991	+ 2,118	+ 0,771	+ 2,158	+ 2,219	1,6	1,6	1,2

Erläuterungen zu den Abkürzungen: siehe unter Tabelle A3.

Quelle:
Für die Indikatoren der Weltbank: Kaufmann / Kraay / Zoido-Lobaton (1999). Die Rohdaten können eingesehen werden unter: http://www.worldbank.org/research/growth/corrupt_data.htm (13.2.2004).
Für die Indikatoren von Freedom House: Freedom House (2004) unter http://www.freedomhouse.org/ratings/index.htm (12.12.2004)

Anmerkung:
Die zu den Weltregionen angegeben Werte sind ungewichtete Mittel der Indikatorenwerte für die einzelnen Länder.
Die Indikatoren der Weltbank können Werte zwischen –2,5 (sehr schlecht) und +2,5 (sehr gut) annehmen. Sie setzen sich aus 81 Einzelindikatoren von 13 verschiedenen Forschungsinstitutionen, NROs und kommerziellen *rating*-Agenturen zusammen (darunter UNDP, das *World Competitiveness Yearbook*, *Gallup International*, *Freedom House*, die *Heritage Foundation*, die *Economic Intelligence Unit* und *Standard and Poor's*). Die Mitarbeiter des Weltbank-Institutes, die die Indikatoren entworfen haben, betonen selber, dass sich mit Hilfe ihrer Indikatoren allenfalls Tendenz-Aussagen treffen lassen, da ihre einzelnen Komponenten auf subjektiven Experten-Einschätzungen beruhen.
Die Indikatoren von *Freedom House* bewegen sich zwischen 0 (sehr gut) und 8 (sehr schlecht).

Tabelle A13: Monitoring-Kapazitäten bei der Umsetzung der MDGs

Im Hinblick auf MDG:	Datenerhebungskapazitäten									Qualität des gesammelten Datenmaterials									Kapazität, vorhandene Daten regelmäßig zu überprüfen und zu aktualisieren								
	1	2	3	4	5	6		7		1	2	3	4	5	6		7		1	2	3	4	5	6		7	
						H[1]	M[1]	U[1]	W[1]						H[1]	M[1]	U[1]	W[1]						H[1]	M[1]	U[1]	W[1]
Ägypten (2002)	+	+	0	+	+	–	+	0	0	0	0	0	+	0	–	+	–	–	0	+	–	+	+	–	+	–	–
(2004)	+	0	0	+	+	–	+	0	0	+	0	0	+	+	0	+	–	–	+	0	0	+	+	0	+	–	–
Algerien	–	0	–	0	0	0	0	+	+	–	0	–	0	0	0	0	0	0	–	0	–	0	0	0	0	+	+
Bahrain	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Iran	0	0	0	0	0	0	0	–	–	0	0	0	0	0	0	0	–	–	0	0	0	0	0	–	–	–	–
Jemen	0	0	–	–	–	–	–	–	–	0	0	–	–	–	–	–	–	–	–	0	–	–	–	–	–	–	–
Jordanien	0	+	0	+	+	+	+	+	+	+	+	0	+	+	0	0	+	+	0	+	–	0	0	0	0	0	0
Libanon	0	+	0	+	0	0	0	0	–	+	+	+	+	0	0	0	+	–	0	+	0	+	0	0	0	0	–
Marokko	0	+	0	+	+	+	+	+	+	0	0	–	0	0	0	+	0	0	+	+	0	0	0	+	+	0	0
Mauretanien	0	+	–	+	+	–	–	+	–	0	+	0	0	0	0	0	0	0	0	–	–	0	0	0	0	0	0
Paläst. Gebiete	0	+	0	–	–	–	–	0	0	0	0	–	–	–	–	–	0	0	–	+	–	–	–	–	–	–	–
Saudi-Arabien	0	+	+	+	+	+	+	0	0	0	+	+	+	+	+	+	+	+	0	+	+	+	+	+	+	0	0
Sudan	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Syrien	0	+	+	+	+	+	+	0	+	0	+	0	+	+	0	0	0	0	0	+	+	+	+	+	+	0	+
Tunesien	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...

Erläuterungen: Die Bewertung ist den nationalen MDG-Berichten entnommen. Länder, die noch keinen MDG-Bericht vorgelegt haben, sind daher nicht aufgeführt.

+ stark
0 mäßig
– schwach
... im MDG-Bericht werden keine Angaben gemacht.
1 Bei MDG6 wird in einigen Berichten unterschieden zwischen (H) der Bekämpfung von HIV/Aids und (M) der Bekämpfung von Malaria und anderen Krankheiten, bei MDG7 zwischen (U) einer Verbesserung der Umweltpolitik und (W) dem Ausbau der Trinkwasserversorgung.

Quelle: vgl. unter Tabelle A14.

Fortsetzung Tabelle A13: Monitoring-Kapazitäten bei der Umsetzung der MDGs

Im Hinblick auf MDG:	Fähigkeit, die vorhandenen Daten zu interpretieren und zu analysieren									Fähigkeit, Handlungsbedarf aus den vorhandenen Informationen abzuleiten und zu planen									Fähigkeiten zum Monitoring und zur Evaluierung der durchgeführten Maßnahmen								
	1	2	3	4	5	6		7		1	2	3	4	5	6		7		1	2	3	4	5	6		7	
						H[1]	M[1]	U[1]	W[1]						H[1]	M[1]	U[1]	W[1]						H[1]	M[1]	U[1]	W[1]
Ägypten (2002)	0	0	0	+	+	–	+	0	0	0	0	0	+	+	–	+	0	0	0	–	–	+	+	–	+	0	0
(2004)	0	0	0	0	0	–	+	0	0	0	0	0	0	0	–	+	0	0	0	0	0	0	0	0	0	–	–
Algerien	0	–	–	0	0	0	0	+	+	0	–	–	0	0	0	0	+	+	–	–	–	0	–	0	0	0	0
Bahrain	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Iran	–	0	0	+	+	0	0	–	–	–	0	0	+	+	0	0	–	–	0	0	0	0	0	0	0	–	–
Jemen	0	–	–	–	–	–	–	–	–	0	0	–	–	–	–	–	–	–	–	0	–	–	–	–	–	–	–
Jordanien	0	+	–	0	0	0	0	0	0	+	+	–	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Libanon	0	0	+	0	+	0	0	0	–	0	–	0	–	–	0	0	0	–	0	0	+	+	+	0	0	+	–
Marokko	+	0	0	+	+	+	+	0	0	+	0	0	0	0	0	+	0	0	0	+	–	0	0	0	+	0	0
Mauretanien	0	–	0	0	0	0	0	0	0	–	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	–	–	–	–	–	0	0
Paläst. Gebiete	0	0	0	0	0	–	–	0	0	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0	–	–	–	–	–	–	–
Saudi-Arabien	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	0	0	+	+	0	0	+	+	0	0	+	+	+	+	+	0	0
Sudan	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Syrien	0	+	0	+	0	0	0	0	0	–	0	0	+	0	0	0	0	0	0	+	+	+	+	0	0	0	0
Tunesien	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...

Erläuterungen: Die Bewertung ist den nationalen MDG-Berichten entnommen. Länder, die noch keinen MDG-Bericht vorgelegt haben, sind daher nicht aufgeführt.

+ stark

1 mäßig

– schwach

... im MDG-Bericht werden keine Angaben gemacht.

1 Bei MDG6 wird in einigen Berichten unterschieden zwischen (H) der Bekämpfung von HIV/Aids und (M) der Bekämpfung von Malaria und anderen Krankheiten, bei MDG7 zwischen (U) einer Verbesserung der Umweltpolitik und (W) dem Ausbau der Trinkwasserversorgung.

Quelle: vgl. unter Tabelle A14.

Tabelle A14: Bewertung des ‚*supportive environment*' beim Umsetzen der MDGs

	MDG 1		MDG 2	MDG 3	MDG 4	MDG 5	MDG 6		MDG 7		
	Einkom-mensarmut	Hunger	Bildung	*Gender*	Kinder-sterblichkeit	Mütter-sterblichkeit	HIV/Aids	Malaria / TBC	Umwelt-schutz	Trinkwasser versorgung	Sanitär-anlagen
Ägypten (2002)	0	0	+	0	+	+	–	+	0	0	0
(2004)	+	+	+	+	+	+	–	+	0	0	0
Algerien	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Bahrain	+	+	+	+	+	+	0	0	0	0	0
Iran	0	0	0	–	0	0	–	–	0	0	0
Jemen	–	–	0	0	0	–	...	–	–	–	–
Jordanien	+	+	+	+	0	0	0	0	–	–	–
Libanon	–	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Marokko	+	+	0	0	0	0	+	+	+	+	+
Mauretanien	0	0	+	0	–	–	–	–	–	+	+
Paläst. Gebiete	–	–	0	0	0	0	–	–	–	–	–
Saudi-Arabien	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Sudan	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Syrien	+	0	+	+	+	+	+	+	0	+	0
Tunesien	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...

Erläuterungen: vgl. unter Tabelle A13.

Quelle:
Ägypten: PARC (2002); PARC (2004). *Algerien:* UN (2004a). *Bahrain:* Kingdom of Bahrain / United Nations (2002). *Iran:* Islamic Republic of Iran (2004). *Jemen:* Republic of Yemen (2002a). *Jordanien:* Jordan MOPIC / UN (2004). *Libanon:* UN (2003a). *Marokko:* Royaume du Maroc (2003). *Mauretanien:* UNDG (2002). *Paläst. Gebiete:* UN (2002a). *Saudi-Arabien:* UN (2002b). *Sudan:* UN (2004b); UN (2004c). *Syrien:* Syrian Arab Republic (2003). *Tunesien:* UN (2003b).

Tabelle A15: Engagement der Regierungen für die Umsetzung der MDGs

	Beim Millenniumsgipfel vertreten durch:		Nationaler MDG-Bericht erstellt durch:
	Staatsoberhaupt / Regierungschef	sonstige	
Ägypten		Außenminister *Amr Moussa*	Staatliches Institut *(2 Berichte: 2002; 2004)*
Algerien	Präsident *Bouteflika*		VN
Bahrain		Außenminister *Al-Khalifa*	Regierung / VN
Irak		stellvertretender Außenminister *Tarik Asis*	–
Iran	Präsident *Khatami*		Regierung
Jemen	Präsident *As-Saleh*		Regierung / VN
Jordanien	König *Abdallah*		Regierung / VN
Katar	Emir *Hamad ibn-Kalifa*		–
Kuwait		Außenminister *Al-Sabah*	–
Libanon		Repräsentant bei den VN *Tadmouni*	Regierung / VN
Libyen		Sekretär des Volkskongresses *Shalgeem*	–
Marokko		Prinz *Moulay Rachid*	Regierung
Mauretanien	Ministerpräsident *Mohammed Khouna*		VN
Oman		Minister für Kultur *Faysal Al-Said*	–
Paläst. Gebiete	Präsident *Arafat*		UNDP
Saudi-Arabien	amt. Regierungschef und Kronprinz *Abdullah*		VN
Sudan	Präsident *Ahmed Al-Bashir*		VN
Syrien		Außenminister *Farouk Al-Shara*	Regierung
Tunesien	Präsident *Zine El Abidine Ben Ali*		Regierung / VN
VAE	Emir von Fujaira *Al-Sharqi*		–
Islam. Weltkonferenz	Generalsekretär *Laraki*		–
Arabische Liga	Generalsekretär *Meguid*		

Quelle:
Präsenz beim Millenniumsgipfel: UN (2000b). MDG-Berichte: siehe unter Tabelle A14.

Tabelle A16: Umfang und Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit

	Umfang deutscher EZ 2003							Schwerpunkte deutscher EZ seit 2001					
	ODA			sonstige öffentliche Leistungen	private Leistungen		**Summe**	Demokratie, Zivilgesellschaft, Verwaltung	Bildung	Gesundheit, Familienplanung, HIV/AIDS	Wassermanagement, Abfallentsorgung	Umweltpolitik, Ressourcenschutz	Wirtschaftsreform und Aufbau der Marktwirtschaft
	gesamt	*davon Zuschuss*	*davon Kredit*		Investitionen	Exportkredite							
Ägypten	65,7	*52,6*	*13,1*	– 10,9	– 101,9	0,0	**– 47,1**				**X**	**X**	**X**
Algerien	– 4,2	*10,2*	*– 14,4*	– 27,9	– 38,0	5,8	**– 64,3**	x [2]			**X**		**X**
Bahrain	0,0	*0,0*	–	–	13,6	– 42,1	**– 28,5**						
Irak	19,5	*19,5*	–	–	– 7,1	– 0,1	**12,2**						
Iran	33,7	*33,7*	–	–	460	204,6	**698,3**						
Jemen	30,1	*30,1*	–	–	5,2	–	**35,2**		**X**	**X**	**X**		**X**
Jordanien	59,9	*59,9*	–	11,4	1,8	– 2,5	**64,8**				**X**		
Libanon	7,7	*7,6*	*0,1*	– 5,8	– 13,8	– 1,7	**– 13,7**						
Marokko	17,9	*46,0*	*– 28,1*	– 10,1	– 44,5	– 1,2	**– 37,9**	x [2]			**X**	**X**	**X**
Mauretanien	27,2	*27,5*	*– 0,3*	– 1,5	0,3	– 0,3	**25,7**	**X**				**X**	
Oman	0,1	*0,1*	–	–	41,8	– 0,1	**41,7**						
Paläst. Gebiete	40,2	*40,2*	–	–	0,2	– 0,2	**40,2**	**X**			**X**		**X**
Saudi-Arabien	0,7	*0,7*	–	–	– 99,8	– 28,2	**– 127.3**						
Sudan	15,4	*15,4*	–	–	– 7,3		**8,1**						
Syrien	– 13,5	*13,2*	*– 26,7*	–	4,0	– 0,9	**– 10,4**				**X**		
Tunesien	– 5,5	*24,3*	*– 29,8*	13,3	6,3	4,6	**18,7**	x [2]				**X**	**X**
Summe [1]	305	*391,1*	*– 86,1*	– 31,5	220,3	137,7	**752,5**	**3** [3]	**1**	**1**	**7**	**5**	**6**

Quelle: siehe unter Tabelle A17.

Anmerkungen:

1 inklusive der nicht aufteilbaren Leistungen.

2 Regionalvorhabens Maghreb.

3 inklusive des Regionalvorhabens Maghreb.

Tabelle A17: Bezugnahme der Planungs- und Strategiepapiere der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf die MDGs

(a) Anzahl von Schwerpunktstrategiepapieren (von insgesamt 14 SSPs), die den aufgeführten Kriterien genügen:

Frage	ja	bedingt	nein
Wird dargelegt, worin die zentralen Probleme des Partnerlandes bestehen?	12	0	2
Wird ausgeführt, inwiefern diese Probleme gravierender sind als andere?	1	5	8
Wird dargelegt, auf welche Ursachen diese Probleme zurückgehen?	11	2	1
Wird begründet, warum der Partner die bestehenden Probleme nicht (selber) lösen kann?	3	5	6
Wird zumindest eines der MDGs explizit als Ziel deutscher EZ benannt?	1	2	11
Entsprechen die Ziele der deutschen EZ dennoch einem oder mehreren der MDGs?	10	2	2
Handelt es sich hierbei um die kritischen MDGs (i.e. die MDGs, mit deren Umsetzung das Partnerland Probleme hat?	9	1	4
Wenn auch Ziele benannt werden, die sich nicht mit der MDG-Agenda decken: Wird überzeugend dargelegt, inwiefern auch diese Ziele sinnvoll sind?	11	2	1
Werden die von der deutschen EZ geförderten Maßnahmen ausreichend detailliert benannt?	11	0	3
Ist es plausibel, dass diese Maßnahmen einen Beitrag zum Erreichen der Ziele deutscher EZ leisten können?	13	1	0
Wird der erwartete Wirkungszusammenhang (die Wirkungskette) zwischen den von der deutschen EZ geförderten Maßnahmen und ihren Zielen plausibel und ausreichend genau beschrieben?	9	2	3
Wird begründet, inwiefern die von der deutschen EZ geförderten Maßnahmen sinnvoller (effektiver, wichtiger, effizienter...) sind als andere Maßnahmen?	4	8	2
Wird dargelegt, warum diese Maßnahmen durch EZ gefördert werden (müssen), i.e. inwiefern das Partnerland die Maßnahmen nicht auch ohne externe Unterstützung durchführen kann?	3	7	4
Wird erläutert, warum eine Förderung durch deutsche EZ erforderlich bzw. sinnvoll ist, i.e. inwiefern Deutschland komparative Vorteile gegenüber anderen Gebern hat?	5	3	6

Fortsetzung Tabelle A17: Bezugnahme der Planungs- und Strategiepapiere der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf die MDGs

(b) Umfang, in dem die Planungs- und Strategiepapiere der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf die MDGs eingehen

	Länderbericht / Länder-information	Länderkonzept	SSP Demokratie, Zivilgesellschaft, öffentliche Verwaltung	SSP Wirtschafts-reform und Aufbau der Marktwirtschaft	SSP Trinkwasserver-sorgung, Wasser-management, Abwasser-/ Abfallentsorgung	SSP Umweltpolitik, Ressourcen-management	SSP Bildung	SSP Gesundheit, Familienplanung, HIV / Aids
Ägypten	**0**	nur am Rande angesprochen[1]		—[2]	—[2]	**0**		
Algerien	**0**			**0**	**0**			
Jemen	—[2]	**mehrfach an zentraler Stelle angesprochen**[1]		—[2]	—[2]		**EZ wird über-zeugend aus PRSP abgeleitet**	—[2]
Jordanien	**0**				**0**			
Marokko	**0**	**0**		—[2]	**mehrfach an zentraler Stelle angesprochen**	(0)[6]		
Mauretanien	**0**		**0**			**0**		
Paläst. Gebiete	**0**	**0**[4]	**0**	**0**	**0**			
Syrien	**0**				—[2]			
Tunesien	**0**			eingangs kurz angesprochen		**0**		

Fortsetzung Tabelle A17: Bezugnahme der Planungs- und Strategiepapiere der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf die MDGs

Erläuterung:

SSP Schwerpunktstrategiepapier

Quelle:

BMZ (1997); BMZ (2000a); BMZ (2002b); BMZ (2002c); BMZ (2002d); BMZ (2003a); BMZ (2003b); BMZ (2003c); BMZ (2004a); BMZ (2004b); BMZ (2004c); BMZ (2004d); BMZ (2004e); BMZ (2004f); BMZ (2004g); BMZ (2004h); BMZ (2004j); BMZ (2004k); BMZ / Ägypten (2003); BMZ / Algerien (2003a); BMZ / Algerien (2003b); BMZ / Marokko (2000); BMZ / PA (2004a); BMZ / PA (2004b); BMZ / Tunesien (2003).

Anmerkungen:

1 Es wird mehrfach betont, dass die Schwerpunkte der deutschen EZ mit dem PRSP und den MDGs konform sind. Dies wird aber nicht näher erläutert.

2 Nicht vorhanden.

3 Zentraler Ausgangspunkt des SSP ist, dass eine bessere Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung für die Umsetzung von MDG1–5 und 7 entscheidened ist. Jedoch sollten die Wirkungen der einzelnen EZ-Maßnahmen noch viel besser herausgearbeitet werden.

4 Jedoch waren die MDGs noch gar nicht beschlossen, als das Länderkonzept im Jahre 2000 erstellt wurde.

5 Sektorschwerpunkt „Ländliche Entwicklung / Ressourcenmanagement“

6 Schwerpunktstrategiepapier Umwelt Marokko wurde 2000 erstellt. Die MDGs können daher noch gar keine Berücksichtigung in ihm gefunden haben.

Tabelle A18: Stand der Umsetzung von MDG8 durch Deutschland und andere Mitgliedsländer im OECD/DAC

	ODA					ODA an LDCs				ODA für soziale Grunddienste		ODA ohne Liefer-aufbindung		Zuschüsse durch NROs		Aufge-nommene Flücht-linge	Import konven-tioneller Waffen		Export konven-tioneller Waffen
	(Mio. US$)	(% des BSP)		(US$ pro Einwohner)		(% der ge-samten ODA)		(% des BSP)		(% der ge-samten ODA)		(% der ge-samten ODA)		(% des BSP)		(1000)	(Mio. US$ in Preisen von 1990)		
Jahr	2001	1990	2001	1990	2001	1990	2001	1990	2001	1996	2001	1990	2001	1990	2001	2001	1992	2002	2002
Deutschland	4990	0,42	0,27	93	62	28	24	0,12	0,06	10	10	62	85	0,05	0,04	903	969	...	...
Australien	873	0,34	0,25	49	49	18	20	0,06	0,05	8	19	33	59	0,02	0,06	55	250	614	30
Belgien	867	0,46	0,37	83	85	41	34	0,19	0,12	11	15	...	90	0,03	0,06	12	64	29	14
Dänemark	1634	0,94	1,03	218	306	39	33	0,37	0,33	10	9	0	93	0,02	0,01	73	42	7	9
Finnland	389	0,65	0,32	121	75	38	29	0,24	0,09	6	12	31	87	0,03	0,01	13	441	24	12
Frankreich	4198	0,60	0,32	113	72	32	26	0,19	0,08	...	...	64	67	0,02	0,00	132	387	22	1617
Griechenland	202	...	0,17	...	19	...	11	...	0,02	17	5	...	17	...	0,00	7	1994	567	...
Irland	287	0,16	0,33	16	74	37	50	0,06	0,17	...	21	...	100	0,07	0,12	4	...	20	...
Italien	1627	0,31	0,15	50	28	41	30	0,13	0,04	7	6	22	8	0,00	...	9	42	308	490
Japan	9847	0,31	0,23	100	89	19	18	0,06	0,04	3	7	89	81	...	0,01	3	1523	154	...
Kanada	1533	0,44	0,22	83	51	30	15	0,13	0,03	6	19	47	32	0,05	0,02	129	344	359	318
Luxemburg	141	0,21	0,82	65	325	39	32	0,08	0,26	...	21	...	...	0,00	0,03	1	...	...	...
Neuseeland	112	0,23	0,25	25	30	19	26	0,04	0,07	...	8	100	...	0,03	0,03	5	61	17	...
Niederlande	3172	0,92	0,82	160	195	33	31	0,30	0,25	12	22	56	91	0,09	0,06	152	143	236	260
Norwegen	1346	1,17	0,83	285	299	44	33	0,52	0,28	13	9	61	99	0,13	0,13	50	317	82	203
Österreich	533	0,25	0,29	47	66	27	20	0,07	0,05	5	21	32	...	0,02	0,03	14	2	79	124
Portugal	268	0,24	0,25	16	26	70	45	0,17	0,11	6	3	...	58	...	...	...	6	103	...
Schweden	1666	0,91	0,81	189	207	39	27	0,35	0,22	11	14	87	86	0,06	0,01	146	47	45	120
Schweiz	908	0,32	0,34	108	123	43	28	0,14	0,10	9	11	78	96	0,05	0,07	58	170	36	11
Spanien	1737	0,20	0,30	21	43	20	11	0,04	0,03	14	12	...	69	0,01	0,00	7	187	132	65
UK	4579	0,27	0,32	53	80	32	36	0,09	0,11	24	27	...	94	0,03	0,02	149	1166	575	719
USA	11429	0,21	0,11	57	39	19	15	0,04	0,02	23	22	...	...	0,05	0,04	516	198	346	3941
DAC	52336	0,30	0,20	75	63	28	23	0,10	0,10	9	15	68	79	0,00	0,00	2465	...	...	...

Quelle: Alliance2015 (2005); Baulch (2004); European Commission (2005); Global Campaign for Education (2005); UNDP (2003a).

Publikationen des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik

Schriften in der Nomos Verlagsgesellschaft

Neubert, Susanne / Waltina Scheumann / Annette van Edig / Walter Huppert (Hrsg.): Integriertes Wasserressourcen-Management (IWRM): Ein Konzept in die Praxis überführen, 314 S., Nomos, Baden-Baden 2004, ISBN 3-8329-1111-1

Messner, Dirk / Imme Scholz (Hrsg.): Aktuelle Herausforderungen für die Entwicklungspolitik, 410 S., Nomos, Baden-Baden 2004, ISBN 3-8329-1005-0

Brandt, Hartmut / Uwe Otzen: Armutsorientierte landwirtschaftliche und ländliche Entwicklung, 342 S., Nomos, Baden-Baden 2004, ISBN 3-8329-0555-3

[zu beziehen über den Buchhandel]

Schriftenreihe im Weltforum Verlag

118 *Ashoff, Guido*: Der Entwicklungshilfeausschuss der OECD und die deutsche Entwicklungszusammenarbeit: ein Verhältnis auf dem Prüfstand, 182 S., Bonn 2000, ISBN 3-8039-0497-8

117 *Scholz, Imme*: Nutzung natürlicher Ressourcen zwischen Raubbau und Nachhaltigkeit: Sozioökonomische Bedingungen und unternehmerische Handlungsmuster, 446 S., Bonn 1999, ISBN 3-8039-0492-7

116 *Neubert, Susanne*: Die soziale Wirkungsanalyse in armutsorientierten Projekten. Ein Beitrag zur Methodendiskussion in der Evaluationspraxis der Entwicklungszusammenarbeit, 139 S., Köln 1999, ISBN 3-8039-0487-0

115 *Klingebiel, Stephan*: Leistungsfähigkeit und Reform des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), 379 S., Köln 1998, ISBN 3-8039-0483-8

114 *Hannig, Alfred:* Finanzsystemreformen. Konzept, Erfahrungen und Perspektiven am Beispiel Boliviens, 193 S., Köln 1998, ISBN 3-8039-0480-3

113 *Wolff, Peter:* Vietnam – Die unvollendete Transformation, 121 S., Köln 1997, ISBN 3-8039-0474-9

[zu beziehen über den Buchhandel]

Berichte und Gutachten

11/04 *Scholz, Imme et al.*: Sociedade civil e política ambiental na Amazônia. Os casos da berragem de Belo Monte e da rodovia federal BR-163, 85 S., Bonn, ISBN 3-88985-272-6 (deutsche Fassung: ISBN 3-88985-260-2 – Berichte und Gutachten 12/03)

10/04 *Qualmann, Regine et al.*: Negotiating Economic Partnership Agreements with the EU. Opportunities, Risks, and Negotiation Options for Tanzania, 70 S., Bonn 2004, ISBN 3-88985-270-X

9/04 *Goedeking, Ulrich*: Staatliche Regulierung des Engagements deutscher zivilgesellschaftlicher Organisationen und ihrer Partner in Entwicklungs- und Transformationsländern: Restriktionen und Reaktionsmöglichkeiten der deutschen EZ, 52 S., Bonn 2004, ISBN 3-88985-269-9

8/04 *Brandt, Hartmut*: Probleme und Tendenzen der Agrarpolitik in Subsahara-Afrika, 87 S., Bonn 2004, ISBN 3-88985-268-8

7/04 *Leiderer, Stefan*: Öffentliches Budgetmanagement in Entwicklungsländern: Analyseinstrumente und Ansatzpunkte der programmorientierten Entwicklungszusammenarbeit, 81 S., Bonn 2004, ISBN 3-88985-267-X

6/04 *Grävingholt, Jörn*: Krisenpotenziale und Krisenprävention in Zentralasien. Ansatzpunkte für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, 74 S., Bonn 2004, ISBN 3-88985-266-1 (englische Fassung: 3-88985-273-4 – Studies 1)

5/04 *Klingebiel, Stephan / Katja Roehder*: Development-Military Interfaces.New Challenges in Crises and Post-conflict Situations, 48 S., Bonn 2004, ISBN 3-88985-263-7 (deutsche Fassung: ISBN 3-88985-263-7 – Berichte und Gutachten 3/04)

4/04 *Rodenberg, Birte*: Gender and Poverty Reduction. New Conceptual Approaches in International Development Cooperation, S. 73, Bonn 2004, ISBN 3-88985-264-5 (deutsche Fassung: ISBN 3-88985-257-2 – Berichte und Gutachten 9/04)

3/04 *Klingebiel, Stephan / Katja Roehder*: Entwicklungspolitisch-militärische Schnittstellen. Neue Herausforderungen in Krisen und Post-Konflikt-Situationen, 50 S., Bonn 2004, ISBN 3-88985-263-7 (englische Fassung: ISBN 3-88985-263-7 – Berichte und Gutachten 5/04)

[Schutzgebühr: 9,63 Euro; zu beziehen beim DIE oder über den Buchhandel. Diese Schriftenreihe wurde eingestellt und ab November 2004 durch die neue Schriftenreihe *„Studies“* ersetzt]

Neue Publikationsreihen ab November 2004

Studies

8 *Dussel Peters, Enrique:* Economic Opportunities and Challenges Posed by China for Mexico and Central America, 140 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-290-4

7 *Müller, Katharina et al.*: Transforming the Latvian Health System: Accessibility of Health Services from a Pro-poor Perspective, 119 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-289-0

6 *Ashoff, Guido:* Der entwicklungspolitische Kohärenzanspruch: Begründung, Anerkennung und Wege seiner Umsetzung, 128 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-286-6

5 *Demtschück, Elke:* Strategische Allianzen zwischen Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit, 121 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-285-8

4 *Grävingholt, Jörn:* Pseudodemokratie in Russland. Der Fall Baschkortostan, 262 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-284-X

3 *Brüntrup, Michael:* Agrarwirtschaftliche Interessenlage und agrarpolitischer Handlungsbedarf subsaharischer Länder aufgrund der Agrarverhandlungen in der Doha-Runde am Beispiel Tansanias und Senegals, 187 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-279-3

2 *Herrfahrdt, Elke*: Landwirtschaftliche Transformation, Desertifikation und nachhaltige Ressourcennutzung. Fallbeispiel Usbekistan, 133 S., Bonn 2004, ISBN 3-88985-274-2

1 *Grävingholt, Jörn:* Crisis Potentials and Crisis Prevention in Central Asia. Entry Points für German Development Cooperation, 124 S., Bonn 2004, ISBN 3-88985-273-4 (deutsche Fassung: ISBN 3-88985-266-1 – Berichte und Gutachten 6/04)

[Schutzgebühr 10,00 Euro; zu beziehen beim DIE oder über den Buchhandel]

Discussion Paper

6/2005 *Klaphake, Axel:* Kooperation an internationalen Flüssen aus ökonomischer Perspektive: Das Konzept des *Benefit Sharing,* 80 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-291-2

5/2005 *Jungnickel, Rolf / Georg Koopmann:* Strengthening the Development Impact of UNCTAD's Investment Policy Reviews, 18 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-288-2

4/2005 *Neubert, Susanne / Lena Horlemann:* Empfehlungen zur zukünftigen strategischen Orientierung der deutschen EZ im Wasser- und Bewässerungssektor, 58 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-278-4

3/2005 *Klingebiel, Stephan / Stefan Leiderer / Petra Schmidt:* Programme Financing and Public Budgets. New Instruments and Starting-Points of Development Policy, 16 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-283-1

2/2005 *Klingebiel, Stephan:* How much Weight for Military Capabilities? Africa's New Peace and Security Architecture and the Role of External Actors, 28 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-282-3

1/2005 *Klingebiel, Stephan:* Wie viel Gewicht für militärische Fähigkeiten? Die neue Friedens- und Sicherheitsarchitektur Afrikas und die Rolle externer Akteure, 32 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-281-5

6/2004 *Scholz, Imme:* A Forest Convention – Yes or No? Position paper for the BMZ on the state and the perspectives for creating a legally binding instrument for international forest policy, 32 S., Bonn 2004, ISBN 3-88985-280-7 (deutsche Fassung: ISBN 3-88985-275-0 – Discussion Paper 2/2004)

5/2004 *Roehder, Katja:* Entwicklungspolitische Handlungsfelder im Kontext erodierender Staatlichkeit in Subsahara-Afrika, 40 S., Bonn 2004, ISBN 3-88985-278-5

4/2004 *Altenburg, Tilmann / Andreas Stamm:* Towards a More Effective Provision of Business Services. Conceptual Considerations and Practical Examples from Thai-German Development Cooperation, 25 S., Bonn 2004, ISBN 3-88985-277-7

3/2004 *Faust, Jörg / Dirk Messner:* Europe's New Security Strategy – Challenges for Development Policy, 23 S., Bonn 2004, ISBN 3-88985-276-9

[Schutzgebühr: 6,00 Euro; zu beziehen beim DIE oder über den Buchhandel]

Eine vollständige Auflistung erhältlicher Publikationen des DIE finden Sie unter:

http://www.die-gdi.de